G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Zu Brandts zweiter Regierungserklärung

Werner Goldschmidt
Frankreich vor den Wahlen

Wilfried v. Bredow
MBFR und europäische Sicherheit

Ernst Henry
Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR

Michael Burchardt
Grundprobleme des westlichen Währungssystems

Martin Kipp und Rolf Seubert
Zum Elend der bürgerlichen Technikgeschichte

Volker Briese
Öffentliches Bildungswesen und „gesellschaftlicher" Bedarf

2'73

Februar 1973 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Februar 1973

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1973 105

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zu Brandts zweiter Regierungserklärung . . . . . *Karl D. Bredthauer* 108

Frankreich vor den Wahlen . . . . . *Werner Goldschmidt* 111

Der „Bund der Mitteldeutschen" . . . . . *Georg Herde* 116

HAUPTAUFSÄTZE

MBFR und europäische Sicherheit . . . . . *Wilfried v. Bredow* 120

Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR . . *Ernst Henry, Moskau* 132

Kongreß kontra Weißes Haus . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 143

Grundprobleme einer Neuordnung des westlichen Währungssystems. Währungskrisen sind keine monetären Krisen . . . . *Michael Burchardt* 149

Zum Elend der bürgerlichen Technikgeschichte . . . . . *Martin Kipp und Rolf Seubert* 159

Kadettenanstalten der Nation. Das öffentliche Bildungswesen und der „gesellschaftliche" Bedarf in der BRD . . . . . *Volker Briese* 175

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus (II) *Anatoli Melnikow und Sergej Zonow* 180

BÜCHER

Dietrich Genschel, Wehrreform und Reaktion . . . . *Wilfried v. Bredow* 195

Franz Fabian (Hrsg.), Arbeiter übernehmen ihren Betrieb *Manfred Bosch* 196

Kurzrezensionen: Bücher von Hans D. Klingemann/Franz U. Pappi, Eberhard Kolb (Hrsg.), Jörg Peter Mentzel/Wolfgang Pfeiler, Günther Anders, Ulrich Albrecht 197

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 201

FERNSEH-SPALTE

Rückblick . . . . . *E. H. Wahl* 203

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam vom 27. Januar 1973 (Wortlaut) 204

Thesen und Forderungen des Initiativausschusses Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt (Wortlaut) 212

Abschlußresolution des Kongresses Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt am 20./21. Januar 1973 in Marburg (Wortlaut) 219

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Achtzehnter Jahrgang · Heft 2/1973

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Januar 1973

1. 1. — Vietnam. Die amerikanische Luftwaffe stellt die Bombardierungen nördlich des 20. Breitengrades auf unbefristete Zeit ein; die Angriffe auf nordvietnamesische Gebiete zwischen dem 20. Breitengrad und der früheren entmilitarisierten Zone sowie auf Ziele in Südvietnam gehen jedoch nach kurzer Unterbrechung weiter. In Paris wird die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Sonderberatern Henry Kissinger und Le Duc Tho zum 8. 1. angekündigt. — Am 15. 1. teilt der Pressesprecher des Weißen Hauses mit, Präsident Nixon habe offensive militärische Aktionen auf dem gesamten Territorium der Demokratischen Republik Vietnam (nördlich des 17. Breitengrades) mit sofortiger Wirkung „suspendiert". — Am 23. 1. wird in Hanoi und Washington ein gleichlautendes Kommuniqué veröffentlicht: „Heute am 23. Januar 1973 um 12.30 Uhr Pariser Zeit wurde das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam von Dr. Henry Kissinger im Namen der USA und von Sonderberater Le Duc Tho im Namen der DRV paraphiert. Das Abkommen wird von den Beteiligten der Pariser Vietnam-Konferenz am 27. Januar 1973 im Internationalen Konferenzgebäude in Paris formell unterzeichnet werden. Der Waffenstillstand wird am 27. Januar um 24.00 Uhr GMT in Kraft treten. Die USA und die DRV bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieses Abkommen einen stabilen Frieden in Vietnam garantieren und zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens in Indochina und Südostasien führen wird." — Am 27. 1. unterzeichnen in Paris die Außenminister William P. Rogers (für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika), Tran Van Lam (für die Regierung der Republik Viet-

nam), Nguyen Duy Trinh (für die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam) und Nguyen Thi Binh (für die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam) die vorbereiteten Texte. Das Vertragswerk besteht aus dem „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen") und vier zusätzlichen Protokollen: 1) Protokoll über den Waffenstillstand in Südvietnam und die Gemeinsamen Militärkommissionen; 2) Protokoll über die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission; 3) Protokoll über die Rückführung der gefangengehaltenen Militärpersonen und ausländischen Zivilisten sowie der gefangengehaltenen und internierten vietnamesischen Zivilisten; 4) Protokoll über die Räumung, Entschärfung oder Zerstörung der Minen in den Territorialgewässern, den Kriegs- und Handelshäfen sowie den Wasserstraßen der Demokratischen Republik Vietnam. Das Protokoll über die Räumung der Minen wird nur von den Außenministern Rogers (USA) und Nguyen Duy Trinh (DRV) signiert.

6. 1. — E G. Die mit dem Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands erweiterte Kommission der Europäischen Gemeinschaften konstituiert sich in Brüssel. Der Kommission gehören je zwei Mitglieder aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien sowie je ein Mitglied aus Belgien, Dänemark, Irland, Luxemburg und den Niederlanden an. Neuer Präsident ist Francois-Xavier Ortoli (Frankreich).

7. 1. — Finnland/DDR/BRD. Der finnische Außenminister Ahti Karjalainen gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „In den auswärtigen Beziehungen Finnlands ist heute eine bedeutungsvolle positive Entwicklung zu verzeichnen. Wie bekannt, tritt das Abkommen zwischen Finnland und der DDR über die Herstellung von diplomatischen Beziehungen heute ... in Kraft. Auch mit der BRD ist vereinbart, diplomatische Beziehungen mit Wirkung vom heutigen Tage aufzunehmen."

8. 1. — Griechenland/USA. Vertreter der Marine beider Staaten unterzeichnen ein Abkommen (Laufzeit fünf Jahre), das Einheiten der 6. US-Flotte „Heimatrechte" in dem 22 km von Athen entfernten Hafen Eleusis einräumt. Das Abkommen, das sofort wirksam wird, bezieht sich auf die Stationierung von sechs Zerstörern, je einem Flugzeugträger und Hospitalschiff verbunden mit einem Niederlassungsrecht für ca. 10 000 amerikanische Militär- und Zivilpersonen.

— Naher Osten. Israelische Kampfflugzeuge unternehmen Angriffe auf Gebiete jenseits der israelisch-syrischen Waffenstillstandslinie. Ein Militärsprecher bezeichnet die Aktion als einen „Vergeltungsschlag" für drei von Syrien ausgegangene Zwischenfälle. — Am 13. 1. veröffentlicht das Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York einen Augenzeugenbericht von UN-Beobachtern, in dem es heißt, mindestens 125 Zivilpersonen seien bei dem Angriff getötet und 80 weitere verletzt worden.

11.—12. 1. — UdSSR/Frankreich. In einem Landhaus bei Minsk konferieren der Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew und Staatspräsident Georges Pompidou. An den Gesprächen nehmen auch die beiden Außenminister Gromyko und Schumann teil. In einem Kommuniqué unterstreichen beide Seiten „die große Bedeutung ... einer gesamteuropäischen Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit". Die vorbereitenden Konsultationen in Helsinki sollten „rasch zu allgemeiner Einigung führen", damit „die Konferenz selbst in den nächsten Monaten einberufen" werden könne. Weiter heißt es: „Die Sowjetunion und Frankreich gehen davon aus, daß die gesamteuropäische Konferenz nicht mit irgendwelchen anderen Verhandlungen in Zusammenhang gebracht werden darf, und daß sie eine große selbständige Aktion der europäischen und internationalen Politik ist."

— Jugoslawien/Ägypten. Staatspräsident Tito empfängt Präsident Sadat zu einem Meinungsaustausch auf der Adria-Insel Brioni. Wichtigstes Thema ist die Lage im Nahen Osten, über die beide Präsidenten „wegen der israelischen Aggressionsakte gegen Syrien, Libanon und das plästinensische Volk ihre ernste Besorgnis zum Ausdruck" bringen. Tito und Sadat erörtern auch die Vorbereitungen für die in Algier geplante Konferenz der blockfreien Staaten.

15. 1. — KSZE. Nach einer Pause von vier Wochen nehmen die Botschafter von

34 europäischen Staaten in Helsinki ihre Konsultationen zur Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wieder auf. Verhandlungspunkte sind die Tagesordnung und die Bildung von Kommissionen. — Am 25. 1. erhält die Delegation der Schweiz den Auftrag, ein Arbeitspapier über die bisher gemachten Vorschläge zur Tagesordnung vorzulegen.

15.—16. 1. — Warschauer Vertrag. Die Außenminister der Mitgliedstaaten treffen in Moskau zusammen, um „Grundprobleme der europäischen Sicherheit" zu behandeln. Einzelheiten gehen aus dem Kommuniqué nicht hervor. Die Konferenzteilnehmer werden auch von Parteisekretär Breschnew zu einer Unterredung empfangen.

17. 1. — Finnland. Das Parlament verlängert die im Jahre 1974 auslaufende Amtszeit von Staatskräsident Urho Kekkonen um weitere vier Jahre bis zum 1. März 1978. Ein entsprechendes außerordentliches Gesetz wird mit 170 gegen 28 Stimmen angenommen.

18. 1. — Bundesregierung. Vor dem 7. Deutschen Bundestag gibt Bundeskanzler Brandt die Regierungserklärung der SPD/FDP-Koalition ab. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel nimmt anschließend dazu Stellung. — Vom 24.—26. 1. schließt sich eine ausgedehnte Debatte an.

20. 1. — USA. Präsident Richard Nixon leistet den Eid für eine zweite Amtsperiode. Das von Nixon neugebildete Kabinett weist nur unwesentliche Veränderungen auf. Neuer Verteidigungsminister wird Elliot Richardson.

22.—23. 1. — Frankreich/BRD. Anläßlich des 10. Jahrestages des Vertrages „über deutsch-französische Zusammenarbeit" vom 22. Januar 1963 halten Staatspräsident Pompidou und Bundeskanzler Brandt eine der in diesem Vertrag vorgesehenen regelmäßigen Konsultationen ab. Die Begegnung, an der auch mehrere Kabinettsmitglieder teilnehmen, findet in Paris statt.

24. 1. — Vatikan/DDR. Das Mitglied des SED-Politbüros Werner Lamberz trifft im Vatikan mit dem Sekretär der Kommission für Öffentliche Angelegenheiten Mons. Casaroli zusammen; Casaroli ist für die auswärtigen Beziehungen des Vatikan zuständig. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN meldet am 30. 1., es habe sich um „einen Informations- und Gedankenaustausch über die DDR und den Vatikan interessierende Fragen" gehandelt. Das Gespräch sei in einer „offenen Atmosphäre" verlaufen. Lamberz hatte sich mit einer Delegation auf Einladung der KPI vom 22.—30. 1. in Italien aufgehalten.

25. 1. — Belgien. Der sozialistische Politiker Edmond Leburton bildet ein neues Kabinett, das aus neun Vertretern der Sozialisten, acht der Christlich-Sozialen und vier der Liberalen besteht. Erstmals seit 1958 stellt die Sozialistische Partei wieder den Regierungschef. Der bisherige Außenminister Pierre Harmel wird von Renaat Van Elslande (Christlich-Soziale Partei) abgelöst.

31. 1. — Abrüstung. Mit einer informellen Zusammenkunft in den Räumen der Wiener Hofburg beginnen vorbereitende Konsultationen über das Problem einer gegenseitigen Truppenverminderung in Europa. Der österreichische Außenminister Dr. Kirchschläger begrüßt die Vertreter von 19 Staaten, von denen zwölf der NATO (Belgien, BRD, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Türkei, USA) und sieben dem Warschauer Vertrag (Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn) angehören, mit einer kurzen Ansprache; Vertreter Portugals, die sich ebenfalls in Wien bereithalten, bleiben der Eröffnungszeremonie fern. Noch am gleichen Tag nehmen die Delegationen untereinander vertrauliche Kontakte auf, um vor Abhaltung der ersten Plenarsitzung die Zusammensetzung und die genaue Bezeichnung der Vorkonferenz festzulegen. Im Gegensatz zu dem von der NATO gewünschten begrenzten Teilnehmerkreis (vgl. „Blätter", Heft 12/1972, S. 1246) hatten die Mitglieder des Warschauer Vertrages vorgeschlagen, die Beratung allen interessierten europäischen Staaten zu öffnen.

Zu Brandts zweiter Regierungserklärung

Im Klartext bedeutet die Regierungserklärung Willy Brandts vom 18. Januar 1973 eine offene Wendung gegen die Mehrheit, die am 19. November vergangenen Jahres die Fortsetzung der SPD/FDP-Regierung ermöglicht hat. So vage und verschwommen der Stil dieser Regierungserklärung, unverkennbar gewollt, über weite Strecken hin ist, so unmißverständlich macht sie klar, worum es ihr im Kern geht: Alle sollen noch „härter arbeiten", „zu neuen Leistungen bereit" sein und im persönlichen Verbrauch „langsamer treten". Auf Reformen soll man sich keine allzugroßen Hoffnungen mehr machen, denn die sind teuer und brauchen langen Atem. Zum Trost erfährt man, daß wir „dem angelsächsischen Citizen, dem französischen Citoyen geistig nähergerückt" sind, daß die Bundesregierung die entlastende „Bereitschaft von Bürgerinitiativen ... Probleme selbst aufzugreifen, statt nur nach dem Staat zu rufen" durchaus begrüßt und daß solch „vitaler Bürgergeist", in der „neuen Mitte" beheimatet, über „eine exakte Witterung" für „die neuen Schnittlinien progressiver und bewahrender Interessen" verfüge.

Der CDU/CSU verschlug Brandts Rechtsruck in die „Mitte" die Sprache, „Oppositionsführer" Barzel suchte krampfhaft nach Ansatzpunkten für rechte Kritik, aber Leben kam in die Debattenbeiträge der Unionspolitiker eigentlich nur dort, wo sie ihre angestammte Rolle als Hauptpartei der Konzerne und der bestehenden „Ordnung" an die SPD verlorengehen sahen. Während die Börsen auf Brandts zweite Regierungserklärung mit einer Hausse reagierten, die Wirtschaftsverbände freundliche Zensuren erteilten und der Bundeskanzler am 19. Januar im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung eine vertrauliche Runde führender Industrie- und Bankenvertreter empfangen konnte, brach im Bundestag ein groteskes Schaugefecht um die „Mitte" aus. Was immer die Regierungserklärung an teils neutönerisch, teils gutbürgerlich eingefärbten, die gesellschaftliche Realität vor änderndem Zugriff verhüllenden Gemeinplätzen aufbot — vom „Willen zur guten Nachbarschaft" über das „Recht auf Geborgenheit" bis zum Allzweckbegriff „Lebensqualität" —, die Beschwörungsformel „neue Mitte" faßt es bündig zusammen.

Dem Wunschbild der „Mitte" steht freilich eine Realität gegenüber, die als „Polarisierung" von rechts und links — auf die gesellschaftlichen Hauptkräfte bezogen: von Großkapital und Arbeitnehmerseite — gesehen und als „ungesund" aufgefaßt wird. Von „Polarisierung" wird allerdings erst gesprochen, seit der für die kapitalistische Gesellschaft konstitutive Gegensatz der Klassen im wachsenden demokratischen Engagement breiter Bevölkerungsgruppen, in der Infragestellung der jahrelang scheinbar selbstverständlichen Vorherrschaft der Kapitalinteressen überhaupt erst wieder manifest wird, seit die Interessen der Mehrheit sich im Kampf gegen die Machtpositionen der Großwirtschaft zu artikulieren beginnen. Im Grunde kündigen ja erst die demokratischen Aktivitäten der letzten Jahre die Emanzipation aus jener Zwangsstillegung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Interesse der bestehenden Machtpositionen an, deren offen diktatorische Variante im „Nationalsozialismus" die Proklamation der „Volksgemeinschaft" mit der blutigen Zerschlagung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Potentiale verband und deren Nachfolge im Zeichen des Kalten Krieges, des Antikommunismus, der Aufrüstung gegen die sozialistischen Länder der Adenauer-Staat antrat: vom „Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot" bis zur

verunglückten Formel der „formierten Gesellschaft".

Die Entwicklung der letzten Jahre bestätigt allerdings, daß der Grundwiderspruch des spätkapitalistischen Systems, der Gegensatz zwischen der geballten Machtkonzentration der zahlenmäßig verschwindend kleinen Minderheit der Monopolbourgeoisie auf der einen und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite, zwar eine gewisse Zeitlang unterdrückt, kanalisiert und in den Köpfen der Menschen verschleiert werden kann, daß der Preis dafür aber die Erstarrung und Verkrustung der Gesellschaft, das Verschleppen überfälliger Reformen und Veränderungen ist und daß wirklicher Fortschritt im Interesse der Mehrheit letztenendes nur möglich ist, wenn dies Interesse sich artikuliert, zur gesellschaftlichen Kraft wird und den antagonistischen Widerspruch des Systems durch Zurückdrängung der Monopolmacht seiner Lösung, der Überwindung der Herrschaft des Großkapitals über die Mehrheit, zuführt. Dies kann kein Ausbalancieren der antagonistischen Kräfte, kein harmonisierendes Arrangement der Widersprüche um eine „Mitte" sein, die zwangsläufig das Koordinatensystem der herrschenden Ordnung fixiert. Brandts Proklamation einer Politik der „Mitte" führt folgerichtig de facto zu einer Bestätigung und Stabilisierung der herrschenden Machtstrukturen: außenpolitisch — im Zeichen des besonders riskanten „Mitte"-Ideals vom „Gleichgewicht des Schreckens" — zur noch engeren Bindung an die NATO und ihre weitere Aufrüstung, innen- und gesellschaftspolitisch zur Proklamation der „Koexistenz der großen gesellschaftlichen Gruppen", konkret zur Forderung an die Gewerkschaften, der Unternehmerseite gegenüber eine Stillhaltepolitik zu betreiben.

Was als „Mitte" deklariert wird, erweist sich, wie aus CDU-Zeiten gewohnt, in der Praxis als rechts. Für die SPD/FDP-Politik impliziert es die Aufforderung zu permanenter Tuchfühlung mit der CDU/CSU, bei gleichzeitig verschärftem Versuch der Abgrenzung nach links. Die verfassungswidrigen Berufsverbote werden in der Regierungserklärung wiederum bestätigt.

Die Selbstfesselung an eine zwangsläufig vom gesellschaftlichen Status quo her nach konservativen Maßstäben definierte „Mitte" verurteilt zu weitgehendem Immobilismus, will man nicht selbst in die immer weiter ausgedehnte „graue Zone" als „verfassungsfeindlich" diffamierter, weil radikaldemokratisch engagierter Kräfte geraten. Nun gehen aber gerade von diesen die stärksten Impulse zu konsequenten gesellschaftspolitischen Veränderungen aus. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß die Praxis die Dogmen der Systemstabilisierer durchlöchert: in der Mitgliedschaft auch der Regierungsparteien selbst wird die Position der Anlehnung nach rechts und der Abgrenzung nach links, gegen für ernsthafte Reform- und Entspannungspolitik unentbehrliche Verbündete, mit zunehmender Heftigkeit angefochten. Und außenpolitisch hat die lebensnotwendige Umstellung auf friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, von starkem Rückhalt der Bevölkerung getragen, Schritt um Schritt die Strategie vom „Gleichgewicht des Schreckens" ad absurdum zu führen begonnen, während auf die oberkluge Idee, die im Umgang mit den sozialistischen Staaten nicht länger denunzierbare friedliche Koexistenz gleichzeitig umzufälschen in ein Rezept zum Einfrieren der inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems und für die Indienstnahme der Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor", die sozialen Kämpfe der Arbeiterbewegung sicherlich die angemessene Antwort finden werden.

Angesichts der sozialen Realität der Bundesrepublik läuft Brandts Rede von der „neuen Mitte" auf nichts anderes

hinaus, als daß die sozialliberale Koalition, arbeitsteilig zwischen den einander zuarbeitenden Parteien SPD und FDP, sich als breitgefächerte Integrationsmaschinerie in den Dienst der Konzernmacht stellt. Es ist das, freilich letztlich illusionäre, Angebot, die aufbrechenden, mit Notwendigkeit sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikte abzufangen, zu domestizieren durch die Einbindung der auseinanderklaffenden Interessen in eine „Mitte", die sich als Konservierung und allenfalls vorsichtige Modernisierung der bestehenden „Ordnung" erweist. Das dient der Fesselung besonders jener breiten Kreise der „unterprivilegierten" Mehrheit, die die Sozialdemokratie traditionell als „Arbeitnehmerpartei" betrachten und ihr politisch verbunden fühlen.

Hier liegt die Antwort auf die Frage, was Brandt zwingt, wenige Wochen nach der eindrucksvollen Wahl-Abfuhr für die Konzernpolitiker der CDU/CSU, der Mehrheit, die ihm zur Fortsetzung seines Amtes verhalf, so offen die kalte Schulter zu zeigen. Die herrschenden Wirtschaftskreise der Bundesrepublik sehen gegenwärtig offenkundig selbst für systemstabilisierund gezielte Reformpolitik keine Priorität. Sie geben der „Wiedergewinnung der Stabilität", der Konsolidierung ihrer Gewinne und dem Ausbau ihrer Vormachtstellung in der erweiterten, verschärften Konkurrenzkämpfen mit den USA zusteuernden EWG auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung den Vorrang. Auch wenn das Großkapital weiß, daß es Systemreparaturen und Anpassungsmanöver auf Dauer nicht verschleppen darf, so hat es doch angesichts der wachsenden demokratischen Aktivität der Bevölkerung ein geschärftes Interesse daran, möglichst alle staatlichen und gesellschaftlichen Schaltstellen mit unbedingt systemloyalen Kräften besetzt zu sehen, jeden demokratischen Einfluß zu kanalisieren und zurückzudrängen. Gerade die Ansätze demokratischer Massenmobilisierung im Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge und gegen den Griff der CDU/CSU nach der Regierungsmacht hatten, wie im Wahlkampf ja unübersehbar deutlich geworden ist, die Wirtschaft in dem Wunsch bestärkt, die CDU/CSU wieder in der Regierung zu sehen. Barzel und Strauß ließen, bei aller sozialen Demagogie, keinen Zweifel an den Kernzügen des Regierungsprogramms, das sie im Sinne der Großindustrie auszuführen gedachten: „Durststrecke", „Wiedergewinnung der Stabilität kein Spaziergang", Gürtel enger schnallen — das waren die immer wieder durchschlagenden Stichworte.

Die Absage der Wählermehrheit zwang die Konzerne, die Pferde zu wechseln. Schon einen Tag nach der Wahl präsentierten sie unbekümmert ihre Ansprüche. Und was Strauß und Barzel, von der Mehrheit abserviert, nicht ausführen konnten, steckt jetzt im Regierungsgepäck des sozialdemokratischen Kanzlers, den die Angst vor der Courage der aktiv werdenden Bevölkerung in die Arme der Konzerne treibt. „Leistung", „harte Arbeit", NATO und USA-Bindung stärken, das Kleineuropa der Konzerne forcieren — die großbürgerliche Presse zeigte im Zeichen solcher Programmatik besondere Genugtuung darüber, daß Brandt diesmal anders als 1969 und vor der Wahl „keine falschen Hoffnungen" geweckt habe, Reformerwartungen einen Dämpfer erteilte und von „mehr Demokratie" nicht einmal mehr spreche. Offenbar soll eine Schocktherapie das erwachte demokratische Selbstvertrauen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit entmutigen, den Menschen die Forderung austreiben, daß der Verdrängung der CDU/CSU aus der Regierungsmacht nun auch die Überwindung der promonopolistischen und antidemokratischen Prinzipien bisheriger bundesrepublikanischer Staatsmacht folgen müsse.

Der Spielraum, der einer SPD/FDP-Regierung, die sich dem Primat der Monopolinteressen beugt, gegenüber den Erwartungen und Forderungen der arbeitenden Mehrheit bleibt, ist, wie die Regierungserklärung zeigt, kümmerlich gering. Reformen, selbst diejenigen, an die man große Integrationshoffnungen knüpfte, kann man sich nicht leisten. Das Geld fehlt, denn Monopolprofite und Rüstungsmilliarden sind tabu. Zudem macht sich bei den Herrschenden die Furcht breit, angesichts wachsender demokratischer Bürgeraktivität könnten Reformen überhaupt zu weiteren Verschiebungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis führen. Meinungsfreiheit, Pluralismus, Demokratie, so vielbeschworen, geraten in der Praxis immer dürftiger, die Verfassungswirklichkeit wird immer häßlicher. Daß Marx gelehrt wird, kann man sich nicht leisten. Berufsverbote und behördliche Gesinnungsschnüffelei werden, nach sozialdemokratischem Wahlsieg, nicht abgeschafft, sondern ausgebaut. Statt mehr Demokratie gibt es weniger, eingenebelt in sozialliberale Phrasen — „Lebensqualität", „gute Nachbarschaft", „Recht auf Geborgenheit" und „neue Mitte".

Aus dieser Regierungserklärung kann es für die Bürger nur *eine* sinnvolle Schlußfolgerung geben: selbst initiativ zu werden, Demokratie und Veränderung der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Das Warten auf die Regierung bewegt nichts.

Karl D. Bredthauer

Frankreich vor den Wahlen

Am 4. und 11. März finden in Frankreich Parlamentswahlen statt; ein Vorgang, der lange Zeit kaum geeignet war, die Gemüter der Massen auch nur im Lande selbst, geschweige denn im Ausland übermäßig zu erhitzen. Wenn das in diesem Jahr anders ist, so vor allem deshalb, weil sich erstmals seit vielen Jahren die Möglichkeit einer grundsätzlichen Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses abzeichnet, bei der nicht bloß eine parlamentarische Mehrheit ausgewechselt wird, sondern die grundlegenden Strukturen des monopolkapitalistischen Systems angegriffen werden. Das ungewöhnliche Interesse an den kommenden Wahlen entspringt also nicht etwa jüngst entstandenen parlamentarischen Illusionen, sondern eher dem Gegenteil, einem langjährigen Desillusionierungsprozeß.

Die Nationalversammlung ist in den Jahren des „Regimes der persönlichen Macht" de Gaulles und seines Nachfolgers Pompidou politisch noch einflußloser geworden als schon in der IV. Republik. Seither haben sich die wirklichen Macht- und Entscheidungszentren noch weiter in die institutionell wie personell eng verflochtenen, keinerlei demokratischer Kontrolle des Volkes unterliegenden, bürokratischen Apparate der Großkonzerne und der politischen Administration verlagert, was der V. Republik lange Zeit den eigentümlichen Charakter eines zugleich paternalistischen und technokratischen Regimes verlieh, in dem Autorität und Effizienz gleichermaßen gewährleistet schienen.

Dafür sprachen bis weit in die 60er Jahre eine in der jüngsten französischen Geschichte bis dahin unbekannte politische „Stabilität" und die höchsten ökonomischen Wachstumsraten in Westeuropa. Beides verdankte die herrschende Klasse einer sich in zwei großen Etappen vollziehenden historischen Niederlage der Arbeiterklasse: 1947 mit dem Ausschluß der Kommunisten aus der Nachkriegsregierungskoalition und 1958 mit der Machtübernahme de Gaulles in der Folge eines Militärputsches französischer Generale in Algerien.

Knapp zehn Jahre hatte das Großbürgertum glauben können, sich mit der autoritären Verfassung des Gaullismus bequemer einzurichten als je zuvor in seiner rund 180jährigen, nur selten unterbrochenen politischen Herrschaft in Frankreich.

„Akkumuliert, akkumuliert" war zur offenen Parole der 60er Jahre geworden, vergleichbar dem „Enrichissez-vous" aus der Zeit der Juli-Monarchie vor der 48er Revolution. Tatsächlich konnte sich die rasche Kapitalakkumulation nur auf der Basis einer sprunghaft gesteigerten Mehrwertrate infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei gleichzeitig nur langsam steigendem Reallohn der Arbeiter vollziehen.

Unter dem politischen Druck des gaullistischen Regimes und den entsprechenden Herrschaftsverhältnissen in den Betrieben hatte der antagonistische Charakter der kapitalistischen Akkumulation sich soweit entwickelt, daß die Reallöhne der Arbeiter, die Mitte der 50er Jahre noch an der Spitze der westeuropäischen Länder gelegen hatten, ein Jahrzehnt später nahezu am Ende der Skala rangierten, und das obwohl das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung 1968 in Frankreich höher lag als in der Bundesrepublik. Kein Wunder, daß unter diesen Bedingungen die französischen Großkonzerne ihren materiell-technischen wie ökonomischen Rückstand gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt nach und nach auszugleichen vermochten und in manchen Bereichen sogar an die Weltspitze vorstießen.

Die gewaltige Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums auf seiten des Großkapitals und in gewissen parasitären Bereichen des Staates und der gesellschaftlichen Armut auf seiten großer Teile der arbeitenden Bevölkerung wurde immer unübersehbarer. Im Schatten der in Paris und einigen wenigen regionalen Metropolen aus dem Boden schießenden Verwaltungshochhäuser, Finanzpaläste, Repräsentationsbauten, Spekulationsobjekte usw. ließen sich die noch rascher wachsenden Arbeitervororte mit den kümmerlich ausgestatteten Sozialwohnungen und die elenden Wellblechbaracken-Siedlungen (Bidonvilles) der „Gast"arbeiter kaum verbergen. Der zweifelhafte Glanz einer eigenen Atomstreitmacht und der nur den Dassaults (Flugzeugbauunternehmer) nutzende Mythos von der „todbringenden Überlegenheit" französischer Mirage-Jagdbomber oder das Prestigeobjekt der Überschall-Passagiermaschine „Concorde" konnten nicht länger darüber hinwegtäuschen, daß die soziale Infrastruktur, soweit sie die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung betraf, immer weiter zerfiel. Hinzu kam, daß sich durch die weltweite Rezession in den Jahren 1966—1968 die Arbeitsbedingungen in den Betrieben schlagartig noch weiter verschlechtert hatten. Das Arbeitstempo wurde vielfach beschleunigt, übertarifliche Leistungen abgebaut, ältere Arbeiter und Angestellte entlassen, Jugendliche nicht mehr eingestellt, zahlreiche beschäftigte Lohnabhängige umgruppiert, entqualifiziert und relegiert. Damit war die Lage explosiv geworden, und während die Ideologen des Großbürgertums noch versonnen meinten „Frankreich langweilt sich" („Le Monde" im März 1968), bedurfte es nur noch des zündenden Funkens der Studentenrebellion, um die größte Streikbewegung in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung auszulösen.

Die Streiks im Mai und Juni 1968 markierten den Beginn einer neuen Etappe des Klassenkampfes in Frankreich. Mit dem Ruf „10 Jahre sind genug" demonstrierten damals in Paris Hunderttausende ihren Willen, dem Gaullismus ein Ende zu setzen. Im ganzen Land hatte die überwältigende Mehrheit der Lohnabhängigen teils spontan, teils nach dem Aufruf ihrer Gewerkschaften die Arbeit für Wochen niedergelegt,

um für höhere Löhne, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Mitbestimmung oder einfach „für die Menschenwürde" zu kämpfen.

Die manchmal planvoll und bewußt, manchmal spontan und naturwüchsig verlaufende Streikbewegung endete, trotz erheblicher materieller Verbesserungen für die Lohnabhängigen, in einer partiellen politischen Niederlage, weil die Parteien der Linken nicht in der Lage waren, der allgemeinen antikapitalistischen Stimmung durch eine gemeinsame demokratische und sozialistische Alternative zum bestehenden monopolkapitalistischen System eine konkrete und überzeugende Perspektive zu geben. So konnte es dem längst überlebten Gaullismus gelingen, sich noch einmal vorübergehend zu stabilisieren. Dennoch erwies sich die gesellschaftliche Krise in den folgenden Jahren als so tief, daß weder durch den Austausch der Galionsfiguren des Systems noch durch das Erfinden stets neuer ideologischer Leitbilder wie „Participation", „neue Gesellschaft", usw. die wachsende Einsicht in die Perspektivlosigkeit des Spätkapitalismus verhindert werden konnte. Die akute Krise des Mai 1968 ist allmählich in eine chronische Krise übergegangen, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt und das Selbstbewußtsein der herrschenden Klasse nachhaltig zu untergraben beginnt.

*

Während die kommunistische Partei schon auf ihrem 17. Kongreß im Jahre 1964 den Sozialisten „ein dauerhaftes Bündnis, nicht nur im Kampf gegen das kapitalistische System, sondern auch beim künftigen Aufbau des Sozialismus in Frankreich" vorgeschlagen hatte, bedurfte es in der sozialistischen Partei erst eines langwierigen und zum Teil widerspruchsvollen Lernprozesses, bis sich die Einsicht durchsetzte, daß allein durch eine gemeinsame Aktion mit den Kommunisten diejenigen grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen realisiert werden können, die einen Ausweg aus der anhaltenden Krise des Kapitalismus in Frankreich weisen.

Nach mehrjährigen intensiven Verhandlungen ist es den beiden großen Parteien der Linken im Juni des vergangenen Jahres gelungen, der französischen Arbeiterklasse und den übrigen Schichten der arbeitenden Bevölkerung ein „gemeinsames Regierungsprogramm" für die Periode 1973—1978 vorzulegen *), das ihren beiderseitigen Willen bekräftigt, „den Ungerechtigkeiten und der Willkür des gegenwärtigen Regimes ein Ende zu setzen" und den „Weg zum Sozialismus zu ebnen".

Im ersten Teil sieht das Programm eine Vielzahl von konkreten Einzelmaßnahmen vor, die geeignet sind, die realen Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung entscheidend zu verbessern, wobei neben der Befriedigung der wichtigsten materiellen Bedürfnisse vor allem die Bedingungen dafür geschaffen werden sollen, daß sich die demokratische Initiative von „unten" in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen von den Betrieben über die sozialen Einrichtungen wie Gesundheitsdienst, Erziehungswesen, Städtebau und Verkehrswesen bis zu Freizeit, Kultur und Sport zu entfalten vermag. Die Gewerkschaften, die Bauern- und Handwerksorganisationen, die Mieter- und Verbraucherverbände usw. sollen in diesen Prozeß der allseitigen Demokratisierung der Gesellschaft aktiv miteinbezogen werden.

Der zweite Teil des Programms enthält die grundlegenden Maßnahmen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf deren Basis allein die verschiedenen Einzelreformen verwirklicht werden können. Entscheidende Bedeutung gewinnt dabei die Nationalisierung des gesamten Banken- und Finanzsektors sowie weiterer dreizehn Industriegruppen in den hochmonopoli-

*) Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, hrsg. und eingeleitet von Werner Goldschmidt, Köln 1972.

sierten Schlüsselsektoren der Wirtschaft (Stahl, Chemie einschl. der gesamten Pharmaindustrie, Elektrotechnik und Elektronik einschl. Computer, Großmaschinenbau, Flugzeugbau usw.). Mit den bereits nationalisierten Unternehmen im Grundstoff- und Energiebereich, im Transportwesen, im Automobilbau und im Flugzeugbau wird der öffentliche Sektor danach rund 14 % der Inlandsproduktion und nahezu 50 % aller industriellen Investitionen des Landes kontrollieren.

Ziel der Nationalisierungen ist es, eine „neue ökonomische Logik" durchzusetzen, in der nicht mehr das kapitalistische Profitmotiv, sondern die Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung zum Motor der Produktion und Akkumulation des gesellschaftlichen Reichtums wird. Hierzu ist eine umfassende Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften in allen Betrieben, besonders aber in den nationalisierten Unternehmen, sowie bei der Ausarbeitung der allgemeinen Zielsetzungen, der ökonomischen Strategien und der konkreten Einzelmaßnahmen des sozial-ökonomischen Gesamtentwicklungsplans auf nationaler wie regionaler Ebene vorgesehen.

Die Gesamtheit aller im Programm vorgesehenen Maßnahmen, einschließlich der in den weiteren Teilen behandelten Demokratisierung der politischen Institutionen und der Belebung der internationalen Kooperation, soll dazu beitragen, der jahrzehntelangen Herrschaft des Großkapitals über die große Mehrheit der Bevölkerung ihre ökonomische, soziale, politische und ideologische Basis zu nehmen. Dabei werden sich die Klassenkämpfe mit Sicherheit erneut zuspitzen, so daß der Mobilisierung des Bewußtseins durch die demokratischen Massenorganisationen und ihrer Bereitschaft zu Kooperation und konstruktiver Kritik entscheidende Bedeutung zukommt.

Obwohl das Programm eindeutig einen Kompromiß darstellt, hat allein schon sein Zustandekommen das politische Kräfteverhältnis der Klassen in Frankreich verändert. Die breite und bisweilen begeisterte Resonanz der arbeitenden Bevölkerung, vor allem in den Großbetrieben, in denen die Gewerkschaftssektionen das Programm zur Diskussion stellten, bewies, welche Hoffnungen die lang ersehnte Einigung der Linken in großen Teilen des Volkes auslöste.

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Programms, das inzwischen als Taschenbuch mit einer Auflage von über einer Million Exemplaren in den Betrieben und Büros, auf Straßen und Plätzen, an den Kiosken und in den Buchhandlungen, in Schulen und Universitäten vertrieben worden ist, haben zahlreiche nationale, regionale und lokale Organisationen den beiden Parteien ihre Unterstützung im Wahlkampf und bei der Durchführung des Programms zugesagt.

Der linke Flügel der radikalsozialistischen Partei ist als dritte Partei dem Programm offiziell beigetreten und wird im Falle eines Wahlsieges der „Regierung der Volksunion" angehören. Der größte Gewerkschaftsbund, die kommunistisch-sozialistische CGT, hat sich von Anfang an für die tatkräftige Unterstützung des Linksbündnisses eingesetzt, ebenso die autonome Lehrergewerkschaft FEN. Nach anfänglicher Skepsis hat auch der christlich-sozialistische Gewerkschaftsbund CFDT, unter dem Druck seiner betrieblichen Basisorganisationen, ebenfalls zur Wahl der Kandidaten der „Volksunion" aufgerufen, obwohl seine Konzeption der Selbstverwaltung (Autogestion), die auch von bestimmten Teilen der sozialistischen Partei unterstützt worden war, sich im gemeinsamen Programm nicht hat durchsetzen können.

Die Attraktionskraft des Linksbündnisses erwies sich im Laufe des Herbstes

mit der Gründung einer Vielzahl von „Komitees zur Unterstützung des gemeinsamen Programms", mit der Organisation von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, mit den Diskussionen in den Versammlungen der betrieblichen Gewerkschaftssektionen usw., als so groß, daß auch die linkssozialistische PSU, die das Programm zunächst als „reformistisch" abgetan hatte, eine gewisse Annäherung an die „Volksunion" sucht und ihre Anhänger aufforderte, im zweiten Wahlgang die Kandidaten der Linken zu unterstützen; im gleichen Sinne äußerte sich zuletzt selbst die größte der ultralinken Organisationen, die trotzkistische „Ligue communiste", obwohl sie das Programm weiterhin „von A bis Z ablehnt".

Staatspräsident Pompidou hatte unmittelbar nach der Einigung von Kommunisten und Sozialisten geglaubt, mit der Ablösung des in einen Steuerskandal verwickelten Premierministers Jacques Chaban-Delmas durch Pierre Messmer der Linken den Wind aus den Segeln nehmen zu können, der gerade von Arles herüberwehte, wo der gemeinsame Kandidat der Linken bei einer Nachwahl Anfang Juli einen überraschend deutlichen Sieg errang. („Von Arles weht der Wind der Volksunion" war eine der ersten populären Losungen der Kampagne für das gemeinsame Regierungsprogramm.) Gleichzeitig sollte der neue Arbeitsminister Edgar Faure der allgemeinen Unzufriedenheit mit der sozialen Lage der Lohnabhängigen, die im Mai und Juni von den Gewerkschaften in zwei großen Massenstreikaktionen für die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und die Erhöhung des monatlichen Mindestlohnes auf 1000 F noch einmal unmißverständlich zum Ausdruck gebracht worden war, durch ein neues Sozialprogramm entgegenwirken. Faure versprach zwar den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Forderungen, war aber nicht bereit, konkrete Termine zu nennen. Schon im September war damit der unter dem Titel „Für einen Gesellschaftsvertrag" pompös angekündigte „Dialog mit den Gewerkschaften" gescheitert. Erst jetzt brach der seit langem schwelende Streit innerhalb der Regierungskoalition aus Gaullisten, Unabhängigen Republikanern und dem rechten Zentrum über den innen- wie außenpolitischen Kurs, insbesondere aber über die Strategie gegenüber der Linken offen aus. Die Unabhängigen Republikaner um Giscard D'Estaing streben offenkundig die Führung in einer neuen bürgerlichen Koalition der „Mitte" unter Ausschluß der Rechtsgaullisten (Debré) und Einschluß des Zentrums (Lecanuet, Servan-Schreiber) an. Eine solche Koalition der „Modernisten" wird von der dynamischen Fraktion im Unternehmerverband kräftig unterstützt. Dahinter steht die Vision einer ökonomischen und politischen Führungsrolle Frankreichs innerhalb der erweiterten EWG, wie sie jüngst von den Futurologen des Hudson-Instituts für Frankreich vorhergesagt wurde. Dazu erscheint es jedoch unerläßlich, die Gewerkschaften durch einige soziale Zugeständnisse, die weitgehend dem ersten Teil des Regierungsprogramms der Linken entnommen sind, in das gesellschaftliche System der monopolistischen Kapitalakkumulation zu integrieren.

Sowohl im Programm der zentristischen „Reformer", das jüngst als Taschenbuch erschienen ist und schon rein äußerlich das Programm der Linken imitiert, als auch im Programm der Unabhängigen Republikaner rangieren die Themen „soziale Sicherheit" und „Verbesserung der Infrastruktur" an erster Stelle. Freilich versuchen beide die im Programm der Linken als entscheidend für die Realisierung dieser Ziele angesehene Nationalisierung als „veraltete Methoden für ein Frankreich von vor fünfundzwanzig Jahren" auszugeben. Stattdessen sieht das „Reformprogramm" die folgende Lösung vor: „Verstärkung des ökonomischen Wachstums, um es zu beherrschen, da-

mit der Mensch von seinen Zwängen befreit werden kann."

Dieser etwas naiven Zukunftsvision Servan-Schreibers halten die klassischen Gaullisten entgegen, dies sei ihre Politik seit Beginn der V. Republik, dazu brauche man keine Reformer, nur könne man nicht alles gleichzeitig ... „Der Wandel — das sind wir selbst" war dann auch eine der Losungen anläßlich der Eröffnung des Wahlkampfes der Gaullisten im Januar, und dann wurde alles versprochen, was die Gaullisten in 15-jähriger Herrschaft versäumt hatten: Sozialwohnungen, Kindergärten, Schwimmbäder, Schulen, Altersheime usw., usw.

Charakteristisch für die beiden Strategien des Großkapitals — Repression und Reform — ist die Polemik gegen das Linksbündnis. Während die Konservativen nach altbewährtem gaullistischen Vorbild von der Gefahr einer „kollektivistischen Diktatur und eines unverhüllt totalitären Regimes" (Messmer) sprachen und selbst an die primitivsten antikommunistischen Instinkte appellierten („Marchais [der Generalsekretär der FKP, d. Verf] ist ein Mann, den man zögernd beim Auto-Stop mitnehmen würde", Peyrefitte, Generalsekretär der Gaullisten), geben sich die Modernisten sachlich: „Wir streiten uns nicht um Personen, sondern um Ideen" (Poniatowski, Unabhängige Republikaner) oder gar: „Ich glaube, daß die Kommunisten bereit sind, die institutionellen Spielregeln zu achten. . . .Was wir dagegen wiederholen müssen, ist, daß alle kommunistischen Experimente ökonomische Mißerfolge sind und daß der Sieg der Linken die Kapitalflucht provozieren würde" (P. Granet, rechtes Zentrum).

Tatsächlich wurden während des Parteitages der Kommunisten im Dezember die wildesten Gerüchte von einer bevorstehenden Kapitalflucht riesigen Ausmaßes, von massiven Streikbewegungen nach einem Wahlsieg der Linken, entsprechend dem historischen Vorbild der Volksfront 1936, usw. in der bürgerlichen Presse breitgewalzt. Das Wirtschaftsmagazin „L'Expansion" erfand eigens ein politisches Grusical „1973: Die Linke an der Macht", in dem anhand fiktiver Zahlen die Notwendigkeit des Scheiterns der Linken „bewiesen" wurde. Das Ergebnis all der Manöver: Nach einem vorübergehenden Rückgang der Linken im Januar auf 43 %, meldete das Meinungsforschungsinstitut „Publimétrie" Anfang Februar 47 % für die Linksunion, 37 % für die Regierungsparteien und 16 % für das Zentrum.

Unübersehbar hat die Einheit der Linken das politische Kräfteverhältnis der Klassen in Frankreich zugunsten der arbeitenden Bevölkerung verändert.

Werner Goldschmidt

Der „Bund der Mitteldeutschen"

Am II. Kongreß des „Bundes der Mitteldeutschen" (BMD), der nach den Bundestagsneuwahlen, am 8./9. Dezember 1972, in der Bonner Beethoven-Halle tagte, nahmen außer den Delegierten als Gäste teil: hohe Beamte des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Vertreter des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und eine ganze Anzahl führender Mitarbeiter des „Gesamtdeutschen Instituts — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben".

Das besondere Interesse der führenden Mitarbeiter des „Gesamtdeutschen Instituts" an der Tagung des „Bundes der Mitteldeutschen" ergibt sich aus der Tatsache, daß dieses Institut eine Zusammenfassung solcher DDR-feindlicher Organisationen wie „Untersuchungs-

ausschuß freiheitlicher Juristen e. V.", „Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands e. V." u. a. ist. Das Institut wurde am 1. Juli 1969 als nicht rechtsfähige Bundesanstalt gegründet und dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zugeordnet.

Schwerpunkt der Beratungen des II. BMD-Kongresses war die Aufgabenstellung des Bundes unter dem Aspekt des Abschlusses des Grundvertrages über die Beziehungen zwischen BRD und DDR. In einer Entschließung forderte der BMD seine Mitglieder auf, alle Möglichkeiten des Verkehrsvertrages und des Grundvertrages zu nutzen, um „die menschlichen Kontakte mit den Mitteldeutschen in der DDR zu intensivieren".

Die DDR wurde bezichtigt, durch „administrative Maßnahmen" die angekündigten Reiseerleichterungen zu unterlaufen, und die Bundesregierung wurde aufgefordert, aus diesem Grunde die Unterzeichnung des Grundvertrages auszusetzen. Der BMD-Präsident, Jürgen Wohlrabe (MdB und Sprecher der Westberliner CDU-Bundestagsabgeordneten im VII. Bundestag), erklärte in seinem Referat, „daß parallel zur Verständigung der Regierungen untereinander die Stimme der Mitteldeutschen aus der ‚DDR' weniger zu hören sein wird denn je" und deswegen der Bund der Mitteldeutschen „verstärkt die Aufgabe" habe, „die Stimme der Mitteldeutschen trotzdem eindringlich und überall zu Gehör zu bringen".

Wohlrabe und BMD-Vizepräsident Werner Bader (SPD, Leiter des „Deutschen Programms" der „Deutschen Welle" Köln) erklärten laut „Die Welt" vom 11. Dezember 1972 auf dem Kongreß übereinstimmend: „Der Bund versucht nicht, eine einheitliche Stellungnahme seiner allen Bundestagsparteien angehörenden Mitglieder zur Deutschlandpolitik herbeizuführen, sondern versteht sich als Anlaufstelle, um ‚DDR'-Reisenden ‚praktische Verhaltenshilfen' zu geben."

Was ist der BMD für eine Vereinigung, wenn er sich einerseits damit bescheidet, als „Anlaufstelle von DDR-Reisenden praktische Verhaltenshilfen zu geben", andererseits sich anmaßt, „Sprecher", ja „Stimme" der 17 Millionen DDR-Bürger zu sein?

Im April 1969 wurde der „Bund der Mitteldeutschen (BMD) e. V." als Parallele zum „Bund der Vertriebenen / Vereinigte Landsmannschaften" gegründet.

Während der „Bund der Vertriebenen" (BdV) als „Spitzenorganisation der vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften" fungiert, schlossen sich im BMD insgesamt elf „mitteldeutsche Landsmannschaften und Organisationen" zusammen. Zu ihnen gehören der „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge e. V.", die Landsmannschaften „Mecklenburg", „Thüringen", „Sachsen" usw., die „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe e. V.", der „Gemeinschaftsverband politischer Sowjetgefangener e. V." usw. usf. Seine derzeitige Mitgliederzahl gibt der BMD mit 230 000 an. Mitglieder sind überwiegend ehemalige DDR-Bürger, die aus politischen oder ökonomischen Gründen (ehemals führende Nazis, ehemalige Unternehmer, Großbauern usw., also Gegner der sozialistischen Gesellschaftsordnung) die DDR verließen.

Zum ersten Präsidenten des BMD wurde im April 1969 der inzwischen verstorbene Bundesminister a. D. Ernst Lemmer (CDU) gewählt. In einer Entschließung wurde bei der BMD-Gründung erklärt: „Ziel und Aufgabe des Bundes der Mitteldeutschen mit allen seinen Mitgliedern bleibt die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Der Bund der Mitteldeutschen geht dabei davon aus, daß

— West-Berlin mit dem freien Teil Deutschlands verbunden bleiben muß,

— die Sowjetzone völkerrechtlich nicht anerkannt werden darf,

— die Fragen der deutschen Grenzen nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag geregelt werden können.

Der Bund der Mitteldeutschen wirkt mit allen Kräften über die Zonengrenze für den Zusammenhalt unserer Nation."

Der BMD wurde primär gegründet, um jene landsmannschaftlichen Organisationen zu lenken, deren Tätigkeit sich speziell gegen Staat und Gesellschaftsordnung der DDR richtet. Im Gegensatz zum „Bund der Vertriebenen" und den ostdeutschen Landsmannschaften, wo — ausgenommen die Sudetendeutsche Landsmannschaft — Sozialdemokraten in den letzten Jahren aus den Führungsfunktionen verdrängt wurden bzw. wie Dr. Hupka von der SPD zur CDU überwechselten, spiegelt sich in der Zusammensetzung des BMD-Präsidiums die „große Koalition" wider. Neben Jürgen Wohlrabe und Werner Bader gehören dem BMD-Präsidium u. a. an: Gerhard Reddemann (MdB/CDU), Walter Haack (SPD, Wissenschaftlicher Referent der SPD-Bundestagsfraktion), Heinz Müller (FDP) und Rudolf Wiebach (Deutsche Union). Die langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Lisa Korspeter besitzt als Ehrenpräsidentin Sitz und Stimme im BMD-Präsidium.

Im Zuge der Entspannung in Europa und durch die Verträge der BRD mit der Sowjetunion, der VR Polen und der DDR ist eine Reihe jener Ziele, für die der BMD 1969 angetreten ist, utopisch geworden. Die bestehenden Grenzen in Europa sind anerkannt.

Arbeitsschwerpunkt des BMD ist es derzeit, zu versuchen, mit allen Kräften den durch Grund- und Verkehrsvertrag intensiver gewordenen Besuchs- und Reiseverkehr in und von der DDR zu subversiver Arbeit gegen Staat und Gesellschaftsordnung der DDR zu mißbrauchen. Diese Absicht steckt auch dahinter, wenn sich der BMD als „Anlaufstelle für DDR-Reisende" anbietet, um „praktische Verhaltenshilfen" zu geben. Schon am 22./23. April 1972 faßte die Bundesversammlung des BMD, an der u. a. auch Regierungsdirektor Zilch als Vertreter des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen teilnahm, folgende Entschließung:

„Die Bundesversammlung des Bundes der Mitteldeutschen fordert die Mitglieder der angeschlossenen Verbände auf, soweit irgend möglich die Gelegenheit zu Besuchen und Reisen in den anderen Teil Deutschlands zu nutzen.

Das Präsidium wird beauftragt, eine dreiköpfige Kommission einzusetzen, der folgende Aufgaben übertragen werden:

1) Erarbeitung eines Leitfadens für die Anbahnung und Durchführung von Kontakten und Begegnungen mit Menschen aus dem anderen Teil Deutschlands;

2) Sammlung und Auswertung von Erfahrungsberichten über die Praktizierung derartiger Kontakte;

3) Aufbereitung der Ergebnisse für einen verstärkten Erfahrungsaustausch innerhalb des BMD wie mit anderen interessierten Organisationen und Institutionen."

Auf der Präsidiumstagung des BMD, die am 15. Mai 1972 im Hochhaus des Bundestages stattfand, wurde die dreiköpfige Kommission gebildet. Als Leiter wurde Werner Bader (SPD), dazu Frau Korspeter (SPD) und Vizepräsident Wilhelm Hoffmann (Geschäftsführer der „Pommerschen Landsmannschaft") bestimmt.

Finanziert werden der BMD und die ihm angeschlossenen Verbände vorwiegend durch Subventionen der Bundesregierung und der Landesregierungen.

Der Umfang der staatlichen Zuschüsse an den BMD und seine Gliederungen ist nicht nachweisbar, weil die Subventionierung vor allem aus dem im Jahre 1972 fast 40 Mio DM umfassenden Geheimfonds, Haushaltstitel 68 501, des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen erfolgt. Der Präsident des BMD, Wohlrabe, gehörte im VI. Bundestag dem achtköpfigen vertraulichen Bundestagsausschuß an, der diesen Geheimfonds zu kontrollieren hatte. Ob er auch in der neuen Legislaturperiode diese Funktion ausübt, ist z. Z. noch nicht bekannt.

Aber auch aus anderen Bundesministerien wird der BMD finanziert. Im September 1971 wurde z. B. bekannt, daß der Bundesminister des Innern, Genscher, zusätzliche Haushaltsmittel, da „unvorhergesehen und unabweisbar", in Höhe von DM 189 969,20 angefordert hatte, die dem BMD zuflossen.

Entsprechend der parteipolitischen Zusammensetzung des BMD-Präsidiums erhält der BMD für seine Politik und Tätigkeit sowohl von den Regierungsparteien als auch von der CDU/CSU-Opposition Lob und Zustimmung. In dem im Sommer 1972 unterbreiteten BMD-Jahresbericht 1971/72 wird u. a. auch der damalige Staatssekretär und jetzige Bundesminister Egon Bahr zitiert, der sich danach wie folgt über die politische Rolle des BMD ausließ:

„Eine Definition der politischen Rolle des Bundes der Mitteldeutschen: Dies ist der Humus in diesem Teil unseres Landes, damit die Menschen hier nicht vergessen, daß Deutschland nicht am Eisernen Vorhang endet. Und deshalb ist diese Organisation für mich unentbehrlich, und ich hoffe, sie wird stark genug sein, bei den Menschen hier das Bewußtsein daran lebendig zu halten."
Am 5. Juli 1972 wurde in einer Verlautbarung der DDR-Nachrichtenagentur ADN daran Kritik geübt, daß Bundespräsident Heinemann bei seinem Westberliner Aufenthalt das Präsidium des Bundes der Mitteldeutschen zu einem Gespräch über die Tätigkeit des BMD empfangen habe. Wörtlich hieß es in der ADN-Verlautbarung: „Die Fortsetzung der gegen die DDR und andere sozialistische Staaten gerichteten Tätigkeit revanchistischer Organisationen ist offenkundig unvereinbar mit dem Grundsatz des Vierseitigen Abkommens, daß von Westberlin keine Spannungen ausgehen dürfen . . ."

Am 27. Juli 1972 beantwortete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Karl Herold, die Anfrage des CSU-Bundestagsabgeordneten Leo Wagner, wie die Bundesregierung die ADN-Meldung beurteile. Herold erklärte: „Die von der Nachrichtenagentur ADN erhobenen Vorwürfe sind haltlos." Er verwies im übrigen auf eine Erklärung von Bundesminister Franke, die dieser am 7. Juli 1972 der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gegeben habe: „Es sei legitim, die Entwicklung in der DDR zu beobachten und Kontakte nach drüben zu unterhalten, wie dies vom Bund der Mitteldeutschen auch getan werde."

Demgegenüber ist in aller Klarheit festzustellen: Der BMD ist die Spitzenorganisation von in der Periode des Kalten Krieges entstandenen militant antikommunistischen und revanchistischen Vereinigungen, deren politische Zielsetzung die Liquidierung der sozialistischen DDR ist. Die Tätigkeit des BMD richtet sich daher gegen Entspannung und friedliches Nebeneinander in Europa. Die zwischen der BRD und der DDR vereinbarten Verträge verlangen als Konsequenz, auch die staatliche Subventionierung solcher Organisationen wie des BMD einzustellen und ihre gegen Staat und Gesellschaftsordnung der DDR gerichtete Tätigkeit zu unterbinden.

Georg Herde

Triumph des Sozialismus gewährleisten. Keine andere Klasse, keine andere soziale Schicht der Gesellschaft ist derart organisiert und stark. Die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse ist ungeheuer. Ihre revolutionären Erfahrungen sind unglaublich reich. Ihr ideologisches, kulturelles und geistiges Niveau wächst von Jahr zu Jahr. Ihre politische und moralische Autorität in der Gesellschaft ist unermeßlich gewachsen" [44]).

[44]) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969", Berlin 1969, S. 187.

Bücher

Baudissins Scheitern

Dietrich Genschel, Wehrreform und Reaktion. Die Vorbereitung der Inneren Führung 1951—1956. R. v. Decker's Verlag G. Schenck, Hamburg 1972, 364 S., 22,50 DM.

Anzuzeigen ist ein in seiner Art seltenes Buch, hervorgegangen aus einer Freiburger Dissertation, verfaßt von einem aktiven Oberstleutnant der Bundeswehr. Es beschreibt, wie in der Vorbereitungsphase der Remilitarisierung, als es noch kein dafür zuständiges Ministerium gab, sondern nur einen Dienststellen-Leiter mit der „Tarnbezeichnung" (S. 25) „Beauftragter für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen", das Konzept der Inneren Führung als ein Instrument zur Beschwichtigung mißtrauischer Demokraten in der Öffentlichkeit mißbraucht und gleichzeitig im inneren Betrieb dieser Dienststelle planmäßig in seiner Bedeutung herabgesetzt wurde. Ausgehend von einer großen Zahl Binnen-Informationen, die einem „zivilen" Sozialwissenschaftler in der Regel nicht zur Verfügung stehen, hat Genschel seine brisante Fragestellung ein wenig dadurch abgemildert, daß er organisationssoziologische Kategorien als Instrumente der Analyse benutzt — allerdings ohne den politischen Inhalt des dann sehr präzise beschriebenen Prozesses leugnen zu wollen. „Die Arbeit unternimmt es also, eine Organisation der öffentlichen Verwaltung daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie ein vorgegebenes Ziel tatsächlich verwirklicht hat" (S. 12). Dabei kommt natürlich auch zur Sprache, mit welchem Nachdruck dieses Ziel — Verwirklichung der Inneren Führung — denn nun vorgegeben war. Das Resultat überrascht kaum, denn die Verfallsgeschichte der Inneren Führung ist trotz neuerdings erlassener Vorschrift unübersehbar. Erschrocken muß man jedoch während der Lektüre zur Kenntnis nehmen, mit welch brutalen Mitteln, mit welchem Zynismus und mit welcher Doppelzüngigkeit diese Verfallsgeschichte in Szene gesetzt wurde.

Genschel zeigt an mehreren Stellen, wie die Dienststelle Blank in ihrer Selbstdarstellung nach außen das Konzept der Inneren Führung als demokratie-konforme Ideologie der neuen Streitkräfte in den Vordergrund schob (S. 27, 29, 32). Sowohl im Organisationsplan als auch in der internen Gewichtung der Dienststelle rangierten Baudissin und seine Mitarbeiter dagegen immer an letzter Stelle. „Die Bedeutung der Sektion Innere Führung und damit des Konzepts der Inneren Führung innerhalb der Dienststelle Blank, gemessen an der Position innerhalb der formalen Organisation, war gering und entsprach nicht den in der Öffentlichkeit proklamierten Inten-

tionen" (S. 103). Diese permanente Unterbesetzung des „Apparates" der Inneren Führung war kein Zufall, sondern gezielt: personelle Mindestanforderungen Baudissins wurden innerhalb des Amtes sozusagen prinzipiell erheblich abgeschwächt (S. 117).

Auch die ideologische (geistige oder staatsbürgerliche) Schulung der Mitarbeiter der Dienststelle geschah ohne wesentlichen Einfluß der Vertreter der Inneren Führung, die ja — nach außen hin — das Selbstverständnis des Bundeswehr-Offiziers grundlegend prägen sollte. Ein von General Heusinger im Dezember 1952 erlassenes Vortragsprogramm für die militärische Abteilung enthielt in der Hauptsache Referate zur „militärischen Ostlage", ferner vier über außenpolitische Fragen ganz allgemein, eines über das Grundgesetz. Einmal referierte der Kabarettist Werner Finck über „Humor und Soldatentum", und nur zweimal wurde das Konzept der Inneren Führung behandelt (S. 133). Innerhalb der Sektion Innere Führung erwies sich der spätere General Karst bald als ein reaktionärer Fuchs im Kaninchenfell des Reformers — seine teilweise schon bekannten Obstruktionsversuche (einmal begleitet von einer „Gratulationscour" der Mitarbeiter der Dienststelle) werden hier noch einmal geschildert. Nicht ganz gerecht wird Genschel dagegen dem 1955 fristlos entlassenen Bonin, der aus anders zu bewertenden Gründen der Person und der Konzeption Baudissins skeptisch gegenüberstand — und übrigens auch nicht deshalb entlassen wurde, sondern, wie Genschel richtig anmerkt (S. 145), wegen militärpolitischer Differenzen zu Blank und Adenauer, die damals auf nichts mehr drängten als auf die „rasche Aufstellung deutscher Truppen" (S. 219). In seiner Zusammenfassung geht Genschel noch einmal auf die Differenz zwischen dem nach außen hin aufgebauten Potemkinschen Dorf einer Inneren Führung und ihrer tatsächlichen Wirksamkeit ein: „Weder hatten die Gedanken des Reformkonzepts Einfluß auf die Auswahl neuer Mitarbeiter für die Dienststelle Blank, noch bemühte sich die Leitung um einen wirksamen Erziehungsprozeß innerhalb der Dienststelle, mit dem das Konzept bekanntgemacht und seine normative Verbindlichkeit kontinuierlich postuliert und auch kontrolliert worden wäre" (S. 225).

Genschel drückt sich ganz am Schluß um eine eindeutige Stellungnahme zu dem politischen Gehalt des von ihm so ausführlich dargestellten Prozesses. Zwar habe schon im Beginn der Inneren Führung der Keim eines Mißerfolges gelegen, jedoch sei sie nicht einer „Verschwörung zum Opfer gefallen", sondern eher mangelndem Engagement. Der Verschwörungs-Begriff ist in der Tat wenig aussagekräftig. Aber daß man in den Mißerfolg nicht einfach so oder auch einzig wegen der Engstirnigkeit der in der Dienststelle wirkenden Militärs (Genschel referiert an anderer Stelle einmal die Formel von der „Restauration der Mittelmäßigkeit") hineingeschlittert ist, sondern daß ihm eine politische Strategie zugrunde lag, belegt der Autor selbst auf fast jeder Seite dieses Buches. So ist es ein wertvoller Beitrag zur Geschichte des politischen Kampfes um die Wiederbewaffnung geworden, der nüchtern und anschaulich einen Teil der Mittel beschreibt, mit deren Hilfe sie inszeniert wurde.

Wilfried v. Bredow

Süßmuth als Modell?

Franz Fabian (Hrsg.), Arbeiter übernehmen ihren Betrieb oder: Der Erfolg des Modells Süßmuth. Rowohlt Verlag, Reinbek 1972, Reihe rororo-aktuell, Band 1605, 121 S., 3,80 DM.

Nachdem die Glashütte Süßmuth in Immenhausen bei Hofgeismar 1970 durch ausgebliebene Investitionen und Absatzschwierigkeiten bis hart an die Grenze des wirtschaftlichen Ruins gedrängt worden war, übernahmen die ca. 260 Arbeiter und Angestellten der Hütte, die sonst ihre Arbeitsplätze verloren hätten, den Betrieb in eigener Regie. Diese Übernahme, d. h. ihre Erkämpfung durch die Belegschaft mit gewerkschaftlicher Unterstützung, hat eine erstaunliches Echo in den Medien gefunden, allerdings eines — wie Hans See in seinem Beitrag zum vorliegenden Buch bemerkt —, das nicht die unternehmerische Entschlossenheit und den Mut der „Arbeitnehmer" als das eigentlich spektakuläre Ereignis empfand, sondern den unerhörten Vorgang, daß hier ein privater Einzelunter-

Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR

Von Ernst Henry, Moskau

In diesem Jahrzehnt feiern zwei der größten Staaten der Welt ihre Jubiläen. Im Dezember 1972 beging die UdSSR den 50. Jahrestag ihrer Gründung als multinationaler Bund gleichberechtigter Republiken. Im Juli 1976 werden die Vereinigten Staaten von Amerika ihren 200. Gründungstag feiern. Verschiedenartige Termine, aber sie genügen, damit ein Geschichtsforscher retrospektiv bestimmte Ergebnisse zusammenfassen kann.

Um einen Vergleich anzustellen, ist es heute nicht notwendig, rein zahlenmäßige Faktoren gegenüberzustellen: Bevölkerungszahl, Produktionsausstoß, Umfang des Außenhandels oder sogar Lebensstandard. Da ist tatsächlich vieles durch die verschiedenen Fristen der Existenz der beiden Staaten und noch mehr durch die verschiedenen Verhältnisse bedingt, unter denen sie entstanden sind und sich entwickelten. Die Vereinigten Staaten waren von Anfang an durch Ozeane von anderen Großmächten getrennt, die Sowjetrepublik war von den ersten Tagen an von feindlichen Staaten umringt, und nur Flüsse trennten sie von ihnen. Von 196 Jahren der Existenz der USA verwandten die Amerikaner zu Kriegshandlungen auf ihrem eigenen Territorium (gegen die englischen Interventen und die Sklavenhalter des Südens) 10 Jahre, d. h. ein Zwanzigstel der ganzen Zeit. Von 50 Jahren der Geschichte der UdSSR plus vier Jahren ihres Bestehens vor der Bildung eines Bundesstaates entfielen rund sieben Jahre, d. h. ein Achtel, auf Kriege.

Mit anderen Worten, verheerende Kriegshandlungen bei sich zu Hause nahmen dem Sowjetvolk im Durchschnitt anderthalb Monate in jedem Jahr, den Amerikanern hingegen nur zweieinhalb Wochen. Es handelt sich also nicht nur um die absolute Zahl der Jahre, die jedem Land zur Verfügung standen. Jedes „sowjetische" Jahr war für friedliche Aufbauzwecke bedeutend kürzer als das „amerikanische". Ja, mehr noch: Die Verheerungen, die im 18. und 19. Jahrhundert auf die Amerikaner entfielen, lassen sich selbstverständlich keineswegs mit den schrecklichen Prüfungen vergleichen, denen das Sowjetvolk im gegenwärtigen Jahrhundert standhalten mußte.

Obwohl also die Vereinigten Staaten für ihre Entwicklung unvergleichlich mehr Zeit und Ruhe hatten als die Sowjetunion, bleibt die UdSSR bekanntlich schon heute nur wenig hinter den USA zurück, was die Produktion betrifft; und nach dem Niveau der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften steht sie heute überhaupt nicht hinter den Vereinigten Staaten. Beide Staaten sind multinational nach Zusammensetzung und Herkunft der Bevölkerung, beide beruhen auf föderativen Grundlagen (wenn auch auf völlig verschiedenen Grundsätzen), und beide nehmen riesige kontinentale Räume ein.

Die Hauptsache jedoch bei einem Vergleich ihrer Jubiläumsergebnisse ist selbstverständlich etwas anderes. Ein Historiker — welche Ansichten er auch selbst vertreten mag — ist verpflichtet, vor allem zu fragen: In welchem Maße haben diese beiden Staaten in den gegebenen Fristen die Erwartungen ihrer Völker gerechtfertigt? Wie weit ist es jedem von ihnen gelungen, die bei ihrer Gründung verkündeten Ziele zu verwirklichen? Können die Menschen dieses oder jenes Landes glauben, daß sie auf dem richtigen Weg sind? Darin besteht das Wesen. Zur Beantwortung dieser Frage steht überreiches Material zur Verfügung.

„Wir *wissen nicht, wohin wir gehen . . .*"

Auf den ersten Blick scheint es, daß die amerikanische Bourgeoisie in diesen beiden Jahrhunderten wirklich sehr viel erreicht hat. Die Vereinigten Staaten sind der mächtigste aller bürgerlichen Staaten auf dem Erdball, eine Art Achse der kapitalistischen Welt geworden. Gegenwärtig sind die USA der einzige kapitalistische Staat, den man Supermacht nennt. Niemand kann leugnen, daß die amerikanische Bourgeoisie gewaltige Reichtümer angehäuft und riesige Produktions-, technische und militärische Kräfte gesammelt hat. Ebenso richtig ist auch, daß sie in der Politik der kapitalistischen Welt die erste Geige spielt. Die ehemalige britische Kolonie hat sich selbst in ein Reich verwandelt, das offen oder getarnt, direkt oder indirekt einen nicht geringen Teil des Erdballs umfaßt.

Aber die ganze Frage besteht darin, in welchem Stadium seines historischen Weges sich dieses Reich jetzt befindet. Im Stadium der Blüte und des weiteren Aufschwungs? Im Stadium der Stagnation? Oder im Stadium des Verfalls, wie einst vom 3. Jahrhundert an das mächtige Römische Reich?

Das ist die Hauptfrage. Entscheidend ist nicht die Berechnung der heutigen materiellen Macht der USA, sondern die Richtung ihrer historischen Entwicklung — vorwärts oder rückwärts. Die klügsten der Denker der modernen amerikanischen Bourgeoisie begreifen dies sehr wohl. Und die Antwort, die sie auf solche Fragen geben, ist für sie in allen Fällen keineswegs tröstlich. Sie haben Furcht vor der Zukunft.

In den letzten Jahrzehnten stehen die Nordamerikaner vor einer so scharfen politischen Krise, wie es sie in ihrer Geschichte seit dem Bürgerkrieg nicht mehr gab. Sie selbst sprechen unaufhörlich davon. Im Ergebnis ihrer 200jährigen Geschichte sind die USA in eine Sackgasse geraten, und die bevorstehenden Jubiläumsfestlichkeiten unterstreichen dies nur noch mehr.

Klar ist eines: Dies ist keine gewöhnliche Konjunkturkrise, keine Depression, die kommt und geht. In den USA ist einstweilen keinerlei dramatischer ökonomischer Zusammenbruch erfolgt, wie dies Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre der Fall war — was äußerst bezeichnend ist. Nordamerika wird von Schauern geschüttelt, ohne daß wirklich katastrophale ökonomische Explosionen vor sich gehen. Was es jetzt durchmacht, ist eine in der Tiefe vor sich gehende sozialpolitische Krise, die die Grundlagen der Gesellschaft, das Fundament des amerikanischen Staates berührt. Deshalb ist sie besonders ernst.

„Die 60er Jahre waren eine Periode des bedeutenden Fortschritts auf vielen Gebieten. Zugleich war dies eine Periode der großen Agonien — einer Agonie des Krieges, der Inflation, des schnellen Anwachsens der Kriminalität, der Verschlechterung des Zustandes der Städte, der Entstehung von Hoffnungen und sodann der Enttäuschung, der Empörung und Unzufriedenheit, die schließlich und endlich zu Gewalt und zu den schrecklichsten bürgerlichen Unruhen im ganzen Jahrhundert führten . . . In den letzten Jahren des vergangenen Jahrzehnts war das Land so stark entzweit, daß sich viele in beiden Parteien fragten, ob man Amerika überhaupt regieren kann." Das sind die Worte des Präsidenten Richard Nixon, die er im Januar 1972 in der Botschaft an den Kongreß „Über die Lage im Lande" äußerte.

„Wir wissen nicht, wohin wir gehen . . .", erklärte Richard Goodvin, der ehemalige Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson. Den führenden amerikanischen

Journalisten Walter Lippman fragte man: „Ist dies jetzt die schlimmste Zeit in Ihrem Leben für das Land?" Lippman entgegnete: „Ich glaube ja. Der Zustand des Landes beunruhigt mich wie nie zuvor... Ich beobachte den Zusammenbruch der Hoffnung, des Glaubens und Willens... Wir sehen Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit."

Und was denken die Durchschnittsamerikaner, der „Mann auf der Straße"? Hier die Ergebnisse ihrer Antworten, die in der Zeitschrift „Newsweek" nach einer Befragung des Gallup-Instituts unter Kleineigentümern, hochbezahlten Beamten und qualifizierten Arbeitern veröffentlicht wurden (die schwarzen Amerikaner, weißen Armen und kleinen Farmer wurden nicht befragt):

„Der Durchschnittsamerikaner empfindet große Sorge um die Zukunft seines Landes... Der Durchschnittsamerikaner befürchtet, daß Amerika selbst sich unaufhörlich zum Schlechteren wandelt, daß es mit den Jahren noch schlimmer wird, daß seine Regierung nicht mit den Problemen fertig wird, daß die Nöte Amerikas so unüberwindbar werden können, daß es der Nation niemals mehr gelingen wird, mit ihnen fertig zu werden... Dem Durchschnittsamerikaner scheint, daß Amerika von einem Meer von Unruhen überrollt wird. Wohin man sich auch wendet — überall herrscht die Krise, sagt einer der Befragten. Immerzu muß man sich um etwas Sorge machen und etwas befürchten. Das Schlimmste aber ist, daß sich die Mittelklasse machtlos, unfähig fühlt, diesen Krisen zu widerstehen."

Wir finden diese Äußerungen nicht übertrieben. Es ist die Rede von dem, was ist und was man schon nicht mehr verbergen kann. Alles weist wirklich auf eine historische Krise der Staatsordnung selbst hin und nicht auf einen zeitweiligen Rückgang oder Stockungen. Die reichste und kriegerischste Bourgoisie der Welt — und zugleich eine Bourgeoisie, die von unerträglichen Konvulsionen geschüttelt wird. Wir werden sehen, daß es hier keinen paradoxen Gegensatz gibt. Im Gegenteil, das eine ist untrennbar mit dem anderen verbunden. Den Schlüssel zur Erklärung gibt die Geschichte der Vereinigten Staaten in den zurückliegenden zwei Jahrhunderten.

Wie wird sich diese Geschichte weiterbewegen? Depressionen und Rückgänge dauern in den kapitalistischen Ländern eine Weile und vergehen wieder. Wird auch die heutige tiefe sozialpolitische Krise der USA vergehen? Voraussagen sind immer riskant, aber gegenwärtig spricht wenig für eine Wende zum Besseren. Trotz der verzweifelten Bemühungen der Behörden bessert sich die Atmosphäre in den Vereinigten Staaten nicht. Die Stöße aus der Tiefe dauern fort. Die durch die riesigen Militärausgaben und das chronische Finanzdefizit untergrabene amerikanische Ökonomie ist nicht imstande, sich wieder zu fangen. Nichts weist darauf hin, daß sie in diesem Jahrzehnt eine Atempause erhält, wenn das Land nicht wenigstens einen Teil der sie drosselnden Militärausgaben abwirft und nicht seine aggressive Außenpolitik ändert. Die Berechnungen der amerikanischen Bourgeoisie, ihre Politik durch ökonomische Erfolge „zu kompensieren", rechtfertigen sich nicht. Das aber bedeutet, daß auch das allgemeine Fieber der amerikanischen Gesellschaft nicht zurückgehen wird.

Dieses Fieber bleibt, allen Tatsachen nach zu urteilen, hoch. Es gelingt nicht, die 23 Millionen schwarzen Amerikaner zum Schweigen zu bringen. Es bestehen nicht die geringsten Anzeichen für eine Beruhigung in den Reihen der Jugendlichen und Intelligenz. Die Versuche der regierenden Spitze, diese und jene irgendwie zu neutralisieren, führen zu nichts Wesentlichem. Die Zeitungen be-

richten immer noch von Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei, unter den nationalen Minderheiten in einigen Gebieten sind häufig Ausbrüche revolutionärer Stimmungen zu beobachten. Auch in den finsteren Winkeln der Gesellschaft ist es nicht ruhig. Die Formierung einer großen Kaste von Verbrechern, die sich zu einer Geschwulst am Staatsorganismus verwandelt, geht weiter. Nach Angaben des FBI übersteigt die Kriminalität in den USA den Bevölkerungszuwachs um das Elffache.

Es gelingt auch nicht, den Drogenkonsum der Amerikaner zum Stehen zu bringen. Nach den Worten von Präsident Nixon selbst ist die Sucht von Millionen Menschen in den USA nach Drogen „ein wahrhaft nationales Problem geworden, das alle Bevölkerungsschichten berührt". Wie ebenfalls er selbst sagte, wird die Hälfte aller Verbrechen im Lande unter der Einwirkung von Drogen begangen. Man gewinnt den Eindruck, daß die Rauschgiftsüchtigen, Verbrecher und Lumpenproletarier mit der Zeit zu irgend einem besonderen Menschenkontingent verschmelzen können, das gleichsam außerhalb der Nation steht und deren Leben vergiftet.

Wie wird die amerikanische Lebensweise in 20 oder 30 Jahren aussehen, wenn die Krankheit andauert und sich noch kompliziert? Wozu kann letzten Endes der Prozeß der Entartung der Gesellschaftsordnung führen?

Die imperialistische Großmacht Nr. 1 sein, bedeutet offenbar noch nicht, ein wirklich großer Wohlfahrtsstaat zu sein. In den USA widerspricht heute alles den offiziell üblichen Lebensnormen und Traditionen. Es besteht keine Ordnung, sondern es gibt eine durch irgendwelche Bande mit der Verbrecherwelt verknüpfte unbarmherzige Polizei. Es gibt keinen Glauben an die Zukunft und die früheren Ideale, sondern es gibt eine die Zügellosigkeit fördernde „sexuelle Revolution". Es gibt Flüge zum Mond und Herztransplantationen, aber durch die Straßen irrt eine 5-Millionen-Armee Arbeitsloser. Es gibt keine materielle Sicherstellung für jeden, aber es gibt Dutzende Milliarden Dollar für Krieg und Rüstungen. Es gibt keine Sicherheit, aber es gibt aggressive Blocks, die das Land vor ein ständiges Lebensrisiko stellen. Alles ist verkehrt, gegen Logik und Vernunft. Für die historische Bilanz ist dies ein ungünstiges Fazit.

„Bei all unserem Reichtum und Einfluß", heißt es in dem Bericht, der Präsident Nixon am 4. Juli 1970 von der Regierungskommission zur Vorbereitung der 200-Jahr-Feier vorgelegt wurde, „wurde etwas falsch gemacht... Wir dürsten nach Frieden, befinden uns jedoch im Zustand des Krieges. Wir glauben an Gerechtigkeit und Gleichheit, aber in unserem Land herrscht das Böse und Ungerechtigkeit. Wir verehren die uns von Gott gegebene Natur, lassen jedoch ihre Verunreinigung zu. Wir glauben an die Brüderlichkeit der Menschen, aber die Straßen sind Schauplatz von Unruhen geworden, es bestehen Vorurteile, die Studentenstädtchen werden von Krawallen geschüttelt..."

Die große Vergangenheit

Drei äußerst wichtige Ideen wurden der Staatsordnung der Vereinigten Staaten in den Tagen ihrer Schaffung zugrunde gelegt: die Idee der Volksherrschaft, die Idee der bürgerlichen Gleichheit und die Idee der progressiven antikolonialistischen Außenpolitik. Es genügt, die wichtigsten Staatsdokumente der USA jener Jahre durchzulesen — die Unabhängigkeitserklärung von 1776 und die Verfassung von 1787, um sich zu überzeugen: gerade auf diesen drei Grundsätzen sollte das Gebäude der neuen Republik errichtet werden.

Das war ein mutiges, für jene Zeiten äußerst revolutionäres Programm. Kein anderer großer Staat in der damaligen Welt konnte sich auch nur im entferntesten mit den Vereinigten Staaten messen, was den demokratischen, freiheitsliebenden Geist betraf. Die französische Republik entstand erst 17 Jahre nach den USA. Thomas Jefferson, Benjamin Franklin, George Washington, Thomas Paine und andere Inspiratoren der Unabhängigkeitserklärung waren keine linken Politiker im modernen Sinne dieses Wortes; aber sie träumten von einem Staat, der entschieden mit dem Erbe des europäischen Feudalismus Schluß machen, die großen allgemein menschlichen Ideale auf sein Banner schreiben und vor den Amerikanern — einem starken, jungen Volk voller Energie — eine breite Straße in die Zukunft öffnen würde. Darauf waren auch die in jener Zeit angenommenen historischen Beschlüsse des amerikanischen Kongresses gerichtet. Wenn man diese Beschlüsse heute liest und ihren Inhalt mit dem Antlitz des modernen Amerika vergleicht, begreift man, welche Tragödie sich in den Vereinigten Staaten in diesen 200 Jahren abgespielt hat.

Jefferson betrachtete die amerikanische Verfassung als nicht demokratisch genug und sprach sich dafür aus, daß die Revolutionen notfalls wiederholt würden. Schon allein dafür könnte man den Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, den dritten Präsidenten der USA, heute in Amerika geradezu als Kommunisten bezeichnen.

Ebenso klar war in den grundlegenden Staatsdokumenten der USA eine andere große Idee fixiert — die Idee der bürgerlichen Gleichheit. In der Unabhängigkeitserklärung hieß es: „Wir halten folgende Wahrheiten für selbstverständlich: daß alle Menschen gleich erschaffen wurden, daß ihr Schöpfer ihnen bestimmte unabdingbare Rechte verliehen hat, daß dies das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück ist." Die Führer der amerikanischen bürgerlichen Revolution waren überzeugt, daß auch dieser Gedanke in Fleisch und Blut ihres neuen Staates eingehen würde. Jefferson und Paine setzten sich schon damals für die Freilassung der Neger ein. Um desselben Ideals der Gleichheit willen waren sie für eine gerechtere Verteilung der Reichtümer zugunsten der unteren Bevölkerungsschichten.

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten unterschied sich vor 200 Jahren (und einige Zeit danach) grundlegend von der Politik der damaligen despotischen Monarchien — England, Österreich, Spanien, Preußen, dem zaristischen Rußland. Damals wies sie keine Spur von Militarismus oder Kolonialismus auf. Gerade diese progressive Außenpolitik half den Vereinigten Staaten, eine Großmacht zu werden.

So stellten sich die amerikanische Republik deren Begründer auch in Zukunft vor. Sie träumten von einem demokratischen, freiheitsliebenden Staat, der die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung bewahren, aber doch nach Gerechtigkeit und allgemein menschlichen Idealen streben würde. Für jene Zeit war dies ein kühnes, seinem revolutionären Geist nach großartiges Programm, und die Marxisten können dies ohne Zaudern zugeben. Ebenso beurteilten es in der Folge die größten Denker der Arbeiterbewegung der Welt.

Aber nachdem die amerikanische Bourgeoisie ein für jene Epoche äußerst hohes politisches Niveau erreicht hatte und bis zu der ihr weiteres Schicksal entscheidenden Wendung gelangt war, machte sie jäh kehrt. Von diesem Augenblick an begann die konsequente Deformation und Verunstaltung des Staates Jeffersons und Franklins. Die ganze Geschichte der USA im vergangenen Jahr-

hundert dient, mit Ausnahme der wenigen Jahre der Regierung Präsident Lincolns, als Beweis dafür. Die juridischen Formen wurden gewahrt, die Verfassung von 1787 blieb in Kraft, die stolzen Worte der Unabhängigkeitserklärung sind in den Lehrbüchern erhalten geblieben. Aber faktisch wurde anstelle der großen demokratischen Republik, die durch den revolutionären Krieg geschaffen wurde, ein neuer getarnter Staat der selbstherrlichen Finanzoligarchie errichtet.

Dialektik des Rückgangs

Auf den Seiten der amerikanischen Geschichte ist nicht schwer zu verfolgen, wie sich schon ziemlich bald nach der Gründung der USA alles in der großen Politik der amerikanischen Bourgeoisie allmählich in sein Gegenteil verwandelte. Wiederzuerzählen, wie dies vor sich ging, ist überflüssig; das Material füllt Dutzende Bände. Bekanntlich wurde der Bruch mit den revolutionären Ideen der Begründer der USA, der durch den Charakter der bürgerlichen Ordnung selbst diktiert wird, mit dem stürmischen Wachstum des jungen amerikanischen Industriekapitals, für das die wahre Demokratie ein unduldbares Hindernis war, immer größer.

Zum neuen Gesetz für die amerikanische Bourgeoisie wurde nicht das Recht des Volkes „auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück", sondern das Recht der wohlhabenden Schicht auf Streben nach unaufhörlicher Bereicherung — Bereicherung auf Kosten der Arbeiter, auf Kosten der Konsumenten, auf Kosten des Staates. Der amerikanische Markt, der sich mit der schnellen Besiedlung neuer Ländereien erweiterte, und der unaufhörliche Zustrom frischer Arbeitskräfte aus Europa sicherten ein ständiges Wachstum der Einnahmen und die Akkumulation großer Vermögen. Auf die Bühne traten die ersten Millionäre, die unehrliche Abkommen mit den Behörden und Parlamentariern schlossen. Es wurde das despotische, niemanden außer sich selbst anerkennende big business geboren.

Jefferson, Franklin, Paine waren tot. Die Veteranen des revolutionären Krieges, kleinen Farmer, ärmlichen Städter, die sie unterstützt hatten, verloren den Einfluß auf die staatliche Politik. Die neuen Kongreßabgeordneten und hohen Würdenträger vertraten zum größten Teil entweder die reichen Industriellen des Nordens oder die gierigen Sklavenhalter des Südens. Die neuen politischen Parteien dienten den einen oder den anderen. Das, was getan wurde, war eigentlich der stillschweigende Ersatz eines Staates durch einen anderen. Eine Generation genügte, um das revolutionäre Amerika zu begraben. Zu Lebzeiten der folgenden Generationen beschleunigte sich dieser Prozeß bedeutend.

Man kann nicht leugnen, daß der liberale Flügel der amerikanischen Bourgeoisie wiederholt versuchte, diesen Prozeß zu bremsen oder wenigstens zu mildern und im eigenen Interesse der herrschenden Klasse die reaktionärsten Kräfte im Zaum zu halten. So war es in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, als die Staaten des Nordens mit Präsident Lincoln an der Spitze den Bürgerkrieg mit dem sklavenhalterischen Süden aufnahmen, der die schnelle Entwicklung der Industrie hinderte. Das war zweifelsohne wiederum ein revolutionärer Akt; zeitweilig schien es, als ob wieder Jefferson im Weißen Haus am Steuer stehe. Gerade in diesen Tagen sandte Karl Marx, der Führer der europäischen Revolutionäre, im Namen der I. Internationale ein flammendes Grußtelegramm an Lincoln, in dem es hieß: „Vom Anfang des amerikanischen Titanenkampfes an fühlten die Arbeiter Europas instinktmäßig, daß an dem Sternenbanner das Geschick ihrer Klasse hing" (Marx-Engels, Werke Bd. 16, S. 18 deutsch).

Jedoch seitens der amerikanischen Bourgeoisie erwies sich der Kampf gegen den reaktionären Süden nur als ein kurzes Aufflammen des alten Kampfgeistes, das nicht so sehr durch prinzipielle Erwägungen, als vielmehr durch ganz konkrete sachliche Interessen hervorgerufen worden war. Schon Marx und Engels kritisierten Lincoln selbst wegen seiner Langsamkeit und Inkonsequenz bei der Führung des Bürgerkrieges. Die Nachfolger Lincolns hingegen einigten sich mit den besiegten Pflanzern und traten schleunigst den Rückzug an.

Was blieb von der Idee der Volksherrschaft übrig? Kann man heute in den USA ernstlich davon sprechen? Welche Beziehung zur Volksherrschaft haben so fundamentale und unabänderliche Erscheinungen des amerikanischen Lebens wie das Zweiparteiensystem mit seinen Bossen, der rüstungsindustrielle Komplex oder die staatsmonopolistische Maschinerie?

Die formalen Thesen der alten amerikanischen Verfassung bleiben in Kraft. Die Kongreßmen sitzen auf ihren Plätzen, die Kommissionen der beiden Kammern sind in Aktion, die beiden bürgerlichen Parteien ernennen ihre Präsidentschaftskandidaten und lösen sich an der Macht ab. Aber jeder einfache Amerikaner weiß sehr wohl, daß nicht er die Politik dieser Parteien entscheidet und ihre Bosse ernennt: das Großkapital hat die amerikanische Demokratie verschlungen und verdaut. In der Hauptsache — der Frage, wer regiert — gilt die 1787 ausgearbeitete amerikanische Verfassung tatsächlich schon seit dem vergangenen Jahrhundert nicht mehr.

Keineswegs mehr Grund gibt es zu der Behauptung, daß in den heutigen Vereinigten Staaten der vor 200 Jahren verkündete Grundsatz der menschlichen und bürgerlichen Gleichheit in Kraft geblieben sei. Das ist ebenfalls schon längst kein Diskussionsobjekt mehr. Es ist allgemein anerkannt, daß wohl in keinem anderen hochentwickelten kapitalistischen Land eine so verblüffende Ungleichheit herrscht wie in den USA.

Noch weniger zulässig ist selbstverständlich das Gerede über nationale oder Rassengleichheit in den USA. Die Indianerstämme wurden unbarmherzig ausgerottet. Und obwohl die Sklaverei in Amerika vor mehr als 100 Jahren verschwunden ist, bleibt die schonungslose Diskrimination der afro-amerikanischen Bevölkerung bis heute eines der schärfsten inneren Probleme der USA. Besteht in den USA wenigstens die einfache Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz? Für die Kommunisten, die schwarzen Amerikaner und die Armen zum größten Teil nicht. Dieselbe Ungleichheit kann man als eine der Hauptursachen für die unaufhörliche dramatische Meuterei der amerikanischen Jugendlichen betrachten. Millionen junge Amerikaner fühlen sich schon in eine Sackgasse getrieben, bevor sie einen Weg ins Leben gewählt haben.

Es ist eine Tatsache, daß die Klassenstruktur des oligarchischen Staates an und für sich die Möglichkeit einer sozialen Gleichheit völlig ausschließt. Das in der Unabhängigkeitserklärung vor 200 Jahren fixierte Prinzip „alle Menschen wurden gleich erschaffen" hat heute im amerikanischen Leben keinerlei praktische Bedeutung mehr. In diesem Land gibt es nichts, was auch nur im entferntesten an Gleichheit erinnern würde — und dies wissen alle Amerikaner längst.

Die imperialistische Geschwulst

Eine demokratische Außenpolitik wurde von den Begründern der USA als unabdingbarer, integraler Teil ihres ganzen Programms für die Zukunft betrachtet. Das war einer der Hauptgrundsätze, die sie den Amerikanern vermachten.

Die Vereinigten Staaten entstanden im erbitterten Kampf gegen das despotische englische Kolonialreich. Der Antikolonialismus hat sie eigentlich ins Leben gerufen. Der einzige Freund der USA in der ersten Zeit ihres Bestehens war der revolutionäre französische Staat. Anhänger Amerikas in den verschiedenen Ländern blieben auch in der Folge die fortschrittlichen Demokraten. Die ganze Existenz der Vereinigten Staaten, ihre Sicherheit, ihr Wohlergehen hingen lange Zeit vom Ausgang ihrer Zusammenstöße mit den reaktionären Reichen ab. Eine andere Außenpolitik als die des Antiimperialismus konnte es damals für sie nicht geben.

Im Verlaufe vieler Jahre galt die amerikanische Diplomatie als die fortschrittlichste und prinzipientreueste der Welt. Der Kampf für die natürlichen Rechte der Nation, für vollständige Unabhängigkeit, für internationale Gerechtigkeit hob sie unter allen anderen hervor. Aber die Kräfte, die im 19. Jahrhundert die amerikanische Demokratie von innen her zersprengten, indem sie die Volksherrschaft durch die Herrschaft des Großkapitals ersetzten, ließen schon bald von der fortschrittlichen Außenpolitik der USA fast keinen Stein auf dem anderen. Eines war eng mit dem anderen verbunden. Dieselbe reich gewordene Bourgeoisie, die die revolutionäre Verfassung entstellt und verunstaltet hatte, trieb das Land auch in der internationalen Arena auf antidemokratische Wege. Indem sie ihre Industrie erweiterte, veranlaßte sie die Regierungen in Washington, die Auslandsmärkte und Rohstoffquellen politisch sicherzustellen. Indem sie Kapital akkumulierte, zwang sie mit Hilfe derselben Regierungen die unterentwickelten Länder, ihr die Türen zu öffnen, um dieses Kapital zu investieren. Indem sie den Imperialismus hervorbrachte, brachte sie den Militarismus hervor. So wurde die Schraube des circulus vitiosus angezogen, in dem sich das ganze Land zu drehen begann.

Je weiter, um so beharrlicher und schonungsloser wirkten diese Kräfte. 1871 drangen die Vereinigten Staaten in Korea ein und 11 Jahre später zwangen sie dem Land einen Knechtschaftsvertrag auf. 1893 annektierten die USA die Hawai-Inseln, später, nach dem Krieg mit Spanien, unterwarfen sie sich die Philippinen, die Inseln Guam, Midway, Wake und einen Teil von Samoa im Stillen Ozean, die Insel Puerto Rico im Karibischen Meer. Damals errichteten sie auch ein Protektorat über Kuba, forderten „offene Türen" in China und beteiligten sich dort an der Unterdrückung des Volksaufstandes. In den Jahren 1904—1905 stellten sie sich hinter das gegen Rußland kämpfende Japan, weil sie damit rechneten, sich im Fernen Osten einzunisten.

Bereits 1901 entschied der Oberste Gerichtshof der USA, daß die Bewohner der neuen amerikanischen Besitzungen nicht die verfassungsmäßigen Rechte der amerikanischen Bürger genießen können, d. h. sie sollten als nicht vollwertig gelten. 1914 entfesselten die USA die Intervention in Mexiko, 1915 in der Republik Haiti, 1916 in der Dominikanischen Republik, 1917 auf Kuba. Es wurde ein ganzes Kolonialreich aufgebaut, das im Grunde ebenso war, wie es die alten imperialistischen Mächte Europas besaßen. Einstweilen entwickelte sich dieses Reich in zwei Richtungen — nach dem Stillen Ozean und nach Lateinamerika hin. Bald begannen sich die USA in die Angelegenheiten Europas und der ganzen Welt einzumischen.

So entstand eine bösartige Geschwulst, die in der Folge das Hauptunheil des amerikanischen Volkes wurde. Die frühere Außenpolitik verwandelte sich in ihr Gegenteil. Der Antikolonialismus ging in den Kolonialismus über. Die Diplomatie der Freiheit wurde in die „Diplomatie des Dollars" und die Politik „des

großen Knüppels" umgekrempelt. Die Idee der Unabhängigkeit der Nationen machte grober Gewalt über fremde Nationen Platz. So sahen die Vereinigten Staaten schon zu Beginn des stürmischen, für die menschliche Geschichte entscheidenden 20. Jahrhunderts aus.

Es ist allgemein bekannt, was seither geschehen ist und bis heute geschieht. Die bösartige Geschwulst am Körper des amerikanischen Staates wächst weiter; er dreht sich immer noch im circulus vitiosus. Die Herren der USA dachten, die Wendung zur imperialistischen Politik würde nicht nur die amerikanische Bourgeoisie sättigen, sondern auch ihren Staat lobpreisen und ihn zum ersten in der Welt machen. Um dieses Ziel zu erreichen, waren die reaktionärsten von ihnen zu allem bereit. Da die Sowjetunion sie an der Erzielung der Welthegemonie hinderte, wurde der aggressive Antisowjetismus das Leitmotiv ihrer Außenpolitik.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg schien den Staatsmännern von Washington dieses Ziel greifbar nahe. Da sie, wie sie glaubten, über ein langwährendes Monopol auf die Atomwaffe verfügten, die kapitalistische Welt mit einer Kette von Militärstützpunkten umgürtet hatten und an die Schaffung eines „globalen" Systems der antisowjetischen Blocks gegangen waren, betrachteten sich die amerikanischen Politiker wie einst die englischen als unbesiegbar. Der ehemalige Gouverneur des Staates Pennsylvanien George Earl brachte die geheimen Gedanken des Präsidenten Truman zum Ausdruck, als er 1947 erklärte: „Ein nettes Bömbchen, abgeworfen auf den Kreml, und das russische Volk würde wie unter der Wirkung einer Zentrifugalkraft in seine Bestandteile zerfallen." Er verkündete auch: „Wir können und werden in Rußland jede Stadt, jede Ortschaft, jedes Dorf zerstören." Für den Historiker haben diesee Worte ihren Dokumentarwert nicht verloren; für jene Zeit waren sie äußerst bezeichnend.

Aber es kam alles anders.

Die Vereinigten Staaten konnten in den 40er, 50er und 60er Jahren ihren Supermacht-Plan nicht verwirklichen und die Welthegemonie nicht erringen. Sie vermochten die Sowjetunion nicht zum Rückzug zu zwingen. Es ist ihnen nicht gelungen, das Atommonopol in ihren Händen zu behalten und der Welt ihren Willen mit Hilfe der Strategischen Bomberflotte zu diktieren, die jeden Augenblick zu einem „massierten Schlag" bereit ist, wie dies Truman, Eisenhower und Dulles planten. Nach dem Zweiten Weltkrieg gaben die USA bis zum Jahre 1972 für militärische Zwecke die unvorstellbare Summe von über einer Billion Dollar aus, erreichten jedoch nichts Wesentliches damit. Sie vermochten sich weder Europa noch Südostasien noch den Nahen Osten und Lateinamerika unterzuordnen. Sie konnten nicht einmal ihre ökonomische Kontrolle über die kapitalistische Welt sichern.

Die Vereinigten Staaten zimmerten wirklich eine „eurasische" Kette von Militärblocks — NATO — CENTO — SEATO — zusammen, gerieten jedoch selbst in qualvolle Abhängigkeit von dieser Kette. Die Geschichte hat unwiderlegbar bewiesen, wie recht Thomas Jefferson hatte, der die Amerikaner beharrlich vor Militärbündnissen mit anderen Mächten warnte. Sie bewies auch den Irrtum Trumans, Eisenhowers und Dulles', die auf die NATO setzten. Unter Jefferson war Amerika wirklich in Sicherheit, nicht nur weil es damals keine Flugzeuge und Raketen gab, sondern nicht zuletzt dank seiner fortschrittlichen Außenpolitik. Sie war in der ganzen Welt weitgehend populär. Unter den Anhängern der heutigen Washingtoner „Politik der Stärke" steht Amerika seit Jahren vor

dem größten Risiko seiner Geschichte. Die Welt erinnert sich der Worte Dulles' aus dem Jahr 1956: „Manche sagen, daß wir dicht am Rande eines Krieges stehen. Und wir stehen auch wirklich am Rande eines Krieges. An den Rand heranzugehen . . . ist eine notwendige Kunst."

Aber können Nationen, selbst große, in unserer Zeit so leben — von Generation zu Generation? Droht die imperialistische Geschwulst, die infolge der Abkehr von der Idee der amerikanischen Revolution entstanden ist, nicht, den ganzen Organismus der USA zu vergiften?

Die Verfasser der offiziösen Publikation „Der Aufstieg der amerikanischen Nation", die zur Vorbereitung des 200. Jubiläums der USA erscheinen soll, berühren diese Fragen, die heute für ihr Land wahrscheinlich die wichtigsten sind, mit keinem Wort. Sie geben sich den Anschein, als ob in den Vereinigten Staaten im großen und ganzen alles in Ordnung sei und der Aufstieg der Nation andauere. Wenn man ihr umfangreiches Werk liest, könnte man glauben, die Vereinigten Staaten machten überhaupt keine Krise durch, und schlimmstenfalls sei von zeitweiligen Schwierigkeiten und Verzögerungen die Rede.

Dies ist nicht der Fall. Die Wahrheit ist, daß sich die Vereinigten Staaten ihrem Jubiläum mit sehr hohem Fieber nähern und daß als eine der Hauptursachen dieses Zustandes die imperialistische Geschwulst an ihrem Körper zu betrachten ist.

Die Zukunft einer großen Nation

Natürlich ist es nicht einfach, die 200jährige Erfahrung eines Landes, zumal eines so großen und wichtigen wie der USA, zusammenzufassen.

Die 200jährige Erfahrung der USA beweist, daß sogar die mächtigste, reichste und höchstorganisierte Bourgeoisie der Welt in unserer Epoche nicht auskommen kann, wenn sie eine fehlerhafte Politik betreibt. Man kann nicht leugnen, daß die in der Unabhängigkeitserklärung dem amerikanischen Volk gegebenen Versprechungen nicht nur unerfüllt blieben, sondern daß die Politik der herrschenden Klasse der USA in sehr vielem gerade zu den entgegengesetzten Resultaten geführt hat. Dabei waren die Hoffnungen, die mit diesen Versprechungen verknüpft waren, in aller Welt sehr groß. Kein einziger bürgerlicher Staat außer dem Staat der großen französischen bürgerlichen Revolution, der nur einige Jahre existierte, erkühnte sich, den Menschen so viel zu versprechen wie die USA. Es wäre falsch zu glauben, daß eine einfache mündliche Wiederholung dieser Versprechungen nach 200 Jahren diese Frage entscheiden wird.

Wir begannen unsere Betrachtung mit der Gegenüberstellung zweier Jubiläen — der USA und der UdSSR. Auch auf den Bannern der Sowjetunion standen von Anfang an die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Vieles steht noch bevor, aber vieles wurde und wird Tag für Tag auf dem Weg zur Schaffung der kommunistischen Gesellschaft bereits verwirklicht. Das bezieht sich sowohl auf die Ökonomie wie auf die Politik, die Kultur und die Aussichten auf die Zukunft. In diesem Aufsatz ist es nicht nötig, auf die einzelnen Errungenschaften der Sowjetgesellschaft in 50 Jahren einzugehen; das ist ein anderes Thema. Vergleichsweise lohnt es jedoch, wenigstens *ein* bezeichnendes Beispiel anzuführen: die Lösung der nationalen Frage in der UdSSR und den USA.

In dem einen wie dem anderen Staat wurde das Prinzip der Gleichheit der Bürger unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit verkündet. Wie weit man heute von der Gleichberechtigung der 23 Millionen schwarzen Amerikaner, 6 Millionen „Chicanos", Hunderttausenden Indianer und anderer „Bürger zweiter Sorte" in den USA sprechen kann, ist allen bekannt. In der UdSSR — dem Staat, der auf der freiwilligen Vereinigung von 15 gleichberechtigten Republiken aufgebaut ist — ist alles anders.

Die Werktätigen jeder Sowjetrepublik bilden ein multinationales Kollektiv, in dem die nationalen Besonderheiten organisch mit den internationalen, sozialistischen, allgemein sowjetischen Zügen und Traditionen verknüpft sind ... Die Entwicklung der nationalen Beziehungen geht auf der Linie einer allseitigen Festigung und Vervollkommnung des freiwilligen Bündnisses der sozialistischen Nationen vor sich, auf dem Weg der weiteren allmählichen Annäherung der Nationen und Völkerschaften des Landes. Diese Annäherung erfolgt unter den Bedingungen einer aufmerksamen Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten, der Entwicklung der sozialistischen nationalen Kulturen. Die ständige Berücksichtigung sowohl der allgemeinen Interessen der gesamten Union als auch der Interessen jeder der sie bildenden Republiken — darin besteht das Wesen der Politik in dieser Frage.

Mit geringen Ausnahmen sind alle Kongreßmen in der USA weiße Amerikaner. Im Obersten Sowjet der UdSSR tagen Deputierte von 62 Nationalitäten. Nicht „assimiliert", d. h. von irgendeiner Nation verschlungen, kommen die Völker der UdSSR zu ihrem Jubiläum, sondern frei, jedes mit seiner sich entwickelnden nationalen Kultur.

Wie wir gesehen haben, genießt in den Vereinigten Staaten immer noch wie vor zwei Jahrhunderten die Idee der „gleichen Möglichkeiten und Bürgerrechte für alle" offizielle Anerkennung. Aber von der Idee in der Theorie bis zur Idee in der Praxis ist es manchmal ziemlich weit. Gibt es in den USA so wie in der UdSSR eine unentgeltliche Bildung, die die Erreichung „gleicher Möglichkeiten" erleichtert? Wurde dort wie in der Sowjetunion die unentgeltliche ärztliche Betreuung der Bevölkerung eingeführt, die die Chancen der Menschen wenigstens vom rein physischen Standpunkt aus ausgleicht? Und kann man von gleichen Möglichkeiten für alle in einem Land sprechen, in dem die Erwerbslosigkeit als chronisch anerkannt wird, der gegenwärtig fast fünf Millionen Bürger zum Opfer gefallen sind? In der UdSSR wird das Recht eines beliebigen Bürgers auf Arbeit bekanntlich durch das Gesetz anerkannt, gibt es überhaupt keine Erwerbslosigkeit und kann es unter der sozialistischen Planwirtschaft keine geben.

Man könnte eine lange Liste anderer Beispiele anführen. Die 200jährige Bilanz des Kapitalismus ist unvergleichbar mit der 50jährigen Bilanz des Sozialismus. Die amerikanische Tragödie ist noch nicht abgeschlossen. Was die Zukunft den Vereinigten Staaten bringen wird, ist schwer zu sagen. Gegenwärtig jedenfalls ist klar, daß eine der Hauptfragen, die die Zukunft der Amerikaner entscheiden wird, die Außenpolitik ihres Landes ist. Werden die USA weiter auf dem Weg gehen, der ihnen so ungeheure Opfer verursacht und so viele bittere Enttäuschungen gebracht hat? Oder werden es sich die Amerikaner überlegen, werden sie die Vergangenheit überprüfen und nach neuen Wegen suchen? Davon hängt vieles ab.

Wir wissen, daß Amerika eine große Nation war und bleibt, die jene glückliche Zukunft verdient, von der Thomas Jefferson, Benjamin Franklin, George Washington, Thomas Paine, Abraham Lincoln, Ralph Amerson, Walt Whitman u. a. träumten. Wir wissen, daß die Träume und Ideale dieser hervorragenden Männer unter der breiten Bevölkerung der USA auch heute nicht tot sind; im Gegenteil — allem Anschein nach zu urteilen, leben sie wieder auf. Die Sowjetmenschen werden das amerikanische Volk zum 200jährigen Jubiläum ihrer Republik aufrichtig begrüßen in der Hoffnung, daß die Verwirklichung eines so wichtigen und für beide Völker gemeinsamen Ideals wie wahre friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit nicht auf sich warten lassen wird. Die Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Spitzenverhandlungen vom Mai 1972 bestätigen, daß dieses Ziel absolut erreichbar ist.

Kongreß kontra Weißes Haus

Von Martin Hall, Los Angeles

Eine Verfassungskrise beträchtlichen Ausmaßes hat sich in den Vereinigten Staaten entwickelt. Sie droht das traditionelle System von Herausforderung und Ausgleich zwischen Kongreß, Weißem Haus und Judikatur zu zerstören, das die Grundlage der amerikanischen Demokratie darstellt.

Während die Verfassung dem Präsidenten die Vollmacht erteilt, die Außenpolitik des Landes zu bestimmen, beschneidet sie diese Vollmacht andererseits deutlich dadurch, daß sie dem Kongreß das Recht vorbehält, einen Krieg zu erklären, ebenso die Kontrolle über sämtliche Ausgaben, die Ausgaben für militärische Zwecke eingeschlossen. Darüber hinaus legt die Verfassung fest, daß der Präsident die Außenpolitik „unter Beratung und mit Zustimmung durch den Senat" zu führen hat. Wenn es zu einem Konflikt zwischen Exekutive und Legislative kommt, dann kann ein derartiger Konflikt in letzter Instanz durch den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten gelöst werden, dessen Richter auf Lebenszeit vom Präsidenten ernannt werden, vom Senat jedoch bestätigt werden müssen. Die Bestätigung der Kabinettsmitglieder durch den Kongreß, bevor sie ihr Amt antreten können, ist gleichfalls zwingend vorgeschrieben. Der Oberste Gerichtshof kann über die Verfassungsmäßigkeit jedes Gesetzes entscheiden, das von der Legislative verabschiedet wurde. Der Präsident kann gegen jeden Gesetzentwurf, der den Kongreß passiert hat, sein Veto einlegen; ein solches Veto kann jedoch mit Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses außer Kraft gesetzt werden. Während Mitglieder des Kabinetts, wenn sie erst einmal vom Kongreß bestätigt sind, nach Belieben des Präsidenten ihr Amt ausüben, können sie durch den zuständigen Kongreßausschuß vorgeladen werden, um über die Durchführung ihrer Arbeit und über ihre Pläne Aussagen zu machen.

Da sie jedoch nur dem Präsidenten direkt verantwortlich sind und vom Kongreß nicht ihrer Ämter enthoben werden können, bedeutet die Einrichtung dieser Aussagepflicht nur eine sehr indirekte und begrenzte Abhängigkeit der Kabinettsmitglieder vom Kongreß. Im Laufe der Jahre ist es üblich geworden, daß der Präsident den Kabinettsmitgliedern untersagt, vor Kongreßausschüssen zu erscheinen, wenn er der Meinung ist, ihre Aussagen könnten die Sicherheit der Nation gefährden oder seiner Administration auch nur einfach unbequem sein. Ferner gibt es noch eine weitere Kategorie mächtiger Mitglieder der Exekutive: die Berater des Präsidenten. Diese Männer werden vom Präsidenten ernannt und sind nach seinem Belieben in der Exekutive tätig. Sie brauchen von der Legislative nicht bestätigt zu werden. Unter Präsident Franklin Delano Roosevelt war Harry Hopkins ein solcher Berater. Im Laufe der Jahre ist die Gruppe der Berater größer geworden; unter Präsident Nixon bilden sie jetzt einen umfangreichen Stab, dessen Angehörige an Machtbefugnissen den Mitgliedern des offiziellen Kabinetts gleich- oder sogar übergeordnet sind. Der Kongreß kann die Berater auffordern, vor Kongreßausschüssen auszusagen; sie können sich ihrerseits jedoch auf das „Vorrecht der Exekutive" berufen, das es ihnen erspart, Fragen von Kongreßmitgliedern in der Öffentlichkeit beantworten zu müssen.

Der Präsident ist nicht verpflichtet, Fragen zu beantworten oder sich auf eine Diskussion mit der Legislative einzulassen. Er kann Mitglieder des Kongresses einladen und ihnen seine Pläne vorlegen. Aber er allein entscheidet, ob die Eingeladenen Fragen stellen oder ihre Meinung äußern dürfen. Üblicherweise ergibt sich der direkteste Kontakt zum Präsidenten unter Bedingungen, in denen Fragen öffentlich gestellt werden können, während der Pressekonferenzen des Weißen Hauses, die der Präsident nach Belieben einberuft.

Was sich in Nixons erster Amtsperiode entwickelt hat und jetzt anscheinend einem Höhepunkt zusteuert, ist ein Streit um die Macht zwischen dem Kongreß und dem Weißen Haus. Er ist hauptsächlich in der Kontroverse über Legalität und Führung des Indochinakrieges begründet. Wie jedoch zu zeigen sein wird, hat dieser Kampf längst begonnen, auch wichtige Aspekte der Innenpolitik zu berühren.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten niemals einen Krieg gegen Nordvietnam oder gegen eines der übrigen Länder Südostasiens erklärt hat, in denen amerikanische Streitkräfte kämpfen. In diesem Sinne ist der Indochinakrieg illegal. Ebensowenig haben der Präsident oder seine Vorgänger in irgendeiner Hinsicht mit dem Kongreß über die schrittweise Eskalation des amerikanischen Engagements in Indochina beraten. Die Resolution über den „Tonkin-Zwischenfall" ist die einzige formale „Zustimmung", die der Senat während des allmählichen Aufbaus amerikanischer Beteiligung und der schließlichen Übernahme dieses Krieges erteilt hat. Diese Resolution ist inzwischen widerrufen worden.

Der Oberste Gerichtshof der USA hat es verschiedene Male abgelehnt, die Legalität des Konflikts zu bestätigen. Das hat zu unglaublichen Situationen geführt, zum Beispiel zu einem Beschluß der Wähler des Staates Massachussetts, in dem der Regierung in Washington das Recht verweigert wird, junge Männer dieses Staates zum Wehrdienst einzuziehen, um sie nach Vietnam zu entsenden.

Andererseits muß gesagt werden, daß der Kongreß in den Jahren dieses Krieges immer größer werdende Summen bewilligt hat, um die militärischen Operationen in Indochina zu finanzieren. Sogar mehr als das: unter der Regierung Johnson

nahm der Senat die „Tonkin-Resolution" an, die den Präsidenten bevollmächtigte, alle notwendigen Maßnahmen als Antwort auf einen angeblichen Angriff auf Schiffe der US-Navy im Golf von Tonkin zu ergreifen. Heute ist man weithin der Auffassung, daß der Senat damals in dieser Sache absichtlich falsch informiert wurde. Eine amerikanische Version der berüchtigten „Emser Depesche". Sowohl Präsident Johnson wie Präsident Nixon haben diese Resolution so interpretiert, als legitimiere sie jede militärische Aktion, die bei der Eskalation und Ausweitung des Krieges unternommen wurde.

Interessanterweise hat der Senat erst im vergangenen Jahr diese Resolution schließlich zurückgezogen und damit den vom Präsidenten durchgeführten militärischen Aktionen die vorgegebene Legalität entzogen.

In diesem Jahr scheinen beide Häuser des Kongresses mit größeren Ernst als je zuvor Gesetzesentwürfe zu behandeln, mit denen Ausgaben für die weitere Kriegführung verhindert werden sollen. Mit anderen Worten: sie wollen vom verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen, den Geldbeutel zu kontrollieren. Im vergangenen Jahr verabschiedete der Senat eine ähnliche Resolution, die dann allerdings vom Repräsentantenhaus abgewiesen wurde. Jetzt hat ein Ausschuß von Demokraten aus beiden Häusern entschieden, derartige Resolutionen zu unterstützen.

Warum ist es nach so vielen Jahren des Zögerns und sogar der Unterwürfigkeit des Kongresses gegenüber den Forderungen der Regierung zu einer derartigen Entwicklung gekommen?

Vielleicht hatte Präsident Nixon gerade einen Versuch zuviel unternommen, die Flammen der Opposition gegen seine Kriegspolitik im eigenen Lande mit falschen Friedenshoffnungen zu ersticken, um dann doch nur eine weitere Eskalation des Krieges folgen zu lassen. Dazu war es genau zwei Wochen vor den Novemberwahlen des Jahres 1972 gekommen. Nixon gewann sie hauptsächlich dadurch, daß er seinen Sonderberater Dr. Henry Kissinger nach monatelangen Geheimverhandlungen erklären ließ, der Friede stehe „unmittelbar bevor". Schon vier Wochen später wurden die Verhandlungen zwischen Kissinger und Le Duc Tho abgebrochen. Vom Präsidenten gab es dazu keine Erklärung. Er überließ es wiederum Dr. Kissinger, am 16. Dezember lediglich mitzuteilen, „die andere Seite" habe eine Reihe neuer Forderungen erhoben, die das im Oktober erreichte Übereinkommen wesentlich ändern würden. Zwei Tage später, am 18. Dezember, und wiederum ohne jede Beratung mit dem Kongreß, ordnete Nixon die schlimmsten Flächenbombardierungen Hanois und anderer nordvietnamesischer Städte an, Bombenteppiche, wie es sie in der gesamten Kriegsgeschichte nie gegeben hat. Trotz einer Erklärung der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams, sie seien nach wie vor bereit, das Abkommen in der Formulierung vom Oktober zu unterzeichnen, ging das Gemetzel aus der Luft unvermindert fort, fast bis Mitte Januar. Eine Welle des internationalen Protests lief um den Erdball: Massendemonstrationen überall. Australische Hafenarbeiter begannen, amerikanische Schiffe zu boykottieren. Ihre italienischen Kollegen schlossen sich an. Breshnew warnte, die erneute Eskalation könne die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf das schwerste beeinträchtigen. Selbst die Regierungschefs befreundeter Länder bekundeten Besorgnis und Abscheu, so zum Beispiel der schwedische Premier, der die Bombardierung von Hanoi mit den schwersten Kriegsverbrechen der Hitler-Regierung verglich. In Amerika selbst erhielt die Opposition gegen den Krieg neuen Aufschwung.

Mit Recht urteilte die amerikanische Friedensbewegung, daß einer der Punkte, an denen ihre konzentrierten Anstrengungen Erfolg versprechen würden, verstärkter Druck auf den Kongreß war, um diesen zur Ausübung seiner Finanzvollmachten zu bewegen. Wenn es irgend etwas gab, das den „wahnsinnig gewordenen Riesen" stoppen konnte, „der auf jeden schoß, der sich in Sichtweite befand" — um das Magazin „New Yorker" zu zitieren —, dann bot sich die Wiederausübung des verfassungsmäßigen Rechtes durch den Kongreß, einen Krieg zu beenden, den er nie erklärt hatte, und zwar durch Streichung sämtlicher zu seiner Weiterführung nötigen Mittel, zumindest als Möglichkeit an.

Die Planungen für massive Demonstrationen gingen weiter; Höhepunkt der Aktionen sollte das Wochenende des 20. Januar sein, das Wochenende von Nixons Amtseinführung. Gleichzeitig kamen Hunderte von Bürgergruppen, so zum Beispiel die Organisation der „engagierten Geistlichen und Laien", die praktisch alle religiösen Glaubensgemeinschaften umfaßt, nach Washington, um ihre Abgeordneten und Senatoren für eine derartige Aktion zu gewinnen. Und sie waren recht erfolgreich. Ein Ausschuß demokratischer Mitglieder des Repräsentantenhauses verabschiedete einen Beschluß, gegen die Bewilligung weiterer Rüstungsgelder zu stimmen. Gesetzentwürfe sollen eingebracht werden, um Mitglieder des Kabinetts zur Aussage vor dem Kongreß zu zwingen. Der Führer der Kongreßmehrheit, Senator Mike Mansfield, erklärte, wenn der Krieg bis zum Tage der Amtseinführung nicht beendet sei, dann werde der Kongreß ihn beenden. Gesetzesentwürfe beider Parteien mit diesem Ziel sind bereits in beiden Häusern fertiggestellt worden.

Während dieser hektischen Wochen war der Präsident praktisch unsichtbar. Er beriet die Lage mit Dr. Kissinger in Camp David, jedoch nicht einmal mit Mitgliedern seiner eigenen Partei. Auf einem Frühstück mit führenden Politikern der Republikanischen Partei diskutierte Mr. Nixon seine Pläne zur Regierungsumbildung sowie seine Landwirtschaftspolitik, beschränkte sich jedoch auf eine kurze Erklärung zu Vietnam, zu der keine Fragen erlaubt waren. Es gab weder eine Kabinettssitzung noch eine Zusammenkunft des Nationalen Sicherheitsrates. Und um das alles noch zu übertreffen, erklärte der Präsident, im Gegensatz zur üblichen Verfahrensweise werde er seine jährliche Rede über die Lage der Nation nicht persönlich in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses halten, sondern sie dem Kongreß einfach schriftlich übermitteln. Kurz zuvor hatte der Präsident zehn Milliarden Dollar gesperrt, die der Kongreß für nichtmilitärische Zwecke bewilligt hatte, da diese Ausgabe „inflationär" sei. Buchstäblich Millionen Unterschriften von Petitionen, die Oktobervereinbarungen zu unterzeichnen und die Bombardierungen einzustellen, trafen per Post beim Weißen Haus und den Büros der Abgeordneten ein. Erklärungen führender Kongreßpolitiker spiegelten die wachsende Entschlossenheit wider, sich der Politik des Präsidenten zu widersetzen. Und der Tag der „Krönung König Richards", wie jemand in Washington die bevorstehende Amtseinführung betitelt hatte, rückte näher.

Als dann die Liste der amerikanischen Piloten, die während ihrer Völkermordakte in Nordvietnam getötet oder gefangen genommen wurden, immer länger wurde, als Augenzeugen voller Entsetzen von der absichtlichen Zerstörung des größten Krankenhauses von Hanoi, Bach Mai, berichteten, da wurde plötzlich angekündigt, die Pariser Gespräche würden wieder aufgenommen und die Bombenangriffe nördlich des 20. Breitengrades würden eingestellt. Wiederum gab es keinerlei Erklärungen seitens des Weißen Hauses.

Die Proteste nahmen jedoch weiter zu. Einer der höchstdekorierten US-Piloten, der Hunderte von Einsätzen über Nordvietnam geflogen ist, erklärte, er könne an diesem Massenmord nicht länger teilnehmen, und beantragte, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Kurz vorher hatte die Witwe eines anderen Piloten öffentlich erklärt: „Wenn der Präsident die Oktobervereinbarungen unterzeichnet hätte, dann wäre mein Mann noch am Leben und zuhause."

Fünf Tage vor der Amtseinführung, am 15. Januar, kam eine Mitteilung aus dem Stab des Weißen Hauses: weil in Paris „Fortschritte erreicht" worden seien, habe der Präsident die Einstellung aller offensiven Militäraktionen gegen Nordvietnam angeordnet. General Haig, Kissingers rechte Hand, sei zu „Beratungen" mit Präsident Thieu abgereist und werde die Regierungen in Kambodscha, Laos und Thailand über den Stand der Verhandlungen informieren. Keine Einzelheiten wurden mitgeteilt; Nixon ließ lediglich verlauten, er werde vor dem Tage seiner Amtseinführung keine Stellungnahme abgeben.

Daß es schließlich zu einem Waffenstillstand gekommen ist, das ist ein Sieg des unglaublichen Mutes der vietnamesischen Bevölkerung, des verstärkten Druckes im eigenen Lande und ganz gewiß auch ein Ergebnis der weltweiten Proteste und der moralischen Isolierung der USA bei Freund und Feind in gleicher Weise.

Noch ist die Einhaltung des Pariser Vietnam-Abkommens allerdings alles andere als gesichert. Ob Nixon sich an die Verpflichtung zu halten gedenkt, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vietnamesen aufzugeben, wird nicht zuletzt von der Fortdauer der Wachsamkeit der internationalen Öffentlichkeit abhängen.

Das Mißtrauen gegenüber Nixons Politik nach den Erfahrungen der letzten Wochen geht so tief, daß die „New York Times" am 16. Januar in ihrem Leitartikel schrieb: „Ob diese neu erweckte Hoffnung wirklich zum Frieden — realistischer: zum sicheren Rückzug der Vereinigten Staaten aus einem noch ungelösten Konflikt zwischen Nord- und Südvietnamesen — führen wird, kann niemand mit Sicherheit wissen, vor allem nach all den bitteren Enttäuschungen der jüngsten Vergangenheit. Die Verantwortung für die Wahl zwischen einem möglichen Frieden und einer Fortsetzung des Krieges liegt im Weißen Haus. Was eine annehmbare Lösung darstellt, scheint Mr. Nixon allein entscheiden zu wollen, ebenso wie er alle wichtigen Entscheidungen der letzten Monate allein, ohne Beratung mit dem Kongreß getroffen hat: die Entscheidung, eine Lawine der Zerstörung auf Hanoi und Haiphong niedergehen zu lassen; zwei Wochen später die Entscheidung, die Massenbombardierung auf das Gebiet südlich des 20. Breitengrades zu beschränken; sowie die gestrige Entscheidung, das offensive Vorgehen gegen den Norden zu unterbrechen."

Die „Los Angeles Times" schrieb am gleichen Tage: „Präsident Nixon hat angeordnet, jedes offensive militärische Vorgehen gegen Nordvietnam einzustellen. Das ist nicht das erste Mal. Wir meinen: es muß das letzte Mal sein. Wir meinen, die Aktion muß endgültig und eine unwiderrufliche Entscheidung sein, die — nach so vielen Fehlentwicklungen, so vielen Fehlurteilen, so vielen furchtbaren Fehlern — das amerikanische Militär aus Indochina herausführt. Ohne Rücksichten ... Der Friede ist offensichtlich erwünscht. Die Begeisterung vom vergangenen Oktober fehlt diesmal jedoch: zu groß ist der Schrecken über das, was die USA getan haben, um das Abkommen herbeizuführen. Der Schrecken über diese furchtbaren 14 Tage, die am 18. Dezember begannen. Vierzehn Tage,

in denen die größte Militärmacht der Welt gegen eine der kleineren Nationen der Welt eine explosive Zerstörung entfesselte, für die es keinerlei Beispiel gibt. Es kann nur die quälende Einsicht geben: Nichts, was in diesen Tagen aus Paris kommen kann, kann das rechtfertigen, was damals getan wurde."

Wenn irgend etwas den Kongreß und die amerikanische Bevölkerung davon überzeugen kann, wie unendlich gefährlich es ist, wenn das System von Herausforderung und Ausgleich dadurch gestört wird, daß die Macht des Kongresses ausgehöhlt und gleichzeitig die der Exekutive ständig stärker wird, dann sollten die vergangenen tragischen Jahre und insbesondere die Erfahrungen der letzten vier Monate das bewirkt haben. Niemals war die Verantwortung des Kongresses größer, und niemals war seine Aufgabe schwieriger als jetzt. Und während endlich Zeichen dafür zu erkennen sind, daß seine führenden Männer zu erkennen beginnen, in welchem Maße die Macht ihren Händen entglitten ist, bleibt es noch abzuwarten, ob der Kongreß ernsthafte Schritte unternimmt, um seine Rechte wiederherzustellen. Tom Wicker, Kolumnist der „New York Times", schrieb am 16. Januar: „Präsident Nixons Anordnung der weihnachtlichen Bombenteppiche über Hanoi und Haiphong war vielleicht die eindrucksvollste militärische Entscheidung der amerikanischen Geschichte ... Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß selbst diese horrende Ausweitung der sogenannten ‚Kriegsvollmachten' des Präsidenten in seiner Eigenschaft als Oberster Befehlshaber den Kongreß zu einer entscheidenden Beschneidung dieser Vollmachten veranlassen wird. Für die nächste Zukunft bleibt Mr. Nixon aktiver Oberster Befehlshaber, der beides anordnet, militärische Operationen und Friedensverhandlungen. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Kongreß den riskanten politischen Schritt unternimmt, unter diesen Umständen die Macht eines Präsidenten anzugreifen, insbesondere im Hinblick auf den neuen Bombenstopp.

Das sogenannte Kriegsvollmachtengesetz, das sich im Beratungsstadium befindet, würde zum Beispiel einen Präsidenten, der die Marineinfanterie in die Dominikanische Republik oder die B 52-Bomber nach Hanoi geschickt hat, zwingen, innerhalb von 30 Tagen dem Kongreß Bericht zu erstatten und ihn um Zustimmung zu ersuchen. Das würde dem Präsidenten den Freiraum für eine 30tägige Kriegführung geben, der jetzt in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Schlimmer noch, das Gesetz wickelt den Präsidenten in die amerikanische Flagge und gibt ihm die Initiative als Oberster Befehlshaber, der mit Sicherheit erklären wird, er habe in nationalem Interesse gehandelt. Dem Kongreß fällt dann die Bürde zu, zu erklären, er habe sich geirrt und hätte das Getane nicht tun sollen.

So mutig wird selten ein Kongreß sein, ganz im Gegenteil. Daher könnte das Kriegsvollmachtengesetz ein Mittel der Bestätigung, nicht aber der Beschränkung von Kriegsakten des Präsidenten werden. Ein anderes Mittel, politische Kongreßbeschlüsse, ist nahezu zahnlos: Nixon zum Beispiel hat für die Mansfield-Resolution, die die Beendigung des Vietnamkrieges bis zu einem bestimmten Datum zur nationalen Politik erklärt, nur ein Achselzucken übrig. Und was das Sperren der Rüstungsgelder anbetrifft, so braucht Nixon nur bei jedem Gesetzentwurf, der das versucht, sein Veto einzulegen. Danach wäre eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern nötig, um das Veto außer Kraft zu setzen."

Grundprobleme einer Neuordnung des westlichen Währungssystems

Währungskrisen sind keine monetären Krisen

Von Michael Burchardt

Insbesondere seit der großen Pfundkrise des Jahres 1967 ist die Währungsordnung der im IWF zusammengeschlossenen kapitalistischen Staaten nicht mehr zur Ruhe gekommen. Eine Krise hat seitdem die andere abgelöst. Die Aussetzung der Konvertibilität des US-Dollar in Gold oder andere Reservemittel im August 1971 kann als vorläufiger Höhepunkt der Krisen der letzten Jahre angesehen werden. Freilich ist durch diesen Offenbarungseid der Hauptwährung des gesamten IWF-Systems nur noch offiziell der Schritt vollzogen worden, welcher sich bereits seit Jahren abzeichnete und schließlich unabwendbar wurde. Die immense und sich ständig vergrößernde Diskrepanz zwischen den Dollarbeständen des Auslandes und den Goldreserven der USA war seit langem ein offenes Geheimnis. Die weitere Zuspitzung der Krise führte schließlich im Dezember 1971 zur Neufestsetzung der Wechselkurse der wichtigsten Währungen des Systems, u. a. zur Abwertung des Dollars um rd. 8,5 %. Diese Abwertung — die Goldparität des Dollars war seit Januar 1934 nicht mehr verändert worden — kann als Zeichen der aufkommenden Stärke Westeuropas und Japans gewertet werden, denen es nach einer langen Periode strikter Ablehnung eines derartigen Schrittes seitens der USA durch diesen Verhandlungserfolg erstmals gelungen ist, die Vormachtstellung des Dollars als Leitwährung des Systems zu erschüttern. Die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Abwertung des Dollars im Falle neuer internationaler Währungskrisen wird seither für größer erachtet als vordem. Eine Währung aber, deren Außenwert nicht als langfristig stabil eingeschätzt wird, kann auf die Dauer nicht mehr als Leitwährung fungieren. Eine neue Periode in der Regelung internationaler Währungsbeziehungen kündigt sich an. Der derzeitige Zustand kann als Übergangsphase konstatiert werden, in welcher der Dollar zwar noch als Hauptwährungsreserve verwendet wird, das Vertrauen in diesen aber zunehmend schwindet. Es verwundert daher nicht, daß in dieser Phase die Diskussionen um eine grundlegende Neuordnung des Weltwährungssystems wieder aufgelebt sind. So stand die jüngste Jahrestagung des IWF ganz im Zeichen dieser Neustrukturierung der Währungsbeziehungen. Auf dieser Tagung wurde wieder einmal deutlich, daß die — meist schon seit Jahren bekannten — verschiedenen Standpunkte auf differierenden oft sogar gegensätzlichen Interessen der einzelnen Staaten beruhen. Lediglich in der Forderung nach größerer Wechselkursflexibilität konnte weitgehend Einigkeit erzielt werden, was angesichts der konträren Auffassungen über andere grundlegende Punkte einer Weltwährungsreform aber nur als ein relativ kleiner Fortschritt angesehen werden kann.

Auch in der bundesdeutschen Literatur wird die Frage einer Reform des internationalen Währungssystems in den letzten Jahren verstärkt diskutiert. Selbst der Sachverständigenrat beschränkte in seinem Jahresgutachten 1971/72 seine Überlegungen zur Währungspolitik erstmals nicht auf den bundesrepublikanischen Blickwinkel, sondern widmet den grundlegenden Problemen einer Reform des internationalen Währungssystems eine breiten Raum [1]). Er bleibt bei seinen

1) Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 1971/72, „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —", Stuttgart/Mainz 1971, Ziff. 249—316 (S. 90—107).

Erörterungen jedoch in der monetären Sphäre befangen und vermag die internationalen Währungskrisen nicht als Folge bzw. Ausdruck von Krisen im realen Produktions- bzw. Zirkulationsbereich, welche dem kapitalitischen System immanent sind, zu begreifen. Wie fast alle bürgerlichen Autoren, welche das westliche Währungssystem analysiert und Vorschläge zu dessen Neustrukturierung erarbeitet haben, gelingt es dem Sachverständigenrat daher nicht, die grundlegenden Probleme einer Neuordnung des Systems darzulegen. Im folgenden soll der Zusammenhang zwischen Weltwährungskrisen und kapitalistischer Produktionsweise aufgezeigt und die sich aufgrund dieser Beziehungen ergebenden Grundprobleme für eine Reformierung der internationalen Währungsordnung dargestellt werden.

Profitsicherung als Aufgabe des Weltwährungssystems

Ausgangspunkt unserer Überlegungen muß die Frage nach der Aufgabe sein, welche die internationale Währungsordnung der kapitalistischen Staaten zu erfüllen hat.

Die kapitalistische Produktionsweise basiert — diese pauschalisierende Formulierung sei in diesem Zusammenhang erlaubt — auf dem Profitstreben des Kapitals. Der Kapitalist strebt danach, sein Kapital auszudehnen, was ihn dazu veranlaßt bzw. ihn dazu zwingt, einen Teil des angeeigneten Mehrwerts immer wieder in zusätzliches Kapital zu investieren, und zwar in ständig wachsendem Umfang. Die sich aufgrund der Konkurrenzbeziehungen ergebende Notwendigkeit, möglichst die neuesten und ergiebigsten Produktionsmethoden anzuwenden, erfordert einen immer größeren Investitionsaufwand. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise macht „eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation" [2]). Das Gesetz fortgesetzter Akkumulation ist demnach keine Frage von angeborenen Neigungen oder Instinkten, sondern ergibt sich aus der sozialen Position und der Rolle des Kapitalisten in der Gesellschaft [3]).

Notwendige Bedingung zur Realisierung der Profite ist der Absatz der produzierten Waren. Fortgesetzte Akkumulation von Kapital, welche ja mit einer ständigen Ausdehnung der Produktion einhergeht, setzt also entsprechende Absatzsteigerungen voraus. Da der nationale Bereich, insbesondere in Anbetracht der mit der zunehmenden „planvollen privaten Organisation und Durchgestaltung der Märkte" [4]) einhergehenden Differenzierung und Spezialisierung der Produktion, hierfür oft nicht mehr ausreicht, weichen die Unternehmen auf ausländische Absatzmärkte aus. Dadurch werden in zunehmendem Umfang internationale Zahlungsströme ausgelöst, welche einer Koordinierung durch ein internationales Abrechnungssystem bedürfen.

Ein anderer Grund für internationale Finanztransaktionen ergibt sich aus der Tatsache, daß es infolge unterschiedlichen Lohnniveaus für die Kapitalisten gewisser Länder oftmals profitabler ist, in anderen Staaten Produktionsanlagen zu errichten

2) Karl Marx, Das Kapital. Band I, MEW 23, S. 618.
3) Vgl. Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Deutsche Ausgabe, Köln 1959 (Originalausgabe 1. Aufl. 1942), S. 60 f.
4) Werner Hofmann, Die säkulare Inflation. Berlin 1962, S. 18.

und dort zu produzieren. Daneben erweist es sich vielfach auch als notwendig, den Warenexport durch Kapitalexporte abzusichern, z. B. um das Vertriebsnetz auszubauen usw.

Die Frage nach den Aufgaben des Weltwährungssystems unter kapitalistischen Bedingungen ließe sich demnach dahingehend beantworten, daß das System dafür Sorge tragen muß, daß der internationale Warenhandel sowie die internationalen Kapitaltransaktionen möglichst reibungslos, d. h. vor allem ohne Produktionskrisen größeren Umfanges oder ohne Waren- bzw. Devisenbeschränkungen hervorzurufen, abgewickelt werden, damit die Profite erhalten bleiben bzw. weiter erhöht werden können. Die Aufrechterhaltung dieser Funktion der Weltwährungsordnung liegt dabei insbesondere im Interesse der entwickelten kapitalistischen Länder, die sich auf Kosten der sogenannten unterentwickelten Länder bereichern, deren Entwicklungsstand der Produktivkräfte und damit auch das Reallohnniveau relativ ist und die zudem häufig in politischer und ökonomischer Abhängigkeit gehalten werden.

Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung

Wenden wir uns nun der Frage nach den Ursachen der Krisen des Weltwährungssystems zu, so müssen wir bei den zyklischen Schwankungen, in welchen sich die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus vollzieht, ansetzen. Der Grund hierfür ist in dem der kapitalistischen Produktionsweise inhärenten Widerspruch zwischen der Tendenz, die Produktionskapazitäten ständig auszuweiten einerseits, und der Tendenz, die Konsumtionskraft der Gesellschaft durch Niedrighaltung der Produktionskosten, so vor allem der Löhne, zu beschränken, zu sehen. Hieraus resultieren regelmäßig „Überproduktionskrisen" oder, was im Prinzip das gleiche besagt, „Unterkonsumtionskrisen", wobei die Begriffe aus der Sicht des Verwertungsbedürfnisses des Kapitals zu verstehen sind. „Zur gleichen Zeit, wo der Anteil der Lohnarbeiter am Volkseinkommen relativ zurückgeht, erweitert sich die Produktionskapazität der Konsumgüter erzeugenden Industrie ständig. Der Augenblick, da das Wachstum dieser Produktionskapazität die Höhe der Nachfrage übersteigt, muß kommen" [5]).

Die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Staaten, wobei hier nicht auf das zusätzliche Moment ungleichmäßiger Entwicklung verschiedener Wirtschaftszweige, Branchen und sogar verschiedener Betriebe der gleichen Branche innerhalb eines Staates eingegangen werden soll, vollzieht sich in den einzelnen Ländern in der Regel nicht parallel, sondern hinsichtlich Ausmaß und Periodizität durchaus verschieden. Hierfür sind einerseits der historisch und politisch bedingte, regional unterschiedliche Entwicklungsstand der Produktivkräfte und zum anderen Dauer und Ausmaß konjunktureller Wechsellagen verantwortlich. Unterschiedliche Entwicklungs- und Konjunkturverläufe gehen aber mit unterschiedlichen Preis- und Lohnniveauentwicklungen in den einzelnen Ländern und dadurch mit unterschiedlichen Entwicklungen der Profitraten einher. Hierdurch werden laufend internationale Kapitalbewegungen ausgelöst, welche sich bei besonders ausgeprägtem ungleichzeitigen Verlauf der nationalen Entwicklungen regelmäßig in Weltwährungskrisen offenbaren.

Weltwährungskrisen *erscheinen* demnach lediglich als monetäre Krisen von Währungen bzw. des gesamten westlichen Währungssystems, während sie in Wirklichkeit Ausdruck von Krisenerscheinungen in der realen Produktionssphäre sind,

[5]) Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt 1968, S. 394.

welche dem kapitalistischen System eigen sind und daher immer wiederkehren. Hier wird bereits deutlich, daß eine Neuordnung des Weltwährungssystems nur Symptome kurieren, nicht jedoch eine endgültige Lösung herbeiführen kann, solange in den Ländern, welche in das System einbezogen sind bzw. werden sollen, die kapitalistische Produktionsweise als herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufrechterhalten wird. Die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Kapitalakkumulation auf nationaler bzw. internationaler Ebene läßt sich durch eine Neuordnung der internationalen monetären Beziehungen nicht verhindern, ja nicht einmal abschwächen.

Diese Tatsache bildet gleichzeitig das erste und wichtigste Grundproblem einer Reform der internationalen Währungsordnung unter kapitalistischen Bedingungen. Zwar kann dieses Problem nicht ohne die Abänderung der Rahmenbedingungen gelöst werden, das Aufdecken dieses Zusammenhangs ist jedoch notwendig für die Frage nach der Flexibilität des Systems hinsichtlich der Versorgung mit internationaler Liquidität, worauf an späterer Stelle noch einzugehen ist.

Unterschiedliche politische und ökonomische Interessen

Ein weiteres Grundproblem, mit welchem sich jeder Versuch, einen Neuordnungsvorschlag zu erarbeiten, konfrontiert sieht, ist die Tatsache, daß es sich bei den 124 zur Zeit im IWF zusammengeschlossenen kapitalistischen Staaten um Nationen mit ganz unterschiedlichen politischen und ökonomischen Interessen handelt. An diesen Gegensätzen scheinen viele der zumindest auf den ersten Blick durchaus plausibel erscheinenden Reformmodelle zu scheitern. Zwar schließen sich Länder bzw. Ländergruppen in Fragen der internationalen Währungspolitik zu Interessengemeinschaften zusammen. Derartige Zusammenschlüsse sind jedoch, soweit sie nicht ohnehin nur in bezug auf ganz bestimmte Problemkreise Geltung haben, und sofern es sich nicht um einen weitergehenden engen politischen und ökonomischen Zusammenschluß von Staaten handelt, in der Regel nicht von langer Dauer. Sobald sich, bedingt durch strukturelle, technologische, politische oder ökonomische Veränderungen, unterschiedliche Entwicklungen vollziehen, ist die Interesseneinheit meist nicht mehr gegeben.

Daß zwischen den einzelnen in Konkurrenz stehenden nationalen Kapitalen der Industrieländer bzw. ihren politischen Repräsentanten eine Interessenharmonie in währungspolitischen Fragen nicht oder höchstens nur zeitweilig besteht, braucht kaum erwähnt zu werden. Die EWG bildet, zumindest was die Zielsetzung anbelangt, hier zwar eine Ausnahme, wie weit aber auch die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten von einer Interessengleichheit auf währungspolitischem Gebiet entfernt sind, demonstrierte recht deutlich das völlig uneinheitliche Vorgehen der einzelnen Länder in der zweiten Jahreshälfte 1971 nach der Verkündung der „Nixon-Maßnahmen".

Aber auch die 96 dem IWF angeschlossenen Entwicklungsländer treten vielfach nur, wenn es gegen die „reichen" Industrieländer geht, gemeinsam auf. Ansonsten finden sich auch hier, je nachdem, um welchen Fragenkreis es sich im einzelnen handelt, verschiedene Interessengruppen, wobei die Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens in der Regel je einen Block bilden. Aufgrund des Entwicklungsgefälles zwischen den einzelnen Staaten einerseits, der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Abhängigkeit von anderen, meist industriell entwickelten Staaten andererseits ist aber nicht einmal innerhalb dieser Gruppen Einheitlichkeit des Auftretens gewährleistet.

Der Grund für die unterschiedlichen Interessenstandpunkte der einzelnen Staaten ist in politökonomischen Faktoren zu suchen. Neben dem historisch bedingten unterschiedlichen Entwicklungsstand und den strukturellen Besonderheiten der Länder sind vor allem die unterschiedlichen zyklischen Verläufe der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Konkurrenz der nationalen Kapitale mit Kapitalen anderer Nationen um den größten Profit von ausschlaggebender Bedeutung. Die nationalen Kapitale bzw. die sie repräsentierenden staatlichen Institutionen sind in der Regel nicht bereit, die Erreichung binnenwirtschaftlicher Ziele, wie z. B. Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität oder Wirtschaftswachstum, zugunsten eines währungspolitischen Wohlverhaltens „nach außen hin" aufs Spiel zu setzen. Übereinkünfte sind offenbar nur dann möglich, wenn sich auch die anderen Staaten bereit erklären, entsprechende primär außenwirtschaftlich orientierte Maßnahmen zu ergreifen — in der gemeinsamen Erkenntnis, daß im Falle des Ausbleibens derartiger Maßnahmen die Freizügigkeit des Welthandels und des internationalen Kapitalverkehrs beeinträchtigt werden könnten und damit die Gefahr bestünde, daß alle beteiligten Länder am Ende schlechter dastünden als vorher.

Feste oder flexible Wechselkurse

Ein vorrangiges Problem bei der Neugestaltung der internationalen Währungsbeziehungen ist die Frage, welches Wechselkurssystem der Aufgabe der Weltwährungsordnung am ehesten gerecht wird: grundsätzlich feste oder völlig flexible Wechselkurse. Während bei einem System prinzipiell fester Wechselkurse Paritätsänderungen nur dann vorgenommen werden (müssen), wenn dies aufgrund von fundamentalen Ungleichgewichten unumgänglich erscheint, passen sich die Kurse bei völliger Flexibilität laufend der Marktsituation an. Zwischen beiden Systemen sind die vielfältigsten Mischformen denkbar und als Reformansätze in der Diskussion, welche — von dem derzeitigen Festkurssystem aus betrachtet — eine mehr oder weniger starke Auflockerung dieser festen Kurse z. B. durch Bandbreitenerweiterung oder „crawling-peg"-Anpassungen u. ä. vorsehen. Beide Kurssysteme werden in der Literatur meist nur im theoretischen Bereich diskutiert, während der praktisch-politische Hintergrund ausgepart wird. Dabei fällt auf, daß die tatsächlich praktizierte Währungsordnung seit jeher zum Festkursprinzip tendierte und auch die heute diskutierten Reformmodelle meistens von festen Währungsparitäten ausgehen. Dies ist zumindest insofern bemerkenswert, als Preisfixierungen jeglicher Art, zumal noch auf einem derart bedeutenden Markt wie dem Devisenmarkt, eigentlich der Logik des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems widersprechen müßten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß ein System freier Wechselkurse für das profitorientierte Kapital mit nicht unerheblichen Nachteilen verbunden wäre. Nicht nur, daß der im Zuge der zunehmenden Monopolisierung und der damit einhergehenden Diversifizierung und Spezifizierung der Produktion an Bedeutung gewinnende Außenhandel großen Risiken unterläge — eine Kurssicherung für langfristige Devisentransaktionen wäre praktisch ausgeschlossen oder nur sehr teuer, weil sehr risikoreich — auch die Kapitalexporte zum Zwecke der langfristigen Profiterzielung bzw. -absicherung würden der relativ sicheren Kalkulationsgrundlage beraubt und allzu starken Spekulationscharakter annehmen. Dies würde zu einer Beeinträchtigung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs führen und damit die Profite bzw. Profitchancen sinken lassen [6]).

Zudem kann mit Hilfe des Festkurssystems gegenüber den sogenannten Rohstoffländern eine tendenzielle Überbewertung der Währungen der Industrieländer

[6]) Vgl. hierzu auch Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise. Frankfurt 1969, S. 30 ff.

institutionalisiert werden. Die Industrieländer können dadurch Rohstoffe billiger beziehen, während sie umgekehrt diesen Ländern, welche von Industrieproduktimporten meist abhängig sind, ihre Produkte zu hohen Preisen verkaufen. Außerdem können die Industrieländer ihre imperialistische Politik durch Ausbeutung des relativ billigen Arbeitskräftepotentials verstärkt betreiben. Handelt es sich um solche Entwicklungsländer, die bereits teilweise mit Industrieerzeugnissen konkurrenzfähig sind, so schirmen sich die Industrienationen gegen den Import derartiger Erzeugnisse in der Regel durch Zollmauern ab. Da den Entwicklungsländern das Kapital zum Aufbau eines starken industriellen Wirtschaftssektors fehlt, machen die Industrieländer durch Direktbeteiligungen oder Kreditgewährungen diese Staaten außerdem häufig auch ökonomisch und politisch abhängig, was ihnen u. a. auch einen Einfluß auf die Wechselkursfestsetzung der betreffenden Länder ermöglichen kann. So werden mitunter Länder, die mit der eigenen Wirtschaft konkurrieren, zur Aufwertung ihrer Währung „bewogen", während Länder, aus denen man überwiegend importiert, dazu veranlaßt werden, ihre Währungen abzuwerten [7]). Andererseits können aufgrund dieser ökonomisch-politischen Abhängigkeit die Preise für Rohstofflieferungen häufig durch die Industrieländer weitgehend diktiert werden.

Schließlich ist ein festes Wechselkurssystem immer dann notwendige Bedingung, wenn nationale Währungen als internationales Geld fungieren sollen, wie z. B. seit dem Zweiten Weltkrieg der US-Dollar. Im Falle flexibler Kurse sind Währungsreserven und damit auch Reservewährungen prinzipiell überflüssig.

Wieviel internationale Liquidität ist notwendig?

Soweit Ansätze für eine Neuordnung des Weltwährungssystems vom Festkursprinzip ausgehen, stellt sich als weiteres grundlegendes Problem die Frage: Wieviel internationale Liquidität ist notwendig, damit das System frei von inflationären oder deflationären Tendenzen funktioniert?

Der Gesamtbedarf an internationaler Liquidität ist von der Höhe der Zahlungsbilanzdivergenzen abhängig. Da die Ursachen für derartige Zahlungsbilanzdivergenzen in zahlreichen Faktoren struktureller, ökonomischer, politischer bzw. wirtschaftspolitischer Art zu suchen sind, lassen sich Entwicklungen der Zahlungsbilanzen über einen längeren Zeitraum hinweg praktisch nicht vorhersehen.

Die Zuwachsraten des Welthandels können für die Bemessung des Bedarfs an internationaler Liquidität keine verläßliche Grundlage bilden, da die Handelsbilanz zum einen immer nur ein Teil der gesamten Zahlungsbilanz ausmacht, und zum anderen die von den Handelsbilanzen ausgehenden Zahlungsbilanzungleichgewichte sich trotz Zunahme des Welthandels theoretisch nicht zu vergrößern brauchten. Ein Vergleich der Veränderungsraten der Weltwährungsreserven mit den Zuwachsraten des Welthandels zwischen 1950 und 1970 zeigt, daß der Welthandel (gesamte Ausfuhr ohne RGW-Länder) in dieser Zeit auf das gut Dreieinhalbfache angestiegen ist, während sich die Weltwährungsreserven im gleichen Zeitraum nur rund verdoppelt haben. Dabei hat es sogar Jahre gegeben, in welchen der Welthandel zurückging, während die Währungsreserven zunahmen (1952, 1958), und umgekehrt (1959) [8]).

[7]) Als Beispiel sei die Abwertung Venezuelas (für die USA ein wichtiger Erdöllieferant) im Jahre 1964 angeführt. Vgl. A. Cordova, M. S. Michelena, Die wirtschaftliche Struktur der unterentwickelten Länder. In: Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas, Frankfurt 1967, S. 117 f.

[8]) Eigene Berechnungen aufgrund folgender Quellen: Geschäftsberichte der Deutschen Bundebank 1966 (S. 35), 1969 (S. 41) 1971 (S. 49) Statistisches Jahrbuch der BRD 1971, Anhang, S. 70.

Die Frage nach einer Über- bzw. Unterversorgung der Welt mit internationaler Liquidität kann man daher nur ganz allgemein beantworten. Werden in mehreren wichtigen Ländern infolge von Zahlungsbilanzüberschüssen Währungsreserven mehr oder weniger zwangsläufig durch die Zentralbanken gehortet und dadurch inflationäre Prozesse in Gang gesetzt, ohne daß in den Defizitländern entgegengesetzte Prozesse ablaufen, dann könnte man von einer allgemeinen Überversorgung mit internationaler Liquidität sprechen. Umgekehrt würde eine weltweite Knappheit an internationalen Währungsreserven vorliegen, wenn mehrere wichtige Länder mit dem Ziel, Reserven aufzustocken bzw. einen weiteren Verlust derselben zu verhindern, eine Deflationspolitik betreiben und/oder Handels- oder Devisenrestriktionen einführen [9]). Diese Schwierigkeit einer hinreichenden Quantifizierung des Bedarfs an internationaler Liquidität erweist sich bei der Erarbeitung von Neuordnungsvorschlägen als erschwerendes Moment. Es verwundert daher nicht, wenn in konkreten Reformmodellen die Kreditmöglichkeiten für Defizitländer ganz unterschiedlich weit gehalten sind, je nachdem, ob der Autor eine Über- oder eine Unterversorgung der Welt mit internationaler Liquidität konstatiert bzw. für die Zukunft befürchtet.

Welcher Art soll das künftige internationale Zahlungsmittel im westlichen Währungssystem sein?

Ein anderes generelles Problem, welches sich bei einer Neuordnung des Währungssystems unter der Voraussetzung grundsätzlich fester Wechselkurse ergibt, besteht in der Frage nach der Art des Geldes, welches als internationales Zahlungsmittel fungieren soll. Sollen es eine oder mehrere nationale Währungen nach dem bisher praktizierten Leitwährungsmuster sein, sollen es (daneben) fiktive Verrechnungseinheiten einer Weltzentralbank oder frei geschöpftes Geld nach dem Muster der Sonderziehungsrechte sein? Und vor allem: Welche Rolle soll dabei das Gold übernehmen oder kann bzw. sollte man auf dieses ganz verzichten? Da es, der Themenstellung entsprechend, nicht die Absicht des Verfassers ist, ein bestimmtes Reformmodell zu erarbeiten, seien zu diesem Problemkreis hier nur einige grundsätzliche Bemerkungen angeführt.

Daß der Dollar seine Führungsrolle als Reservemedium ausgespielt hat, darüber besteht offensichtlich allenthalben Einigkeit. Auch der Sachverständigenrat, welcher allerdings die Problematik der Leitwährungsfunktion des Dollars lediglich in den negativen Auswirkungen auf die Stabilität der Überschußländer sieht [10]), stellt lapidar fest: „... für eine Verlängerung der Reservefunktion des Dollars fehlen einfach die Gründe [11]). Die Nachteile für die anderen kapitalistischen Industrieländer, namentlich diejenigen Westeuropas und Japan, sind aber nicht so sehr in dem destabilisierenden Moment zu sehen, als vielmehr, bedingt durch die fehlende Verpflichtung der USA zur Zahlungsbilanzdisziplin, in der praktisch unbegrenzten Möglichkeit für das amerikanische Kapital, einerseits in konkurrierenden Industrieländern Direktinvestitionen durchzuführen und andererseits die Finanzierung der militärischen Ausgaben in aller Welt faktisch auf die Überschußländer abzuwälzen [12]).

---

9) Vgl. auch Gottfried Haberler, Geld in der internationalen Wirtschaft. Hamburg 1965, S. 45.
10) Freilich vertritt der Sachverständigenrat gleichzeitig die Ansicht, „daß die Bedeutung der amerikanischen Zahlungsbilanzpolitik für die stabilitätspolitischen Probleme der westlichen Industrieländer meist sehr übertrieben dargestellt wird" (vgl. Jahresgutachten 1971/72, a. a. O., Ziff. 256, S. 93).
11) Ebd.
12) Vgl. hierzu auch Gerd Bansamir/Konrad Ruff, Die Entwicklung der westlichen Währungskrise. In: „Blätter", 9/1971, S. 905.

Eine Neugestaltung des Weltwährungssystems müßte daher darauf hinauslaufen, ein neutrales internationales Zahlungsmittel zu schaffen oder andere nationale Währungen neben dem Dollar zu Leitwährungen zu erklären [13]). Die Schaffung eines einheitlichen neutralen Weltgeldes würde allerdings die Errichtung einer Weltzentralbank voraussetzen, welche die internationalen Zahlungsmittel autonom schöpfen kann. Damit ist aber auch gleichzeitig die Möglichkeit, ja sogar die Notwendigkeit für diese Superzentralbank verbunden, eine monetäre Weltwirtschafts-, insbesondere Weltkonjunkturpolitik zu betreiben. Bei der weiter oben konstatierten Ungleichmäßigkeit und regionalen Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation und Produktion, würde eine derartige Weltkonjunkturpolitik häufig zu Zielkonflikten mit nationalstaatlichen Interessen führen. Die Existenz einer Weltzentralbank bzw. die Chance zu ihrer Errichtung würde demnach eine weitgehende Interessenharmonie aller beteiligten Staaten voraussetzen — eine Bedingung, welche, solange Kapitale verschiedener Nationalität miteinander in Konkurrenz stehen, sich nicht erfüllen wird. Busch, Schöller und Seelow ziehen daraus folgerichtig den Schluß: „Solange nationale Kapitale existieren, kann folglich das allgemeine Äquivalent auf dem Weltmarkt nur durch nationale Wertzeichen repräsentiert werden" [14]).

Auch das Konzept der sogenannten Sonderziehungsrechte, welche ja als „neutrale" internationale Verrechnungseinheiten vom IWF geschaffen und von den Ländern bei Bedarf zum Kauf von Devisen verwendet werden können, kann nicht in der Weise ausgedehnt werden, daß nationale Währungen auf internationaler Ebene entbehrlich werden. Denn die Finanzierung von Zahlungsbilanzdifiziten durch Sonderziehungsrechte bedeutet ja nichts anderes, als ein seitens der vom IWF „designierten" Länder gewährter Dauerkredit in *nationaler* Währung.

Die Beantwortung der Frage nach der Rolle des Goldes (oder gegebenenfalls auch irgendeines anderen Metalls) bei einer Neuordnung des internationalen Währungssystems ist davon abhängig, inwieweit man ein Metall als Wertgrundlage bzw. als „Sachwert" der in der internationalen Zirkulation kursierenden nationalen Wertzeichen für das reibungslose Funktionieren des internationalen Zahlungsverkehrs als notwendig erachtet. Ebenso wie auf binnenwirtschaftlicher Ebene wäre eigentlich auch auf internationaler Ebene eine Zirkulation von Zahlungsmitteln ohne Goldkonvertibilität möglich. Ein Problem ergibt sich nur dann, wenn das Vertrauen in die betreffende Währung nachläßt, z. b. aufgrund eines zunehmenden oder drohenden Wertschwundes. Auf nationaler Ebene äußert sich das mangelnde Vertrauen in die heimische Währung durch eine „Flucht in die Sachwerte". Beim Wertverfall des internationalen Zahlungsmittels wäre bzw. ist dies aber nur bedingt oder überhaupt nicht möglich, wenn ein Anspruch auf Konvertibilität in ein international anerkanntes Äquivalent nicht gegeben ist. Ein Leitwährungssystem funktioniert daher ohne irgendeine Deckung nur solange einwandfrei, als Vertrauen in die betreffende(n) Leitwährung(en) besteht bzw. die Leitwährungsländer als kreditwürdig angesehen werden. Nationale Währungen als internationales Zahlungsmittel anzunehmen heißt ja nichts anderes, als die Übertragung von Forderungen gegen ein Leitwährungsland als Tilgungsleistung anzuerkennen. Mit anderen Worten: Sofern die Zahlungsbilanzen sich auf lange Sicht gesehen ausgleichen, besteht kein Anlaß, das internationale Kreditgeld nicht als Zahlung zu akzeptieren.

---

13) Busch/Schöller/Seelow, Weltmarkt und Weltwährungskrise. Vervielfältigtes Manuskript 1971, S. 101 f. Auf die Schwierigkeiten, welche sich beim Realisierungsversuch von Lösungen ergeben werden, die den Dollar als Leitwährung absetzen oder doch zumindest zurückdrängen wollen, sei hier nur hingewiesen. Derartige Vorschläge sehen sich von vornherein dem massiven Widerstand der USA ausgesetzt.
14) Ebd., S. 102.

Treten aber anhaltende Zahlungsbilanzdefizite bei den Leitwährungsländern auf, so kann es zum Vertrauensschwund und damit zur Krise kommen. In diesem Augenblick schlägt, wie Marx sagt, das Kreditsystem in das Monetarsystem um [15]), d. h. die Gläubiger wollen die Forderungen in „Geld", also in ein allgemein anerkanntes Äquivalent eintauschen. Diese Funktion, allgemeines international anerkanntes Äquivalent zu sein, erfüllte bisher das Gold, obwohl in Anbetracht des Verhältnisses der aufgelaufenen Verschuldung der USA zu deren Goldreserven in den letzten Jahren nur noch als Fiktion. Wenn außer dem Gold „keine Geldform mehr als internationales allgemeines Äquivalent akzeptiert wird, ist der Weg nicht mehr weit zu dem Zeitpunkt, da als Werte auf dem Weltmarkt nur die Waren selbst gelten, was zwangsläufig zu einem Zusammenbruch der Weltzirkulation und zum Übergang zum Bilateralismus führen muß, wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929" [16]).

Es bleibt also festzuhalten, daß in einem Festkurssystem zur Abwendung von Krisen ein international allgemein anerkanntes Äquivalent als „Weltgeld" notwendig ist.

Was geschieht mit den angehäuften Devisenreserven?

Da ein System grundsätzlich fester Wechselkurse den kapitalistischen Interessen eher entspricht, soll hier auf die flexiblen Wechselkurse als alternative Lösung nicht näher eingegangen werden. Lediglich ein Gesichtspunkt, der bei der Einführung freier Kurse besonders relevant wird, sei hervorgehoben, da er unter Umständen auch bei einer Neugestaltung der Währungsbeziehungen auf der Basis grundsätzlich fester Wechselkurse, wenn auch in etwas abgewandelter Form, von Bedeutung sein könnte. Gemeint ist die Frage, was aus der bisher angesammelten internationalen Liquidität, soweit sie in Gold und Devisenreserven bestehen, werden soll, da sie im System flexibler Wechselkurse entbehrlich sind. Auch wenn dies dem eigentlichen Gedanken freier Wechselkurse nicht entspricht, könnte man zwar den Zentralbanken einen gewissen Reservefonds belassen, mit welchem sie, sofern dies aus wirtschaftspolitischen Gründen angebracht erscheint, zeitweilig versuchen können, allzu starke Kursschwankungen, insbesondere, wenn sie durch Spekulationen ausgelöst werden, zu dämpfen; dennoch würden viele Zentralbanken, namentlich die Deutsche Bundesbank, immer noch einen immensen Überschuß an Dollardevisen aufweisen. Da diese Guthaben von den USA nicht in Gold eingelöst werden könnten, zumal jetzt zusätzlich die Frage auftreten würde, was die Zentralbanken denn eigentlich mit dem Gold anfangen sollten, würde nichts anderes übrig bleiben als die formal kurzfristigen Forderungen in langfristige Kredite umzuwandeln. Für die Überschußländer wäre dies natürlich keine sehr befriedigende Lösung. Jedoch würden die bei allseitiger Kursfreigabe auf den Devisenmarkt strömenden Dollarmilliarden diesen auf einige Zeit in unzumutbarem Ausmaß belasten — nicht ohne entsprechende Rückwirkungen auf den Welthandel und damit auch für die Binnenwirtschaft der Überschußländer. Insofern stellt eine Konsolidierung der US-Schulden auch für die Gläubigerländer immer noch das kleinere Übel dar. Es ist der Tribut für das ständige Hinauszögern der Lösung des US-Dollars aus der Leitwährungsrolle bzw. ein Zeichen für die bisherige starke ökonomische und politische Stellung der USA in der Welt. Haben die meisten der führenden westeuropäischen Länder und Japan seit Beginn der Dollarschwemme Ende der 50er

15) Karl Marx, Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 588 f.
16) Altvater/Blanke/Neusüß, Kapitalistischer Welthandel und Weltwährungskrise. In: „Probleme des Klassenkampfes", Nr. 1, November 1971, S. 78.

Jahre riesige Dollarbestände angehäuft und damit die Finanzierung der Defizitsalden der US-Zahlungsbilanz aus teils freiwilliger, teils mehr oder weniger offen erzwungener Loyalität ermöglicht [17]), so beginnen diese Länder allmählich den Hegemonialanspruch der USA, zumindest auf währungspolitischem Gebiet, zurückzudrängen. Die Überschußländer sind nicht mehr länger bereit, die „Strategie der unentgeltlichen Importe", wie Bolle [18]) sie nennt, zu unterstützen. Damit wenden sie sich gleichzeitig gegen das gesamte System von Bretton Woods, durch welches die politische Vormachtstellung der USA auch ökonomisch abgesichert worden ist. Ohne die Funktion des Dollars als Reservewährung hätte die USA ihre heutige ökonomische und militärpolitische Bedeutung auch nicht annähernd erreichen können.

Allerdings bleibt die oppositionelle Haltung der westeuropäischen Staaten und Japans, zumindest vorerst, auf die Stärkung ihrer ökonomischen Position beschränkt. Hinsichtlich der militärstrategischen Position wird gegenüber der USA weiterhin Loyalität geübt und deren Führungsrolle im kapitalistischen Bündnis nach wie vor anerkannt.

Fazit

Abschließend ist festzustellen, daß alle Vorschläge zur Neuordnung des internationalen Währungssystems des kapitalistischen Teiles der Welt immer nur Kompromisse zwischen den einzelnen Staaten sein können. Zwar sind viele Varianten der Neuordnung denkbar und auch in der Diskussion, jedoch birgt jeder Kompromiß bereits die nächste Krise in sich, die sich insbesondere dann zeigen wird, „wenn die internationale Zirkulation aus Gründen, die dem Reproduktionsprozeß des Kapitals selbst geschuldet sind, ins Stocken gerät" [19]). Solange daher bei Überlegungen für eine Neugestaltung der Weltwährungsordnung für die beteiligten Staaten die kapitalistische Produktionsweise als Ausgangsdatum zu setzen ist, können Neuvorschläge mehr oder weniger zwangsläufig nur im monetären Bereich kurieren, Weltwährungskrisen aber auch in Zukunft nicht verhindern.

17) Vgl. auch Michael Bolle, Das Weltwährungssystem als Objekt internationaler Politik. In: „Gegenwartskunde", 19. Jg. 1970, Heft 2, S. 149.
18) Ebd., S. 150: „Die Strategie der USA kann damit als Strategie unentgeltlicher Importe gekennzeichnet werden, eine Strategie, die nicht nur in bezug auf öffentlichen und privaten Kapitalexport profitabel ist, sondern auch die ‚Generosität', einer Nation gegenüber Entwicklungsländern fördern kann. Gewährt ein Leitwährundsland Entwicklungshilfe, die nicht an Kaufklauseln für das heimische Land gebunden ist, und kaufen die Entwicklungsländer in den Überschußländern, so bezahlt das Überschußland real die Entwicklungshilfe des Defizitlandes. Die Gegenleistung sind lediglich internationale Zahlungsmittel, also Forderungen gegenüber der amerikanischen Notenbank, die aufgrund der politischen Machtverteilung nicht einlösbar sind."
19) Altvater/Blanke/Neusüß, a. a. O., S. 80.

Zum Elend der bürgerlichen Technikgeschichte

Von Martin Kipp und Rolf Seubert

I

Albrecht Timm, ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Technikgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum, 1971 Präsident der Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte, hat im letzten Jahr eine „Einführung in die Technikgeschichte" [1]) vorgelegt, die in die Wissenschaftsgeschichte eingehen wird; und zwar unter der Rubrik: Das unverschämte Plagiat.

Timm ist als Plagiator deswegen besonders interessant, weil er von einem — wie uns scheint — recht gut und gründlich erarbeiteten Text [2]) abschreibt und dennoch nicht in der Lage ist, den übernommenen Rahmen mit seiner Gesamtargumentation auszufüllen. Die Quelle, die er nicht einmal in seinem Literaturverzeichnis anführt, kann ihm als bürgerlichem Ideologen keine Erkenntnishilfe sein, die ihn weiter vorantreibt, sondern er fällt notwendig hinter den Erkenntnisstand marxistischer Wissenschaftler zurück.

Das soll im folgenden entfaltet und bewiesen werden.

Zuvor erscheint es aber notwendig, einige Ansprüche des Abschreibers Timm näher zu betrachten, weil man — um ihm gerecht zu werden — ihn an seinen eigenen Kriterien messen sollte.

In seinem Kapitel „Zur Quellenkunde" (S. 10—29) weist Timm darauf hin, daß der Technikgeschichtler „möglichst viele Sachkenntnisse" besitzen sollte; dann fährt er fort: „Jeder Historiker sollte dabei sachlich bleiben, sollte auch bei der Behandlung von Quellen nach Objektivität streben. Eine Hauptaufgabe der Quellenkritik besteht darin, sich ein möglichst breites, aber auch konkretes Quellenmaterial zu verschaffen, das die Grundlage für eine Quellenanalyse bilden kann. Nur wenn man alles zur Verfügung stehende Material herangezogen und geprüft hat, läßt sich eine wissenschaftlich fundierte technikhistorische Untersuchung einleiten" (22). Dieser Anspruch soll nun nicht unmittelbar an die Timmsche „Einführung" angelegt werden, weil eine Einführung keine „wissenschaftlich fundierte technikhistorische Untersuchung" ist. Aber ein darin enthaltener Anspruch — nämlich der, daß die zur Erstellung einer Einführung herangezogenen Quellen genannt und im Text kenntlich gemacht werden — ist unaufgebbar, zumal dies eine zentrale Bedingung wissenschaftlichen Arbeitens ist.

Der Gipfel der Unverschämtheit besteht darin, daß Abschreiber Timm davon spricht, man solle „jede frische Frucht vom Baum wissenschaftlicher Erkenntnis ... entgegennehmen, aber beachten, daß sie ohne diesen Baum nicht denkbar ist" (33). Konfrontiert man diesen metaphorischen Satz mit Timms eigener Wissenschaftspraxis, so bleibt festzustellen, daß zwei verschiedene Sorten Früchte an seinem Baum wissenschaftlicher Erkenntnis gedeihen: Die kümmerlichen eigenen und die von einem fremden Baum aufgepfropften. Hier stimmt jedoch das Bild nicht mehr mit der Natur überein. Die Veredelung des Timmschen Baumes durch Zweige aus dem des DDR-Autorenkollektivs gelingt nicht, weil die

1) Albrecht Timm, Einführung in die Technikgeschichte, Berlin/New York 1972.
2) Wolfgang Jonas/Valentine Linsbauer/Helga Marx, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Von den Anfängen in der Urgemeinschaft bis zum Beginn der Industriellen Revolution, Berlin (DDR) 1969.

Zweige, um bei Timm anwachsen zu können, zu stark beschnitten und im Sinne seiner eigenen saueren Früchte verändert wurden.

Die von Timm bemühte Metapher muß auch deshalb befremden, weil sich an den „Früchten", die er als frisch anpreist, bereits seit 1969 Tausende von Lehrern und Schülern in der DDR laben. Und auch in der Bundesrepublik ziehen viele Lehrer aus diesem DDR-Schulbuch großen Nutzen für die Vorbereitung ihres Geschichts-, Gemeinschaftskunde- bzw. Arbeitslehreunterrichts.

Nach Timm sollte man „eine Geschichte der Technik als einen Wissenschaftszweig betrachten, der die Entwicklung der Arbeitsmittel im System der gesellschaftlichen Produktion, sowohl im Zusammenhang mit Arbeitsformen und Arbeitsmethoden wie auch besonders im Zusammenhang mit dem Arbeitsgegenstand demonstriert" (9). Timm geht es ausdrücklich darum, die Auswirkungen des technischen Fortschritts „auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu ermitteln. Damit steht nicht die Maschine isoliert im Mittelpunkt, sondern Zusammenhänge zwischen Mensch und Maschine bleiben das Leitthema" (14). Überhaupt legt Timm — das ist sehr zu begrüßen — großen Wert darauf, Zusammenhänge erkennbar werden zu lassen: „Sich die Vergangenheit vorzustellen, heißt hier demnach nicht, in sie etwas Unbelegbares hinein zu interpretieren, sondern Zusammenhänge aufzuzeigen" (33).

Timm stellt die Technikgeschichte als „ein neues Forschungsgebiet" (113) vor; nach seiner Ansicht hat die „Technikgeschichte als Wissenschaftsbereich ... keine sehr lange Tradition" (30). „Die Technikgeschichte ist als Wissenschaftszweig noch so jung, daß auch und gerade der Nicht-Spezialist auf viele interessante, bisher kaum behandelte Beziehungen und Wechselwirkungen stoßen wird" (102). Diese Behauptungen lassen sich jedoch nur dann aufrecht erhalten, wenn der gesamte Historische Materialismus, der die Rolle der Technik als entfaltete Produktivkraft des Menschen versteht, in den Bereich des Unwissenschaftlichen verwiesen wird.

Timm schreibt zwar von marxistischen Wissenschaftlern ab, untersucht und würdigt aber die lange Tradition marxistischer Technikgeschichte nicht. Er verweist lediglich im Kapitel „Technik und Weltanschauung" (104—113) global auf eine Reihe von Vorläufern, die sich mit Technikhistorie im weitesten Sinne — vom Standpunkt der Philosophie aus — befaßten: Hegel, Marx, Scheler, Kapp, Dessauer (106 ff.) und Goethe (111 ff.). Timm glaubt sich die Auseinandersetzung mit der marxistischen Technikgeschichte ersparen zu können, indem er in seiner letzten (19.) Fußnote (vgl. S. 113) auf zwei Aufsätze hinweist, die „über den Standort der Technik und der Technikgeschichte in der DDR" informieren[3]). Die kritische Prüfung dieser beiden Aufsätze werden wir im letzten Teil dieser Abhandlung vornehmen, da sie den aktuellen Diskussionsstand bürgerlicher Technikgeschichtler in der Auseinandersetzung mit marxistischen gut widerspiegeln.

Timm kann lediglich „‚engere' Technikgeschichte ... im streng und eng wissenschaftsgeschichtlichen Sinne" (Treue, 227) betreiben, d. h. die Geschichte der Technik in Geschichte der Erfindungen und Entdeckungen — sprich: „Fakto-

[3]) Wilhelm Treue, „Zur jüngeren Technikgeschichtsschreibung in der DDR über den ‚deutschen Imperialismus' ", in: Verein Deutscher Ingenieure (Hrsg.), Technikgeschichte, Bd. 38 (1971), Nr. 3, S. 220—232.
Gudrun Schädel, „Zur Rolle der Technik in der Ideologie des Marxismus-Leninismus — Ein Beitrag zur Diskussion", in: Verein Deutscher Ingenieure (Hrsg.), Technikgeschichte, Bd. 39 (1972), Nr. 1, S. 51—61.

logie" [4]) — auflösen und die so oft versprochenen Zusammenhänge durch plagiieren herstellen, indem er von marxistischen Historikern entlehnt, „natürlich abzüglich der politisch, ideologisch und strategisch festgelegten Urteile" (Treue, 223).

Timm, der sich gewiß einer strikten Neutralität und Unparteilichkeit der Wissenschaft verpflichtet weiß, kann nicht den Erkenntnisschritt marxistischer Wissenschaftler nachvollziehen, die deutlich darauf hinweisen, daß Wissenschaft in einer Klassengesellschaft immer parteilich ist, ob sie es wahrhaben will oder nicht [5]).

Ob Timm sich des Klassencharakters seiner technikgeschichtlichen Vorstellungen bewußt ist, mag zweifelhaft sein; fest steht, daß er die von Jonas / Linsbauer / Marx hergestellten Zusammenhänge verzerrt und den Text seiner historisch fortschrittlichen politischen Schärfe beraubt, indem er die in ihm enthaltenen marxistischen Elemente der Geschichtsschreibung zu liquidieren trachtet — ein Verfahren, das sich auch in der politischen Diskussion gegenüber dem Marxismus auf Schritt und Tritt nachweisen läßt.

Eine wesentliche Aufgabe des Historikers besteht darin, die Fakten, die er zusammengetragen hat, in einen übergreifenden gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen, will er nicht in die auch von Timm abgelehnte „Faktologie" zurückverfallen.

Hier tut sich der bürgerliche Historiker besonders schwer, und es ist daher auch nicht verwunderlich, daß Timm die von Jonas / Linsbauer / Marx erarbeiteten Zusammenhänge übernimmt, sie jedoch durch sprachliche „Neutralisierung" auf das Niveau bürgerlicher Wissenschaftlichkeit bringt.

Für unseren Diskussionszusammenhang ist von Interesse — und im vorliegenden Falle gut nachvollziehbar —, in welcher Weise sich Timm Textstellen aneignet, was er entfallen läßt, ergänzt oder entstellt. Vorab ist noch zu beachten, daß Timm die entlehnten Textstellen ziemlich willkürlich in seinen Text einfügt, der keinem klaren methodischen Prinzip folgt. Im Kapitel „Zur Methodologie" springt er von Überlegungen des geschichtlichen Verlaufs in Betrachtungen über Faktendeutung, weiter zu Periodisierungsproblemen, dann zu technikphilosophischen Betrachtungen und schließlich zu konkreten technikgeschichtlichen Beispielen usw.

Es wird daher schwierig sein, für den Leser darzustellen, aus welchem Zusammenhang die Texte herausgerissen wurden und in welchen Timm sie gestellt hat. Auch wenn dies nur ansatzweise gelingt, ist der unmittelbare Textvergleich

---

4) Daß auch dieser Begriff abgeschrieben wurde, ersieht man leicht aus der folgenden Gegenüberstellung:

Jonas / Linsbauer / Marx	Timm
a. a. O. S. 38: „Eine ausschließliche Analyse der Genesis eines Produktionsinstrumentes muß zwangsläufig in einer reinen Faktologie steckenbleiben, da die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Produktivkräfte nur aus ihrem Systemcharakter zu erfassen ist."	a. a. O. S. 31: „Es besteht die Gefahr, daß eine ausschließliche Analyse der Genesis eines einzelnen Produktionsinstrumentes zwangsläufig in einer reinen Faktologie stecken bleibt, da die Entwicklungslinien der Gesellschaft und der Arbeit nicht in der ganzen Breite und Vielschichtigkeit auf solche Weise zu erfassen sind."

5) Der marxistische Philosoph Ernst Bloch enthüllt die von der bürgerlichen Wissenschaft zur Schau gestellte Scheinobjektivität: „Das Denken muß parteilich sein und ist es immer gewesen. Heute leugnen das nur noch diejenigen ab, die ihre Farbe verstecken müssen oder sich über sie nicht klar sind. Auch die bürgerliche Wissenschaft war nie eine neutrale, obwohl sie sich darüber in falschem Bewußtsein wiegte. . . .Der Glaube, unparteilich zu sein, hat besonders parteiische Wurzeln. . . . Es gehört gerade zu den Herrschaftsgeheimnissen der bürgerlichen Macht, sich als neutral hinzustellen. Die Bourgeoisie insgesamt wollte nie den Klassenkampf wahrhaben, den sie wachsend führt, noch die Klassenunterschiede, noch den Unterdrückungsapparat, den bis zum Faschismus tunlichst versteckten." (Ernst Bloch, Pädagogica, Frankfurt 1971, S. 78 f.) Vgl. dazu: Hans-Jochen Gamm, Das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik. Studien über den politischen Erkenntnisstand einer Sozialwissenschaft, München 1972.

selbst schon ergiebig genug, die Verfälschungstaktik durchschaubar zu machen. Bei der Betrachtung der historischen Rolle der „großen Masse unmittelbar Produzierender" (73) entlarvt Timm sich als bürgerlicher Ideologe. Aber der Leser möge dies anhand der gegenübergestellten Texte selbst überprüfen.

Die nachfolgenden Texte bilden lediglich eine kleine Auswahl der von Timm abgeschriebenen Passagen und sollen insbesondere auf die zuvor angedeutete Problematik hin interpretiert werden.

Wir ordnen die Texte nach der steigenden Seitenzahl des Timmschen Buches; in den folgenden Gegenüberstellungen sind in der linken Spalte die Texte von Jonas / Linsbauer / Marx wiedergegeben, während die entsprechenden Plagiate von Timm in der rechten Spalte stehen.

II

Jonas / Linsbauer / Marx

S. 388: „Historische Fakten sind Signale über etwas in Gegenwart oder Vergangenheit Existierendes, die in Begriffen verschiedener Abstraktionshöhe ausgedrückt werden können. Sie erfassen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Historische Tatsachen widerspiegeln drei Grundformen, in denen sich die objketive Realität repräsentiert. Das sind einmal *Gegenstände* oder *Dinge,* zum anderen *historische Ereignisse* und schließlich *gesellschaftliche Verhältnisse.* Das historische Ereignis als Faktum ist die Information über materielle und geistige Vorgänge, Prozesse und ihre Resultate, also über Gebilde, die einen mehr oder weniger *großen* komplexen Bereich des gesellschaftlichen Lebens zum Inhalt haben. Im Unterschied zu ihnen wirken die historischen Gegenstände oder Dinge selbständiger, statisch, relativ stark in sich abgeschlossen und auf einen eng begrenzten Bereich der objektiven Realität bezogen.

Bei der dritten Gruppe handelt es sich um Aussagen über Zusammenhänge zwischen Gegenständen oder zwischen Vorgängen und Gegenständen. Diese Fakten informieren über gesellschaftliche Verhältnisse, die im Gegensatz zu den Gegenständen und Ereignissen unter keinen Umständen direkt sinnlich wahrnehmbar sind."

Timm

S. 42 f.: „Historische Fakten sind gleichsam Signale über etwas in Vergangenheit und Gegenwart Bestehendes, das in Begriffen ausgedrückt werden kann. Sie erfassen alle Bereiche des menschlichen Lebens, historische Tatsachen dagegen widerspiegeln drei Grundformen, in denen sich Realitäten zu repräsentieren scheinen. Dies sind einmal Gegenstände oder Dinge, zum anderen historische Ereignisse und drittens gesellschaftliche Verhältnisse. Das historische Ereignis bietet Informationen über materielle, aber auch geistige Vorgänge, Prozesse und ihre Resultate, also über Gebilde, die einen mehr oder weniger komplexen Abschnitt des menschlichen Lebens zum Inhalt haben. Im Unterschied zu ihnen wirken historische Gegenstände oder Dinge selbständiger, statisch, relativ stark in sich abgeschlossen und auf einen recht eng begrenzten Bereich der Realität bezogen. Bei der dritten Gruppe dagegen handelt es sich um Aussagen über Zusammenhänge zwischen Gegenständen oder zwischen Vorgängen und Gegenständen. Alle diese Dinge informieren über gesellschaftliche Verhältnisse, die im Gegensatz zu den Gegenständen unter keinen Umständen direkt sinnlich wahrgenommen werden können."

Zunächst fällt an diesen und auch an den nachfolgenden Textgegenüberstellungen auf, daß Timm einiges formal verändert, z. B. Hervorhebungen im Originaltext bei sich eliminiert, geringfügige sprachliche Veränderungen vornimmt, indem er vom Imperfekt ins Präsens überträgt, und ferner gesicherte Aussagen relativiert. Diese quasi-vorläufigen Formulierungen sollen vermutlich den Charakter der „Wissenschaftlichkeit" betonen — das Verb „scheinen" wird sehr oft bemüht! —, weil sie den Eindruck erwecken, als sei der Autor in seinen Aussagen besonders abwägend; kurzum: ein seriöser Gelehrter.

Das Hinzufügen von redundanten Wörtern, wie z. B. „alles in allem", „gleichsam" und „gewissermaßen", bildet schließlich eine weitere Variante formaler Plagiat-Tarnversuche.

Die anhand der Gegenüberstellung hervortretenden formalen Aspekte sind sicher interessant; wesentlicher sind jedoch inhaltliche Aspekte, die allein in der Lage sind, den politischen Erkenntnishorizont des Abschreibers zu markieren. Beim Austauschen einzelner Wörter ist es wichtig, zu beachten, wie Timm schon hierdurch Geschichte im bürgerlichen Sinne verfälscht. So schreibt er „menschlichen Lebens" anstelle von „gesellschaftlichen Lebens". Der gleiche Effekt soll durch Auslassen bzw. Relativieren von Attributen erzielt werden — z. B. entfällt: „objektiv", „revolutionär"; relativiert wird „revolutionär" durch „fast revolutionär", wobei Timm offenbar die Absurdität einer Formulierung wie „fast" revolutionär überhaupt nicht ins Bewußtsein tritt.

Im folgenden zeigt sich zudem, wie geschickt Timm die Schwierigkeit der Geschichtsperiodisierung umgeht und die Ergebnisse der auf über 14 Seiten bei Jonas / Linsbauer / Marx ausgebreiteten Diskussion einfach übernimmt:

Jonas / Linsbauer / Marx
S. 51: „Ein Kriterium, das im ersten Abschnitt dieses Teils behandelt wurde, kann in weitgehendem Maße als grundlegend betrachtet werden, nämlich die Einteilung in die Perioden: Handarbeit, Maschinenarbeit, automatische Produktion. Eine solche Periodisierung ist äußerst sinnvoll, um zu einem tiefen Verständnis der gegenwärtig beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution vorzustoßen. Das ist viel, doch hilft diese Periodisierung nicht, die Entwicklung innerhalb dieser drei Perioden zu erfassen; darunter einer solchen Periode der Handarbeit, die von der Menschwerdung bis zur Industriellen Revolution reicht. Die Frage nach den Entwicklungslinien und Sprüngen in der Periode der Handarbeit ist nicht nur von ‚historischem' Interesse — sie ist hochaktuell, denn noch ist die Mehrzahl der Bevölkerung der Erde der Produktionstechnik dieser Periode verhaftet."

Timm
S. 45 f.: „Versucht man die Technikgeschichte in drei große Perioden einzuteilen, die von der Gestaltung der Arbeit bestimmt werden, so müßte man Handarbeit von Maschinenarbeit und solche wieder von automatischer Produktion abheben. Eine solche Periodisierung erscheint zunächst recht sinnvoll, um zu einem tieferen Verständnis auch der gegenwärtig beginnenden zweiten technischen Revolution vorzustoßen, doch hilft diese Periodisierung nicht, eine Entwicklung innerhalb dieser drei Abschnitte zu erfassen, darunter eine so lang andauernde Epoche wie die der Handarbeit, die im Grunde genommen von der Menschwerdung bis zur ersten industriellen Revolution reicht. Die Frage nach Entwicklungslinien in dieser Epoche der Handarbeit ist nicht nur von historischem Interesse, sondern sie kann auch aktuell werden, denn noch ist die Mehrzahl der Erdbevölkerung in ihrer Produktionstechnik mit dieser ersten handarbeitenden Epoche verhaftet."

Im folgenden übernimmt Timm nahezu wörtlich die materialistische Bestimmung der Entfaltung der Produktivkräfte im industriellen Arbeitsprozeß. Jedoch dort, wo die DDR-Autoren — am Schluß des dargestellten Zitats — den kapitalistischen Charakter dieses Arbeitsprozesses andeuten, der dem Verwertungsprozeß des Kapitals untergeordnet ist, endet notwendigerweise das Interesse des Abschreibers. Er deutet in dem verwendeten Beispiel zwar an, daß *zunächst* die „spezifische Problematik, Transportoperationen zu mechanisieren", eine weitere Erleichterung und Vermenschlichung der Arbeitsoperationen verhinderte, läßt aber wegfallen, was *außerdem* — „zu einem größeren Teil", wie die Autoren Jonas / Linsbauer / Marx erkennen — der inzwischen technisch möglichen Mechanisierung entgegenstand.

Diese Auslassungen sind sicher nicht zufällig und unbeabsichtigt, denn die dargestellte Problematik ist längst noch nicht historisch überholt. Im Gegenteil: auch heute noch lassen sich Beispiele anführen, die zeigen, daß ausschließlich wegen des Profitinteresses der Produktionsmittelbesitzer noch immer menschliche Arbeitskraft eingesetzt wird, wo schon längst Mechanisierungs- bzw. Automationsprozesse hätten eingeleitet werden können [6]).

Jonas / Linsbauer / Marx

S. 12: „Er (der Mensch — d. Verf.) hatte die unmittelbare Führung des Werkzeugs einem System von Mechanismen übergeben, die auf der Grundlage von Naturgesetzen zusammenwirkten. Oder anders ausgedrückt: Er hatte ein System geschaffen, in dem zahlreiche Naturgesetze kombiniert so zusammenwirkten, daß ein Naturprozeß mit dem von ihm gewünschten Zweck und dem von ihm gestellten Ziel ablief ... Im Prinzip besteht natürlich zwischen einer chemischen Reaktion und der mechanisch-physikalischen ‚Reaktion', die sich in einer Werkzeugmaschine vollzieht, kein wesentlicher Unterschied — in beiden Fällen handelt es sich um einen durch die schöpferische Arbeit des Menschen zweckgerichtet arrangierten Naturprozeß."

S. 13: „Im System der maschinellen Produktion, so wie es durch die Industrielle Revolution eingeleitet wurde, verbleiben entscheidende Operationen im unmittelbaren Fertigungsprozeß, die ausschließlich durch den Menschen, auch mit dem notwendigen Einsatz seiner physischen Kraft, ausgefüllt werden konnten. In erster Linie handelte es sich um Steuer-, Regel- und Kontrollfunktionen, die nach wie vor vom Menschen ausgeübt werden mußten. Daß darüber hinaus für lange Zeit zum Teil physisch sehr schwere Arbeitsoperationen, wie zum Beispiel der Transport innerhalb des Produktionsprozesses, dem Menschen vorwiegend überlassen blieben, lag auch mit an der spezifischen Problematik, Transportoperationen zu mechanisieren, zu einem größeren Teil aber an den herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in denen die Produktivkräfte ausschließlich im Interesse der Profitvergrößerung entwickelt werden."

Timm

S. 47: „In der 1. Industriellen Revolution beginnt der Mensch die unmittelbare Führung des Werkzeuges einem System von Mechanismen zu überlassen, das auf der Grundlage von Naturgesetzen wirkt.
Damit hat er ein System geschaffen, in dem zahlreiche Naturgesetze kombiniert so zusammenkommen, daß ein Naturprozeß mit dem von ihm gewünschten Zweck und dem von ihm gestellten Ziel abzulaufen scheint. Im Prinzip besteht zwischen einer chemischen und mechanisch-physikalischen Reaktion, die sich etwa in einer Werkzeugmaschine vollzieht, kein wesentlicher Unterschied; in beiden Fällen handelt es sich um einen durch die schöpferische Arbeit des Menschen zweckgerichtet arrangierten Naturprozeß.

Im Prozeß, der durch die maschinelle Produktion eingeleitet wird, verbleiben aber entscheidende Operationen im unmittelbaren Fertigungsbereich, die ausschließlich durch Menschen auch mit dem notwendigen Einsatz der physischen Kräfte ausgefüllt werden müssen. In erster Linie handelt es sich um Steuer-, Regelungs-, Lotsen- oder Kontrollfunktionen, die nach wie vor vom Menschen ausgeübt werden müssen. Daß darüber hinaus für längere Zeit zum Teil physisch sehr schwere Arbeitsvorgänge, wie z. B. der Transport innerhalb des Arbeitsprozesses, vorwiegend Menschen überlassen bleiben, liegt zunächst auch an der spezifischen Problematik, Transportoperationen zu mechanisieren."

[6]) „Alle beteiligten Forschungsinstitute waren sich darin einig, daß bei den untersuchten technischen Umstellungen in aller Regel wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend waren. ... Arbeitserleichterungen bildeten keine unmittelbare Umstellungsursache. Gelegentlich der aus ökonomischen Gründen durchgeführten Umstellungen war man zwar bemüht — solange Wirtschaftlichkeitserwägungen nicht dagegen sprachen —, auch den arbeitenden Menschen nach Möglichkeit zu berücksichtigen; doch sind andererseits in einigen Fällen durch technische Umstellungen auch Arbeitserschwernisse zustande gekommen." (Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft [RKW] e. v. [Hrsg.], Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Erster Band, Sieben Berichte [Kurzfassung der Ergebnisse], Frankfurt 1970, S. 378.)

Die folgende Gegenüberstellung enthüllt ein delikates Beispiel bürgerlicher Geschichtschirurgie. Während der Widerspruch zwischen Kopf- und Handarbeit bei Jonas / Linsbauer / Marx aus dem Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft entspringend dargestellt wird, erscheint er bei Timm als quasi naturwüchsig, d. h. aus der Arbeitsteilung selbst hervorgehend. Der zentrale gesellschaftliche Antagonismus ist folglich für ihn nicht der die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnende Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, sondern der zwischen Arbeitern einerseits und Ingenieuren und Wissenschaftlern andererseits. Das Proletariat bleibt in Timms Geschichtsbetrachtung ein Phänomen des 19. Jahrhunderts, dem lediglich Hilfsfunktionen zuerkannt werden im Prozeß der gesellschaftlichen und technologischen Revolution. Die zentralen Agenten dieses Umwälzungsprozesses sind die „mit der Steuerung beauftragten (?!) Ingenieure und Wissenschaftler". Durch diese oberflächliche Betrachtungsweise unterschlägt Timm sogar die revolutionäre Rolle des Kapitalisten bei der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Die industrielle Revolution muß daher als ein Naturereignis erscheinen, das die Menschheit im 18. und 19. Jahrhundert überfiel und seither in Bewegung hält.

Jonas / Linsbauer / Marx	*Timm*
S. 18: „. . . zunächst vertiefte sich noch die Kluft zwischen dem vorwiegend unschöpferischen Routinedenken des unmittelbaren Produzenten und dem konstruktiv schöpferischen Denken der herrschenden Ausbeuterklasse beziehungsweise der in ihrem Dienste stehenden Ingenieure und Wissenschaftler. Muß das Routinedenken des einzelnen Produzenten auch als überwiegend unschöpferische geistige Tätigkeit charakterisiert werden, so darf die tiefe schöpferische, revolutionäre Rolle dieses gesellschaftlichen Gesamtprozesses nicht vergessen werden, der von großer historischer Tragweite war. Am Ende dieses Prozesses steht ein Proletariat, das alle Fähigkeiten besitzt, um als Klasse die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus in sich aufzunehmen, den Klassenkampf wissenschaftlich begründet zu führen, eine neue Gesellschaftsordnung wissenschaftlich aufzubauen und zu leiten und die wissenschaftlich-technische Revolution zu vollziehen. Mit der industriellen Revolution des Kapitalismus, dem Übergang zur maschinellen Produktion, rückte der Mensch als unmittelbarer Bearbeiter des Werkstoffes aus dem Produktionsprozeß heraus."	S. 69: „Damit vertieft sich die Kluft zwischen einem vorwiegend unschöpferischen Routinedenken des unmittelbar, aber vorwiegend maschinell Arbeitenden und dem konstruktiv schöpferischen Denken der mit der Steuerung beauftragten Ingenieure und Wissenschaftler. Muß das Routinearbeitsdenken der einzelnen Arbeitskraft auch als überwiegend unschöpferische Tätigkeit charakterisiert werden, so darf die schöpferische Rolle des Gesamtarbeitsprozesses nicht übersehen werden, der von erheblicher Tragweite ist. Am Ende dieses Prozesses steht ein Proletariat des 19. Jahrhunderts, das alle Fähigkeiten zu besitzen scheint, um eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen und die wissenschaftlich-technische Revolution vollziehen zu helfen. Mit der industriellen Revolution, dem Übergang zur maschinellen Produktion, rückt der Mensch alles in allem als unmittelbarer Bearbeiter von Werkstoffen aus dem Arbeitsprozeß gleichsam heraus.

Zum Abschluß der noch verlängerbaren Liste der Plagiatstellen sei noch an einem nahezu zusammenhängenden Text demonstriert, wie Timm diesen aus verschiedenen Passagen des DDR-Textes zusammenbastelt. Dies geschieht durch das Einschieben mehr oder weniger oberflächlicher Versatzstücke, deren Aussagen schwerlich mit den Ergebnissen neuerer industriesoziologischer Untersuchungen in Einklang zu bringen sind [7]). Am Schluß dieser Plagiatmontage

[7]) Das Timmsche Versatzstück: „Zumindest ist eine Transparenz zwischen beiden Gruppen mehr als zuvor gegeben" (73) ist unklar. Wenn mit „Transparenz" etwa *Durchlässigkeit gemeint sein sollte, so* stehen dieser Auffassung neuere industriesoziologische Untersuchungen entgegen. Sie zeigen, daß Durch-

präsentiert Timm noch ein Beispiel, das nur scheinbar mit leichter Hand ausgestreut wird, in Wirklichkeit aber dem Füllhorn der Beispiele der Autoren Jonas / Linsbauer / Marx entstammt.

Jonas / Linsbauer / Marx

S. 28 f.: „Mit dem Ausscheiden des Menschen aus dem unmittelbaren Fertigungsprozeß wird die alte historische Notwendigkeit der Arbeitsteilung zwischen der großen Masse der unmittelbaren Produzenten, die vorwiegend physische und einfache Routinedenkarbeit, und einer Minderheit, die vorwiegend die geistig-schöpferische Tätigkeit der Leitung und Entwicklung der Produktion zu leisten hatte, aufgehoben."

S. 30: „Damit war der erste Schritt von der Nur-Anpassung zur Beherrschung und Veränderung der Natur getan."

S. 43: „Mit dem Prozeß der Automatisierung ist ein grundlegender Wandel der Fertigungsverfahren und damit auch der Konstruktionen und der eingesetzten Rohstoffe verbunden. Die ersten Automatisierungsentwicklungen knüpften an die Technologie der traditionellen Maschinenindustrie an."

S. 44: „Solange die traditionelle Technologie zwar aufgegliedert wird, aber in ihrem Grundcharakter erhalten bleibt, stößt die Entwicklung zur Vollautomatisierung auf außerordentliche Hindernisse und läßt sich rationell, das heißt ökonomisch vertretbar, nur bei relativ einfachen Produkten, zum Beispiel Kolben, durchführen."

S. 50: „Und noch ein Beispiel: Trotz der idealen Welthandelslage hätte England im 18. Jahrhundert keine Chance gehabt, zur Werkstatt der Welt aufzurücken, wenn

Timm

S. 73 f.: „Mit dem Ausscheiden des Menschen aus dem unmittelbaren Fertigungsprozeß scheint eine alte Notwendigkeit der Arbeitsteilung zwischen einer großen Masse unmittelbar Produzierender, die vorwiegend körperliche und einfache Routinearbeit leistet, auf der einen Seite und einer Minderheit, die vorwiegend geistig schöpferische Tätigkeit zu leisten hat, nahezu aufgehoben. Zumindest ist eine Transparenz zwischen beiden Gruppen mehr als zuvor gegeben. Damit wird ein weiterer Schritt von der Anpassung zur Beherrschung und Veränderung der Natur getan. ... Mit dem Prozeß der Automatisierung scheint eine grundlegende Wandlung der Fertigungsverfahren und damit der Konstruktion sowie der eingesetzten Rohstoffe verbunden zu sein. Die ersten Automatisierungsentwicklungen knüpften an die Technologie der traditionellen Maschinenindustrie an. Eine Zerlegung des Fertigungsprozesses, dem zahlreiche Teiloperationen folgen, und die damit verbundene Zerlegung der Kontroll- und Steuerungsoperationen über das Fließbandsystem hinaus bereiten eine Automatisierung im Interesse einer Wirtschaftlichkeit vor. Solange eine traditionelle Technologie zwar aufgegliedert wird, aber in ihrem Grundcharakter erhalten bleibt, stößt die Entwicklung zur Vollautomatisierung auf einige Hindernisse und läßt sich rationell, d. h. ökonomisch vertretbar, nur bei relativ einfachen Produkten durchführen.

Auch im Zusammenhang mit einer technikgeschichtlichen Betrachtung wird immer wieder von natürlichen Bedingungen gesprochen, die eine Entwicklung bewirkt haben. Dafür ein Beispiel: Trotz der idealen Welthandelslage hätte England im 18. Jahrhundert kaum eine Chance besessen, sich am weitesten in Richtung einer Industrialisierung fortzuentwickeln, wenn nicht

---

lässigkeit im Sinne einer Aufstiegsmobilität sehr gering ist, da sie unmittelbar mit der sich langsam umwälzenden stofflichen Struktur des Produktionsprozesses zusammenhängt. — Vgl. hierzu insbes.: Horst Kern/Michael Schumann, „Soziale Voraussetzungen und Folgen des technischen Wandels", in: RKW (Hrsg.), Wirtschaftliche und soziale Aspekte (vgl. Anm. 6), a. a. O., S. 306 ff. — Dieselben: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein (vgl. Anm. 10), Teil 1, a. a. O., S. 70 ff.

Wird dagegen „Transparenz" als Durchsichtigkeit verstanden, so ist dem entgegenzuhalten, daß differenzierte Organisationsstrukturen großer Produktionsstätten den Arbeitern keineswegs transparent sind, zumal sie von den zentralen Entscheidungsprozessen und der Verfügungsgewalt über das Kapital ausgeschlossen sind. Die Arbeiter reagieren darauf mit einfachen gesellschaftlichen Dichotonievorstellungen, wie Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein deutlich machen. — Vgl. hierzu insbes.: Heinrich Popitz u. a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957. — Horst Kern/Michael Schumann, Industriearbeit . . ., a. a. O. — Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971.

nicht im Hochofenprozeß die Holzkohle durch die Steinkohle ersetzt worden wäre."

im Hochofenprozeß durch den Mangel an Holzkohle auf der Grundlage schwindender Wälder die Holzkohle durch Steinkohle ersetzt worden wäre."

III

Die eingangs von uns aufgestellte Behauptung, Timm falle als bürgerlicher Ideologe hinter den Erkenntnisstand marxistischer Geschichtsschreiber zurück, soll über die obigen Gegenüberstellungen hinaus noch an einigen Textstellen belegt werden, die Timm höchstwahrscheinlich selbst verfaßte [8]).

Timm, der im Verbreiten von Allgemeinplätzen eine besondere Stärke besitzt, meint zum *Fortschritt:* „Es gilt heute, den Fortschritt nicht zu übersehen, aber von ihm auch nicht schlagwörtlich geblendet zu werden" (39). Der Leser erfährt nicht, welche Gesellschaftsklasse den Fortschritt entfaltete und welches ihre Motive hierzu waren. Das maßlose „Opferfest" (Karl Marx) einerseits, das der Frühkapitalismus unter den Arbeitern feierte, das Elend der Kinderarbeit [9]), die das Maschinensystem im weiten Umfange erst ermöglichte, andererseits der Prozeß der Aneignung und Anhäufung von privatem Eigentum — in Form von Produktionsmitteln, Luxus, Kultur etc. — durch das Lohnarbeitsverhältnis erscheinen bei Timm in Form einer Plattheit, die mit dem Flair übergeschichtlicher Ewigkeit und somit der Allgemeingültigkeit versehen wird: „Jeder Fortschritt verursacht Kosten und fordert Opfer; das lehrt die Vergangenheit, denkt man allein an die Ausbreitung des Drucks mit beweglichen Lettern. Fortschritte lassen sich konstatieren, weil man (!) um die Weitergabe des erworbenen Besitzes, im weitesten Sinne des Wortes, bemüht ist und darüber hinaus etwas dazuzuerwerben bestrebt erscheint" (39).

Solche Versuche, die kapitalistische Form der Produktion und das Privateigentum als zur ewigen Natur des Menschen gehörig hinzustellen, erweisen den Klassencharakter der Timmschen Historiographie. Sie will uns glauben machen, daß gesellschaftlicher Fortschritt und Privateigentum an Produktionsmitteln untrennbar zusammengehören; oder anders ausgedrückt: Das besondere Interesse des Kapitalisten, sich über die Aneignung und Entfaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses die Quelle von immer mehr Reichtum einzuverleiben, wird als die beste Regelung der gesellschaftlichen Produktion ausgegeben.

---

[8]) Ein Indiz dafür, daß Timm einige Passagen in seinem Buch selbst verfaßt hat, ist die Tatsache, daß er aus seinem acht Jahre älteren Buch „Kleine Geschichte der Technologie", Stuttgart 1964, zahlreiche nicht gekennzeichnete Anleihen macht. Als Beleg möge eine Textgegenüberstellung genügen, die zugleich den enormen Erkenntniszuwachs Timms in der Zeit von 1964 bis 1972 signalisiert. Die Hervorhebungen stammen von uns.

Timm (1964)
S. 68: „Daraufhin kann man vorsichtig folgende t e c h n o l o g i s c h e Feststellung treffen: Die Entdeckung steht o f t vor der Erfindung, die Entwicklung und Nutzbarmachung erfolgt stets nach der Erfindung. Sind neue Wege entdeckt u n d locken dazu, sie weiter zu verfolgen, liegen zuweilen Erfindungen ‚in der Luft'. Nicht zufällig werden Erfindungen tatsächlich oder angeblich zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten, a b e r i n v e r s c h i e d e n e n R ä u m e n ‚gemacht'. H i e r k a n n g e l e g e n t l i c h eine Sammlung von Quellen, eine Quellenanalyse und Quellenkritik, wie sie die Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert für das Mittelalter entwickelt und d i e d a s 20. Jahrhundert durch neue Methoden u n d Hilfsmittel ergänzt und verfeinert hat, werten u n d sichten. Natürlich spielen Zufälligkeiten der . . ." usw. usw.

Timm (1972)
S. 60: „Daraufhin kann man w o h l vorsichtig folgende t e c h n i k g e s c h i c h t l i c h e n Feststellungen treffen: Die Entdeckung steht i n d e r V e r g a n g e n h e i t o f t vor der Erfindung, die Entwicklung und Nutzbarmachung erfolgt stets nach der Erfindung. Sind neue Wege entdeckt o d e r locken s o l c h e dazu, sie weiter zu verfolgen, liegen zuweilen Erfindungen g e w i s s e r m a ß e n ‚in der Luft'. B e s t i m m t nicht zufällig werden a l s o Erfindungen tatsächlich oder angeblich zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten ‚gemacht', h i e r k ö n n e n zuweilen eine Sammlung von Quellen, eine Quellenanalyse und Quellenkritik, wie sie die Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert für das Mittelalter entwickelt und i m 20. Jahrhundert durch neue Methoden o d e r Hilfsmittel ergänzt und verfeinert hat, werten o d e r sichten helfen. Natürlich spielen d a b e i Zufälligkeiten der . . ." usw. usw.

[9]) Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart (= Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 19), Berlin (DDR) 1968.

Wir gehen davon aus, daß Timm die Quelle, aus der er so fleißig schöpft, gründlich studiert hat, so daß ihm sicher nicht entgangen sein dürfte, „daß sich der Fortschritt der gesellschaftlichen Produktivkräfte in der Periode der Ausbeutergesellschaften auf dem Rücken der Werktätigen vollzog" (Jonas / Linsbauer / Marx, 15). Diese Erkenntnis, die ihren aktuellen Bezug zur Arbeitssituation in der BRD hat, kann Timm konsequenterweise nicht aufnehmen [10]).

Statt dessen führt er einen Fortschrittsbegriff ein, der in seiner idealistischen Konzeption realitätsfremd ist: „Wer den Fortschritt nicht nur als einen Motor der Technik, sondern auch der Geschichte erkennt, braucht sich deshalb nicht einem Fortschrittsglauben hinzugeben, sondern sollte vielmehr die Umsetzung von Wissenschaft in Praxis erkennen" (Timm, 40). Es fällt schwer, dieser Einsicht zu folgen, daß der Umsetzungsprozeß von Wissenschaft in Praxis nicht nur der Motor der Technik, sondern darüber hinaus der Geschichte schlechthin sei. Diese Auffassung entspricht jedoch der schon vorher festgestellten vermeintlich unpolitischen Betrachtungsweise. Hatten wir oben an der von Timm so entscheidend veränderten Plagiatstelle gesehen, wie der Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaft verschleiert wurde durch den Scheinwiderspruch von Arbeitern einerseits und Ingenieuren und Wissenschaftlern andererseits, so ist es nur konsequent, den geschichtlichen Prozeß derart einfach zu betrachten. Notwendig muß Timm dabei jedoch zentrale geschichtliche Realitäten unterschlagen. Nur soviel sei angedeutet: Die Entwicklung der Arbeiterklasse und ihr solidarischer Kampf um die Verbesserung ihrer sozialen Lage blieben nicht ohne Folgen für die Entwicklung und immer höhere Entfaltung des kapitalistischen Produktionsprozesses. Die Arbeiterklasse zwang das Kapital, nachdem sie ihm die Begrenzung der Arbeitszeit abgerungen hatte, zur immer neuen Entwicklung von Technologie und Arbeitsorganisation mit der Absicht, die Produktion von relativem Mehrwert zu steigern. Der vermeintliche Fortschritt aus Wissenschaft entwickelt sich daher nicht aus einer quasi naturgesetzlichen Eigendynamik heraus, sondern die Wissenschaft selbst erfährt ihre Zweckbestimmung erst durch ihre Anwendung unter den je herrschenden Produktionsverhältnissen.

Die von vielen Arbeitern durch geschichtliche Tradierung und praktische Erfahrung als Bedrohung empfundenen sozialen Folgen der Technisierung vermag Timm nicht zu teilen. Sie sind für ihn nur „Ausdruck einer Art unbewältigter Technik" (112). Dem ist entgegenzuhalten, daß die unbewältigte Technik ihre von Timm allerdings nicht behandelten Ursachen hat. Der einseitig zum repetitiven Teilarbeiter reduzierte unmittelbare Produzent kann durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht Subjekt der Entfaltung seiner vielfältigen Fähigkeiten im Arbeitsprozeß sein, da er von der freien Entscheidung über den Inhalt und die Art seiner Arbeit ausgeschlossen ist: „Stets noch sind die Menschen, was sie nach der Marxschen Analyse um die Mitte des 19. Jahrhunderts waren: Anhängsel an die Maschinerie" [11]).

Daher ist die durch die kapitalistische Form der Technikentfaltung entstandene Furcht nicht mit Technikdämonie („Technokratie", „Fluch der Technik", „Moloch

10) Vielfältige Beispiele, die belegen, daß der technische Fortschritt auch heute noch oft zu Lasten der Arbeiter geht, finden sich in der Schriftenreihe „Theorie und Praxis der Gewerkschaften", insbes. in den Heften zum Themenkreis Betrieb: Adolf Brock u. a., Industriearbeit und Herrschaft, Frankfurt 1969, und Adolf Brock u. a., Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt, Frankfurt 1969. — Vgl. dazu auch: Horst Kern/Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein (2 Bde.), (= Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Achter Band), Frankfurt 1970.

11) Theodor W. Adorno, „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?", in: Ders., Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie, Frankfurt 1970, S. 157.

Maschine", „Entseelung der Arbeit" [112]) gleichzusetzen, da diese eine typische Erscheinung der Technikbewältigung der sogenannten Mittelschichten ist, die sich aus der unmittelbaren Produktion weitgehend zurückgezogen haben [12]). Sie ist vielmehr wohl begründet im Warencharakter der Arbeit.

Technik wird im Kapitalismus über die Bedürfnisse der Produzenten nach Selbstverwirklichung in der Arbeit hinweg zur bloßen Maximierung der Profite eingesetzt, wobei die Arbeiter — vom Standpunkt des Kapitalisten aus — nur Objekte der in diesem Sinne umgewälzten Produktionstechnik sind.

Die hieraus abzuleitende dehumanisierende Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise ist Timm zwar als Oberflächenphänomen bekannt, jedoch ist er außerstande, die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Indem er die falsche Frage stellt: „Sollen heute etwa Maschinen zerschlagen werden, sollen wir erneut zur Natur zurück?" (112) muß er dem Leser auch die falsche Antwort geben. Nicht die Aufhebung der aus den Produktionsverhältnissen resultierenden Entfremdung vermag die Versöhnung des Menschen mit der Arbeit einzuleiten, sondern das die wahren Ursachen verschleiernde bürgerliche Patentrezept von mehr Bildung: „Die Gefährdung des Menschen durch eine ‚Hybris der Technik' ist nicht das Ergebnis der Emanzipation der Technik, sondern vielmehr *Folge einer mangelnden Ausbildung oder gar Bildung* des die Technik nutzenden Menschen" (112). Die konkrete Bildungssituation wird nicht weiter analysiert, damit das eigene Argument stimmig bleibt. Dabei wird doch gerade der Klassencharakter der Bildung — man denke nur an die Misere der Berufsausbildung in der BRD — bereits seit längerer Zeit auch von bürgerlichen Untersuchungen der Sozialisationsforschung nachgewiesen.

Ebenso unbestimmt und weitschweifig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis auf Goethe: „Der *Bildungsbeflissene unserer Tage (?!) sollte sich eher an die* positiven Äußerungen des alten Goethe über die Technik halten als an die Mißdeutung seines ‚Zauberlehrlings' und dürfte nicht im Mephisto einen Archetypus des Technokraten sehen wollen" (112 f.).

Wichtig für den Ideologiecharakter der Timmschen Technikvorstellungen sind die Passagen, in denen er sich bemüht, die eingangs versprochenen *Zusammenhänge* herzustellen. Am Beispiel von „Technik und Wirtschaft" soll darauf eingegangen werden. Auch hier wird die politische Naivität besonders deutlich, wenn Timm schreibt:

„Unternehmer kommen in unserem Jahrhundert im Konkurrenzkampf nicht umhin, neue Techniken einzuführen, zumal wenn sie bestrebt sind, die Produktionskosten zu senken und die Produktion zu steigern, um sich damit größere Gewinne zu verschaffen" (53 f.).

Unternehmer stellen also den Zusammenhang her von Erfindungen der Techniker und ihrer wirtschaftlichen Nutzung. So als seien die Techniker nicht ebenso wie die produktiven Arbeiter in einem Lohnabhängigkeitsverhältnis und folglich im Interesse des Kapitals bemüht, dessen optimale Verwertung zu gewährleisten. Die Idylle vom sich selbst verwirklichenden Techniker, der in zwangloser Arbeitssituation den technologischen Fortschritt planvoll gestalten hilft, ist eine Vorstellung, die uns die bürgerlichen Ideologen weismachen wollen.

12) Vgl. hierzu: Hans Paul Bahrdt u. a., Zwischen Drehbank und Computer. Industriearbeit im Wandel der Technik, Reinbek 1970, insbes. S. 7 ff. Ferner: Gerd Hortleder, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt 1970, insbes. S. 83 ff. und S. 145 ff.

„Maschinen sind im 20. Jahrhundert nicht intuitive Einfälle von genialen Erfindern, sondern in der Mehrzahl planvoll erarbeitete methodische Endresultate eines Konstruktionsbüros mit besonderen, ihm eigens gestellten technischen Aufgaben. Entwürfe entstehen dort auf der Grundlage von Fachkenntnissen" (54). Dies ist insofern falsch, als die vielfältigen Beispiele von systematischer Verschleißproduktion, Verschlechterung der Warenqualität und Zurückhaltung der Ausnutzung von Erfindungen zeigen, daß natur- und ingenieurwissenschaftliche Fachkenntnisse sabotiert werden [13]). Die Aufgabenstellung in der monopolistischen Großindustrie verlangt häufig nicht mehr die optimale technologische Lösung, da diese sich allzu oft profitschmälernd auswirken würde. Vielmehr erfahren Techniker und Naturwissenschaftler schon bei der Auftragserteilung ökonomisch bedingte Einschränkungen konstruktiver Problemlösungsmöglichkeiten.

„Die Zeit zwischen einer erfinderischen Idee und ihrer technischen Anwendung sucht man (?!) jetzt auf ein Minimum zu verkürzen. Die optimale Lösung sieht eine gute Zusammenarbeit zwischen den an der technischen Weiterentwicklung arbeitenden Ingenieuren und unternehmerischen Kräften vor" (54). Der Leser bleibt im unklaren darüber, wer „man" ist und welche Interessen dabei verfolgt werden, ganz zu schweigen davon, daß diese Lösung, die wie ein „Contrat social" zweier autonomer Gesellschaftsgruppen erscheint, nicht durch die historische Entwicklung der Technik verifiziert wird. Denn es gibt nicht „die Technik", sondern nur das jeweils historisch zu bestimmende Interesse des Kapitals an der technologischen Entfaltung des Arbeitsmittels mit der Absicht, die Arbeitszeit der lebendigen Arbeit aufs höchste intensiv zu nutzen oder qualifizierte Arbeit ganz, bzw. durch unqualifizierte und daher billigere zu ersetzen.

Ein gutes Beispiel für den angedeuteten Zusammenhang liefern die der marxistischen Geschichtsschreibung bestimmt nicht nahe stehenden Verfasser der Kruppschen Festschrift. Sie beschreiben sehr deutlich, wie der ingenieuse Geist Krupps bei der Erfindung der Löffelmaschine von seinem ökonomischen Interesse beherrscht wird. Die sozialen Folgen der Erfindung für einen ganzen Handwerksbereich bleiben auch hier unerwähnt: „Der Käufer einer solchen Maschine erwarb gewissermaßen ein Monopol der Besteckfabrikation. Das erhöhte allerdings den Wert der Erfindung bedeutend, aber gleichzeitig schränkte es den Absatzkreis bedenklich ein. Es war vorauszusehen, daß man mit wenigen Maschinen die ganze Welt würde versorgen können. So wurde beschlossen (!), von vornherein für jedes Land nur *eine* Einrichtung zur Verarbeitung von Silber und höchstens noch eine solche für Neusilberbestecke zu verkaufen und sich für das damit verliehene Monopol entsprechend entschädigen zu lassen" [14]).

Abschließend noch ein Beispiel für den oberflächlichen Charakter der Timmschen Ausführungen aus der Klamottenkiste bürgerlicher Vorurteile: „Es ist eine Binsenweisheit, daß Kriege zu allen Zeiten in der Verbreitung und noch mehr in ihrem Verlauf die Technik weiterentwickelten sowie technische Neuerungen — und sei es ein System von Aushilfen — verbreiten helfen" (66). Der Leser erfährt den Sinn dieses Satzes jedoch nur, wenn er auch Timms „Kleine Geschichte der Technologie" (vgl. Anm. 8) zur Hand nimmt. Dort heißt es: „Es ist eine Binsenwahrheit, daß Kriege zu allen Zeiten in der Vorbereitung und noch mehr in ihrem Verlauf die Technik weiterentwickelten sowie technische Neuerungen — und sei es in einem ‚System von Aushilfen' — verbreiten halfen" (69).

13) Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968, insbes. S. 440 ff.
14) Festschrift: Krupp 1812—1912, Zum 100jährigen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik zu Essen-Ruhr, herausgegeben auf den hundertsten Geburtstag Alfred Krupps, o. O., o. J. (1912), S. 90.

Ganz abgesehen davon, daß Timm nichts über die gesellschaftlichen Ursachen von Kriegen sagt, sondern sie nur unter seinem bornierten Technik-Interesse betrachtet, müßte die logische Konsequenz einer solchen Ansicht lauten, daß die Menschheit bei noch mehr Kriegen schon das Paradies auf Erden hätte. Falsch ist diese Ansicht auch deshalb, weil Kriege eine ungeheure Zerstörung sowohl der menschlichen als auch der äußeren Natur und eine maßlose Vernichtung der Produkte menschlicher Arbeit bedeuten. Das böse Wort des Generals Westmoreland gehört hierher, daß die amerikanische Luftwaffe das vietnamesische Volk in die Steinzeit zurückbomben werde.

Bezeichnend ist, daß Timm keine Beispiele übernimmt, die die destruktiven Wirkungen von Kriegen belegen, weil sich sonst seine „Binsenweisheiten" als unsinnig erweisen würden: „Dort, wo die Bewässerungswirtschaft die Grundlage der Produktion darstellte und der zentrale Staat gleichzeitig die Funktion hatte, das gesamte Bewässerungssystem zentral zu leiten und zu regeln, genügte mitunter die Zerschlagung der Zentralgewalt durch kriegerischen Einfall anderer Stämme oder Völker, um ein fruchtbares, kultiviertes Land binnen kurzer Zeit in einen verdörrten Wüstenstrich zu verwandeln. Ruinen in den Wüsten des Jemen, Ägyptens, Persiens sind stumme Zeugen einst blühender Kultur. Ein einziger Krieg konnte ein Land für Jahrhunderte und Jahrtausende entvölkern und ‚es seiner ganzen Zivilisation ... berauben' " (Jonas / Linsbauer / Marx, 55). In seiner „Schlußbemerkung" (113 f.) weist Timm dankbar auf ein seit 1967 an der Bochumer Universität durchgeführtes Oberseminar hin, das „mehrere Semester lang Fragen der Einführung methodisch behandelte. ... Dieses ‚seminarium' wird hoffentlich im Sinne der ursprünglichen Bedeutung des Wortes ‚Pflanzschule' sein ..." (114).

Hoffentlich nicht, denn auf Abschreiber kann die Wissenschaft verzichten!

IV

Versuchen wir nun abschließend, den Fall Timm mit einer allgemeinen Kritik am Verfahren bürgerlicher Technikgeschichtsschreibung zu verknüpfen: Die beiden bereits erwähnten Arbeiten von Wilhelm Treue und Gudrun Schädel zeigen neben der von Albrecht Timm, daß bürgerliche Technikhistoriker sich die Auseinandersetzung mit der marxistischen Geschichtsschreibung sehr leicht machen. Eine fundierte inhaltliche Kritik können sie freilich nicht leisten, weil ihr Antikommunismus, ihr Streben „nach immer mehr Erkenntnis der Wirklichkeit" (Treue, 221), ihnen den Blick für eine vorurteilsfreie Wahrnehmung bereits getrübt hat.

Treue meint, die modernen Sozialwissenschaften hätten die bürgerliche Geschichtsschreibung so weit vorangetrieben, daß sie heute die Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus wagen könne, ja daß die Diskussion sogar „unbequem für die kommunistische" Seite sei. Diese sähe „sich auf ihrer alten Domäne Fragen gegenübergestellt, deren Existenz sie nicht einfach mehr leugnen, deren Berechtigung sie nicht kurzerhand bestreiten kann" (222).

Welche Fragen für die kommunistische Seite so unbequem sind, verrät Treue nicht. Zudem ist ihm wohl entgangen, daß gerade die modernen Sozialwissenschaften durch den „Positivismusstreit" über Zweck und Ziel der Methodologie und der Interpretation der Ergebnisse sich sezessierten und daß der Teil, der mit der „Kritischen Theorie" umschrieben wird, die marxistische Erkenntnistheorie in sich aufnahm. Nach Treues Ansicht stellt die durch die nicht näher

bestimmten modernen Sozialwissenschaften verstärkte bürgerliche Geschichtsschreibung Fragen, „welche der orthodoxe marxistische Historiker im kommunistischen System nicht stellen darf" (222).

Die „Geschichtsschreibung in Westdeutschland" könnte „zweifellos ... viel aus den Einzelschriften profitieren, die im kommunistischen Bereich veröffentlicht worden sind — natürlich abzüglich der politisch, ideologisch und strategisch festgelegten Urteile —; aber das hat es ja auch früher schon in ganz ähnlicher Weise gegeben: bei der konfessionell, bei der rassistisch und weniger bei der antirepublikanisch festgelegten Geschichtsschreibung nicht nur in Deutschland" (223).

Spätestens bei dieser Aufzählung wird klar, in welche Ecke marxistische Geschichtsschreibung abgedrängt werden soll: Indem sie mit der Religion, dem Rassismus und dem Nationalsozialismus (222) auf eine Stufe gestellt wird, ist die Interpretation ihrer Forschungsergebnisse in die Nähe des Irrationalen gerückt. Auf diese Weise wird einfach ignoriert, was Marx als das zentrale Interesse des Kapitals an der Entfaltung der Technik herausstellte [15]).

Unter Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus versteht Treue die Aneignung isolierter Ergebnisse, die dem bürgerlichen Interpretationsrahmen eingepaßt werden sollen — ein eklektizistisches Verfahren, das bei Timm überaus reichliche Anwendung findet.

Und wozu das eigentlich? Treue will auf die Eigengesetzlichkeit der Technik hinaus; hier wird die Funktion der bürgerlichen Technikgeschichte deutlich, Technik aus der Realität der historischen gesellschaftlichen Verhältnisse herauszulösen und sie so, fetischisierend, zu einem Eigenleben gelangen zu lassen, das von den Technikhistorikern borniert untersucht werden soll. Die Borniertheit derartiger Untersuchungen wird von Treue mit dem Prädikat „im streng und eng wissenschaftsgeschichtlichen Sinne" (227) versehen; demgegenüber „existiert in der DDR Technikgeschichte überhaupt nur als Geschichte der Produktivkräfte und damit als Teil der Geschichte des Klassenkampfes. Die Technikgeschichte hat dort prinzipiell die gleiche Position und die gleiche politische Aufgabe wie etwa die Wirtschaftsgeschichte und wie auch jeder andere Bereich der Geschichtsschreibung im allerweitesten Sinne: Sie ist Instrument und Waffe" (227).

Bei der Beurteilung des Buches, aus dem Timm so fleißig abschrieb, wahrt Treue — was angesichts der Timmschen Abschreib-Leistung besonders beachtenswert ist — kaum noch die Fassung: Er geißelt die Parteilichkeit, den „sehr primitiven Anmerkungsteil" (229), nennt das Vorwort eine „Sammlung kommunistischer Gemeinplätze ..., (die) platter, gedankenloser und stilistisch schlechter ... niemals formuliert worden (sind)" (230).

Den ersten Teil des Buches, „Vom Werden und Wirken der gesellschaftlichen Produktivkräfte", beurteilt Treue bezeichnenderweise nicht, denn: „Alle Ausführungen dieses ersten Teiles ruhen ausschließlich auf der gesicherten Basis von Zitaten aus den Werken der ‚Klassiker des Sozialismus' " (230) — denen Treue offensichtlich nichts entgegenzusetzen hat. Gerade von diesem Teil hat Timm am meisten „profitiert".

Den zweiten Teil, in dem auf über 300 Seiten eine Vielfalt historischer Fakten dargestellt, interpretiert und durch Querverweise aufeinander bezogen werden, nennt Treue „schlecht, lücken- und fehlerhaft" (230), da seiner Meinung nach einige Erkenntnisse westlicher Technikhistoriker nicht aufgenommen wurden.

15) Vgl. hierzu: Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Karl Marx und Friedrich Engels Werke Bd. 23, Berlin (DDR) 1970, insbes. S. 431 ff.

Der letzte Punkt der Kritik mag berechtigt sein, schlägt jedoch auf Treue, Timm und ihre Mitstreiter zurück: Denn wo hätte die westdeutsche Technikgeschichtsschreibung eine ähnlich umfangreiche und methodisch und didaktisch aufgegliederte und reflektierte Arbeit vorzuweisen, die für die Lehrenden und Lernenden auf allen Ebenen des Geschichtsunterrichts gleichermaßen wertvoll ist?

Allein der Tatbestand, daß Timm auch aus dem dritten Teil „Zur methodischen Arbeit mit Stoffen aus der Geschichte der Produktivkräfte im Geschichtsunterricht", der von Treue als „schlecht geschrieben" abqualifiziert wird, eifrig abgeschrieben hat, weist darauf hin, daß er in der westdeutschen Literatur wohl nichts Besseres gefunden hat.

Gudrun Schädel versucht auf wenigen Seiten das „Dilemma" aufzuzeigen, in dem sich sowohl „Parteiideologen als auch die handelnden Politiker" der Länder befinden, die der „Ideologie des Marxismus-Leninismus" anhängen. Außerdem will die Autorin noch schnell klären, „was Marx über die Arbeit ausgesagt hat und wieweit er von Lenin, Stalin und den heutigen Parteiideologen, Technikhistorikern und Technikphilosophen übernommen und verändert wurde" (51).

Diesem gewaltigen Vorhaben kann sie nicht einmal im Ansatz gerecht werden, da sie schon bei der Marxrezeption des sozialgeschichtlichen und philosophischen Aspekts der Arbeit scheitert und die komplexe Arbeitswerttheorie mit keinem Wort erwähnt.

Sie kann daher nur behaupten, was sie eigentlich klären will, nämlich daß die Schwierigkeit der sozialistischen Länder bei der Bewältigung der Technik schon mit der fehlenden „ideologischen Untermauerung" (51) bei Marx beginnt. Den Beweis hierfür bleibt sie dem Leser schuldig; interessant ist jedoch, wie die Autorin bei ihrer knappen Textexegese vorgeht: Weist sie sich doch als gute Hegel-Kennerin aus, die Marx nachweist, „sich offenbar (!) an ein Hegel-Zitat angelehnt" (52) zu haben [16]).

Die Verkehrung der Wirklichkeit ist komplett: Der Leser möge sich anhand der Textstelle im „Kapital" [17]) davon überzeugen, daß Marx sich nicht „offenbar" an Hegel anlehnte, sondern in einem bestimmten, von der Autorin nicht begriffenen Zusammenhang die Hegel-Stelle in einer Fußnote zitiert. Dies hat Schädel entweder nicht wahrgenommen, oder sie verschweigt es bewußt, um den Leser irrezuleiten. Letzteres ist wahrscheinlicher, denn in einer abschließenden Stellungnahme faßt sie über das Marxsche Technik-Verständnis zusammen, was von vornherein als zu behaupten feststand, aber wohl schwerlich nachweisbar sein dürfte: „Marx nimmt zur wirtschaftlich-technischen Arbeitswelt der industriellen Gesellschaft durchaus eine ablehnende Haltung ein. Der Mensch kann sich nur in und durch den Prozeß des Arbeitens verwirklichen; indem sich der Mensch verwirklicht, vergegenständlicht er sich. Vergegenständlichung aber bedeutet für Marx unter den Bedingungen der kapitalistischen Arbeitswelt Entfremdung. Zieht man die Konsequenz aus dieser Aussage, so gibt es für Marx nur in einer nicht technisch-kapitalistisch bestimmten Gesellschaft ein unentfremdetes Dasein" (53 f.).

16) „In der Arbeit äußert sich die Einheit von Körper und Geist, da jede Arbeit Zielvorstellungen voraussetzt und nach einem vorher erdachten Plan ausgeführt wird. Marx hat sich offenbar an ein Hegel-Zitat angelehnt, als er seine Ziel- oder Zweckvorstellung darlegte. Hegel schrieb: ‚Die Vernunft ist ebenso listig als mächtig. Die List besteht überhaupt in der vermittelnden Thätigkeit, welche, indem sie die Objekte ihrer eigenen Natur gemäß auf einander einwirken und sich an einander abarbeiten läßt, ohne sich unmittelbar in diesen Prozeß einzumischen, gleichwohl nur ihren Zweck zur Ausführung bringt.' Diesen Gedanken übernahm Marx, indem er ausführte: ‚Er (der Mensch — d. V.) benutzt die mechanischen, physikalischen, chemischen Eigenschaften der Dinge, um sie als Machtmittel auf andere Dinge, seinem Zweck gemäß, wirken zu lassen' " (Gudrun Schädel, a. a. O., S. 52).

Eine Auseinandersetzung mit Schädel lohnt nicht; nur soviel sei bemerkt, daß Marx die Dummheit der bürgerlichen Kritik an ihm schon vor über 100 Jahren erkannte und sie zurückwies:

„Und dies ist die Pointe der ökonomischen Apologetik! Die von der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie untrennbaren Widersprüche und Antagonismen existieren nicht, weil sie nicht aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung! Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw., erklärt der bürgerliche Ökonom einfach, das Ansichbetrachten der Maschinerie beweise haarscharf, daß alle jene handgreiflichen Widersprüche bloßer Schein der gemeinen Wirklichkeit, aber an sich, also auch in der Theorie, gar nicht vorhanden sind. Er spart sich also alles weitere Kopfzerbrechen und bürdet seinem Gegner obendrein die Dummheit auf, nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst" [18]).

Der Kritiker der kapitalistischen Technikanwendung wird von bürgerlicher Seite auf die falsche Alternative festgelegt — die wir auch bei Timm bemerkten —, entweder die kapitalistische Form der Technik zu wollen oder reaktionär auf die Beseitigung von Technik schlechthin zu drängen, also das Rad der Geschichte auf vorindustrielle Verhältnisse zurückdrehen zu wollen.

Für Technikgeschichtler wie Timm, Treue und Schädel gilt, was Marx dem bürgerlichen Ökonom vorhielt: „Eine andere als die kapitalistische Ausnutzung der Maschinerie ist für ihn unmöglich. Ausbeutung des Arbeiters durch die Maschine ist ihm also identisch mit Ausbeutung der Maschine durch den Arbeiter. Wer also enthüllt, wie es um die kapitalistische Anwendung der Maschinerie in Wirklichkeit bestellt ist, der will ihre Anwendung überhaupt nicht, der ist ein Gegner des sozialen Fortschritts!" [19])

17) Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Karl Marx und Friedrich Engels Werke Bd. 23, Berlin (DDR) 1970, S. 194.
18) A. a. O., S. 465.
19) Ebd.

Bogdan Suchodolski

Einführung in die marxistische Erziehungstheorie

Aus dem Polnischen von M. Kunze, 568 Seiten, Paperback, DM 9,80

Der polnische Pädagoge Suchodolski hat eines der Standardwerke über die pädagogischen Vorstellungen von Marx vorgelegt. Wenn Erziehung die historische Aufgabe erfüllen soll, bewußt und verantwortlich an der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken, muß sie exakt und wissenschaftlich den Bedürfnissen der realen Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gehorchen.

Pahl-Rugenstein

Kadettenanstalten der Nation

Das öffentliche Bildungswesen und der „gesellschaftliche" Bedarf in der BRD

Von Volker Briese

Das privatkapitalistische System der Bundesrepublik ist in der Gegenwart u. a. durch zwei entgegengesetzte Tendenzen gekennzeichnet:

1) Der Staat (die Gesellschaft) übernimmt immer stärker für die private, an Profit orientierte Wirtschaft Infrastrukturmaßnahmen, zu welchen auch die Produktion von ausgebildeten Arbeitskräften gehört. Die gesellschaftliche Finanzierung von Ausbildung kann an Gesetzen wie dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG), wodurch auch die immer notwendiger werdende Umschulung und Weiterbildung finanziert wird, gesehen werden. Die Ausgaben für das öffentliche Schul- und Bildungswesen sind in den letzten Jahren rapide gestiegen und werden trotz einzelner Rückschläge weiter steigen.

Immanente Gründe des kapitalistischen Systems führen zu der Vergesellschaftung der Bildungsausgaben, zur Finanzierung der Qualifikation der Arbeitskraft durch öffentliche Mittel, durch Steuern und Sozialabgaben:

Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik ist marktwirtschaftlich orientiert. Marktwirtschaft würde Koordinierung der Pläne der einzelnen Unternehmen durch die Mechanismen des Marktes bedeuten. Die Pläne sind jedoch nicht gesamtwirtschaftlich orientiert, der gesamtwirtschaftliche Effekt ist sekundär. Qualifikation der Arbeitskräfte in bzw. durch das einzelne Unternehmen ist primär durch Extraprofite motiviert, die das einzelne Unternehmen sich dadurch erhofft. Bildung, die für das einzelne Unternehmen nicht unmittelbar verwertbar ist (im Sinne von Extraprofit), bedeutet „faux frais" (Unkosten), die niedrig gehalten werden müssen, oder die als externe Kosten an die Gesellschaft abgeschoben werden. Da jedoch die Qualifikation von Arbeitskräften sowohl für das einzelne Unternehmen wie für das gesamtwirtschaftliche Wachstum nötig ist, tritt der Staat in diese Lücke, wie auch in anderen Bereichen der Infrastrukturbereitstellung (Gesundheit, Verkehr, Umwelt etc.).

Wirklich profitabel ist für die Unternehmen nur eine ganz spezielle Qualifikation, da sie nicht so umfangreich ist und ihre Anwendung auf das ausbildende Unternehmen beschränkt ist. Qualifikation der Arbeitskräfte erzeugt nur dann Extraprofite, wenn das ausbildende Unternehmen die Qualifikation auch verwerten kann, was dadurch ermöglicht wird, „daß die Unternehmen Mittel einsetzen, mit denen sie die Freizügigkeit und die Mobilität der Arbeitskräfte verhindern durch hochspezialisierte Qualifikation, Arbeitsmarktabsprachen und Bindung an den Betrieb durch besondere Leistungen" (Winterhager, W. Dietrich, Ein Konstruktionsfehler im System der Berufsausbildung, in v. Dohnanyi [Hrg.], Die Schulen der Nation, Düsseldorf 1971, S. 129). Das sind alles Maßnahmen, die den vielgerühmten Marktmechanismus außer Kraft setzen. Winterhager kommt zu dem Ergebnis: „. . ., daß im derzeitigen marktwirtschaftlichen System in der Bundesrepublik die Unternehmen nicht in der Lage sind, in ausreichendem Umfang und in der zweckmäßigen Struktur, Mittel für die berufliche Bildung aufzubringen (geschweige denn für eine Allgemeinbildung, wie es die ständig sich ver-

ändernde Arbeitsplatzstruktur verlangte, V.B.), mit denen ihr eigener und der gesamtwirtschaftliche Bedarf an qualifizierten Kräften gedeckt werden könnte" (S. 131). Er führt diese Tatsache auf einen „Konstruktionsfehler des Systems" zurück.

2) Dem gegenüber steht die Kritik des Abnehmersystems, der „Wirtschaft", aber auch der öffentlichen Verwaltung und der Bundeswehr an der „Leistung" des öffentlichen Bildungswesens. Diese Kritik wird deutlich an den Versuchen dieser Bereiche, Einfluß auf das Bildungssystem zu nehmen.

Besonders in der letzten Zeit wird diese Kritik von Arbeitgeberseite immer weniger überhörbar. Das offizielle Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände widmet ein ganzes Heft dem Bildungswesen. Einige Auszüge aus dem Leitartikel von Georg Juraschek (Bundesvereinigung Köln) soll die Richtung der Kritik kennzeichnen, die an der „Politisierung" und „Ideologisierung" und dem damit angeblich verbundenen Leistungsabfall einhakt. Das Bildungssystem erbringt nicht mehr die Leistungen, die für die Unternehmen verwertbar sind: „Wenn individueller und gesellschaftlicher Wohlstand, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Erhaltung und Vermehrung erworbenen Eigentums und ein gesichertes Alter als entscheidende Voraussetzung eine leistungs- und wettbewerbsfähige Wirtschaft haben — und dies ist ein unbestreitbarer Tatbestand —, dann muß gefordert werden, daß Reformen zu leistungsfähigen und leistungsorientierten Bildungsinstitutionen mit hohem wissenschaftlichen Niveau führen und in die Wirtschaft wie in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche leistungswillige, qualifizierte Absolventen entlassen werden. Leistungs- und Qualitätsverluste dürfen nicht der Preis für sogenannte ‚progressive' Schul- und Hochschulreformen und ideologisierte Mitbestimmungsmodelle sein, die allein um der ‚Progressivität' willen oder aus einem verfehlten Demokratieverständnis heraus verwirklicht werden sollen. Einem Demokratieverständnis, das unter der Parole ‚Demokratisierung aller Lebensbereiche' propagiert wird, wobei kein vernünftiger Mensch etwas gegen eine sachgerechte Mitwirkung von Studenten haben kann."

Der Artikel schließt mit einem Aufruf an die Unternehmer und deren Verbände, Konsequenzen aus der Kritik zu ziehen: „Sie müssen sich künftig stärker als bisher aktiv einschalten in die Diskussion um Fragen der Lehrinhalte, der Prüfungsordnungen, der Leistungsfähigkeit von Schule und Hochschule, der Orientierung am Leistungsprinzip, der wissenschaftlichen Qualität der Bildungsinstitutionen. Wenn die derzeitige Entwicklung keine entscheidende Verbesserung erfährt, wird es ihnen nicht erspart bleiben, sich darauf einzustellen, Absolventen von Schulen und Hochschulen, *ehe sie in Betrieben ihre Tätigkeit aufnehmen,* auf ihre Qualifikation, ihr Wissen, ihre Kenntnisse, ihren Bildungsstand zu prüfen und feststellbare Lücken und Niveauverluste durch verstärkte eigene Maßnahmen selbst auszugleichen. Es liegt in dieser Situation entscheidend mitverantwortlich auch bei Unternehmern und ihren Verbänden einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die das wissenschaftliche Ansehen der Universitäten und Schulen sowie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig negativ beeinflussen kann" („Der Arbeitgeber", Nr. 9/24, 1972, S. 335).

Ähnlich klingt es bei einer Pressekonferenz der Siemens AG Berlin/München („Süddeutsche Zeitung" vom 4. Mai 1972), wo die Hochschulen vor weiterer „Politisierung und Ideologisierung" gewarnt werden. Die öffentlichen Einrichtungen schafften nicht die Aus- und Weiterbildung, die die deutsche Wirtschaft benötigt. „Es gehe darum, die Ausbildungsziele klarer zu formulieren und eine größere Effizienz zu erreichen. Da sich Universitäten und Schulen von der wirt-

schaftlichen Wirklichkeit immer mehr lösten, verliere der Lehrstoff vielfach seinen praktischen Bezug." Die Firma Siemens hat, „um sich den notwendigen Nachwuchs für alle Positionen bis zur obersten Führungsebene zu sichern ... seit Jahren ihr innerbetriebliches Bildungsprogramm ausgebaut". (Näheres siehe unten.)

Einflüsse auf Inhalte und Organisation des öffentlichen Bildungswesens in den entsprechenden Entscheidungsgremien und Öffentlichkeitsarbeit sind die einen Instrumente, Erlasse wie der sogenannte „Wehrkundeerlaß", das Verbot der Anstellung von Personen im öffentlichen Dienst (z. B. als Lehrer), die bestimmte politische Richtungen vertreten, Nichteinstellung der Absolventen bestimmter Fachrichtungen (z. B. Politologen und Soziologen) in Stellen, die diese von ihrer Ausbildung her gut ausfüllen könnten (Bevorzugung unkritischer Juristen), in Wirtschaft und Verwaltung. Auf der einen Seite entsteht eine Anzahl von nicht vermittelbaren ausgebildeten Kräften („akademisches Proletariat"), auf der anderen Seite ein Mangel an Arbeitskräften (z. B. Lehrermangel).

Diesem Mangel abzuhelfen, dient die andere Konzeption, nämlich die Integration der Ausbildung in den Abnehmerbereich:

Ansätze dieser Konzeption sind in den verschiedensten Bereichen schon vorhanden, mit einem weiteren Ausbau kann gerechnet werden, obwohl die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte in gesellschaftlich finanzierten Institutionen, also im öffentlichen Bildungssystem, dem Abnehmer angenehmer ist, da sie mit weniger Kosten verbunden ist.

Doch auch die in den Abnahmebereich integrierten Ausbildungen werden weitgehend von der öffentlichen Hand finanziert werden, sei es durch Steuerbegünstigung oder durch Zuschüsse nach den oben genannten Gesetzen.

In Stichworten seien Ausbildungssysteme genannt, die aus dem allgemeinen Bildungssystem ausgegliedert werden, die unmittelbar den Disziplinierungen durch den Abnehmer unterworfen sind.

Die längste Tradition hat der öffentliche Dienst, der seinen Nachwuchs selbst ausbildet (Akademien, Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer) und/oder in Form von Referendarjahren (Juristen und Lehrer) diese berufsorientierte Ausbildung losgelöst von den Hochschulen im Anschluß an das akademische Studium durchführt.

Die Bundeswehr beginnt, ihren Führungsnachwuchs an bundeswehreigenen Universitäten auszubilden, wodurch die schon bestehenden bundeswehreigenen Fachschulen (Ingenieurschulen, Betriebswirtschaftsausbildung) durch eine Hochschulstufe ergänzt werden.

Ähnlich abnehmernah (industrienah) sind private Akademien für praktische Betriebswirtschaft wie zum Beispiel die in Radolfzell, die seit 1962 ca. 3000 Absolventen hat, wo in Kurzstudiengängen von fünf Trimestern für Führungsstellen im mittleren und gehobenen Management qualifiziert wird.

Dazu tritt die Aus- und Weiterbildung in der Großindustrie, der es aufgrund ihrer Quasi-Monopolstellung gelingt, die von ihr ausgebildeten Arbeitskräfte im Unternehmen zu halten. Mit Stolz berichtet die Firma Siemens von ihren Bildungsleistungen: „An der beruflichen Weiterbildung nehmen jährlich etwa 40 000 Mitarbeiter teil. Das Unterrichtsvolumen läßt sich mit dem Vorlesungs- und Übungsbetrieb einer mittelgroßen Universität mit 7000 Studenten wie Kiel vergleichen" („Süddeutsche Zeitung" vom 4. Mai 1972).

Eine sehr spezielle, auf die Arbeit bei Siemens ausgerichtete Ausbildung wird in einer zu diesem Zweck im Herbst 1970 in Erlangen gegründeten firmeneigenen Ausbildungsstätte geleistet. Dort werden Abiturientinnen zur Ingenieur- und Elektroassistentin mit den Fachrichtungen Schaltungs- und Konstruktionszeichnen sowie Labor- und Werkstechnik ausgebildet. Bisher haben etwa 2500 Personen diese Ausbildung in firmeneigenen Institutionen durchlaufen.

Die Zeitschrift des Stifterverbandes „Wirtschaft und Wissenschaft" (März/April 1972, S. 27) berichtet von weiteren Aktivitäten der Wirtschaft, Abiturienten direkt nach der Schule, ohne den für die Wirtschaft oft unproduktiven Umweg über Universitäten in die Unternehmen aufzunehmen und sie dort selbst auszubilden, wobei der kaufmännische Bereich im Vordergrund steht. Deklariert werden die neuen Ausbildungsgänge als Ausweg aus der Misere der überfüllten Universitäten. Treibende Kraft bei diesen Aktivitäten war nach „Wirtschaft und Wissenschaft" die Sorge um den qualifizierten Nachwuchs für das mittlere Management. Auf Initiative der Deutschen Shell AG schuf die Mineralölindustrie (Branchenabsprache) in Kooperation mit interessierten Ausbildungseinrichtungen ein neues Berufsbild, das des Mineralölkaufmannes. Dieses Modell wird seit 1971 erprobt. Ebenfalls in Gemeinschaftsarbeit entwickelt eine Kommission der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie das Curriculum für den Wirtschaftsassistenten mit einer zweijährigen Ausbildungszeit. Von diesem Sommer an sollen zentral in Duisburg jährlich 30 Abiturienten in diesem neuen Beruf ausgebildet werden. Die Wirtschaft Hamburgs will dieses Modell etwas modifiziert übernehmen, mit der Ausbildung dort soll 1974 begonnen werden.

Die dargestellten Ansätze werden von „der Wirtschaft" als verheißungsvoller Aufakt und als Pionierleistungen der Personal- und Sozialpolitik (Siemens) bezeichnet.

In diese Entwicklung sind auch die zur Zeit besonders in Baden-Württemberg diskutierten Privatuniversitäten einzuordnen. So begründet Rudolf Affemann, Psychotherapeut und Personalberater, die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung u. a. mit den Argumenten: „Viele Informationen werden (an den bestehenden Universitäten, V. B.) gelehrt, welche die meisten Studenten in ihrer späteren Berufspraxis nicht benötigen. Vieles an Wissen und Können wird jedoch nicht mitgegeben, das der Student in der Praxis braucht" („Hochschulmagazin Südwest", Oktober 1972, S. 7). Ähnlich auch die Thesen von Christoph Theodor Wagner, die er auf der 97. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Hamburg zum Thema Wissenschaft und Wirtschaft vertrat, wo er bemängelte, daß sich die Hochschulen auch nach der Bildungsreform nur in quantitativer Hinsicht als Bedarfsdeckungsinstitut für das Beschäftigungssystem verstünden.

Affemann nennt neben dem fehlenden inhaltlichen Praxisbezug der Hochschulen auch die „Störtätigkeit von reformfeindlichen linksextremen Gruppen", ohne das jedoch zu präzisieren, als Gründungsgrund von Privathochschulen (ebenda). Die Herauslösung wichtiger Ausbildungsbereiche aus dem allgemeinen Bildungssystem geschieht parallel zur Herauslösung der wissenschaftlichen Forschung aus den Hochschulen. Joachim Hirsch und Stephan Leibfried (Joachim Hirsch, Stephan Leibfried, Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik, Frankfurt 1971) analysieren diese Entwicklung am Beispiel des Wissenschaftszentrums Berlin GmbH, das — wenn auch beschränkt — Ausbildungsfunktionen wahrnehmen soll. Die Verlagerung der Forschung aus den öffentlich besser kontrollierbaren Hochschulen in private Bereiche (privat, obwohl häufig von der öffentlichen Hand finanziert) wurde im Zusammenhang mit dem Wissenschaftszentrum Berlin heftig

diskutiert. Daß eine ähnliche Entwicklung auch für die Ausbildung zu beobachten ist, wurde bisher kaum gesehen. Diese Verlagerung ist eine Reaktion des Abnehmerbereiches auf den Kampf um die Demokratisierung des Bildungswesens, der im wenn auch sehr begrenzt autonomen Bereich der öffentlichen Bildungsinstitutionen stattfindet.

Die oben dargestellte Privatisierung einzelner Bereiche des Ausbildungssektors ist gegenwärtig vor allem im tertiären Bereich, im Bereich von Hochschulen und Fachschulen zu beobachten, also in Bereichen, die stärker berufsorientiert sind. Die Problematik gilt noch nicht für den Bereich der sogenannten allgemeinbildenden Institutionen. Dort befinden sich die Abnehmer von Qualifikation noch nicht in der Offensive, sie versuchen nur eine Entwicklung zu bremsen, die ihnen die direkte Kontrolle über Teile der Berufsausbildung entziehen würde, die Verlängerung der Schulzeit, Aufhebung des dualen Systems der Berufsausbildung (Integration in das öffentliche Bildungswesen), Einführung einer „Arbeitslehre", die den Jugendlichen auf seine spätere Berufstätigkeit vorbereitet, die ihn zur Kritik an betrieblichen Strukturen befähigt.

Die Abnehmer von Qualifikationen sind für den „allgemeinbildenden" Bereich nicht in der Lage, so präzise Lernziele zu formulieren, daß sie für die Lernen organisierenden Institutionen praktisch brauchbar werden (Giesecke). Dort ergeben sich „Spielräume" bei der Konkretisierung und Ansätze für eine Demokratisierung. Das Dilemma bleibt jedoch beim Übergang in die direkte Berufsausbildung oder in die Institutionen des tertiären Ausbildungsbereichs, wo Qualifikationen gefragt sind. Der Erwerb von Kenntnissen über gesellschaftliche Zusammenhänge, die den jungen Arbeiter in die Lage versetzen könnten, eigenen Interessen nachzugehen, die nicht durch ihren Nutzeffekt für die kapitalistische Produktion bestimmt sind (Huisken), ein mögliches Ergebnis eines demokratisierten Bildungswesens, gilt vom Standpunkt des Abnehmers in der kapitalistischen Wirtschaft (Militär und Verwaltung orientieren sich an den Normen dieses Systems) als unbrauchbare Qualifikation, die nicht nachgefragt wird. Der Absolvent der demokratisierten Bildungsinstitution findet nur eine Arbeitsstelle, wenn er bereit ist, sich den Zielen der Abnehmer von Qualifikationen unterzuordnen und sich gegebenenfalls einer zusätzlichen Anpassungsausbildung zu unterziehen. Bei einer Reformstrategie wird in Zukunft mit verstärkter Einflußnahme des Abnahmesystems, d. h. von Kreisen der „Wirtschaft", aber auch der Verwaltung zu rechnen sein, die ihre Interessen im Bildungswesen berücksichtigt haben wollen. Daneben wird die Ausgliederung wichtiger Bereiche des Ausbildungswesens aus den öffentlichen Institutionen und die Integration in den Abnahmebereich stärker als bisher stattfinden mit der Gefahr, daß die Reformen nur noch in einem für das gesellschaftliche (besonders ökonomische) System marginalen Bereich stattfinden. Die Marginalisierung des zu demokratisierenden öffentlichen Bildungswesens würde die Hoffnung auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen vom Bildungswesen aus noch mehr als bisher verringern, jedoch andererseits die These bestätigen, daß relevante Veränderungen des Gesellschaftssystems der BRD in Richtung auf „mehr Demokratie" vor allem im Beschäftigungssystem, dort besonders im Bereich der Produktion, ansetzen müssen.

Aus ausländischen Zeitschriften

Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus (II)

Von Anatoli Melnikow und Sergej Zonow

Nachstehend veröffentlichen wir den abschließenden zweiten Teil der in der sowjetischen Zeitschrift „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija" (1/1971 und 2/1971) erschienenen Untersuchung, mit deren Abdruck wir in Heft 1/73 der „Blätter" begannen. D. Red.

Die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen des Proletariats

Die Komplizierung der Zusammensetzung des Proletariats und der gesamten Armee der Lohnarbeiter wird von den bürgerlichen Ideologen als Beweis für den Zerfall des Proletariats als einheitliche Klasse in eine Vielzahl zersplitterter Gruppen ausgegeben. „In der heutigen Gesellschaft ist der ‚Arbeiter' zur Abstraktion geworden...", schrieb der westdeutsche Soziologe R. Dahrendorf. „Anstatt seiner finden wir eine Vielzahl von Statuskategorien und Qualifikationsgruppen" [23]).

Der amerikanische Ökonom S. Cohen behauptet, „die marxistische Definition der Klasse gibt nicht das wirkliche Bild der Klassenabgrenzung wieder", da die Marxisten, wenn sie vom Proletariat sprechen, „die monolithische politische Orientierung der Arbeiter" meinen. Eine solche einheitliche Orientierung gibt es jedoch nicht, fährt er fort, „es ist schwer, eine Frage zu finden, die eine gleichartige Reaktion der Arbeiter auslösen würde" [24]). „Unabhängig davon, welches Kriterium benutzt wird", schreibt S. Cohen weiter, „— Einkommen, Bildung, Verhältnis zum Arbeitgeber, Anschluß an eine politische Partei usw. — ist es offenkundig, daß unter den Lohnarbeitern die Homogenität nicht ausreicht, um das Recht zu haben, einen solchen Sammelbegriff wie ‚Arbeiterklasse' zu gebrauchen" [25]).

Die politische Tendenz der These vom Zerfall des Proletariats als einheitliche Klasse ist offenkundig. Sie ist ganz und gar durch die Interessen der Monopolbourgeoisie bedingt. Was die gnoseologischen Quellen dieser Konzeption betrifft, so bestehen sie erstens in der Vermischung der grundlegenden, bestimmenden Merkmale der Klasse mit sekundären Merkmalen oder spezifischen Besonderheiten dieser oder jener Gruppierungen innerhalb der Klasse und zweitens in der Überbewertung der Rolle jener Faktoren, die zur Trennung des Proletariats führen oder seine Konsolidierung behindern, während die entgegengesetzte Tendenz — zum Zusammenschluß des Proletariats als Klasse — entweder verkleinert oder gänzlich außer acht gelassen wird.

Natürlich ist die heutige Arbeiterklasse keine geschlossene homogene Masse. Sie hat eine innere Struktur — hinsichtlich Zweig, Beruf und Qualifikation. Schon allein das schaffte Unterschiede zwischen ihren einzelnen Schichten. Hinzuzufügen sind noch die nicht einheitliche soziale Herkunft einiger ihrer Gruppen, das ungleiche Einkommens- und Bildungsniveau, die Besonderheiten der Sozial-

23) R. Dahrendorf, Class and Class Conflict in Industrial Society. London 1959, S. 51.
24) S. Cohen, Labor in the United States, Columbus (Ohio) 1960, S. 55.
25) Ebd., S. 56.

psychologie, der Traditionen des ökonomischen Kampfes und des politischen Verhaltens der verschiedenen Schichten und Abteilungen der Arbeiterklasse. Schließlich darf die Vielfalt der persönlichen Erfahrungen, die Existenz verschiedener Typen der individuellen Lebensweise, des gesellschaftlichen Bewußtseins und des Verhaltens der Arbeiter nicht vergessen werden. Ist das aber ein Grund dafür, die Gemeinsamkeit der grundlegenden Merkmale, die die Zugehörigkeit dieser oder jener Gruppe von Werktätigen zur Arbeiterklasse bestimmen, zu verneinen? Ist das ein Grund dafür, die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen aller Abteilungen des Proletariats zu verneinen und nur die beruflichen oder anderen Gruppeninteressen als real bestehende zu verkünden?

Der Marxismus-Leninismus gibt auf diese Frage unbedingt eine verneinende Antwort. In diesem Zusammenhang muß an die Worte W. I. Lenins erinnert werden: „Berufsunterschiede mit Klassenunterschieden verwechseln; Unterschiede in der Lebenslage mit der verschiedenen Stellung der Klassen im Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktion verwechseln — wie anschaulich illustriert das die absolute wissenschaftliche Prinzipienlosigkeit der zur Mode gewordenen ‚Kritik' und deren praktische Tendenz, den Begriff ‚Klasse' auszumerzen, die Idee des Klassenkampfes zu beseitigen!" [26])

Heute, nach 60 Jahren, benutzen die bürgerlichen „Kritiker" des Marxismus dasselbe Verfahren, um die neuen Erscheinungen der Realität zu ihren Gunsten auszulegen.

Natürlich sind die Komplizierung der Zusammensetzung der Arbeiterklasse, ihre Differenzierung ein unbestrittener Prozeß. Er ist das gesetzmäßige Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte, der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. „Mit der Entwicklung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise", schrieb Marx, „wo viele Arbeiter an der Produktion derselben Ware zusammenarbeiten, muß natürlich das Verhältnis, worin ihre Arbeit unmittelbar zum Gegenstand der Produktion steht, sehr verschieden sein" [27]). Natürlich liegen derartige Unterschiede den spezifischen Merkmalen und Besonderheiten der einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse zugrunde. Die Untersuchung dieser Unterschiede ist notwendig. Aber nur sie zu sehen und auf dieser Grundlage die tiefe Einheit des Proletariats als Klasse zu verneinen, das bedeutet, die Wahrheit völlig zu entstellen.

Das Problem des Verhältnisses zwischen den allgemeinen Merkmalen des Proletariats und den spezifischen Besonderheiten seiner einzelnen Abteilungen ist theoretisch klar. Für die Marxisten ist es völlig klar, daß die erstgenannten das Proletariat als Klasse charakterisieren und von der ganzen Vielfalt der sozialen Beziehungen und Unterschiede, die in der Gesellschaft bestehen, abstrahieren. Die Erkenntnis des komplizierten gesellschaftlichen Organismus setzt aber unbedingt die Untersuchung nicht nur seiner Klassenstruktur, sondern auch der ganzen Gesamtheit der sozialen Beziehungen voraus, darunter die Klärung der inneren Struktur der Klassen, einschließlich des Proletariats. Das trägt auch dazu bei, die Analyse der spezifischen Merkmale seiner einzelnen Schichten und Abteilungen zu verstehen. Dieser Analyse können unterschiedliche Kriterien zugrunde gelegt werden: der Platz im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Beruf und Qualifikation, Nationalität, Alter usw. In jedem einzelnen Falle erhalten wir die innere Struktur des Proletariats, die es von einer bestimmten Seite her

[26]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 189.
[27]) Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Erster Teil, S. 386.

charakterisiert. Die Verneinung der realen Existenz des Proletariats als Klasse auf dieser Grundlage ist gleichbedeutend mit der Verneinung der Einheit eines lebendigen biologischen Organismus unter Berufung darauf, daß er eine komplizierte anatomische und physiologische Struktur hat.

Wenn man sich der Praxis als dem höchsten Kriterium der Wahrheit oder Fehlerhaftigkeit der Theorie zuwendet, so widerlegen die Erfahrungen des Klassenkampfes in den 60er Jahren — und gerade in dieser Zeit versuchten die bürgerlichen Ideologen verstärkt das Nichtbestehen des Proletariats als einheitliche Klasse zu beweisen — auf das überzeugendste die Konzeption der „Entproletarisierung". Eine ganz charakteristische Besonderheit der Klassenkämpfe der letzten zehn Jahre war die wachsende Rolle der gesamtnationalen Aktionen der Arbeiterklasse, die deutlich ausgeprägte Tendenz zu ihrer Aktionseinheit.

Im System der Argumente der bürgerlichen Ideologen, die die Einheit des Proletariats als Klasse verneinen, wird dem Problem der Beziehungen zwischen den Arbeitern und Angestellten besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die realen Unterschiede in ihren sozialrechtlichen Wesenszügen, im Stand der Organisiertheit und in den sozialpolitischen Traditionen werden als unüberwindliche Schranke hingestellt, die der Aufgabe der Vereinigung der Kräfte der Arbeiterklasse jede historische Perspektive nimmt. Zum Beispiel J. Galbraith hält die Einheit der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung für unmöglich, da seiner Meinung nach die Gewerkschaften und ihre Kampfmethoden nur dem Industrieproletariat eigen sind [28]). Die These von der zunehmenden Zersplitterung in den Reihen der Arbeiterklasse in Verbindung mit dem Wachstum der zahlenmäßigen Stärke und des Anteils der Angestellten ist auch in den Werken der „ultralinken" Theoretiker anzutreffen. Dieser Prozeß, meint zum Beispiel H. Marcuse, „teilt die Klasse" [29]).

Natürlich ist es ein langer und komplizierter Prozeß, bis die verschiedenen Abteilungen des Proletariats ihre Klassenbeziehungen erkennen. Viele Angestellte haben die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit den Interessen der Industriearbeiter noch nicht begriffen. Ihre Weltanschauung ändert sich viel langsamer als ihre sozialökonomische Lage. Es wirkt sich die Zählebigkeit der alten Anschauungen, Gewohnheiten und Traditionen aus, die größtenteils durch die soziale Herkunft eines Teils der Angestellten bedingt ist [30]).

Das dient jedoch keineswegs als Grundlage für die Verneinung der objektiven Existenz solcher Interessen. Alle Proletarier charakterisieren die prinzipielle Klassenhomogenität: ihnen ist nicht nur formell, sondern auch dem Wesen nach das Eigentum an den Produktionsmitteln entzogen, und sie unterliegen der kapitalistischen Ausbeutung. Das ist der bestimmende Zug, von dem so oder so alle übrigen abhängen. Folglich ist die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen durch die Gleichartigkeit der sozialökonomischen und politischen Stellung aller Schichten des Proletariats bedingt, die sie unweigerlich in den gemeinsamen Kampf gegen die Herrschaft der Monopolbourgeoisie einbezieht. Und hier liefert die Praxis, liefern die realen Erfahrungen der Arbeiterklasse die entscheidenden Argumente gegen die Erfindungen der bürgerlichen sowie der „ultralinken" Ideologen. Das Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisiertheit der Angestellten, die Annäherung ihrer Gewerkschaften an die Gewerkschaften der Industrie-

[28]) Vgl. J. K. Galbraith, a. a. O., S. 319, 320.
[29]) Vgl. H. Marcuse, An Essay on Liberation. Boston 1969.
[30]) Nach den Angaben von W. Mills waren Anfang der 50er Jahre bei 40 % der amerikanischen Angestellten die Väter Kleinunternehmer (C. Wright Mills, White Collar. The American Middle Class. New York 1962, S. 273).

proletarier, die immer breitere Teilnahme neuer Abteilungen der Arbeiterklasse an der Streikbewegung — das sind die vorherrschenden Tendenzen der letzten zehn Jahre, die davon zeugen, daß sich die Ideen der Klasseneinheit durchsetzen.

Die Analyse der realen Veränderungen im System der kapitalistischen Produktion und in der Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft zeugen unwiderlegbar davon, daß die Ausdehnung der Sphäre der Lohnarbeit gesetzmäßig von einer fortschreitenden Proletarisierung der Bevölkerung begleitet wird. Wichtigstes Ergebnis dieser Prozesse ist das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse, ihr größer werdender Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung und ihre zunehmende Rolle im ökonomischen und politischen Leben der entwickelten kapitalistischen Länder. Die kompliziertere Zusammensetzung des Proletariats stellt keineswegs seine Existenz als einheitliche Klasse in Frage. Die modernen Theorien von der „Entproletarisierung" sind nichts anderes als ideologische Diversion des Monopolkapitals mit dem Ziel, die Massen zu desorientieren und die revolutionäre Arbeiterbewegung zu untergraben.

Eng verbunden mit den Theorien der „Entproletarisierung" sind die verschiedenen Konzeptionen, die auf den Beweis der „Verbürgerlichung" der Arbeiterklasse, des „Verlustes" ihrer Rolle als führender revolutionärer Kraft, die für die Beseitigung des Kapitalismus kämpft, abzielen. Sowohl die bürgerlichen als auch die „ultralinken" Gegner des Marxismus-Leninismus stellen die Arbeiterklasse den anderen sozialen Schichten, die angeblich die Hauptbewegkraft des gesellschaftlichen Fortschritts darstellen, gegenüber und entstellen den Charakter der tatsächlichen Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat und seinen Bündnispartnern.

Das Proletariat — die revolutionäre Hauptkraft

Im geistigen Arsenal der bürgerlichen Propaganda nimmt die These, daß die Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder ihren revolutionären Charakter „verloren" habe, einen besonderen Platz ein. Gerade in dieser Behauptung ist der eigentliche politische Sinn aller Theorien von der „Entproletarisierung" zu suchen, denn ihr Endziel besteht in der Untergrabung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Der Inhalt der Theorie von der „Entproletarisierung" des Proletariats besteht in dem Versuch nachzuweisen, daß die Arbeiterklasse die kapitalistische Gesellschaft „akzeptiert" und sich mit deren ökonomischem System, den politischen Instituten, ethischen Werten und mit deren Lebensweise ausgesöhnt habe. Streiks und andere Massenauftritte der Werktätigen hätten nach der Ansicht der Mehrheit der bürgerlichen Ideologen aufgehört, ein Ausdruck des Protestes gegen das gesellschaftliche System als solches zu sein, sie hätten ihre revolutionäre Zielgerichtetheit verloren und würden sich in eine Bewegung verwandeln, die sich auf dem Boden und im Rahmen der existierenden Ordnung entwickle.

Die „Beweisführung" dieser Theorie besteht in allgemeiner Form aus zwei Teilen. Einerseits wird verkündet, daß der Kapitalismus sich angeblich in eine „Gesellschaft des allgemeinen Wohlstands" „transformiert" habe und als solche für die Arbeiterklasse akzeptierbar geworden sei. Andererseits wird behauptet, daß sich das Proletariat selbst geändert habe. Die bürgerlichen Ideologen erklären, daß die gegenwärtige Arbeiterklasse vor allem eine „Verbraucherklasse" geworden sei. Unter dieser Charakteristik wird nicht nur die Möglichkeit ver-

standen, daß die Werktätigen verschiedene Waren und Dienstleistungen, die früher nur einem engen Personenkreis zugänglich waren, erwerben und in Anspruch nehmen können, sondern daß sich auch ein sogenanntes „Verbraucherbewußtsein" bei breiten Schichten der Arbeiter herausbilde, das bei ihnen neue Kriterien für die Bewertung der kapitalistischen Gesellschaft entstehen lasse. Der „totale Nihilismus" der Proletarier werde gleichsam durch eine „pragmatische" Denkweise abgelöst, die den Weg zur Versöhnung mit dem Kapitalismus ebne. Daraus folgt logisch die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse „verbürgerlicht" sei.

In den letzten Jahren treten nicht nur Ideologen der herrschenden Klasse mit der Konzeption von der „Verbürgerlichung" des Proletariats der entwickelten kapitalistischen Länder auf, sondern auch linksradikale Theoretiker, insbesondere H. Marcuse (dessen Anschauungen in der marxistischen Literatur schon einer ausführlichen Kritik unterzogen wurden), L. Baksandall, J. und M. Rountry, N. Birnbaum (USA), W. Burian (BRD) und andere.

H. Marcuse hat in seinem Buch „Versuch über die Befreiung" die Formel von der Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus etwas verändert. „Kraft ihrer Stellung im Produktionsprozeß", schreibt er, „auf Grund ihres zahlenmäßigen Gewichts und des Umfangs der Ausbeutung ist die Arbeiterklasse noch immer der geschichtliche Träger der Revolution; durch ihre Teilhabe an den stabilisierenden Bedürfnissen des Systems ist sie eine konservative, ja konterrevolutionäre Kraft geworden. Objektiv, ‚an sich', sind die Arbeiter noch die potentielle revolutionäre Klasse; subjektiv, ‚für sich', sind sie es nicht" [31]).

Das Zugeständnis, das H. Marcuse in bezug auf den potentiellen revolutionären Charakter der Arbeiterklasse macht, trennt ihn natürlich von jenen Autoren, die das Thema der „Verbürgerlichung" des Proletariats zur Verteidigung des Kapitalismus benutzen. Das hebt jedoch nicht die Falschheit seiner eigentlichen Position auf, da sie die Version von der sogenannten Verbürgerlichung der Arbeiterklasse unterstützt und eine falsche Einschätzung ihrer realen Rolle im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung gibt. Die Theoretiker der „Verbürgerlichung" der Arbeiterklasse spekulieren darauf, daß ein gewisser Teil der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern von der „Verbraucherpsychologie" vergiftet ist, am tagtäglichen Klassenkampf nicht teilnimmt, die bürgerlichen (manchmal auch offen reaktionäre) Parteien unterstützt und sich in der Gewalt reformistischer Illusionen befindet.

All diese Erscheinungen sind längst von den Begründern des Marxismus-Leninismus analysiert worden. Von ihnen wurden die Ursachen für die Existenz rückständiger Schichten der Werktätigen, die nicht die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit den Interessen des Kapitals und die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkennen, aufgedeckt.

Diese Ursachen sind in der einen oder anderen Form auch in der Gegenwart wirksam. Die bürgerliche Ideologie beeinflußt das Proletariat über zwei Kanäle — den „inneren" und den „äußeren" [32]). Zu den „inneren" Faktoren gehören hauptsächlich die opportunistische Beeinflussung der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie, die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Anschauungen und Vorurteile, die einem bedeutenden Teil der Arbeiter und besonders der Angestellten, die nichtproletarischen Schichten der Bevölkerung entstammen, eigen sind. Der „äußere" Kanal umfaßt die Einwirkung der bürgerlichen Propaganda

[31]) H. Marcuse, Versuch über die Befreiung. Frankfurt/M. 1969, S. 33.
[32]) Diese Termini werden hier bedingt verwendet, da die Arbeiterklasse selbst nicht die bürgerliche Ideologie entwickelt.

über die modernen mächtigen Massenmedien, die Verbreitung der Ideen vom „Klassenfrieden" durch die Einführung neuer Ausbeutungsformen, insbesondere des sogenannten Paternalismus, und die Taktik des sozialen Manövrierens, die von dem staatsmonopolistischen Kapitalismus in breitem Maße angewendet wird.

Die kommunistischen Parteien verweisen ständig auf die dringende Notwendigkeit der Verstärkung des ideologischen Kampfes gegen die Bourgeoisie, sie heben die Aktualität der Leninschen Worte hervor, daß das Klassen- und sozialistische Bewußtsein nicht spontan entstehe, sondern in die Reihen der Arbeiterklasse von deren revolutionären Avantgarde getragen wird, die über eine wahrhaft wissenschaftliche Theorie von den Wegen der historischen Entwicklung und des Kampfes um die grundlegende Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische und kommunistische Gesellschaft verfügt. Der Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die rückständigen Schichten der Werktätigen und die „Verbürgerlichung" der Arbeiterklasse sind zwei nicht vergleichbare Dinge. Ersteres stellt eine reale Gegebenheit dar. Das zweite ist ein Hirngespinst, eine bewußte Entstellung der Wirklichkeit.

Ungeachtet aller Versuche der Monopolbourgeoisie, die Arbeiterbewegung in den für sie ungefährlichen Strom des Opportunismus zu drängen, nimmt der Klassenkampf des Proletariats noch nie dagewesene Ausmaße an. Die wachsende kapitalistische Ausbeutung zwingt die Arbeiter, sich immer aktiver in diesen Kampf einzuschalten. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung kommt in der wachsenden Zahl mächtiger Streiks zum Ausdruck, die in vielen Ländern ganze Zweige zum Erlahmen bringen. Wenn 1965 in den kapitalistischen Ländern (hauptsächlich in den entwickelten) 26 Millionen Menschen streikten, so betrug im Jahre 1969 die Anzahl der Streikenden schon etwa 60 Millionen und allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1970 63 Millionen.

Der unmittelbare Anlaß für die Aktionen der Werktätigen ist die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Lebensbedingungen und vor allen Dingen mit dem Lohnniveau. Selbst in den USA, wo höhere Löhne als in anderen Ländern gezahlt werden, liegt der Durchschnittslohn der Arbeiter um ein Drittel unter dem offiziell festgelegten Existenzminimum [33]). Die ständige Inflation, die zum Schatten der modernen kapitalistischen Wirtschaft wurde, verschlingt schnell jene Lohnerhöhungen, die die Arbeiterklasse in der vorangegangenen Periode errungen hat, und zwingt sie immer wieder aufs neue zum Kampf gegen die Monopole und den bürgerlichen Staat. Immer umfassender werden die Massenaktionen der Werktätigen gegen die negativen sozialen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Eine solche Folge ist die Entstehung neuer Kanäle für die Auffüllung des Reservearbeiterheeres. In der Mitte des Jahres 1970 zählte man in den USA 4,5 Millionen Arbeitslose, in Italien über 1 Million, in England 600 000. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bleibt eine der Hauptrichtungen der Massenaktionen der Werktätigen.

Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution ist unter den Bedingungen des Kapitalismus von einer verstärkten Intensivierung der Arbeit, von der Entstehung einer neuen Art der Überbeanspruchung der Arbeiter begleitet — nämlich der geistigen und nervlichen Erschöpfung. Unter diesen Bedingungen stellen die Werktätigen die Forderung nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit, nach Verlängerung des Urlaubs usw.

33) Vgl.: „Political Affairs", June 1970, S. 23.

Die Entwicklung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse zeugt keineswegs davon, daß sie das bestehende System akzeptiert und nur gegen einzelne seiner negativen Seiten auftritt. Im Gegenteil, ihre Aktionen gegen konkrete Erscheinungen der Ausbeutung, gegen soziale Ungleichheit und gegen die volksfeindliche Politik der Monopolbourgeoisie fließen in einem einheitlichen Strom des Kampfes zusammen, der die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft unterhöhlt. Das bestätigt überzeugend der Inhalt der Forderungen der Arbeiterklasse selbst. In den letzten Jahren wird das Bestreben der Arbeiter, sich selbst als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu behaupten, ihre Würde und ihr Recht zu verteidigen, auf das politische Leben Einfluß nehmen und die Kontrolle über die Wirtschaft zu gewährleisten, immer mehr zum Ziele vieler Aktionen. Die staatsmonopolistische Einmischung in den Reproduktionsprozeß und die Arbeitsverhältnisse führten dazu, daß sowohl der imperialistische Staat selbst als auch die wichtigsten Fragen seiner Innen- und Außenpolitik zum Objekt des Klassenkampfes werden. Durch das Anziehen der Steuerschraube sowie durch die „Einkommenspolitik" versucht der bürgerliche Staat den Bevölkerungsbedarf herabzusenken und im Endergebnis den Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verstärken. Deshalb ist der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse immer stärker mit ihren politischen Forderungen verflochten.

‚Die Arbeiterklasse spielt die führende Rolle bei der Vereinigung aller nichtmonopolistischen sozialen Schichten", heißt es in den Thesen, die der XIX. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei annahm. „Ihre zahlenmäßige Stärke und ihre Bedeutung unter der erwerbstätigen Bevölkerung nimmt weiter zu. Da sie am unmittelbarsten der Ausbeutung ausgesetzt ist, ist sie mehr als alle anderen an einer grundlegenden Veränderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes interessiert. Mit den modernsten Produktionsformen verbunden und befähigt, sich nur unter der Bedingung zu befreien, wenn die gesamte Gesellschaft befreit wird, steht die Arbeiterklasse an der Spitze des Kampfes um den sozialen Fortschritt. Ihre Konzentration, ihre Organisation und Erfahrungen und die Tatsache, daß sie in der Kommunistischen Partei über eine wahrhaft revolutionäre Partei verfügt, die ihre Tätigkeit auf einer wissenschaftlichen Theorie, wie sie der Marxismus-Leninismus darstellt, begründet, verleiht ihrem Kampf eine außerordentliche Effektivität."

Die revolutionäre Ausrichtung des Klassenkampfes des Proletariats ist unbestritten. „Die großen Kämpfe der Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Länder erschüttern die Macht der Monopole, verschärfen die Labilität und die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind Vorboten neuer Klassenschlachten, die zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, zur sozialistischen Revolution und zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Schichten der Werktätigen führen können" [34]).

Die Bündnispartner der Arbeiterklasse

Das zahlenmäßige Wachstum des Proletariats und sein zunehmender Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung, sein Erstarken und seine zunehmende Einflußnahme auf das gesellschaftspolitische Leben heben in keiner Weise die Notwendigkeit auf, ein breites antimonopolistisches Bündnis zu schaffen.

Die Aktualität dieses Problems wird dadurch bedingt, daß gegenwärtig immer günstigere internationale und innere Bedingungen dafür entstehen, der Herrschaft des Kapitals entscheidende Schläge zu erteilen. Diese Aktualität ist fer-

[34]) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969", Berlin 1969, S. 28.

ner dadurch bedingt, daß die Möglichkeiten zur Vereinigung aller Schichten der Werktätigen im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie bedeutend größer geworden sind. Zur Schaffung einer solchen Koalition tragen insbesondere jene Veränderungen bei, die in den sozialen Schichten vor sich gehen, die als Bündnispartner der Arbeiterklasse fungieren.

Ernsthafte Veränderungen vollziehen sich in der zahlenmäßigen Stärke und in der Zusammensetzung und der Lage der werktätigen Bauern und Farmer. Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte ging die Zahl der in der Landwirtschaft der entwickelten kapitalistischen Länder Beschäftigten stark zurück: Waren es zu Beginn des Jahrhunderts noch 70 Millionen (45,4 % der erwerbstätigen Bevölkerung), so blieben davon im Jahre 1969 nur 36,7 Millionen (12,4 % der erwerbstätigen Bevölkerung) [35]).

Der Prozeß der Verelendung der Bauern und Farmer und der zunehmenden Beschäftigungslosigkeit in der Landwirtschaft dauert auch in der Gegenwart noch an. Nichtsdestoweniger ist in vielen Ländern des entwickelten Kapitalismus, darunter auch in wirtschaftlich so starken Staaten wie Japan, Italien, Frankreich und der BRD, der Anteil der werktätigen Bauernschaft noch ziemlich bedeutend. Sie bleibt der wichtigste Bündnispartner der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Kampf. In den letzten 15 bis 20 Jahren drangen die Monopole verstärkt in die Landwirtschaft ein. Eine neue Form dieser Offensive wurde die „Integration" von Industrie und Landwirtschaft durch die Schaffung eines Agrar-Industriekomplexes. Als „Integrationsträger" treten die Großindustrie oder Handelsgesellschaften auf. Sie organisieren Betriebe, die die landwirtschaftlichen Rohstoffe verarbeiten und die für den Konsum bestimmten Produkte erzeugen. Die Neugestaltung der Landwirtschaft und der Agrarbeziehungen verstärkt den Prozeß der Verarmung der Bauern und Farmer, und der verbleibende Teil verfällt in wirtschaftliche Abhängigkeit von den Monopolen. Die Rolle des Kleinproduzenten ist äußerst eingeengt und beschränkt sich auf die Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten an die Betriebe. Dabei bestimmt das Monopol Art und Umfang der Lieferungen; es diktiert die Preise für die Produkte. Neben oder anstelle der indirekten Ausbeutung der Bauernschaft und der Farmer durch die Monopole tritt die direkte Ausbeutung. Häufig verlieren die Bauern und Farmer faktisch ihre Selbständigkeit und werden zum Teil Lohnarbeiter in „Integrationsfirmen".

Die werktätigen Bauern und Farmer beantworten die Politik der Monopole und des sie unterstützenden Staates mit einer bedeutenden Verstärkung ihres Kampfes. Die 50er und 60er Jahre waren gekennzeichnet durch zahlreiche Massenaktionen der Werktätigen auf dem Lande, durch deren wachsende Organisiertheit und politische Aktivität sowie durch die Entwicklung von Beziehungen zum Industrieproletariat und dessen Organisationen. Die Unterstützung der streikenden Arbeiter durch die Bauern und umgekehrt die Hilfe der Arbeiter für den kämpfenden Bauern werden zu einer ständigen Erscheinung.

In allen Ländern treten die Kommunisten für ein enges Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft ein. Die Kommunisten in der BRD erklären im Programmentwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands, daß sie „das Bestreben der Bauern unterstützen, sich in bäuerlichen Genossenschaften mit demokratischer Selbstverwaltung zu vereinen, um sich vor dem Joch der Großbanken und der Großindustrie zu schützen, ihre Wirtschaften zu modernisieren und den Absatz zu verbessern".

35) „Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija", Moskau 1970, Nr. 7, S. 150—151.

Das Joch des Monopolkapitals bekommt auch die städtische Kleinbourgeoisie immer stärker zu spüren. Obwohl ihre absolute Anzahl in den entwickelten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahren relativ stabil bleibt und in einzelnen Ländern zeitweilig sogar wächst, verstrickt sie sich doch immer mehr in das Netz völliger Abhängigkeit von den Monopolen.

Aus der Sphäre der Industrieproduktion herausgedrängt, strebt die städtische Kleinbourgeoisie danach, sich hauptsächlich in der Dienstleistungssphäre festzusetzen (Reparatur oder Absatz von Industrieerzeugnissen, Gaststättenwesen usw.). Aber die Monopole dringen auch in diese Gebiete des kleinen Business ein, sie berauben deren Vertreter der Selbständigkeit und verschlechtern deren materielle Lage. Die Herrschaft der Monopole ruft die Unzufriedenheit der städtischen Kleinbourgeoisie hervor, die zu einem offenen aktiven Protest heranwächst.

Die zwiespältige Lage der ländlichen und städtischen Kleinbourgeoisie, die dadurch bestimmt wird, daß ihre typischen Vertreter gleichzeitig sowohl Eigentümer als auch Werktätige sind, kommt direkt in ihrer Weltanschauung und in ihrer politischen Haltung zum Ausdruck. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bewahren die Warnungen der Begründer des Marxismus-Leninismus vor der Inkonsequenz und Widersprüchlichkeit der Positionen der Kleinbourgeoisie, die einerseits zu den Kapitalisten und andererseits zum Proletariat tendiert, ihre Aktualität. Gültig bleiben auch ihre Behauptungen, daß in den Forderungen der Kleinbourgeoisie häufig das Bestreben nach Konservierung archaischer, überlebter Produktionsformen zu finden ist.

Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin machten jedoch noch auf etwas anderes aufmerksam: Daß nämlich die Kleinbourgeoisie ihre Vergangenheit mit dem Kapital verbindet, während die Zukunft sie zum Proletariat hinzieht. Damit sie eine richtige Entscheidung treffen kann, bedarf es keinesfalls der völligen Proletarisierung aller Kleinproduzenten in Stadt und Land. Lange und teuer erkaufte historische Erfahrungen helfen ihr, ihren Platz im gesellschaftspolitischen Leben der kapitalistischen Gesellschaft zu finden und zu begreifen, daß ihre wahren Interessen nur dank des Bündnisses mit der Arbeiterklasse gesichert werden können.

Ein bemerkenswerter Zug des gesellschaftspolitischen Lebens in den Ländern des entwickelten Kapitalismus besteht darin, daß die Bauernschaft und die städtischen kleinbürgerlichen Schichten immer häufiger gemeinsam mit der Arbeiterklasse auftreten, ihren Kampf gegen die Monopole unterstützen und dafür große Unterstützung von deren Seite erhalten. Zu erwähnen ist auch, daß ihre Forderungen schon nicht mehr auf das Bestreben, alte Formen des ökonomischen Lebens zu erhalten, beschränkt sind.

In der Vergangenheit traten die Kleinproduzenten in der Regel für eine völlige Unabhängigkeit der Kleinwirtschaft von der Großproduktion ein und verwarfen im Prinzip die gesellschaftliche Kontrolle und Regulierung ihrer wirtschaftlichen und Unternehmertätigkeit. Die Versuche, die illusionäre Freiheit des kleinen Warenproduzenten zu verteidigen, mußten bankrott machen. Die Unterordnung der Kleinproduktion unter das Großkapital sowie unter die regulierende Tätigkeit des Staates ist zu einer Tatsache geworden.

Damit veränderte sich auch der Charakter der Forderungen der kleinbürgerlichen Schichten aus Stadt und Land. Das Neue an diesen Forderungen ist das Suchen nach solchen Wegen und Formen der Umgestaltung der Kleinproduktion, die den Bedingungen der modernen Wirtschaft entsprechen und gleichzeitig die

wesentlichen Lebensinteressen von Millionen Bauern und Farmern, Handwerkern, Kleinhändlern, Besitzern von Reparaturwerkstätten, Ateliers usw. garantieren. Dazu gehören solche Forderungen wie die Förderung der Genossenschaftsbildung und der technischen Erneuerung der Kleinproduktion durch den Staat und andere. All das erweitert die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen der Arbeiterklasse und der nichtproletarischen Schichten der Werktätigen.

Wie auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1969 betont wurde, verteidigen breite Massen der Mittelschichten, „obwohl sie nicht einheitlich auftreten und für die bürgerliche Ideologie besonders anfällig sind, ... aktiv ihre Interessen und reihen sich in den Kampf für die allgemeindemokratischen Forderungen ein. Unter ihnen wächst die Erkenntnis, daß gemeinsame Aktionen mit der Arbeiterklasse für sie lebenswichtig sind" [36]).

Zu einem immer wichtigeren Bündnispartner der Arbeiterklasse wird die Intelligenz, die unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution und anderer Faktoren zahlenmäßig äußerst schnell wächst. Die Hauptmasse der Intelligenz bilden gegenwärtig die Gehaltsempfänger (in den USA — etwa 90 %), deren Anteil ständig weiter zunimmt. Zu den Gehaltsempfängern gehören folgende, ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Produktion nach wichtige und größere Berufsgruppen der Intelligenz: Wissenschaftler und Ingenieure, Ökonomen, Lehrer, Ärzte, Mitarbeiter von Presse, Funk und Fernsehen usw.

Wie wir schon ausführten, gibt es unter den Marxisten unterschiedliche Meinungen in der Frage, ob die Hauptmasse der Gehaltsempfänger, die mit geistiger Arbeit beschäftigt sind, unmittelbar zur Arbeiterklasse gehören. So schreibt der französische Ökonom S. Laurent: „Die geistig Tätigen sind einer zunehmenden kapitalistischen Ausbeutung ausgesetzt. Aber man kann nicht sagen, daß sie vom Standpunkt ihrer Existenzbedingungen und schon gar nicht von dem ihres Klassenbewußtseins aus bereits in die Arbeiterklasse integriert seien. Wir beobachten nur in Keimform einen Prozeß, dessen Folgen sich in der Zukunft bemerkbar machen werden" [37]). Andererseits schließt nach Ansicht des australischen Marxisten Brian T. Carey die Arbeiterklasse „alle ein, die im Prinzip Produktionsmittel weder in Besitz noch unter Kontrolle haben und vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft leben" [38]). Ausgehend von dieser Definition schließt er nur das mittlere und höhere Verwaltungspersonal aus der Arbeiterklasse aus. Zugleich sind sich alle Marxisten darin einig, daß eine schnelle Proletarisierung der Hauptmasse der geistig Tätigen vor sich geht, das heißt eine immer größere Angleichung ihrer sozialökonomischen Stellung an die Lage der Hauptformation der Arbeiterklasse.

In dem Maße, wie breite Schichten der Intelligenz ihre Selbständigkeit verlieren, wie sie zu Gehaltsempfängern, zu einem Objekt der kapitalistischen Ausbeutung werden und ihrer sozialen und materiellen Privilegien verlustig gehen, wird die objektive Basis für ihr Bündnis mit der Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf gegen die Herrschaft des Monopolkapitals gefestigt. Wenn wir die Ursachen, die die Intelligenz auf diesen Weg drängen, charakterisieren, muß gesagt werden, daß sie nicht nur ein Objekt der kapitalistischen Ausbeutung darstellt, sondern kraft der Spezifik ihrer Arbeit besonders deutlich das geistige Joch der Monopolbourgeoisie empfindet, die die Grundlage aller geistigen Tätigkeit — die schöpferische Freiheit — attackiert. Ihres Schöpfertums beraubt, wird die

[36]) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969", Berlin 1969, S. 30.
[37]) „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 1970, Nr. 8, S. 1094.
[38]) „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 1970, Nr. 8, S. 1099.

geistige Tätigkeit zu einer Art Fließbandproduktion von Ideen, Empfehlungen und Entscheidungen, die völlig an die pragmatischen Ziele der Festigung der Klassenherrschaft des Kapitals angepaßt ist.

Die objektive Lage der Intelligenz als schöpferischer Kraft, die wissenschaftlich-technische Kenntnisse hervorbringt, sammelt und anwendet, die theoretisch die praktischen Erfahrungen auf allen Lebensgebieten der Gesellschaft verallgemeinert, veranlaßt unweigerlich einen immer größer werdenden Teil der geistig Tätigen zum Kampf gegen den Kapitalismus, der die Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse der gesamten Menschheit behindert und sie in ein Mittel zur Verstärkung der klassenmäßigen und nationalen Unterdrückung, in ein Instrument der Militarisierung und Aggression verwandelt.

Zur Einbeziehung der Intelligenz in den antimonopolistischen Kampf tragen auch die Veränderungen in ihrer sozialen Herkunft und in der Organisation der Arbeit bei. Im vergangenen Jahrhundert und selbst noch in der Vorkriegsperiode unseres Jahrhunderts waren die Intellektuellen isoliert und getrennt voneinander tätig. Der Individualismus war ein charakteristischer Zug der Intellektuellen, der, wie W. I. Lenin bemerkte, vor allem das Produkt ihrer Arbeitsbedingungen war. Die Einzelarbeit, die Arbeit in sehr kleinen Kollektiven ließen keine Möglichkeit für eine umfassende Vereinigung ihrer Kräfte zu und brachten die Formen ihrer Arbeitsorganisation denen des zersplitterten kleinbürgerlichen Unternehmertums nahe.

Charakter und Formen der Arbeitsorganisation der Intellektuellen veränderten sich grundlegend in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Zentralisation des Kapitals in der nichtproduzierenden Sphäre, die verstärkte Notwendigkeit, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu nutzen, führten zur Konzentration der „Betriebe" der geistigen Arbeit. Als Ergebnis entstanden komplizierte Kooperationen der geistig Tätigen. Obwohl auch heute noch Spezialisten einiger Berufe individuell arbeiten, ist für die Mehrheit der technischen Berufe, der in der Medizin Arbeitenden sowie für viele Vertreter der wissenschaftlichen und schöpferischen Intelligenz die Arbeit in großen und häufig mehrstufigen Kollektiven charakteristisch. Sie sind vereint in großen Forschungszentren von Industriegesellschaften, in wissenschaftlichen Laboratorien, Ingenieurfirmen, in juristischen „Fabriken"; sie arbeiten in großen Kliniken und gigantischen Universitäten. Heute wird die Arbeit der Fachleute immer mehr zu einer kollektiven, weitgehend kooperierten Arbeit. Und obwohl der Individualismus noch vielen Intellektuellen eigen ist, sind heute die objektiven Bedingungen für die Konsolidierung der Kräfte und für die Vereinigung der Geistesschaffenden gegeben. Gerade deshalb vergrößert sich schnell die Mitgliedszahl jener Gewerkschaften, die Spezialisten verschiedener Fachrichtungen vereinen und deren Auftreten Massencharakter trägt.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts ging eine wesentliche Verschiebung in der sozialen Herkunft der Intelligenz und im Entwicklungsgrad ihrer direkten Beziehungen mit der Arbeiterklasse vor sich. Früher rekrutierte sich die Intelligenz hauptsächlich aus Vertretern der herrschenden Klassen. Heute kommt dagegen ein bedeutender Teil aus Arbeiterfamilien. Dieser Umstand erleichtert zweifelsohne die Annäherung der Geistesschaffenden und der Industriearbeiter.

Die Einbeziehung breiter Schichten der Intelligenz in den antimonopolistischen Kampf ist keine Prognose, sondern eine reale Tatsache. Davon zeugen solche sich vor unseren Augen entwickelnden Prozesse wie die wachsende politische

Aktivität und Verstärkung des demokratischen Flügels der werktätigen Intelligenz, ihre breitere praktische Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen und schließlich der wachsende Einfluß, den die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus in ihren Reihen ausüben. Unter den konkreten Bedingungen einer Reihe von Ländern des entwickelten Kapitalismus nimmt die Intelligenz die Rolle des wichtigsten Bündnispartners der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Kampf ein. „Das Bündnis der körperlich und geistig Schaffenden", heißt es im Schlußdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, „wird zu einer immer bedeutenderen Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, für die demokratische Kontrolle der Produktion, der Kultureinrichtungen und Massenmedien, für die Entwicklung des Bildungswesens im Interesse des Volkes" [39]).

Von den gewaltigen Perspektiven der weiteren Festigung dieses Bündnisses spricht vielleicht am überzeugendsten die Entwicklung der demokratischen Massenbewegung unter den Studenten. In der Tat ist die aktive Einbeziehung der Studentenschaft in den antimonopolistischen Kampf nicht nur angesichts ihres schnellen zahlenmäßigen Wachstums — sie haben viele Millionen erreicht — von Bedeutung, sondern auch deshalb, weil die heutigen Studenten die Intelligenz von morgen darstellen.

Selbstverständlich wäre es kaum richtig anzunehmen, daß alle Teilnehmer von studentischen Massenaktionen auch in Zukunft überzeugte und aktive Gegner der kapitalistischen Ordnung bleiben werden. Man kann sich eher vorstellen, daß einige von ihnen eifrige Verfechter des Kapitalismus werden oder sich zumindest von der demokratischen Bewegung lossagen und den „Dienstinteressen" und der Karriere den Vorzug geben. Und trotzdem wird das ideologische und politische Antlitz der folgenden Generation der Intelligenz, die ihrer sozialen Herkunft nach demokratischer sein wird und die Feuerprobe der heutigen Studentenaktionen durchlaufen hat, noch stärker von solchen Zügen wie Antikapitalismus, linkem Radikalismus, Neigung zur Teilnahme an Massenbewegungen, zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse geprägt sein.

So wie früher werden auch weiterhin in den kapitalistischen Ländern verschiedene Gruppen von Werktätigen existieren, die besonders grausam von der herrschenden Klasse ausgebeutet werden. Zu ihnen gehören die diskriminierten nationalen Minderheiten, die werktätige Bevölkerung ökonomisch rückständiger Gebiete, die sich in der Situation einer „inneren Kolonie" befinden: die Neger, Indianer, Puertorikaner und die Vertreter einer Reihe anderer Nationalitäten sowie die Bewohner der Appalachen und einiger anderer Gebiete in den USA, die werktätige Bevölkerung Nordirlands und einer Reihe Gebiete Schottlands in Großbritannien, die Werktätigen der südlichen Provinzen Italiens, die französische Bevölkerung von Quebeck in Kanada usw. In den Forderungen und Bestrebungen dieser Schichten und Gruppen von Werktätigen sind untrennbar soziale und nationale, klassenmäßige und allgemein-demokratische Motive miteinander verflochten.

Die objektive Lage diskriminierter tatsächlich „ausgestoßener" Formationen der Werktätigen schafft neue Möglichkeiten für deren festes Bündnis mit der Arbeiterklasse. Allein im Rahmen dieses Bündnisses, im allgemeinen Strom des antimonopolistischen Kampfes eröffnet sich ihnen die Perspektive einer radikalen Lösung ihrer spezifischen ökonomischen, sozialen und politischen Probleme.

39) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969", Berlin 1969, S. 30.

Der Weg zur Schaffung eines solchen Bündnisses ist nicht frei von Schwierigkeiten. Zu ihnen gehören sowohl die real existierenden nationalen Unterschiede als auch die nationalistischen Vorurteile, die dem Kapitalismus eigene Ungleichheit der ökonomischen Entwicklung, die einzelne Gebiete und ihre Bevölkerung in eine ungleiche Lage gebracht haben, und der von der herrschenden Klasse bewußt gesteuerte Kurs auf die Spaltung der Werktätigen. Der Kampf der kommunistischen Parteien und aller aufrechten Verfechter der Einheit der Werktätigen hilft, diese Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden, und trägt dazu bei, eine allgemeine antimonopolistische Front zu schaffen, die im Endergebnis die überwiegende Mehrheit der Nation vereinen kann.

Eine neue „Führungskraft" oder neue falsche Theorien?

Die wissenschaftlich-technische Revolution und der mit ihr verbundene, schnell anwachsende Bedarf an Spezialisten verschiedener Wissensgebiete sowie das stürmische Vordringen der Geistesschaffenden und Studenten in die vordersten Reihen des gesellschaftspolitischen Lebens haben eine neue Welle theoretischer Verallgemeinerungen darüber hervorgerufen, welche Klassen und sozialen Schichten die führende Rolle in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft spielen. Die Autoren solcher Konzeptionen sind wiederum sowohl bürgerliche als auch „ultralinke" Ideologen. Die Grundlage derartiger Konzeptionen ist zwiespältiger Natur. Einerseits sind in ihnen Elemente von unvermeidlichen Übertreibungen und Illusionen vorhanden, die durch das jähe Wachstum der gesellschaftspolitischen Aktivität der mit geistiger Arbeit beschäftigten Werktätigen hervorgerufen wurden. Andererseits zeigt sich das Bestreben, diesen Prozeß bewußt zum Zwecke des Kampfes gegen die marxistisch-leninistische Ideologie zu nutzen.

In den meisten Theorien von der „Industrie"- und „postindustriellen" Gesellschaft wird den „Technokraten", der „Zwischenschicht der Pädagogen und Wissenschaftler", der Intelligenz allgemein die Rolle eines „Motors" der gesellschaftlichen Entwicklung zuerkannt [40]).

Zugunsten dieses Standpunktes argumentierend, schreibt J. Galbraith: „Die Macht geht an jenen Faktor der Produktion über, der am wenigsten zuständig und am schwierigsten zu ersetzen ist" [41]). Da nach Ansicht Galbraiths das Wissen ein solcher Faktor ist, muß die führende Rolle und die Macht in der Produktion und Gesellschaft nicht an die Arbeiterklasse übergehen, wie die Marxisten behaupten, sondern an das „organisierte Wissen", an die „Gesamtheit der Menschen, die über die verschiedenartigen technischen Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen". Galbraith gibt dieser „Gesamtheit von Menschen" die Bezeichnung „Technostruktur" [42]).

Der Autor dieser Konzeption wendet auf diese „Technostruktur" nicht den Terminus „Klasse" an. Aber das ändert nichts am Wesen der Sache, denn er betrachtet sie als neues Element der sozialen Zusammensetzung der kapitalistischen Gesellschaft, als soziale Bewegkraft ihrer Entwicklung. Die Falschheit dieser Konzeption offenbart sich, sobald wir versuchen, die Frage zu beantworten, welches Kriterium Galbraith zur Deklarierung der „Technostruktur" zu einer besonderen sozialen Schicht auswählt. Ein solches Kriterium ist nicht das Verhältnis der gegebenen Bevölkerungsgruppe zu den Produktionsmitteln, sondern nur ihre funktionale Bestimmung.

40) Vgl.: J. Galbraith, Novoe industrialnoe obščestvo. Moskau 1969, S. 84—89, 335—343; O Bell, Notes on the Post-Industrial Society („The Public Interst.", Winter 1967, S. 27).
41) J. Galbraith, a. a. O., S. 35.
42) J. Galbraith, a. a. O., S. 37, 38, 113.

Die marxistisch-leninistische Analyse der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft umfaßt auch die Charakterisierung sozialer Gruppen, die nach solchen Merkmalen wie Funktion und Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit zusammengefaßt werden. Unter diesem Gesichtswinkel hebt der Marxismus-Leninismus auch die „Spezialisten", die Geistesschaffenden, die Intelligenz als eine besondere soziale Schicht hervor. Und für die Marxisten ist auch jene Tatsache unbestreitbar, daß die Rolle der geistigen Arbeit und der Menschen, die mit dieser Arbeit beschäftigt sind, immer wichtiger wird. Parallel aber zu dem Prozeß der Erweiterung der gesellschaftlichen Funktionen der Intelligenz, ihrer wachsenden Rolle und Verantwortung wird sie in sozialer Beziehung immer differenzierter.

Dieser Aspekt des Problems fehlt in dem Schema Galbraiths völlig. Seine „Technostruktur" ist einheitlich und unteilbar. Sie wird dargestellt als Werk und organischer Bestandteil der technischen und ökonomischen Organisation der modernen Industriegesellschaft. Der Kern „Technostruktur" — die wissenschaftliche und technische Intelligenz — ist mit dem Industriekapitalismus nicht nur berufsmäßig, sondern mit allen ihren ökonomischen, sozialen und politischen Interessen verbunden und wird nach Ansicht Galbraiths zur bewegenden und führenden Kraft dieser Gesellschaft. Sie tritt niemals als ihr Gegner, sondern allein als ein Faktor ihrer Evolution auf.

Das Paradoxe besteht darin, daß Galbraith den Begriff „Technostruktur" gerade in jener Zeit prägte, als die Intelligenz, die das Hauptelement dieses Begriffes bildet, sich besonders schnell in eine zu Proletariern werdende Mehrheit und in eine sich der Bourgeoisie annähernde Minderheit differenzierte. Die reale Tendenz besteht nicht darin, daß die „Technostruktur" die alten Klassen — das Proletariat und die Bourgeoisie — in den Hintergrund drängt, sondern darin, daß die Hauptmasse der Geistesschaffenden in den Strom der Arbeiterklasse mündet oder sich ihm annähert, wobei sie selbstverständlich ihre eigenen Kenntnisse mitbringt, die Galbraith als den „Defizitfaktor" der Produktion bezeichnet. Im Endergebnis führt das zur Hebung der Rolle der Arbeiterklasse im Leben der kapitalistischen Gesellschaft, es trägt zur Verwirklichung ihrer historischen Mission bei — die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Vernichtung der Klassenausbeutung und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Neben den Versuchen einer bürgerlich-apologetischen oder bürgerlich-reformistischen Auslegung der Folgen des zahlenmäßigen Wachstums und der zunehmenden gesellschaftlichen Rolle der Intelligenz erlangen in den letzten Jahren jene Konzeptionen Verbreitung, die diesen Prozeß in sozial-kritischem oder „ultrarevolutionärem" Geiste charakterisieren. Wenn Galbraith und Bell in der Intelligenz die „führende Kraft" der kapitalistischen Gesellschaft sehen, die ihre evolutionäre Entwicklung garantiert, so betrachtet der französische Soziologe A. Touraint sie als die Hauptopposition gegenüber den herrschenden Kreisen des gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus. „In einer Gesellschaft, die vor allem auf der produktiven Arbeit beruht", so schreibt er, „tritt der Facharbeiter in erster Linie und unmittelbar den Kapitalisten entgegen. In der heutigen dynamischen Gesellschaft sind diese Kraft die Intelligenz und die Studentenschaft, die unmittelbar der Technokratie entgegentreten" [43]).

Selbstverständlich beruht in den sozial-kritischen Konzeptionen die falsche Auffassung von der gesellschaftspolitischen Rolle der Intelligenz auf anderen Aus-

[43]) Zit. nach: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 1970, Nr. 8, S. 1123.

gangsthesen, auf einem anderen System von Argumenten als in den apologetischen und bürgerlich-reformistischen Theorien. Als Quelle für die falschen Schlußfolgerungen kann man eine pessimistische Einschätzung der Fähigkeit der Arbeiterklasse, sich der Einwirkung der „Verbraucherpsychologie", der reformistischen Ideologie und Praxis sowie den von der herrschenden Klasse genutzten Massenmedien usw. zu widersetzen, erkennen. Es ist auch offensichtlich, daß jene realen Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital ignoriert oder unterschätzt werden, die das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse nähren, wogegen die Fähigkeit des gegenwärtigen Kapitalismus, den Elan der Klassenkämpfe mit Hilfe der Politik der sozialen Manövrierung zu schwächen, überbetont wird.

Am plastischsten treten diese Fehler in den Arbeiten „ultralinker" Ideologen zutage, die widerspruchslos und kategorisch die Arbeiterklasse der „Verbürgerlichung" beschuldigen und ihre Hoffnungen auf „äußere Stimulatoren" setzen, ohne deren Einwirkung die Arbeiterklasse angeblich nicht in der Lage sei, sich in den revolutionären Kampf um die Liquidierung des Kapitalismus einzuschalten. Solche „Stimulatoren" erblickt man bald in der Studentenschaft, bald in unterdrückten nationalen Minderheiten oder in irgendwelchen anderen, aufs äußerste verarmten und unterdrückten Gruppen der Werktätigen.

Bei einer gewissen Treffsicherheit einzelner Bewertungen bestimmter konkreter Erscheinungen und Prozesse, die in der bürgerlichen Gesellschaft vor sich gehen, stellen die „ultralinken" Konzeptionen doch eine zur Theorie erhobene einseitige und falsche Auffassung von der kapitalistischen Wirklichkeit, von ihren Entwicklungstendenzen, von den in der Wirtschaft, in der Klassenstruktur, in der Verteilung der gesellschaftspolitischen Kräfte vorsichgehenden Veränderungen in den kapitalistischen Ländern dar. Diese Theorien lassen die völlige Unkenntnis dessen erkennen, über welche Eigenschaften und Fähigkeiten eine gesellschaftliche Klasse verfügen muß, die die Rolle einer führenden revolutionären Kraft im Kampf gegen den Kapitalismus verkörpern soll. Sie demonstrieren das Vergessen jener langen historischen Erfahrungen, jener überreichen gesellschaftspolitischen Praxis, die das Proletariat als einzige Klasse in die Lage versetzt hat, die sozialistische Revolution zu lenken und sie zum Siege zu führen.

Aber nicht nur die Geschichte, sondern in erster Linie die Maßstäbe und der Inhalt der Aktionen der gegenwärtigen Arbeiterklasse zeugen davon, daß sie die Hauptkraft und die Avantgarde im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die Herrschaft der Monopole darstellt. Das Proletariat verteidigt nicht nur seine eigenen Interessen, sondern bringt die Interessen aller werktätigen Schichten der Bevölkerung zum Ausdruck, wenn es solche Forderungen erhebt wie die radikale Veränderung der sozialökonomischen Politik des Staates, die Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen und ihre Ausdehnung auf die Produktionssphäre, die Verwirklichung grundlegender Reformen auf dem Gebiet der Bildung, des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung, die Durchführung von Maßnahmen, die die Lage der Bauern verbessern usw., wenn sie weiterhin gegen die aggressive Politik des Imperialismus und für den Frieden in der ganzen Welt kämpft. Sie betätigt sich damit als führende Kraft, die fähig ist, die Bewegung der Nation auf dem Wege des ökonomischen und sozialen Fortschritts zu gewährleisten und das feste Bündnis der Werktätigen, das die Vorwärtsbewegung ermöglicht, zu schaffen. „Nur die Arbeiterklasse", betonte Genosse Breschnew, „kann dieses Bündnis zum Sieg führen, den Kampf auf eine neue Stufe heben und dabei die völlige Entmachtung des Kapitals und den

Triumph des Sozialismus gewährleisten. Keine andere Klasse, keine andere soziale Schicht der Gesellschaft ist derart organisiert und stark. Die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse ist ungeheuer. Ihre revolutionären Erfahrungen sind unglaublich reich. Ihr ideologisches, kulturelles und geistiges Niveau wächst von Jahr zu Jahr. Ihre politische und moralische Autorität in der Gesellschaft ist unermeßlich gewachsen" [44]).

[44]) „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969", Berlin 1969, S. 187.

Bücher

Baudissins Scheitern

Dietrich Genschel, Wehrreform und Reaktion. Die Vorbereitung der Inneren Führung 1951—1956. R. v. Decker's Verlag G. Schenck, Hamburg 1972, 364 S., 22,50 DM.

Anzuzeigen ist ein in seiner Art seltenes Buch, hervorgegangen aus einer Freiburger Dissertation, verfaßt von einem aktiven Oberstleutnant der Bundeswehr. Es beschreibt, wie in der Vorbereitungsphase der Remilitarisierung, als es noch kein dafür zuständiges Ministerium gab, sondern nur einen Dienststellen-Leiter mit der „Tarnbezeichnung" (S. 25) „Beauftragter für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen", das Konzept der Inneren Führung als ein Instrument zur Beschwichtigung mißtrauischer Demokraten in der Öffentlichkeit mißbraucht und gleichzeitig im inneren Betrieb dieser Dienststelle planmäßig in seiner Bedeutung herabgesetzt wurde. Ausgehend von einer großen Zahl Binnen-Informationen, die einem „zivilen" Sozialwissenschaftler in der Regel nicht zur Verfügung stehen, hat Genschel seine brisante Fragestellung ein wenig dadurch abgemildert, daß er organisationssoziologische Kategorien als Instrumente der Analyse benutzt — allerdings ohne den politischen Inhalt des dann sehr präzise beschriebenen Prozesses leugnen zu wollen. „Die Arbeit unternimmt es also, eine Organisation der öffentlichen Verwaltung daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie ein vorgegebenes Ziel tatsächlich verwirklicht hat" (S. 12). Dabei kommt natürlich auch zur Sprache, mit welchem Nachdruck dieses Ziel — Verwirklichung der Inneren Führung — denn nun vorgegeben war. Das Resultat überrascht kaum, denn die Verfallsgeschichte der Inneren Führung ist trotz neuerdings erlassener Vorschrift unübersehbar. Erschrocken muß man jedoch während der Lektüre zur Kenntnis nehmen, mit welch brutalen Mitteln, mit welchem Zynismus und mit welcher Doppelzüngigkeit diese Verfallsgeschichte in Szene gesetzt wurde.

Genschel zeigt an mehreren Stellen, wie die Dienststelle Blank in ihrer Selbstdarstellung nach außen das Konzept der Inneren Führung als demokratie-konforme Ideologie der neuen Streitkräfte in den Vordergrund schob (S. 27, 29, 32). Sowohl im Organisationsplan als auch in der internen Gewichtung der Dienststelle rangierten Baudissin und seine Mitarbeiter dagegen immer an letzter Stelle. „Die Bedeutung der Sektion Innere Führung und damit des Konzepts der Inneren Führung innerhalb der Dienststelle Blank, gemessen an der Position innerhalb der formalen Organisation, war gering und entsprach nicht den in der Öffentlichkeit proklamierten Inten-

tionen" (S. 103). Diese permanente Unterbesetzung des „Apparates" der Inneren Führung war kein Zufall, sondern gezielt: personelle Mindestanforderungen Baudissins wurden innerhalb des Amtes sozusagen prinzipiell erheblich abgeschwächt (S. 117).

Auch die ideologische (geistige oder staatsbürgerliche) Schulung der Mitarbeiter der Dienststelle geschah ohne wesentlichen Einfluß der Vertreter der Inneren Führung, die ja — nach außen hin — das Selbstverständnis des Bundeswehr-Offiziers grundlegend prägen sollte. Ein von General Heusinger im Dezember 1952 erlassenes Vortragsprogramm für die militärische Abteilung enthielt in der Hauptsache Referate zur „militärischen Ostlage", ferner vier über außenpolitische Fragen ganz allgemein, eines über das Grundgesetz. Einmal referierte der Kabarettist Werner Finck über „Humor und Soldatentum", und nur zweimal wurde das Konzept der Inneren Führung behandelt (S. 133). Innerhalb der Sektion Innere Führung erwies sich der spätere General Karst bald als ein reaktionärer Fuchs im Kaninchenfell des Reformers — seine teilweise schon bekannten Obstruktionsversuche (einmal begleitet von einer „Gratulationscour" der Mitarbeiter der Dienststelle) werden hier noch einmal geschildert. Nicht ganz gerecht wird Genschel dagegen dem 1955 fristlos entlassenen Bonin, der aus anders zu bewertenden Gründen der Person und der Konzeption Baudissins skeptisch gegenüberstand — und übrigens auch nicht deshalb entlassen wurde, sondern, wie Genschel richtig anmerkt (S. 145), wegen militärpolitischer Differenzen zu Blank und Adenauer, die damals auf nichts mehr drängten als auf die „rasche Aufstellung deutscher Truppen" (S. 219). In seiner Zusammenfassung geht Genschel noch einmal auf die Differenz zwischen dem nach außen hin aufgebauten Potemkinschen Dorf einer Inneren Führung und ihrer tatsächlichen Wirksamkeit ein: „Weder hatten die Gedanken des Reformkonzepts Einfluß auf die Auswahl neuer Mitarbeiter für die Dienststelle Blank, noch bemühte sich die Leitung um einen wirksamen Erziehungsprozeß innerhalb der Dienststelle, mit dem das Konzept bekanntgemacht und seine normative Verbindlichkeit kontinuierlich postuliert und auch kontrolliert worden wäre" (S. 225).

Genschel drückt sich ganz am Schluß um eine eindeutige Stellungnahme zu dem politischen Gehalt des von ihm so ausführlich dargestellten Prozesses. Zwar habe schon im Beginn der Inneren Führung der Keim eines Mißerfolges gelegen, jedoch sei sie nicht einer „Verschwörung zum Opfer gefallen", sondern eher mangelndem Engagement. Der Verschwörungs-Begriff ist in der Tat wenig aussagekräftig. Aber daß man in den Mißerfolg nicht einfach so oder auch einzig wegen der Engstirnigkeit der in der Dienststelle wirkenden Militärs (Genschel referiert an anderer Stelle einmal die Formel von der „Restauration der Mittelmäßigkeit") hineingeschlittert ist, sondern daß ihm eine politische Strategie zugrunde lag, belegt der Autor selbst auf fast jeder Seite dieses Buches. So ist es ein wertvoller Beitrag zur Geschichte des politischen Kampfes um die Wiederbewaffnung geworden, der nüchtern und anschaulich einen Teil der Mittel beschreibt, mit deren Hilfe sie inszeniert wurde.

Wilfried v. Bredow

Süßmuth als Modell?

Franz Fabian (Hrsg.), Arbeiter übernehmen ihren Betrieb oder: Der Erfolg des Modells Süßmuth. Rowohlt Verlag, Reinbek 1972, Reihe rororo-aktuell, Band 1605, 121 S., 3,80 DM.

Nachdem die Glashütte Süßmuth in Immenhausen bei Hofgeismar 1970 durch ausgebliebene Investitionen und Absatzschwierigkeiten bis hart an die Grenze des wirtschaftlichen Ruins gedrängt worden war, übernahmen die ca. 260 Arbeiter und Angestellten der Hütte, die sonst ihre Arbeitsplätze verloren hätten, den Betrieb in eigener Regie. Diese Übernahme, d. h. ihre Erkämpfung durch die Belegschaft mit gewerkschaftlicher Unterstützung, hat eine erstaunliches Echo in den Medien gefunden, allerdings eines — wie Hans See in seinem Beitrag zum vorliegenden Buch bemerkt —, das nicht die unternehmerische Entschlossenheit und den Mut der „Arbeitnehmer" als das eigentlich spektakuläre Ereignis empfand, sondern den unerhörten Vorgang, daß hier ein privater Einzelunter-

nehmer abgelöst und durch eine nach bürgerlichem Verständnis revolutionäre Organisationsform, die Arbeiterselbstverwaltung, ersetzt wurde. Inzwischen ist die Übernahme des Betriebs „Geschichte" — jetzt geht es um erste Zwischenbilanzen dieses Experiments. Auch die Beiträge dieses Bandes, der zur Beweiskraft des Süßmuth-Modells kritisches Material versammeln will, weisen im Grunde über den konkreten Fall hinaus und thematisieren weitgehend den Stellenwert eines Experiments wie des vorliegenden innerhalb der Frage der Selbst- und Mitbestimmung in der Wirtschaft. Die Bedeutung und die Notwendigkeit einer Diskussion dieses Stellenwertes erhellt wohl schon aus den Hoffnungen, die wirtschaftliche Kreise auf das Scheitern des Modells setzen, und aus vielen zynisch-hämischen Bemerkungen und Kommentaren der Wirtschaftspresse.

Die zentrale Frage, die hier selbstkritisch beantwortet werden muß, lautet: Inwieweit wird durch die Gewährung innerbetrieblicher Vergünstigungen und eventueller finanzieller Vorteile die artifizielle Schaffung eines Kleinunternehmerbewußtseins begünstigt? Inwieweit kann ein solches Bewußtsein den Kapitalismus weniger verdächtig erscheinen lassen und so kapitalismusstabilisierend wirken? Droht doch die Gefahr, daß unternehmerideologische Bemühungen das Süßmuth-Modell (und mit ihm andere Modelle) schließlich bejahen und diese Existenz alternativer wirtschaftlicher Organisationsformen in ein de facto bestehendes wirtschaftspolitisches Pluralismuskonzept umzubiegen verstehen. So gesehen, kann es nicht darum gehen, sich auf ein sich selbst als großzügig verstehendes Angebot rein formaler Möglichkeiten der Realisierung alternativer Unternehmensverfassungen einzulassen, sondern dieses konkrete Modell kann und darf sich nur als praktische „Pilotstudie" in dem Bemühen um *gesamtgesellschaftlich* zu erreichende Selbstbefreiung der Produzenten verstehen.

Dieser Rahmenproblematik sind sich die Autoren des vorliegenden Buches bewußt. So schreibt etwa Hans See, daß „die Außenbeziehungen des nach innen radikal demokratisierten Betriebes nach wie vor durch eine nicht demokratisch kontrollierte Wirtschaft bestimmt werden". Hieraus erhellen auch die Widersprüche, vor deren Hintergrund demokratisch organisierte Mittelbetriebe wie die Glashütte Süßmuth die „Tücken kapitalistischer Krisenwirtschaft" (H. See) schwer zu überleben vermögen.

Für den Bereich innerbetrieblicher Arbeiterbildung, die im vorliegenden Modell einen wichtigen Stellenwert einnimmt, ergeben sich daraus wichtige Zielbestimmungen: es müßte möglich sein, ein Bewußtsein davon zu vermitteln, wie sehr Entpolitisierung und Ausgeliefertheit an ein Bildungssystem, das über betriebs- und volkswirtschaftliche Vorgänge im wesentlichen uninformiert läßt, eine öffentliche Meinung wie die vorherrschende bedingen — eine öffentliche Meinung, die im Falle eines Scheiterns des Modells Süßmuth nicht danach fragen dürfte, woran es scheiterte; sondern die mit dem Scheitern des Modells eine politische Alternative gescheitert sieht, mit der das Modell — zu Recht oder zu Unrecht — in Zusammenhang gebracht wird. Vielleicht liegt in einem Gelingen des Modells und damit in dessen Demonstrationswert für eine abhängige Öffentlichkeit der größte Nutzen überhaupt. Manfred Bosch

Kurzrezensionen

Hans D. Klingemann/Franz U. Pappi, Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anläßlich der Landtagswahl 1970 in Hessen. R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1972, 124 S., 18,— DM.

Der Forschungsbericht der beiden Kölner Sozialwissenschaftler geht zwar von dem üblichen, der Totalitarismusideologie zugrunde liegenden Schema des „Radikalismus von links und rechts" aus, gelangt jedoch, gestützt auf empirische Materialien, zu einigen bemerkenswerten Resultaten. Geht man von einem bloß formalen Demokratiebegriff aus (Demokratie lediglich als Anerkennung bestimmter Spielregeln zur Konfliktaustragung), so lassen sich zwischen Anhängern der DKP und der NPD gewisse Gemeinsamkeiten feststellen. In der Tat stehen beide dem gegenwärtigen politischen System skeptisch gegenüber.

planter und gelenkter Wirtschaft. 3) Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung. 4) Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat vorgesehenen Umfang hinaus. 5) Aufstellung eines Export- und Importplanes. 6) Durchführung einer Bodenreform. 7) Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform. Zur Begründung dieser Entschließung wiesen die Delegierten auf die Gefahren einer Restauration in einzelnen Zonen hin, gegen die einzuschreiten eine der wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben sei.

Dieses Dokument und 45 weitere, von denen sich nicht wenige auf das auch heute aktuelle Problem der Mitbestimmung beziehen, sind vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen zusammengetragen worden, um deutlich zu machen, daß nach der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland der Wille zu grundlegender gesellschaftlicher Neuordnung damals auch in den Westzonen lebendig war. Da gerade zu Beginn dieses Jahrzehnts durch eine ganze Reihe von neuen Forschungsergebnissen die Diskussion über die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland neue Akzente erhalten hat und das allgemeine Interesse an dieser Epoche im Wachsen begriffen ist, erfüllt die vorliegende Dokumentation eine sinnvolle Funktion. Besonders für jüngere Menschen, Lehrlinge und Schüler, dürfte hier ein brauchbares Hilfsmittel zur besseren Erkenntnis der Entwicklung nach 1945 vorliegen. W. B.

*

Ulrich Albrecht, Der Handel mit Waffen. Eingeleitet von Carl Friedrich v. Weizsäcker. Carl Hanser Verlag, München 1971, 216 S., 27,— DM.

Ulrich Albrecht, Politik und Waffengeschäfte. Rüstungsexporte in der BRD. Carl Hanser Verlag, München 1972, Reihe Hanser, Bd. 99, 165 S., 8,80 DM.

„Blickt man nach vorn, so ist unverkennbar, wie die Reproduktion des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD voranschreitet und wie ihr systematisch der Weg bereitet wird." Dies ist das Fazit der Untersuchung von Albrecht über die Rüstungsexporte in der Bundesrepublik. Der Autor kann mit Fug und Recht zu den kompetentesten der wenigen westdeutschen Sozialwissenschaftler und Publizisten gerechnet werden, die sich mit den Problemen der Rüstungsproduktion und des Waffenhandels beschäftigen. Dabei bevorzugt er einen „industriepolitischen" Ansatz, der die Art und Weise, in der politische und strategische Entscheidungen über Rüstungsproduktionen gefällt werden, mehr aus den technologisch-ökonomischen Produktionsbedingungen kapitalistisch organisierter Gesellschaften zu erklären versucht. Da Albrecht über eine bewunderungswürdige Fülle an Daten über Rüstungstransfers und -produktionen verfügt, deren Zusammenstellung allein seine bisher vorliegenden Arbeiten zur wichtigen Lektüre werden läßt, und da weiterhin seine Darstellungsweise nicht der Fachterminologie, sei es der ökonomischen, sei es der soziologischen, verhaftet bleibt (das trifft insbesondere für das zweite der hier angezeigten Bücher zu), da auch sachlich gut begründete, aber ohne Höflichkeit formulierte Kritik — z. B. an der Militär- und Rüstungspolitik der sozial-liberalen Koalition — nicht ausgespart bleibt, sind beide Bände auch und gerade für diejenigen brauchbar und zu empfehlen, die als Lehrer des Faches Gemeinschaftskunde auf Grund kultusministerieller Erlasse und Richtlinien gehalten sind, ihre Schüler über die Zusammenhänge von Verteidigung und Rüstung zu unterrichten. W. B.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Internationale Politik

Friedrich-Karl v. Plehwe, Internationale Organisationen und die moderne Diplomatie. G. Olzog Verlag, München/Wien 1972, Deutsches Handbuch zur Politik, Bd. 6, 240 S., 32,— DM.

Timothy W. Stanley, Darnell M. Whitt, Entspannungsdiplomatie: Die Vereinigten Staaten und Europas Sicherheit in den 70er Jahren. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1971, Schriftenreihe Europäische Wirtschaft, Bd. 55, 216 S., 32,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

John Heartfield, Krieg im Frieden. Fotomontagen zur Zeit 1930—1938. Carl Hanser Verlag, München 1972, Reihe Hanser, Bd. 103, 148 S., 8,80 DM.

Ernst-Ulrich Huster / Gerhard Kraitzer / Burkhard Scherer, Friedrich-Karl Schlotmann / Marianne Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945—1949. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1972, Edition Suhrkamp, Bd. 575, 459 S., 8,— DM.

Wilhard Grünewald, Die Münchner Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens. Verlag Anton Hain, Meisenheim a. Glan, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 21, 555 S., 85,— DM.

Philosophie

Bertrand Russell, Moral und Politik. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1972, Russell Studienausgabe, Sammlung Dialog, Bd. 106, 207 S., 18,— DM.

Bertrand Russell, Was wir tun können. Politische Schriften I, ausgewählt, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Achim v. Borries. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1972, Russell Studienausgabe, Sammlung Dialog, Bd. 110, 260 S., 20,— DM.

Josef Schleifstein, Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin. Verlag C. H. Beck, München 1972, Beck'sche Elementarbücher, 169 S., 11,80 DM.

Günter Schneider, Betrug mit der Freiheit. Eine Studie über den Neoliberalismus. Buchverlag Der Morgen, Berlin (DDR) 1972, 157 S., 6,80 Mark.

Ökonomie

Walter Wittmann, Der unbewältigte Wohlstand. Die Zukunft von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Ehrenwirth Verlag, München 1972, 320 S., 28,— DM.

Der Staatsmonopolistische Kapitalismus. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1972, 664 S., 18,50 DM. — An dieser marxistischen Analyse waren Mitarbeiter der Abteilung Ökonomie im Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei und Mitarbeiter der Zeitschrift „Economie et Politique" beteiligt, u. a. auch Paul Boccara, dessen politökonomische Schriften z. T. in der BRD schon bekannt sind. Die vorliegende Arbeit empfiehlt sich als Anregung für weitere Diskussionen und Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet.

Soziologie

Otto Stammer, Peter Weingart, Politische Soziologie. Juventa Verlag, München 1972, 239 S., 12,— DM.

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Geschichte und Soziologie. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 53, 367 S., 28,— DM. — Ein etwas mühsam zusammengestellter Reader, in dem unter Auslassung wichtiger Denkansätze z. B. in der marxistischen Soziologie Aufsätze bekannter Soziologen (H. P. Dreitzel, N. Elias, H. Freyer (!), C. Wright Mills, Ch. Tilly, S. M. Lipset, W. J. Cahnman und A. Boskoff) und Historiker (u. a. Jürgen Kocka und Eric J. Hobsbawm) wieder abgedruckt sind.

Walter L. Bühl (Hrsg.), Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1972, Nymphenburger Texte zur Wissenschaft, Modelluniversität, Bd. 1, 306 S., 16,— DM.

nehmer abgelöst und durch eine nach bürgerlichem Verständnis revolutionäre Organisationsform, die Arbeiterselbstverwaltung, ersetzt wurde. Inzwischen ist die Übernahme des Betriebs „Geschichte" — jetzt geht es um erste Zwischenbilanzen dieses Experiments. Auch die Beiträge dieses Bandes, der zur Beweiskraft des Süßmuth-Modells kritisches Material versammeln will, weisen im Grunde über den konkreten Fall hinaus und thematisieren weitgehend den Stellenwert eines Experiments wie des vorliegenden innerhalb der Frage der Selbst- und Mitbestimmung in der Wirtschaft. Die Bedeutung und die Notwendigkeit einer Diskussion dieses Stellenwertes erhellt wohl schon aus den Hoffnungen, die wirtschaftliche Kreise auf das Scheitern des Modells setzen, und aus vielen zynisch-hämischen Bemerkungen und Kommentaren der Wirtschaftspresse.

Die zentrale Frage, die hier selbstkritisch beantwortet werden muß, lautet: Inwieweit wird durch die Gewährung innerbetrieblicher Vergünstigungen und eventueller finanzieller Vorteile die artifizielle Schaffung eines Kleinunternehmerbewußtseins begünstigt? Inwieweit kann ein solches Bewußtsein den Kapitalismus weniger verdächtig erscheinen lassen und so kapitalismusstabilisierend wirken? Droht doch die Gefahr, daß unternehmerideologische Bemühungen das Süßmuth-Modell (und mit ihm andere Modelle) schließlich bejahen und diese Existenz alternativer wirtschaftlicher Organisationsformen in ein de facto bestehendes wirtschaftspolitisches Pluralismuskonzept umzubiegen verstehen. So gesehen, kann es nicht darum gehen, sich auf ein sich selbst als großzügig verstehendes Angebot rein formaler Möglichkeiten der Realisierung alternativer Unternehmensverfassungen einzulassen, sondern dieses konkrete Modell kann und darf sich nur als praktische „Pilotstudie" in dem Bemühen um *gesamtgesellschaftlich* zu erreichende Selbstbefreiung der Produzenten verstehen.

Dieser Rahmenproblematik sind sich die Autoren des vorliegenden Buches bewußt. So schreibt etwa Hans See, daß „die Außenbeziehungen des nach innen radikal demokratisierten Betriebes nach wie vor durch eine nicht demokratisch kontrollierte Wirtschaft bestimmt werden". Hieraus erhellen auch die Widersprüche, vor deren Hintergrund demokratisch organisierte Mittelbetriebe wie die Glashütte Süßmuth die „Tücken kapitalistischer Krisenwirtschaft" (H. See) schwer zu überleben vermögen.

Für den Bereich innerbetrieblicher Arbeiterbildung, die im vorliegenden Modell einen wichtigen Stellenwert einnimmt, ergeben sich daraus wichtige Zielbestimmungen: es müßte möglich sein, ein Bewußtsein davon zu vermitteln, wie sehr Entpolitisierung und Ausgeliefertheit an ein Bildungssystem, das über betriebs- und volkswirtschaftliche Vorgänge im wesentlichen uninformiert läßt, eine öffentliche Meinung wie die vorherrschende bedingen — eine öffentliche Meinung, die im Falle eines Scheiterns des Modells Süßmuth nicht danach fragen dürfte, woran es scheiterte; sondern die mit dem Scheitern des Modells eine politische Alternative gescheitert sieht, mit der das Modell — zu Recht oder zu Unrecht — in Zusammenhang gebracht wird. Vielleicht liegt in einem Gelingen des Modells und damit in dessen Demonstrationswert für eine abhängige Öffentlichkeit der größte Nutzen überhaupt. Manfred Bosch

Kurzrezensionen

Hans D. Klingemann/Franz U. Pappi, Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anläßlich der Landtagswahl 1970 in Hessen. R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1972, 124 S., 18,— DM.

Der Forschungsbericht der beiden Kölner Sozialwissenschaftler geht zwar von dem üblichen, der Totalitarismusideologie zugrunde liegenden Schema des „Radikalismus von links und rechts" aus, gelangt jedoch, gestützt auf empirische Materialien, zu einigen bemerkenswerten Resultaten. Geht man von einem bloß formalen Demokratiebegriff aus (Demokratie lediglich als Anerkennung bestimmter Spielregeln zur Konfliktaustragung), so lassen sich zwischen Anhängern der DKP und der NPD gewisse Gemeinsamkeiten feststellen. In der Tat stehen beide dem gegenwärtigen politischen System skeptisch gegenüber.

Das ist aber auch alles. Sobald man den Demokratiebegriff inhaltlich faßt (als Optimum an Mit- und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen, also Verwirklichung der Grundrechte in Staat und Gesellschaft), erweist sich, wohin die verschiedenen politischen Gruppierungen wirklich zielen: Auf der Rechten finden sich NPD- und CDU-Anhänger dicht beieinander in der Bejahung des „autoritären Traditionalismus", während auf der Linken „die potentiellen DKP-Wähler die demokratischste Gruppe darstellen" (S. 75). Dieser „demokratische Wertkonsens bei starkem Normkonflikt" kennzeichnet auch die „linke studentische Jugend" (S. 100).

Wer einwendet, dies alles seien doch eigentlich Banalitäten, hat sicherlich recht. Bemerkenswert allerdings ist, daß auch die bürgerliche Sozialforschung die demokratische Einstellung der Linken empirisch konstatieren muß, wenn sie einigermaßen unbefangen nach den inhaltlichen Vorstellungen über Staat und Gesellschaft fragt.

R. K.

*

Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972, 437 S., 28,— DM.

18 Beiträge befassen sich mit verschiedenen Problemen des Übergangs vom monarchischen Obrigkeitsstaat zur demokratischen Republik von 1917 bis 1920 in Deutschland. Das Schwergewicht liegt im Bereich der politischen Institutionen. Zu einer Analyse der Gesellschaftsstruktur und der grundlegenden sozialen Interessen und Konflikte finden sich nur einige Ansätze. Ein Teil der Darstellungen kann insoweit kritisch genannt werden, als er das Bündnis der SPD-Führung mit den alten Führungsgruppen des Kaiserreichs, insbesondere den kaiserlichen Offizieren, zur Niederwerfung der sozialistischen Linken als jenen Faktor erkennt, der die Restauration der Machtstellung dieser Führungsgruppen und damit die Unterhöhlung der Republik schon an deren Beginn bewirkt hat. Die Rätebewegung wird — im Anschluß an die Arbeiten von Kolb und Oertzen, die hier mit kurzen Beiträgen auch vertreten sind — nicht mehr als grundsätzlich antidemokratisch denunziert, wie das früher üblich war, sondern positiver beurteilt. Der Antikommunismus bleibt jedoch das beherrschende Motiv dieses Buches, wenn auch in subtiler Form.

R. K.

*

Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1972, 990 S., 32 S. Fotos, 38,— DM.

Eine so umfangreiche Dokumentation, versehen mit einer gut 100 Seiten umfassenden Darstellung der Außenpolitik der BRD im Überblick, bleibt auch dann eine nicht unproblematische Angelegenheit, wenn gleich im Vorwort (von Walter Scheel) auf den „politischen Zweck" des Unternehmens hingewiesen wird, nämlich eine „Selbstdarstellung der Tätigkeit des Auswärtigen Amtes" zu sein. Es handelt sich also um eine Art Festschrift, die sich das Amt selbst zusammengestellt hat. Was bringt so etwas? Die Antwort auf diese Frage muß nach etlichen wenig erfolgreichen Versuchen, mit dieser Dokumentation systematisch zu arbeiten, ernüchternd wirken — es bringt kaum etwas.

Gewiß ist das eine oder andere bislang unveröffentlichte Dokument nunmehr (in Auszügen) verfügbar; sicher auch dienen die zahlreichen beigegebenen Karten und die im Anhang abgedruckten (offenbar sorgfältig erarbeitete) Zeittafel und anderen Übersichten zur raschen Informierung. Dennoch aber bleiben die massenhaft wiedergegebenen Dokumente und die von einem ein wenig heterogen zusammengesetzten wissenschaftlichen Beirat mitverfaßte Einführung farb- und konturlos. Außenpolitik und wie sie gemacht wird: hier erfährt man wenig davon. Der Versuch, einer quasi amtlichen Selbstdarstellung auch wissenschaftlichen Glanz zu verleihen, ist nicht geglückt. Und weil das ganze Unternehmen so umfangreich und schwer handhabbar geriet, liegt die Vermutung nahe, daß dieses Buch in den meisten Bibliotheken, wohin es verschlagen wurde, jungfräulich verstauben wird.

W. B.

*

Jörg Peter Mentzel / Wolfgang Pfeiler, Deutschlandbilder. Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR und der Sowjetunion. Droste Verlag, Düsseldorf 1972, Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 6/7, 396 S., 52,— DM.

Politische Sachbücher

Bjørn Pätzoldt

Ausländerstudium in der BRD
Ein Beitrag zur Imperialismuskritik

Sammlung Junge Wissenschaft
190 Seiten, glanzkt. DM 14,80

Aus der unterentwickelt gehaltenen Welt leben 32 000 Studenten und Praktikanten in der Bundesrepublik und in Westberlin. Es gibt Beschreibungen ihrer Probleme. Zum ersten Mal aber deckt hier ein Sachkenner (AStA-Vorsitz, VDS-Vorstand, DAAD-Vorstand) die ideologischen und organisatorischen Zusammenhänge von Ausländerstudium, auswärtiger Kulturpolitik und Entwicklungshilfe auf. Pätzoldt untersucht, mit welchen Mitteln und Kompetenzen welche Einrichtungen in der BRD arbeiten, die Konzentration und Effektivierung der etwa 500 privaten und staatlichen Stellen, die sich mit Kulturarbeit im Ausland befassen, ihre Disziplinierung und verdeckte Steuerung durch das Auswärtige Amt.
„Ein trotz seiner Wissenschaftlichkeit spannendes Buch; weist es doch – teils mit bisher vertraulich gehaltenen Dokumenten – nach, daß die als ‚Entwicklungshilfe' getarnte Ausbildung ausländischer Studenten aus der Dritten Welt eine Variante imperialistischer Unterdrückung ist."
Berliner Extra Dienst

Inhalt:
Auslandsschulen und Ausländerstudium bis Ende des 19. Jh. – Das Vorbild Frankreichs, Großbritanniens und der USA – Kaiserreich – Weimarer Republik – Drittes Reich.
Westdeutsche Außenkulturpolitik und Entwicklungshilfe.
Entwicklungshilfe und Ausländerstudium in der BRD – Kompetenzen und Methoden: Bund und Länder, Bundesministerien, Nongovernmental Agencies – Strategie und Konzeptionen.
Auswärtige Kulturpolitik und Ausländerstudium in der BRD – Kulturabteilung des AA – Nongovernmental Agencies – Strategie und Konzeptionen.
Ausländerstudium: Probleme in der fremden Hochschule und Gesellschaft – Die Rolle der Studenten aus der Armen Welt in der BRD: Statistische Angaben, Motive zur Aufnahme eines Studiums in der BRD, Soziale Herkunft – Studienbedingungen und -voraussetzungen in der BRD: Politische Anforderungen, Vorinformation, Vorbildungsnachweis, Studienkollegs, Numerus clausus – Integrationsschwierigkeiten und restriktives Fremdenrecht – Studium und Studienerfolg – Studienangebote in der BRD und Studienbedürfnisse in der Armen Welt – Reintegrationsschwierigkeiten und das Problem des Brain-Drain.
Kulturimperialismus und Ausländerstudium – Versuch einer Wertung.

Pahl-Rugenstein

Hervorgegangen aus zwei, in enger Zusammenarbeit entstandenen Dissertationen, liegt mit dem Band „Deutschlandbilder" ein ebenso ambitionierter wie problematischer Versuch vor, anhand von quantitativen und qualitativen Inhaltsanalysen zu bestimmen, wie das in den wissenschaftlichen und politischen Publikationen der Sowjetunion und der DDR gezeichnete Bild der BRD aussieht. Angereichert ist die Arbeit, deren einer Autor, wie der Klappentext offenbart, „wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent im Rahmen der Bundeswehr' ist, durch eine Reihe sozialpsychologischer und kommunikationstheoretischer Überlegungen, die sich vor allem auch auf die hier relevante sowjetische Literatur stützen.

So kann man das Buch als einen intelligenten und fleißigen Beitrag zur westdeutschen Ostforschung neuen Stils ansehen, die auf die ärgsten Platitüden des Kalten Krieges zu verzichten weiß, ohne doch den Zugang zum Selbstverständnis und zur Weltanschauung des Marxismus finden zu wollen. Die grundsätzliche Schwierigkeit, vor der die Autoren stehen, besteht in der Tatsache, daß auch ihre Perzeption durch einige Informations- und Interpretationsfilter strukturiert ist, die sie bei ihrer Arbeit nicht neutralisieren können. Dennoch wird man ihnen bescheinigen müssen, daß sie sich unendlich viel Mühe gegeben haben, marxistisch-leninistische Betrachtungsweisen „systemimmanent" nachzuvollziehen.
Im Endergebnis bleibt jedoch auch diese Art Forschung ungenügend, weil sie nach großen Anstrengungen doch nur Erkenntnisse vermitteln kann, die, werden die anerzogenen antikommunistischen Vorurteile hierzulande schwächer, jedermann leicht erkennbar sind. So lautet z. B. ein Fazit der Autoren, daß „ein quantitativ großer Teil der einzelnen Vorstellungen, die das hier dargestellte BRD-Bild der SED bestimmen, sich weitgehend mit Überlegungen selbst gemäßigter bürgerlicher Kritiker aus der Bundesrepublik decken ..." (S. 381).

Hans A. Barth

*

Günther Anders, Endzeit und Zeitenende. Gedanken über die atomare Situation. Verlag C. H. Beck, München 1972, Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 86, 221 S., 12,80 DM.

Seit den fünfziger Jahren hat Günther Anders in vielen Büchern immer wieder auf die Barbarei moderner Machtpolitik hingewiesen, die so tut, als seien die Menschen beliebig verrückbare Zinnsoldaten, und sich Mittel bedient, die zur totalen Zerstörung der menschlichen Zivilisation führen können. In diesem Band sind Texte zusammengestellt, die zwischen 1958 und 1965 zu Papier gebracht wurden; nur ein kleiner Teil davon ist bereits publiziert worden, darunter der Aufsatz „Der Sprung" im August-Heft 1958 der „Blätter".

Die Stärke der Reflexionen von Günther Anders liegt in seiner Fähigkeit, moralische und politische Aspekte miteinander zu verknüpfen, ohne ins Predigen zu verfallen. Stattdessen wird an einzelnen Sätzen oder alltäglichen Begebenheiten aufgedeckt, wie weit die „Apokalypse-Blindheit" schon fortgeschritten ist, wie pathologisch gleichgültig die Menschen der atomaren Gefahr gegenüber geworden sind.

Auf der anderen Seite, und das mag erklären, warum Anders seine Isolation niemals so recht überwinden konnte, haftet seinen Überlegungen und seinen Metaphern etwas Preziöses an; die Denkanstrengungen sind manchmal um der Denk-Demonstration willen, scheint es, sichtbar geblieben. Auch ist zu kritisieren, daß Anders sich kaum um die konkreten sozialen Bedingungen kümmert, aus denen die Gefahr atomarer Weltzerstörung resultiert. Die Formulierung eines „universellen hippokratischen Eides" etwa, dessen Inhalt die Verweigerung von jeglicher Arbeit an Vernichtungswissenschaft und Vernichtungsproduktion ist, bleibt so auf der Ebene der (zwar nicht unverbindlichen, aber relativ wirkungslosen) Appelle stehen. W. B.

*

Mitbestimmung und Gewerkschaften 1945 bis 1949. Dokumente und Materialien. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1972, Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis, Bd. 1, 128 S., 5,80 DM.

Auf der 4. Interzonenkonferenz der Deutschen Gewerkschaften, die vom 6. bis 8. Mai 1947 in Garmisch-Partenkirchen abgehalten wurde, nahmen die Delegierten eine Entschließung an, in der u. a. folgende Forderungen gestellt werden: 1) Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der baldigst die politische folgen muß. 2) Aufbau eines Systems ge-

planter und gelenkter Wirtschaft. 3) Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung. 4) Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat vorgesehenen Umfang hinaus. 5) Aufstellung eines Export- und Importplanes. 6) Durchführung einer Bodenreform. 7) Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform. Zur Begründung dieser Entschließung wiesen die Delegierten auf die Gefahren einer Restauration in einzelnen Zonen hin, gegen die einzuschreiten eine der wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben sei.

Dieses Dokument und 45 weitere, von denen sich nicht wenige auf das auch heute aktuelle Problem der Mitbestimmung beziehen, sind vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen zusammengetragen worden, um deutlich zu machen, daß nach der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland der Wille zu grundlegender gesellschaftlicher Neuordnung damals auch in den Westzonen lebendig war. Da gerade zu Beginn dieses Jahrzehnts durch eine ganze Reihe von neuen Forschungsergebnissen die Diskussion über die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland neue Akzente erhalten hat und das allgemeine Interesse an dieser Epoche im Wachsen begriffen ist, erfüllt die vorliegende Dokumentation eine sinnvolle Funktion. Besonders für jüngere Menschen, Lehrlinge und Schüler, dürfte hier ein brauchbares Hilfsmittel zur besseren Erkenntnis der Entwicklung nach 1945 vorliegen. W. B.

*

Ulrich Albrecht, Der Handel mit Waffen. Eingeleitet von Carl Friedrich v. Weizsäcker. Carl Hanser Verlag, München 1971, 216 S., 27,— DM.

Ulrich Albrecht, Politik und Waffengeschäfte. Rüstungsexporte in der BRD. Carl Hanser Verlag, München 1972, Reihe Hanser, Bd. 99, 165 S., 8,80 DM.

„Blickt man nach vorn, so ist unverkennbar, wie die Reproduktion des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD voranschreitet und wie ihr systematisch der Weg bereitet wird." Dies ist das Fazit der Untersuchung von Albrecht über die Rüstungsexporte in der Bundesrepublik. Der Autor kann mit Fug und Recht zu den kompetentesten der wenigen westdeutschen Sozialwissenschaftler und Publizisten gerechnet werden, die sich mit den Problemen der Rüstungsproduktion und des Waffenhandels beschäftigen. Dabei bevorzugt er einen „industriepolitischen" Ansatz, der die Art und Weise, in der politische und strategische Entscheidungen über Rüstungsproduktionen gefällt werden, mehr aus den technologisch-ökonomischen Produktionsbedingungen kapitalistisch organisierter Gesellschaften zu erklären versucht. Da Albrecht über eine bewunderungswürdige Fülle an Daten über Rüstungstransfers und -produktionen verfügt, deren Zusammenstellung allein seine bisher vorliegenden Arbeiten zur wichtigen Lektüre werden läßt, und da weiterhin seine Darstellungsweise nicht der Fachterminologie, sei es der ökonomischen, sei es der soziologischen, verhaftet bleibt (das trifft insbesondere für das zweite der hier angezeigten Bücher zu), da auch sachlich gut begründete, aber ohne Höflichkeit formulierte Kritik — z. B. an der Militär- und Rüstungspolitik der sozial-liberalen Koalition — nicht ausgespart bleibt, sind beide Bände auch und gerade für diejenigen brauchbar und zu empfehlen, die als Lehrer des Faches Gemeinschaftskunde auf Grund kultusministerieller Erlasse und Richtlinien gehalten sind, ihre Schüler über die Zusammenhänge von Verteidigung und Rüstung zu unterrichten. W. B.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Internationale Politik

Friedrich-Karl v. Plehwe, Internationale Organisationen und die moderne Diplomatie. G. Olzog Verlag, München/Wien 1972, Deutsches Handbuch zur Politik, Bd. 6, 240 S., 32,— DM.

Timothy W. Stanley, Darnell M. Whitt, Entspannungsdiplomatie: Die Vereinigten Staaten und Europas Sicherheit in den 70er Jahren. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1971, Schriftenreihe Europäische Wirtschaft, Bd. 55, 216 S., 32,— DM.

Fernseh-Spalte

RUCKBLICK

Dem Pressedienst Nr. 5/1973 des Deutschen Fernsehens (ARD) lag eine „kleine Textsammlung" bei, die an Sendebeginn des NWDR am 25. Dezember 1952 erinnerte. Es war der offizielle Anfang (1954 kamen dann die anderen Länderanstalten sukzessive hinzu), wenn auch nicht der „Geburtstag des Deutschen Fernsehens", wie es in der rührenden Dokumentation heißt. Aber das spielt keine Rolle. Der Intendant des damaligen NWDR, Dr. Werner Pleister, sagte zur Premiere: „Wir versprechen Ihnen, uns zu bemühen, das neue geheimnisvolle Fenster in Ihrer Wohnung, das Fenster in die Welt, ihren Fernsehempfänger, mit dem zu erfüllen, was Sie interessiert, Sie erfreut und Ihr Leben schöner macht ... Das Fernsehen schlägt Brükken von Mensch zu Mensch, von Völkern zu Völkern ..." — Dieser Quatsch erinnert penetrant an die Werbeslogans der Ufa aus den zwanziger Jahren. Und man muß sich nachgerade wundern, daß es in der Folgezeit doch immer wieder bemerkenswerte Programmakzente gab. Die Dokumentation fehlt noch, die die Bevormundung und teilweise Unterdrükkung der Länderrundfunkanstalten (auch in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern) durch die Exekutivorgane der Adenauer-Regierungen belegt. Sie würde enthüllen, daß das „geheimnisvolle Fenster" — von den erwähnten Ausnahmen abgesehen — zum Hinterhof einer Politik geöffnet wurde, die die Bundesdeutschen auf dem Niveau obrigkeitshöriger Kleinbürgerlichkeit beließ. Diese Rundfunkpolitik ist an erster Stelle mitverantwortlich für die nahezu zwanzig Jahre lang anhaltende Stagnation in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Denn sie war nur möglich durch die unentwegte reaktionäre Motivation aller innen- und außenpolitischen Geschehnisse und natürlich durch die Berieselung mit muffigen Leitbildern und dem Stumpfsinn spießiger Unterhaltungsideologie. Es wurde noch schlimmer, als 1962 das ZDF anfing und die Staatsideologie bis in die letzte Familienserie hineintrug. Der bundesdeutsche Bürger wurde daran gehindert, demokratisch denken und handeln zu lernen. Gerhard Schoenberner schrieb 1964 (in „Information oder Herrschen die Souffleure?", Reinbek): „Jeden Tag werden Nachrichten verbreitet, die keine sind. Jeden Tag sagt irgendeiner dasselbe, was ein anderer gestern gesagt hat ... Die Tabus sind zahllos und erstrecken sich auf die verschiedensten Gebiete ..." Das „Fenster in die Welt" blieb zumindest politisch verschlossen. Und im Innern wurden die Regeln selbst der bürgerlichen Demokratie verteufelt. Das Fernsehen ist die Korrektur bis in die späten sechziger Jahre hinein schuldig geblieben. Die wenigen, die dagegen wirkten, blieben auf der Strecke: Gert v. Paczensky, Rüdiger Proske, Eugen Kogon, Gerhard Szczesny und einige andere. Die zweite Gruppe mit Zivilcourage, die sich halten konnte, entwickelte eine flexible Opposition, der einiges zu verdanken war. Wenn ich so meine Notizbücher zum Fernsehprogramm der fünfziger und sechziger Jahre durchsehe, muß ich jener flexiblen Opposition doch einige Komplimente machen. Sie hatte sich laufend Anfeindungen zu erwehren. Beispiele: „Stalingrad" von Claus Hubalek nach Theodor Plievier (vom Generalinspekteur der Bundeswehr gemaßregelt) — Christian Geißlers „Anfrage" (Erstproduktion nicht gesendet, Neuproduktion völlig verfälscht) — Priestleys Anti-Atomschokker „Doomsday for Mister Dyson" (nicht gesendet) — der DEFA-Film „Rotation" (scharf angegriffen) — Kortners „Lysistrata"-Version (bekämpft vom Koordinator Dr. Clemens Münster) — Kabarett „Das Kommödchen" (jahrelang Fernsehverbot) — eine Chruschtschow-Biographie (nicht gesendet) — Dr. Grzimeks Bericht über die ehemals deutschen Gebiete im jetzigen Polen (beleidigende Maßregelung seitens der Vertriebenenverbände) — „Panorama" (eine Kette von Zensurmaßnahmen, die die besten Leute schließlich verjagte) — „Hallo, Nachbarn!" (verketzert und schließlich verboten). — In der „kleinen Textsammlung" des ARD-Pressedienstes ist das alles nicht existent, von einer unscheinbaren Randbemerkung abgesehen. Mein Vorschlag to whom it may concern: Produzieren Sie eine Serie mit allen jemals verbotenen, angefeindeten, diskriminierten Sendungen. Damit die jüngeren Zuschauer (die mit politischem Bewußtsein, meine ich) etwas zu lachen haben. E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam vom 27. Januar 1973

(Wortlaut)

Am 27. Januar 1973 unterzeichneten die Außenminister der Demokratischen Republik Vietnam und der Republik Südvietnam (Provisorische Revolutionsregierung), der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Vietnam in Paris ein Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam. Bereits im Oktober 1972 hatten sich die Unterhändler der USA und der DRV, Kissinger und Le Duc Tho, auf den Text eines Vertrages geeinigt, dessen Unterzeichnung jedoch von Präsident Nixon wiederholt mit der Begründung vertagt wurde, es seien noch abschließende Verhandlungen über einige Fragen des Vertrages erforderlich. Am 26. Oktober 1972 veröffentlichte die DRV eine Erklärung, in der das Verhalten der USA scharf kritisiert und der Inhalt des bereits ausgehandelten Vertrages wiedergegeben wurde (Wortlaut vgl. „Blätter" 11/1972, S. 1232 ff.). Der Unterzeichnung des nunmehr geltenden Abkommens vom 27. Januar 1973 gingen erneute Verhandlungen zwischen Kissinger und Le Duc Tho und eine extreme Verschärfung des Bombenkriegs der USA, die weltweit wachsende Proteste von Regierungen und Öffentlichkeit hervorrief, voraus.

Nachstehend der Wortlaut des Vietnam-Abkommens vom 27. Januar 1973. *D. Red.*

Die an der Vietnam-Konferenz in Paris teilnehmenden Parteien haben mit Blick auf die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam auf der Basis der Achtung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes und im Hinblick auf das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung sowie als Beitrag zur Festigung des Friedens in Asien und in der Welt folgende Vereinbarungen getroffen und werden diese einhalten und wirksam werden lassen:

Kapitel I. Die nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes

ARTIKEL 1: Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Unverletzlichkeit Vietnams, wie sie in dem Genfer Vietnam-Abkommen von 1954 anerkannt wurden.

Kapitel II. Einstellung der Feindseligkeiten — Abzug der Truppen

ARTIKEL 2: Ein Waffenstillstand wird in ganz Südvietnam am 27. Januar 1973 um 24.00 Uhr Normalzeit in Kraft treten.

Zur gleichen Stunde werden die Vereinigten Staaten alle ihre militärischen Aktionen gegen das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam durch Boden-, Luft- und Seestreitkräfte, wo immer diese ihre Stützpunkte haben mögen, einstellen und die Verminung der territorialen Gewässer, Kriegs- und Handelshäfen sowie der Wasserwege der Demokratischen Republik Vietnam beenden. Die Vereinigten Staaten werden sämtliche Minen in den territorialen Gewässern, Kriegs- und Handelshäfen und den Wasserwegen Nordvietnams entschärfen oder vernichten, sobald dieses Abkommen in Kraft tritt.

Die völlige Einstellung der Feindseligkeiten, wie in diesem Artikel erwähnt, soll von Dauer und zeitlich nicht begrenzt sein.

ARTIKEL 3: Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Waffenstillstand einzuhalten und einen dauernden und dauerhaften Frieden sicherzustellen.

Sobald der Waffenstillstand in Kraft tritt:

a) werden die Streitkräfte der Vereinigten Staaten und die anderer mit den Vereinigten Staaten und der Republik Vietnam verbündeter Länder an ihren Standorten verbleiben, bis der Plan für den Abzug der Truppen ausgeführt wird. Die Gemeinsame Vierer-Militärkommission, die in Artikel 16 beschrieben wird, wird die Modalitäten festlegen;

b) werden die Streitkräfte der beiden südvietnamesischen Vertragspartner an ihren Standorten verbleiben. Die in Artikel 17 beschriebene Gemeinsame Zweier-Militärkommission wird die von jeder der beiden Seiten kontrollierten Gebiete definieren und die Modalitäten der Stationierung festlegen.

c) Die regulären Streitkräfte aller Waffengattungen und alle irregulären Streitkräfte der Parteien in Südvietnam werden alle ihre Angriffe aufeinander einstellen und werden sich strikt an folgende Abmachungen halten:

— Alle Gewaltakte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind verboten.

— Alle feindlichen Aktivitäten, Terroranschläge und Repressalien durch beide Seiten sind verboten.

ARTIKEL 4: Die Vereinigten Staaten werden ihr militärisches Engagement nicht fortsetzen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einmischen.

ARTIKEL 5: Innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens werden die Vereinigten Staaten und die anderen in Artikel 3a genannten ausländischen Staaten aus Südvietnam sämtliche Streitkräfte, Militärberater und anderes Militärpersonal, eingeschlossen technische Militärberater und Militärangehörige, die in Verbindung mit dem Befriedungsprogramm stehen, sowie Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial abziehen.

ARTIKEL 6: Die Räumung aller Militärstützpunkte in Südvietnam durch die Vereinigten Staaten und die anderen in Artikel 3a genannten ausländischen Staaten wird innerhalb von 60 Tagen nach Unterzeichnung dieses Abkommens abgeschlossen.

ARTIKEL 7: In der Zeit zwischen dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zur in Artikel 9b und 14 dieses Abkommens vorgesehenen Bildung einer Regierung werden die beiden südvietnamesischen Vertragspartner nicht zulassen, daß Truppen, Militärberater und militärisches Personal einschließlich technischen militärischen Personals sowie Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam gebracht werden.

Es ist den beiden südvietnamesischen Vertragspartnern erlaubt, periodisch Waffen, Munition und Kriegsmaterial zu ersetzen, das in der Zeit nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes zerstört, beschädigt, abgenutzt oder verbraucht worden ist. Dies soll auf einer Basis von Stück für Stück und von gleicher Art und Eigenschaft unter der Aufsicht der Gemeinsamen Militärkommission der beiden südvietnamesischen Vertragspartner und der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission geschehen.

Kapitel III. Die Rückführung gefangengenommenen Militärpersonals, ausländischer Zivilisten und gefangengenommenen oder inhaftierten vietnamesischen Zivilpersonals

ARTIKEL 8: a) Die Rückführung gefangengenommenen Militärpersonals sowie ausländischer Zivilisten der Vertragsparteien soll gleichzeitig durchgeführt und nicht später als am gleichen Tage des in Artikel 5 behandelten Truppenabzuges vollendet sein. Die Vertragsparteien werden vollständige Listen des oben erwähnten gefangengenommenen Militärpersonals und der ausländischen Zivilisten am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens austauschen.

b) Die vertragschließenden Parteien werden einander dabei helfen, Informationen über diejenigen Militärangehörigen und ausländischen Zivilisten zu erhalten, die vermißt werden, um deren Gräber ausfindig zu machen und diese zu pflegen sowie um Exhumierung und Rückführung der sterblichen Überreste zu erleichtern, und sie werden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um Nachricht über den Verbleib derjenigen zu erhalten, die als vermißt gelten.

c) Die Frage der Rückführung derjenigen vietnamesischen Zivilisten, die in Südvietnam gefangengenommen wurden und festgehalten werden, wird von den beiden südvietnamesischen vertragschließenden Parteien auf der Basis der Prinzipien des Artikels 21b des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam vom 20. Juli 1954 gelöst. Die beiden vertragschließenden Parteien werden dies in einem Geist der nationalen Versöhnung und Einmütigkeit tun, im Hinblick auf eine Ausräumung des gegenseitigen Hasses und der Feindseligkeit, mit dem Ziel, das Los leidender Familien zu erleichtern und diese wieder zusammenzuführen. Die beiden vertragschließenden südvietnamesischen Parteien werden ihr Äußerstes tun, um diese Frage innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Waffenstillstands zu lösen.

Kapitel IV. Die Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung für das südvietnamesische Volk

ARTIKEL 9: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam verpflichten sich, folgende Grundsätze für die Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung für das südvietnamesische Volk zu respektieren:

a) Das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung ist heilig und unveräußerlich und soll von allen Staaten geachtet werden.

b) Das südvietnamesische Volk soll selbst in wirklich freien und demokratischen allgemeinen Wahlen unter internationaler Aufsicht über die politische Zukunft Südvietnams entscheiden.

c) Fremde Staaten sollen dem südvietnamesischen Volk keinerlei politische Tendenz oder politischen Charakter aufzwingen.

ARTIKEL 10: Die beiden südvietnamesischen Vertragspartner verpflichten sich, den Waffenstillstand einzuhalten und den Frieden in Südvietnam zu wahren, alle strittigen Fragen durch Verhandlungen zu regeln und jeden bewaffneten Konflikt zu vermeiden.

ARTIKEL 11: Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die zwei südvietnamesischen Vertragspartner:

— die nationale Aussöhnung und Eintracht anstreben, Haß und Feindschaft beenden, alle Handlungen der Vergeltung und der Diskriminierung gegen Personen oder Organisationen untersagen, die mit der einen oder der anderen Seite kollaboriert haben;

— die demokratischen Freiheiten des Volkes gewährleisten: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Freiheit für politische Betätigung, Glaubensfreiheit, Recht auf freie Bewegung, Recht zur freien Wahl des Wohnsitzes, Recht auf Arbeit, Recht auf Eigentum und das Recht auf freie Berufsausübung.

ARTIKEL 12: a) Unmittelbar nach dem Waffenstillstand sollen sich die zwei südvietnamesischen Vertragspartner konsultieren in einem Geist nationaler Aussöhnung und Eintracht, gegenseitiger Achtung und ohne gegenseitige Behinderung bei der Errichtung eines Nationalrates der Nationalen Aussöhnung und Eintracht aus drei gleichberechtigten Gruppen. Der Rat soll nach dem Grundsatz der Einstimmigkeit verfahren. Nachdem der Nationalrat der Nationalen Aussöhnung und Eintracht seine Aufgaben begonnen hat, werden sich die zwei südvietnamesischen Vertragspartner über die Bildung von Räten auf niederer Ebene konsultieren. Die zwei südvietnamesischen Vertragspartner sollen so bald wie möglich ein Abkommen über die inneren Angelegenheiten Südvietnams unterzeichnen und ihr Äußerstes tun, dieses binnen 90 Tagen nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes zu vollenden, im Einklang mit dem Streben des südvietnamesischen Volkes nach Frieden, Unabhängigkeit und Demokratie.

b) Der Nationalrat der Nationalen Aussöhnung und Eintracht soll die Aufgabe haben, die Durchführung dieses Abkommens durch die beiden südvietnamesischen Vertragspartner, die Verwirklichung der nationalen Versöhnung und Eintracht und die Garantie der demokratischen Freiheiten, zu fördern. Der Nationalrat der Nationalen Aussöhnung

und Eintracht soll, wie in Artikel 9b dargelegt, freie und demokratische allgemeine Wahlen organisieren und das Verfahren sowie die Modalitäten für diese allgemeinen Wahlen ausarbeiten. Über die in den allgemeinen Wahlen zu wählenden Institutionen werden sich die beiden südvietnamesischen Vertragspartner in Konsultationen einigen. Der Nationalrat der Nationalen Aussöhnung und Eintracht wird ebenfalls das Verfahren und die Modalitäten solcher örtlichen Wahlen in der Weise regeln, auf die sich die beiden südvietnamesischen Vertragspartner einigen.

ARTIKEL 13: Die Frage vietnamesischer Streitkräfte in Südvietnam soll von den beiden südvietnamesischen Vertragspartnern im Geiste nationaler Versöhnung und Eintracht, Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung ohne ausländische Einmischung und im Einklang mit der Nachkriegssituation geregelt werden. Zu den Fragen, die die beiden südvietnamesischen Vertragspartner zu erörtern haben, gehören Schritte zur Verminderung ihrer militärischen Schlagkraft und zur Demobilisierung der in ihrer Zahl zu verringernden Truppeneinheiten. Die beiden südvietnamesischen Vertragspartner werden dies so bald wie möglich zum Abschluß bringen.

ARTIKEL 14: Südvietnam wird eine Außenpolitik des Friedens und der Unabhängigkeit verfolgen. Es wird bereit sein, mit allen Staaten ohne Rücksicht auf ihre politischen und sozialen Systeme auf der Basis gegenseitiger Achtung für die Unabhängigkeit und Souveränität Beziehungen aufzunehmen und wirtschaftliche und technische Hilfe von allen Ländern anzunehmen, soweit keine politischen Bedingungen daran geknüpft sind. Die Annahme militärischer Hilfe durch Südvietnam in der Zukunft wird der Entscheidung der Regierung obliegen, die nach den in Artikel 9b vorgesehenen allgemeinen Wahlen in Südvietnam gebildet wird.

Kapitel V. Die Wiedervereinigung Vietnams und die Beziehungen zwischen Nord- und Südvietnam

ARTIKEL 15: Die Wiedervereinigung Vietnams soll Schritt für Schritt auf der Basis von Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Nord- und Südvietnam ohne Zwang oder Annexion von seiten der einen oder der anderen Partei und ohne ausländische Einmischung verwirklicht werden. Der Zeitpunkt der Wiedervereinigung wird von Nord- und Südvietnam vereinbart werden.

Bis zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung

a) gilt die militärische Demarkationslinie zwischen den beiden Zonen am 17. Breitengrad, wie im Abschnitt 6 der Abschlußerklärung der Genfer Konferenz von 1954 vorgesehen, lediglich als provisorische und nicht als eine politische oder territoriale Grenze;

b) werden Nord- und Südvietnam die entmilitarisierte Zone zu beiden Seiten der provisorischen militärischen Demarkationslinie achten;

c) werden Nord- und Südvietnam sofort Verhandlungen im Hinblick auf die Wiedererrichtung normaler Beziehungen in verschiedenen Bereichen beginnen. Unter den Fragen, über die verhandelt werden soll, sind die Modalitäten der Bewegungsfreiheit der Zivilisten über die provisorische militärische Demarkationslinie;

d) werden sich Nord- und Südvietnam keiner militärischen Allianz und keinem militärischen Block anschließen und ausländischen Mächten nicht erlauben, auf den jeweiligen Territorien Militärstützpunkte, Truppen, Militärberater und militärisches Personal zu unterhalten, wie es im Genfer Indochina-Abkommen von 1954 gefordert wird.

Kapitel VI. Die Gemeinsamen Militärkommissionen, die Internationale Kommission zur Kontrolle und Überwachung, die Internationale Konferenz

ARTIKEL 16: a) Die an der Pariser Vietnam-Konferenz teilnehmenden Vertragsparteien werden unmittelbar Vertreter zur Bildung einer aus den vier Vertragsparteien bestehenden Gemeinsamen Militärkommission ernennen in der Absicht, die gemeinsame Aktion der Vertragsparteien bei der Erfüllung der folgenden Bestimmungen dieses Abkommens sicherzustellen:

— den ersten Paragraphen von Artikel 2 bezüglich der Bekräftigung des Waffenstillstandes in ganz Südvietnam;

— Artikel 3a hinsichtlich des Waffenstillstandes der Streitkräfte der Vereinigten Staaten und der anderen fremden Staaten, auf die sich der Artikel bezieht;

— Artikel 3c bezüglich des Waffenstillstandes zwischen sämtlichen Vertragsparteien in Südvietnam;

— Artikel 5 hinsichtlich des Rückzugs aus Südvietnam der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika und der anderen fremden Staaten, auf die sich Artikel 3a bezieht;

— Artikel 6 bezüglich der Räumung der Militärstützpunkte der Vereinigten Staaten und anderer fremder Staaten in Südvietnam, auf die sich Artikel 3a bezieht;

— Artikel 3a bezüglich der Freigabe von gefangengenommenen Militärpersonen und ausländischen Zivilisten der Vertragsparteien;

— Artikel 8a bezüglich der gegenseitigen Hilfeleistung der Vertragsparteien in der Beschaffung von Informationen über solche Soldaten und solche ausländische Zivilisten der Vertragsparteien, die vermißt werden.

b) Die Gemeinsame Vierer-Militärkommission wird im Einklang mit dem Grundsatz der Konsultierung und der Einmütigkeit arbeiten. Unstimmigkeiten sollen der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission unterbreitet werden.

c) Die Gemeinsame Vierer-Militärkommission soll ihre Arbeit unverzüglich nach Unterzeichnung dieses Abkommens aufnehmen und ihre Tätigkeit innerhalb von 60 Tagen nach Abschluß des Abzuges der amerikanischen Truppen sowie der Einheiten anderer in Artikel 3a erwähnter fremder Staaten und nach Abschluß der Rückführung gefangengenommenen Militärpersonals und ausländischer Zivilisten der Vertragsparteien beenden.

d) Die vier Vertragspartner werden sich unverzüglich über die Organisation, die Arbeitsweise und die -mittel sowie die Kosten der Gemeinsamen Vierer-Militärkommission einigen.

ARTIKEL 17: a) Die beiden südvietnamesischen Vertragspartner werden unverzüglich Vertreter für die Bildung einer Gemeinsamen Zweier-Militärkommission bestimmen, die das gemeinsame Vorgehen der beiden südvietnamesischen Vertragspartner bei der Durchführung folgender Bestimmungen dieses Abkommens sicherstellen soll:

— Paragraph eins des Artikels 2 bezüglich der Einhaltung des Waffenstillstandes in ganz Südvietnam, nachdem die Gemeinsame Vierer-Militärkommission ihre Tätigkeit eingestellt hat;

— Artikel 3b bezüglich des Waffenstillstandes zwischen den beiden südvietnamesischen Vertragspartnern;

— Artikel 3c bezüglich des Waffenstillstandes zwischen allen Vertragsparteien in Südvietnam, sobald die Gemeinsame Vierer-Militärkommission ihre Tätigkeit abgeschlossen hat;

— Artikel 7 bezüglich des Verbots, Truppen nach Südvietnam zu bringen, sowie aller anderen Bestimmungen dieses Artikels;

— Artikel 8c bezüglich der Frage der Rückführung des in Südvietnam gefangengenommenen oder inhaftierten vietnamesischen Zivilpersonals;

— Artikel 13 bezüglich der Verminderung der militärischen Schlagkraft der beiden südvietnamesischen Vertragspartner und der Demobilisierung der in ihrer Zahl zu vermindernden Truppen.

b) Meinungsverschiedenheiten sollen der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission unterbreitet werden.

c) Nach Unterzeichnung dieses Abkommens soll die Gemeinsame Zweier-Militärkommission unverzüglich die Maßnahmen und die organisatorischen Fragen vereinbaren, die der Überwachung des Waffenstillstandes und der Einhaltung des Friedens in Südvietnam dienen.

ARTIKEL 18: a) Nach Unterzeichnung dieses Abkommens soll unverzüglich eine Internationale Kontroll- und Überwachungskommission gebildet werden.

b) Bevor die in Artikel 19 vorgesehene Internationale Konferenz endgültige Maßnahmen trifft, wird die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission den vier Vertragsparteien über alle Angelegenheiten der Kontrolle und Überwachung der Durchführung der folgenden Bestimmungen dieses Abkommens berichten:

— Paragraph eins des Artikels 2 bezüglich der Überwachung des Waffenstillstandes in ganz Vietnam;

— Artikel 3a bezüglich der Feuereinstellung durch die amerikanischen Truppen und die Verbände anderer in diesem Artikel erwähnter ausländischer Staaten;

— Artikel 3c bezüglich des Waffenstillstandes zwischen allen Vertragsparteien in Südvietnam;

— Artikel 5 bezüglich des Abzugs aller Truppen der Vereinigten Staaten und der anderen in Artikel 3a erwähnten ausländischen Staaten aus Südvietnam;

— Artikel 6 bezüglich des Abbaues militärischer Stützpunkte der Vereinigten Staaten und der anderen in Artikel 3a erwähnten ausländischen Staaten in Südvietnam;

— Artikel 8a bezüglich der Rückführung gefangengenommenen Militärpersonals und ausländischer Zivilisten der Vertragsparteien.

Die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird Kontrollgruppen zur Durchführung ihrer Aufgaben bilden. Die vier Vertragsparteien sollen sich unverzüglich über den Standort und die Tätigkeit dieser Gruppen einigen. Die Vertragsparteien werden deren Arbeit Unterstützung gewähren.

c) Bis die Internationale Konferenz zu definitiven Vereinbarungen gelangt, wird die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission den beiden südvietnamesischen Vertragspartnern über alle die Kontrolle und Überwachung der Durchführung der folgenden Bestimmungen dieses Abkommens betreffenden Fragen berichten:

— Paragraph eins des Artikels 2 bezüglich der Kontrolle des Waffenstillstandes in ganz Südvietnam, sobald die Gemeinsame Vierer-Militärkommission ihre Tätigkeit abgeschlossen hat.

— Artikel 3b bezüglich des Waffenstillstandes zwischen den beiden südvietnamesischen Vertragspartnern;

— Artikel 3c hinsichtlich des Waffenstillstandes zwischen allen Vertragsparteien in Südvietnam, nachdem die aus vier Parteien bestehende Gemeinsame Militärkommission ihre Aktivitäten beendet hat;

— Artikel 7 bezüglich des Verbots, Truppen nach Südvietnam zu bringen, und aller anderen Bestimmungen dieses Artikels;

— Artikel 8c hinsichtlich der Frage der Freilassung südvietnamesischen zivilen Personals, das in Südvietnam gefangengenommen und festgehalten worden ist;

— Artikel 9b bezüglich der freien und demokratischen allgemeinen Wahlen in Südvietnam;

— Artikel 13 hinsichtlich der Verringerung der militärischen Schlagkraft beider südvietnamesischer Vertragspartner und der Demobilisierung der zu verringernden Truppen.

Die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird Kontrollgruppen zur Durchführung ihrer Aufgaben bilden. Die zwei südvietnamesischen Vertragspartner werden sich unmittelbar über Ort und Arbeitsweise dieser Gruppen einigen. Die zwei südvietnamesischen Vertragspartner werden deren Tätigkeit unterstützen.

d) Die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird zusammengesetzt sein aus Vertretern der vier Staaten: Kanada, Ungarn, Indonesien und Polen. Der Vorsitz dieser Kommission wird unter den Mitgliedern für bestimmte Zeiträume wechseln, die von der Kommission bestimmt werden.

e) Die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird ihre Aufgabe in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Achtung der Souveränität Südvietnams ausführen.

f) Die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Konsultationen und der Einmütigkeit arbeiten.

g) Die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission wird ihre Arbeit aufnehmen, nachdem der Waffenstillstand in Vietnam in Kraft getreten ist. Bezüglich der Bestimmungen des Artikels 18b hinsichtlich der vier Vertragsparteien wird die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission ihre Tätigkeit beenden, nachdem ihre Aufgaben im Hinblick auf diese Bestimmungen erfüllt sind. Bezüglich der Bestimmungen in Artikel 18c hinsichtlich der beiden südvietnamesischen Vertragspartner wird die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission ihre Tätigkeit auf Verlangen der Regierung einstellen, die nach den in Artikel 9b vorgesehenen allgemeinen Wahlen in Südvietnam gebildet worden ist.

h) Die vier Vertragsparteien werden sich unverzüglich über die Organisation, die Art ihrer Tätigkeit und die Kosten der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission einigen. Die Beziehung zwischen der Internationalen Kommission und der Internationalen Konferenz wird Gegenstand einer Übereinkunft der Internationalen Kommission und der Internationalen Konferenz sein.

ARTIKEL 19: Die Vertragsparteien einigen sich über die Einberufung einer Internationalen Konferenz innerhalb von 30 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens zur Bestätigung der unterzeichneten Vereinbarungen, zur Sicherstellung der Beendigung des Krieges, zur Aufrechterhaltung des Friedens in Vietnam, der Achtung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes und des Rechtes des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung und um zum Frieden in Indochina beizutragen und diesen zu garantieren.

Die Vereinigten Staaten und die Demokratische Republik Vietnam werden den nachfolgenden Parteien im Namen der teilnehmenden Parteien der Pariser Vietnam-Konferenz vorschlagen, an dieser Internationalen Konferenz teilzunehmen: der Volksrepublik China, der Republik Frankreich, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich (Großbritannien), den vier Staaten der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen sowie den teilnehmenden Parteien der Pariser Vietnam-Konferenz.

Kapitel VII. Kambodscha und Laos

ARTIKEL 20: a) Die teilnehmenden Parteien der Pariser Vietnam-Konferenz sollen die Genfer Vereinbarungen von 1954 über Kambodscha und die Genfer Vereinbarungen von 1962 über Laos, in denen die nationalen Grundrechte der Völker von Kambodscha und Laos anerkannt wurden, das heißt die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität dieser Staaten, strikt achten. Die Parteien sollen die Neutralität von Kambodscha und Laos achten.

Die an der Pariser Vietnam-Konferenz teilnehmenden Staaten verpflichten sich, nicht das Territorium von Kambodscha und das Territorium von Laos in Verletzung ihrer jeweiligen Souveränität und Sicherheit oder der anderer Staaten zu gebrauchen.

b) Ausländische Staaten werden jegliche militärische Aktivität in Kambodscha und Laos beenden und Truppen, Militärberater und Militärpersonal, Waffen, Munition und Kriegsmaterial aus diesen beiden Ländern zurückziehen und es nicht wieder dorthin zurücksenden.

c) Die inneren Angelegenheiten von Kambodscha und Laos werden von der Bevölkerung jedes dieser Länder ohne ausländische Einmischung geregelt.

d) Die zwischen den indochinesischen Staaten bestehenden Probleme werden von den indochinesischen Vertragspartnern geregelt auf der Grundlage der jeweiligen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die jeweiligen inneren Angelegenheiten.

Kapitel VIII. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Demokratischen Republik Vietnam

ARTIKEL 21: Die Vereinigten Staaten erwarten, daß dieses Abkommen den Auftakt bilden wird für ein Zeitalter der Versöhnung mit der Demokratischen Republik Vietnam wie auch mit den anderen Völkern Indochinas. In Verfolgung ihrer traditionellen Politik werden die Vereinigten Staaten zur Heilung der Kriegswunden und zum Wiederaufbau nach dem Kriege in der Demokratischen Republik Vietnam und ganz Indochina beitragen.

ARTIKEL 22: Die Beendigung des Krieges, die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam und die strikte Anwendung dieses Abkommens werden Bedingungen für die Herstellung einer neuen, gleichberechtigten und beiderseitig nützlichen Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und der Demokratischen Republik Vietnam auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung von Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten schaffen. Gleichzeitig wird damit ein stabiler Friede in Vietnam gesichert und ein Beitrag zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens in Indochina und Südostasien geleistet.

Kapitel IX. Andere Bestimmungen

ARTIKEL 23: Dieses Abkommen soll mit der Unterzeichnung durch die bevollmächtigten Vertreter der an der Pariser Vietnam-Konferenz teilnehmenden Parteien in Kraft treten. Alle betroffenen Parteien sollen dieses Abkommen und seine Protokolle strikt anwenden.

Ausgefertigt in Paris an diesem siebenundzwanzigsten Tage des Monats Januar eintausendneunhundertunddreiundsiebzig in vietnamesischer und englischer Sprache. Die vietnamesischen und englischen Texte sind offiziell und gleichermaßen authentisch.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika: William P. Rogers, Außenminister

Für die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam: Ngyen Duy Trinh, Außenminister

Für die Regierung der Republik Vietnam: Tran Van Lam, Außenminister

Für die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam: Nguyen Thi Binh, Außenminister

Thesen und Forderungen des Initiativausschusses Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt

(Wortlaut)

Am 20./21. Januar 1973 fand in der Universität Marburg der von Presse, Rundfunk und Fernsehen vielbeachtete Kongreß „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt" statt. Vorbereitet und veranstaltet wurde der Kongreß von einem Initiativausschuß junger Ärzte und Angehöriger medizinischer Berufe aus Marburg, Gießen, Frankfurt, Stuttgart und Berlin. Mehr als 1500 Angehörige aller Berufsgruppen des Gesundheitswesens, unter ihnen mehr als 400 angestellte, beamtete und freiberuflich tätige Ärzte, nahmen an dem Kongreß teil.

Nach Referaten von Dr. Michael Regus, Berlin, Mitglied des Initiativausschusses, und Alfred Schmidt, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Bundesvorstand des DGB, erörterte der Kongreß in Arbeitsgruppen und Plenumsveranstaltungen zwei Tage lang die verschiedensten Aspekte einer modernen Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik. Folgende Themen wurden in den Arbeitsgruppen und im Plenum behandelt: Ambulante medizinische Versorgung; stationäre medizinische Versorgung; Arbeitsmedizin und werksärztlicher Dienst; psychiatrische Krankenversorgung; Probleme der ärztlichen Ausbildung; Berufsausbildung und Berufsperspektiven in der Krankenpflege; Pharmaproduktion und Arzneimittelbedarf.

Der Kongreß war in mehrfacher Hinsicht ein Novum. Erstmals in der Geschichte des Gesundheitswesens suchten Professoren, Dozenten, Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger, Medizinstudenten und Sozialarbeiter auf einem gemeinsamen Forum nach Wegen, die im Interesse der Sozialversicherten aus der Misere unseres Gesundheitswesens herausführen können. Im Gegensatz zu herkömmlichen Gesundheitskongressen sparten die Referenten und Teilnehmer nicht mit Kritik an der konservativen Haltung der Spitzen der ärztlichen Standesorganisationen, die dem Gesundheitswesen schweren Schaden zugefügt habe. Besonders hervorgehoben wurden die negativen Einflüsse, die von den großen chemischen und pharmazeutischen Konzernen ausgehen. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Kongreßteilnehmer für einen konstruktiven Dialog mit den Gewerkschaften aus. In der Schlußresolution appellierte der Kongreß an alle Ärzte, „ein neues Verhältnis zur Arbeiterschaft und ihren Organisationen zu finden" und sich mit den „gesundheitspolitischen Vorstellungen des DGB, der Gewerkschaft ÖTV und der IG Metall sachlich auseinanderzusetzen und an der Realisierung aller geeigneten Vorschläge zur Erweiterung und Verbesserung der Gesundheitssicherung mitzuarbeiten."

Die Referate, Diskussionen und Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Plenartagungen will der Initiativausschuß in Kürze in Buchform der Öffentlichkeit vorlegen. D. Red.

Thesen

Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2,2 GG) ist ein Grundrecht der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Ein Recht auf Gesundheitssicherung entsprechend dem jeweils erreichten Stand der Wissenschaft ist im Grundgesetz nicht, wie es zu wünschen wäre, ausdrücklich formuliert. Es ergibt sich jedoch aus dem Recht eines jeden auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2,1 GG).

Was unter Gesundheit zu verstehen ist, wurde von der Weltgesundheitsorganisation im Jahre 1946 folgendermaßen bestimmt: „Gesundheit ist ein Zustand vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechlichkeit. Der Genuß des höchsten erreichbaren Niveaus von Gesundheit ist eines der fundamentalen Rechte jedes Menschen ohne Unterschied von Rasse, Religion, politischer Überzeugung, ökonomischer und sozialer Stellung."

Hinter diesem hohen Anspruch ist die Wirklichkeit der Gesundheitssicherung weit zurückgeblieben. Das gilt nicht nur für die BRD. Der Entwicklung ihres Gesundheitswesens muß jedoch vor allem unsere Aufmerksamkeit gelten, wenn wir vermeiden wollen, daß die Bundesrepublik hinter Nachbarländer und internationale Maßstäbe zurückfällt.

Das Gesundheitswesen in der BRD ist, entgegen den Behauptungen maßgeblicher Sprecher der ärztlichen Standesorganisationen, keineswegs in der Lage, dem einzelnen eine ausreichende ärztliche, pflegerische und soziale Hilfe zuteil werden zu lassen. Allzu häufig können Institutionen und Beschäftigte des Gesundheitswesens den ihnen gestellten Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Solange beispielsweise eine Mehrzahl der niedergelassenen Ärzte pro Tag mehr als 70 Patienten betreuen muß und deshalb für jeden Patienten nur wenige Minuten Zeit bleibt, solange bei der Aufnahme ins Krankenhaus an vielen Orten wochen- ja monatelange Wartezeiten entstehen, ist die Behebung des Ärztemangels, des Mangels an Pflegepersonal und an verfügbaren Krankenhausbetten eine vordringliche Aufgabe. Dies ist zweifellos einer der entscheidenden Gründe für das gegenwärtig so häufig gestörte Verhältnis zwischen Arzt und Patient.

Mit der bisher praktizierten individuellen Krankenversorgung nach herkömmlichen Maßstäben sind jedoch die Aufgaben eines humanen, demokratischen und sozialen Gesundheitswesens nicht erschöpft. Will nämlich die Medizin ihrem wissenschaftlichen Anspruch nachkommen und die Ursachen von Krankheiten aufspüren, um sie auch von dort her bekämpfen zu können, so muß sie über ihre naturwissenschaftliche Fixierung hinaus auch Ergebnisse der Sozialforschung berücksichtigen, die in den Arbeits- und Lebensbedingungen krankmachende Faktoren nachweisen. Demnach erweitert sich das Aufgabenspektrum unseres Berufes: nicht nur die angegriffene Gesundheit des einzelnen Menschen, sondern alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Einflüsse, die zur Entstehung und Verbreitung von Krankheiten beitragen, müssen erforscht und bekämpft werden. Wenn nämlich die Arbeits- und Lebensbedingungen nicht ständig mit dem Ziel überprüft werden, bessere Voraussetzungen für die Erhaltung der Gesundheit zu schaffen, so lassen sich viele Krankheiten letztlich nur lindern und nicht heilen.

Diese Zielsetzung muß insbesondere in der vorbeugenden Medizin zum Ausdruck kommen und schließlich den Charakter des gesamten Gesundheitswesen prägen. Das bedeutet, daß die Verbesserungen der herkömmlichen Krankenversorgung nicht ausreichen werden, sondern erhöhte Anstrengungen notwendig sind, um die Voraussetzungen für eine qualitative Neuorientierung des Gesundheits- und Sozialwesens zu schaffen.

Die Mißstände im Gesundheitswesen sind in den letzten Jahren unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit diskutiert worden. Dabei ist es hin und wieder zu Fehleinschätzungen gekommen, weil auf die Untersuchung der gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe und der politischen Zusammenhänge verzichtet wurde. Nicht selten sind die an der Oberfläche sichtbaren Mißstände allein auf Funktionsmängel in der unmittelbaren Krankenversorgung und der Organisation des Gesundheitswesens zurückgeführt worden. In zunehmendem Maße setzt sich jedoch die Einsicht durch, daß es die Funktionsgesetze unseres Wirtschaftssystems selbst sind, die sich negativ auf das gesamte Gesundheitswesen auswirken. Einen ungünstigen Einfluß haben insbesondere die privaten Profitinteressen der großen chemischen, pharmazeutischen Konzerne, die der Medizingeräte produzierenden Elektroindustrie sowie die Abhängigkeit der staatlichen Gesundheitspolitik von unternehmerischen Interessen. Hieraus resultiert unter anderem, daß kommerzielle Gesichtspunkte und das Unternehmerinteresse an schneller und kostensparender Reparatur der Arbeitskraft Vorrang haben vor den humanen Zielen der Gesundheitserhaltung, der sozialen Sicherheit und der menschlicheren Gestaltung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Deshalb können grundlegende Veränderungen zugunsten der Sozialversicherten nicht durch eine Vertiefung der Kluft zwischen Professoren und Assistenten oder zwischen Chefärzten und ihren Mitarbeitern erreicht werden, sondern nur durch das geschlossene Vorgehen aller im Gesundheitswesen Tätigen mit den Organisationen der arbeitenden Menschen in unserem Land.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns auch gegen die aktuellen Tendenzen zur Privatisierung von Teilen des Gesundheitswesens, z. B. gegen die Geschäftemacherei mit privaten Diagnostikzentren. Die medizinischen Berufe müssen bei ihren Entscheidungen unabhängig sein vom Einfluß kommerzieller Interessen. Deshalb muß die ärztliche Honorierung so gestaltet werden, daß sie sich nicht zum Schaden der Patienten auswirken

kann. Der Einfluß der pharmazeutischen Industrie und der Medizingeräte produzierenden Elektroindustrie auf Forschung, Lehre und Praxis der Medizin muß offengelegt und unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Nicht erst seit dem Conterganskandal ist bekannt, daß die humanen Ziele der Medizin durch die Profitinteressen derjenigen Industriezweige, die das große Geschäft mit der Krankheit machen, in Gefahr geraten können, in ihr Gegenteil umzuschlagen.

Die ärztlichen Standesorganisationen, an deren Spitze nach wie vor meist konservative Kräfte stehen, gehen davon aus, daß das bestehende Gesundheitssicherungssystem der BRD vorbildlich sei und durch die vorliegenden Reformvorschläge der Gewerkschaften, die Forderungen der Sozialversicherten, also der großen Mehrheit der Patienten sowie durch die Kritik von seiten progressiver Gruppen im Gesundheitswesen und in der Gesellschaft gefährdet würde.

Dabei werden nachweisbare Mißstände in den wichtigsten Bereichen des Gesundheitswesens entweder nicht erkannt oder bagatellisiert; genannt seien nur: Ärztemangel, Mangel an Pflegepersonal, Überalterung der Krankenhäuser, Reste obrigkeitsstaatlichen Denkens und hierarchische Rangordnung in den Ausbildungsstätten der Krankenpflege, in den medizinischen Fakultäten und den Krankenhäusern, längst nicht mehr zeitgemäße Standesprivilegien, die eine Krankenversorgung nach modernen Gesichtspunkten behindern, rigorose Zulassungsbeschränkungen zum Medizinstudium als Folge des Mangels an Ausbildungsplätzen, Vernachlässigung der Sozialmedizin und der Arbeitsmedizin an den Universitäten, die gravierenden Versäumnisse im Betriebsgesundheitswesens in der BRD, die zunehmende Einschränkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf Gutachtertätigkeit und seine personelle Austrocknung, die zunehmende Verteuerung der Gesundheitssicherung bei gleichzeitiger nachweislicher Verschlechterung der Gesundheitslage der Bevölkerung, die trotz erster Gegenmaßnahmen ständig zunehmende Zerstörung unserer Umweltbedingungen durch die Verseuchung von Luft und Wasser, die Behinderung und Verfälschung des wissenschaftlichen Fortschritts auch in der Medizin durch die Pharma- und Rüstungskonzerne.

Die Standesorganisationen behaupten, daß das Arzt-Patienten-Verhältnis durch die in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit lautgewordene Kritik an offenkundigen Mängeln, insbesondere an der Ungleichheit der Krankenversorgung, gestört würde. Sie versuchen, die Ärzteschaft, vor allem die niedergelassenen Ärzte, mit dem Schlagwort „Freiheit für Arzt und Patient" gegen den notwendigen Fortschritt im Gesundheitswesen zu mobilisieren, obwohl hinter dieser Freiheitsparole vor allem die Privilegien einer kleinen Zahl von Großverdienern unter den Ärzten verschleiert werden sollen. Diese Politik, seit Jahren von der Spitze der Standesorganisationen betrieben, hat dem Ansehen der Ärzte allgemein schweren Schaden zugefügt.

Was die Freiheit des Patienten betrifft, so verstehen die ärztlichen Standesorganisationen darunter lediglich die Freiheit der Wahl des Arztes, die unter den bestehenden Verhältnissen im Grunde nur für einen kleinen Kreis von Wohlhabenden und Wohlinformierten möglich ist. Dagegen sind wir der Auffassung, daß die Freiheit des Patienten, seinen Arzt zu wählen, erweitert werden muß. Jeder muß die Möglichkeit haben, zwischen niedergelassenen Ärzten und vermehrt zu schaffenden öffentlichen Gesundheitseinrichtungen frei zu wählen. Überdies beinhaltet ein Freiheitsbegriff, der allen Patienten zugute kommt, eine Erweiterung demokratischer Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung des Gesundheitswesens, da Demokratie und Mitbestimmung auch in diesem Bereich eine unerläßliche Voraussetzung für die Verbesserung der Gesundheitssicherung ist.

Gesundheitssicherung im weiteren Sinne heißt auch Ächtung nuklearer, bakteriologischer und chemischer Waffen. Eine Wissenschaft, die der Erhaltung des Lebens zu dienen hat, verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie sich nicht gegen die Entwicklung solcher Waffensysteme zur Wehr setzt. Gesundheits- und Friedenssicherung sind für uns nicht voneinander zu trennende Aspekte einer wirklich humanen Zukunftsplanung. Deshalb begrüßen wir die Ansätze für eine Entspannung in Europa und rufen zu einer Unterstützung aller politischen Kräfte auf, die diesen Weg eingeschlagen haben und weitergehen wollen.

Die Vorrangigkeit der Rüstungspolitik hat bis heute die Durchführung notwendiger innerer Reformen auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens stark beeinträchtigt. Deshalb setzen wir große Hoffnungen in eine europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Mit den durch schrittweise Abrüstung freiwerdenden Mitteln aus dem Rüstungshaushalt könnten die notwendigen inneren Reformen, vordringlich im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen ohne jede zusätzliche finanzielle Belastung der Bevölkerung in Angriff genommen werden.

Diese Thesen und Forderungen sind ein Diskussionsbeitrag des Initiativausschusses zur Vorbereitung des Kongresses „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt" und zur Neuorientierung des Gesundheitswesens in der BRD. Der Initiativausschuß möchte damit unter anderem Anregungen für die Diskussion in den Arbeitsgruppen geben.

Es ist vorgesehen, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammenzufassen und entsprechend der aktuellen Entwicklung weitere Beiträge zur Demokratisierung des Gesundheitswesens zu erarbeiten. Eine kritische Sichtung der vorliegenden Reformprogramme der Gewerkschaften, der Parteien und der Standesorganisationen ist der Arbeit an den Thesen vorausgegangen.

Die Thesen sind ein Beitrag zur Neuorientierung des Gesundheitswesens in der BRD. Sie entstammen der Berufserfahrung von Angehörigen aller Berufe des Gesundheitswesens, in erster Linie der Ärzte und der Krankenpflegeberufe. Diese Berufe verlangen eine soziale Parteilichkeit, die über die medizinische Hilfeleistung für den einzelnen Menschen hinausdrängt. Die Bekämpfung von Krankheit und sozialen Mißständen ist immer auch Parteinahme gegen ihre gesellschaftlichen und politischen Ursachen und für die Betroffenen. Unser Ziel der Neuorientierung der Gesundheitspolitik kann nur erreicht werden in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und allen demokratischen Kräften.

Unsere Hauptgesichtspunkte bei der Erarbeitung der dringlichsten Reformansätze sind: Förderung der sozialen Gleichheit und Verbesserung der Gesundheitssicherung für alle, insbesondere für die sozial benachteiligte Mehrheit der Bevölkerung. Demokratisierung aller medizinischen und sozialen Einrichtungen, gleich ob sie der Krankenversorgung, der sozialen Sicherung, der Ausbildung oder der Forschung dienen. Die Forderung nach mehr Mitbestimmung im Gesundheitswesen sehen wir im Zusammenhang mit dem Kampf um Erweiterung der Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Forderungen

Als erste konkrete Schritte schlagen wir ein Aktionsprogramm mit folgenden Schwerpunkten vor:

I. Ambulante Krankenversorgung

Forderungen: Erweiterung des Gesundheitsbegriffs der Reichsversicherungsordnung entsprechend der Begriffsbestimmung der Weltgesundheitsorganisation.
Anpassung des ärztlichen Honorierungssystems und der ärztlichen Gebührenordnung an die Bedürfnisse der Sozialversicherten entsprechend dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis.

Öffentliche überregionale Bedarfsplanung mit dem Ziel des Abbaus der disproportionalen regionalen Verteilung der niedergelassenen Ärzte.

Öffentliche Gruppenpraxen und poliklinische Versorgungszentren in unterversorgten Stadtrand- und Landgebieten.

Schaffung eines umfassenden Netzes für Nacht- und Notdienste unter Einbeziehung dazu qualifizierter Fachärzte.

Durchsetzung der Möglichkeit einer generellen ambulanten medizinischen Krankenhausversorgung für Sozialversicherte.

II. Stationäre Krankenversorgung

Forderungen: Wirksamer Einfluß der Sozialversicherten und der Gewerkschaften auf Bedarfsplanung, Organisation und Finanzierung des Krankenhauswesens.

Demokratisierung der innerbetrieblichen Organisation und Verwaltung im Krankenhaus. Abschaffung des privaten Liquidationsrechts der Krankenhausärzte.

Gleichbehandlung aller Patienten bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung im Krankenhaus; insbesondere durch Aufhebung der unterschiedlichen Pflegeklassen.

Sicherung vorstationärer Diagnostik und nachstationärer Behandlung durch Errichtung von Polikliniken an allen größeren Krankenanstalten.

III. Arbeitsmedizin und werksärztliche Versorgung

Forderungen: Veröffentlichung aller Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle in den einzelnen Betrieben.

Erleichterungen der Unfallursachenforschung durch Registration und Aufklärung auch der Beinaheunfälle.

Sicherung der Stellung der Werksärzte und der Sicherheitsbeauftragten als Berater der Belegschaft in Fragen der Gesundheitssicherung und der Arbeitssicherheit.

Verankerung ihrer Unabhängigkeit von Unternehmerinteressen durch besonderen Kündigungsschutz und Verpflichtung zur engen Zusammenarbeit mit den Betriebsräten.

Sicherung des Rechts der Werksärzte und Gewerbeaufsichtsämter bei Gefahr in Verzug für die Gesundheit der Belegschaft, unabhängig eingreifen zu können.

Schaffung weiterer unabhängiger, überbetrieblicher Werksarztzentren als öffentliche, auch von den Gewerkschaften kontrollierte Einrichtungen.

Gemeinsame Finanzierung dieser Zentren durch die betreuten Betriebe (entsprechend dem Modellzentrum in Köln).

Einführung einer werksärztlichen Pflichtzeit in die Facharztausbildung für Allgemeinmedizin.

IV. Von der kurativen zur präventiven Medizin

Forderungen: Aufnahme weiterer Früherkennungs- und Vorsorgemaßnahmen zur Bekämpfung der häufigsten Krankheitsgruppen (z. B. Krebs, Zuckerkrankheit, Herz-Kreislauferkrankungen, entzündliche und degenerative Gelenkerkrankungen usw.) in den Leistungskatalog der Krankenkassen.

Jeder Bürger der BRD sollte Anspruch auf jährlich wenigstens eine kostenlose ärztliche und zahnärztliche Vorsorgeuntersuchung haben. Dies sollte durch Schaffung entsprechender Möglichkeiten in Betrieben und Schulen erleichtert werden.

Alle Einrichtungen des Gesundheitswesens, insbesondere die bestausgestatteten, sind in die präventive Gesundheitssicherung einzubeziehen. Soweit das Behandlungsmonopol der niedergelassenen Ärzte dem im Wege steht, muß es aufgehoben werden.

Prävention und Rehabilitation sollen über die Gesundheitssicherung des einzelnen Menschen hinaus der Erkennung und Bekämpfung gesundheitlicher Risikofaktoren in Umwelt und Gesellschaft dienen. Bei der Rehabilitation wird zu Recht (siehe etwa die 122 Thesen des Hartmann-Bundes für ein gesundheitspolitisches Programm vom Mai 1972) die Einführung des Finalitätsprinzips anstelle des bisherigen Kausalitätsprinzips gefordert. D. h. das Recht auf volle Rehabilitation, unabhängig von Einkommen, Alter und Ursache des Gesundheitsschadens, sollte gesetzlich verankert werden. Das Ziel der sozialen Wiedereingliederung des einzelnen Menschen muß jedoch verbunden werden mit der Analyse der Umstände, unter denen er erkrankt ist oder verletzt wurde. Durch die gezielte Bekämpfung dieser Umstände ist eine Verbindung von Rehabilitation und Prävention anzustreben.

V. Abwehr der Privatisierung, Kommerzialisierung und auch Militarisierung medizinischer Institutionen

Forderungen: Offenlegung und Eindämmung des privatwirtschaftlichen Einflusses der medizingeräteproduzierenden Elektroindustrie auf Diagnostik und Therapie.

Übernahme privatwirtschaftlicher Diagnostikzentren durch den öffentlichen Gesundheitsdienst und Durchsetzung der Verfügbarkeit der zum beträchtlichen Teil mit öffentlichen Mitteln errichteten Deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden für die Kassenpatienten.

Zurückweisung militärischer Auftragsforschung (z. B. zur Vorbereitung bakteriologischer und chemischer Kriegsführung) durch die medizinischen Fakultäten und die wissenschaftlichen Forschungsinstitute.

Verhinderung der Errichtung sogenannter „freier" privater Hochschulen (etwa nach den Plänen des Hartmann-Bundes) und von Bundeswehrhochschulen. Stattdessen erweiterter Ausbau der bestehenden medizinischen Fakultäten und Fachbereiche an den Universitäten. Freihaltung des Gesundheitswesens von Aufgaben der Zivilverteidigung und des militärischen Katastrophenschutzes. Stattdessen: Ausbau des Zusammenwirkens von Gesundheits- und Friedenssicherung.

VI. Arzneimittelbedarf und Pharmaproduktion

Forderungen: Verschärfte staatliche Kontrolle der Arzneimittelwirksamkeit und Arzneimittelzulassungen aller neuentwickelten Medikamente. Erneute wissenschaftliche Untersuchung der Ursachen der Skandale um die Medikamente Contergan und Menocil und vollständige Veröffentlichung der Ergebnisse.

Öffentliche Kontrolle der Arzneimittelpreisbildung.

Verringerung der Zahl der Arzneimittel und Benennung nach wissenschaftlichen und ärztlichen Kriterien. Zurückziehung unwirksamer, überflüssiger und gesundheitsschädlicher Medikamente. Statt Werbung für Arzneimittel allgemeinverständliche und wissenschaftlich fundierte Information über Wirkung, Verträglichkeit und Nebenwirkungen.

Verpflichtung zur Offenlegung und gesetzliche Eindämmung des Einflusses der pharmazeutischen Industrie auf medizinische Lehre und Forschung durch Auftragsforschung, Finanzierung medizinischer Kongresse, Publikationen und dgl.

VII. Zum ärztlichen Standeswesen

Forderungen: Freiwillige Mitgliedschaft statt Pflichtmitgliedschaft in den Ärztekammern.

Übertragung der Berufsgerichtsbarkeit an die allgemeine Rechtspflege.

Öffentlich geregelte und kontrollierte Fort- und Weiterbildung.

VIII. Gewerkschaftliche Forderungen

Forderungen: Einheitliche Tarifordnung für alle Berufe des Gesundheitswesens.
Durchsetzung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe des Gesundheitswesens. Erleichterung der Arbeitsbelastung auch der niedergelassenen Ärzte.

Dreiwöchiger bezahlter Bildungsurlaub jährlich für alle Berufe des Gesundheitswesens.

Durchsetzung einer allgemeinen, einheitlichen Krankenversicherung.

IX. Medizinische Ausbildung

Forderungen: Erhöhung der Arztdichte in Abstimmung mit den zu erwartenden Gesundheitsproblemen der nächsten Jahrzehnte.

Stufenweiser Abbau der Zulassungsbeschränkung zum Medizinstudium durch Schaffung weiterer Ausbildungsplätze.

Revision des Inhalts der medizinischen Ausbildung entsprechend den Bedürfnissen der Sozialversicherten.

Einbeziehung der medizinischen Fakultäten in eine demokratische Hochschulreform.

Einrichtung von Instituten für Arbeitsmedizin, Sozialmedizin und Allgemeinmedizin an allen Universitäten.

X. *Ausbildung anderer Heilberufe*
Forderungen: Schaffung besserer Arbeitsbedingungen für medizinische Assistenz- und Pflegeberufe.
Erleichterung der Arbeitsbedingungen der vielen in diesem Bereich arbeitenden ausländischen Arbeiter durch Kontrolle der Anwerbungs- und Anstellungsbedingungen, Sicherung ihrer sprachlichen und fachlichen Qualifikation und Information über ihre Rechte am Arbeitsplatz.
Erweiterung der Allgemeinbildung und der fachlichen Weiterbildung aller Heilberufe.
Eröffnung neuer Wege zum Hochschulstudium für qualifizierte Bewerber aus diesen Berufen.

XI. *Geburtenregelung und Mutterschutz*
Forderungen: Kostenlose, rezeptpflichtige Abgabe der jeweils sichersten und bewährtesten Empfängnisverhütungsmittel an alle Frauen vom 16. Lebensjahr an.
Aufnahme entsprechender Beratung und Aufklärung in den Leistungskatalog der Krankenkassen.
Ersatzlose Streichung des § 218. Aufnahme der Schwangerschaftsunterbrechung ohne Begründung bis zum 3. Monat in den Leistungskatalog der Krankenkassen.
Verbesserung des Mutterschutzgesetzes durch Verlängerung der Schutzfristen vor und nach der Geburt und Verbot gesundheitsbelastender Arbeitsbeanspruchung (z. B. durch Lärm, Monotonie, Fließband und Akkord) während der Schwangerschaft.

Schlußbemerkung

Wir sind uns bewußt, daß dieser Forderungskatalog unvollständig ist. Wir wissen auch, daß — obwohl alle diese Forderungen längst verwirklicht sein müßten — sie nicht von heute auf morgen zu realisieren sind. Die Forderungen bedürfen zweifellos noch der weiteren Diskussion und Präzisierung. Sie sollen der Anstoß und Orientierung zur Entwicklung eines umfassenden Reformprogramms für ein den Interessen der Sozialversicherten dienendes Gesundheitswesens der BRD sein. Entscheidend ist, daß alle demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft in diesen Grundforderungen zu einer Übereinstimmung gelangen und gemeinsam für deren Durchsetzung kämpfen.
An der Weiterentwicklung der Thesen und Forderungen wird gearbeitet. Der Initiativausschuß bittet, Stellungnahmen und Änderungsvorschläge an die folgende Adresse zu richten: Dr. med. Götz Kaiser und Dr. med. Gerhard Wiethold, 6 Frankfurt/Main, Eschenheimer Anlage 30, Telefon 0611/55 64 65.

Dem Initiativausschuß gehören an:
Dr. med. Dietmar Berger, Mitglied des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, Gießen;
Dr. med. H. U. Deppe, Medizinsoziologe an der Universität Marburg, Mitglied der ÖTV, 1. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie, Mitglied der Planungskommission „Klassenloses Krankenhaus" Hanau;
H. G. Güse, Medizinalassistent, Mitglied des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, Marburg;
Dr. med. Götz Kaiser, Vertrauensmann der ÖTV im Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, 2. Vorsitzender der Abteilung „Wissenschaft und Forschung" in der ÖTV, Frankfurt;
Dr. med. Burghard Klapp, Assistenzarzt, Mitglied des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, Gießen;
Dr. med. Brigitte Kluthe, Assistenzärztin am Dreieichkrankenhaus (1. Hessenklinik), Langen, Mitglied des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV;
Dr. med. Hans Mausbach, Mitglied des Vorstands des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, Frankfurt;
Cand. phil. nat. Gero Müller, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, Bad Vilbel;
Gerhard Paar, Assistenzarzt, Mitglied des Vorstands der Abteilung „Wissenschaft und Forschung" in der ÖTV, Gießen;

Dr. med. Michael Regus, wissenschaftlicher Assistent am Zentral-Institut für Soziale Medizin der Freien Universität Berlin, Mitglied des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV;
Cand. med. Lothar Reisig, Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, Vorstand der Fachschaft Humanmedizin, Universität Gießen;
Cand. med. Norbert Schmacke, Marburg;
Dr. med. Bernd Schmerer, Stuttgart, Mitglied des Vorstands des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV Baden-Württemberg;
Dr. med. Gerhard Wiethold, Mitglied des Vorstands des Bundes demokratischer Wissenschaftler, Mitglied des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, Frankfurt;
Grete Hannelore Schwitajewski, Diplom-Psychologin, Mitglied des Vorstands der Abteilung Krankenpflegepersonal der Hauptabteilung Gesundheitswesen der Gewerkschaft ÖTV, Frankfurt;
Dr. phil. Hans See, Mitglied der Planungskommission „Klassenloses Krankenhaus" Hanau, Mitglied der Gewerkschaft ÖTV;
Prof. Dr. med. Erich Wulff, Psychiatrische Universitätsklinik Gießen, Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, Mitglied des Vorstands des Bundes demokratischer Wissenschaftler, Mitglied des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie.

Abschlußresolution des Kongresses „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt" am 20./21. Januar 1973 in Marburg

(Wortlaut)

Das Gesundheitswesen der BRD weist erhebliche Mängel in nahezu allen Bereichen auf. Es wird den physischen und psychischen Anforderungen der arbeitenden Menschen zur Erhaltung ihrer Gesundheit nicht mehr gerecht. Diese offenkundigen Mißstände werden von der Öffentlichkeit und besonders von den im Gesundheitswesen Tätigen seit Jahren diskutiert.

Einige der Gründe für die Krise unseres Gesundheitswesens liegen sicherlich in seiner organisatorischen Struktur. In zunehmendem Maße setzt sich jedoch die Einsicht durch, daß es die Funktionsgesetze unseres Wirtschaftssystems selbst sind, die sich negativ auf das gesamte Gesundheitswesen auswirken. Ein ungünstiger Einfluß auf die staatliche Gesundheitspolitik und die unmittelbare öffentliche und private medizinische Versorgung des einzelnen geht besonders von den Profitinteressen der großen chemischen und pharmazeutischen Konzerne sowie der medizingeräteproduzierenden Elektroindustrie aus.

Allgemein führt der nach wie vor dominierende Einfluß unternehmerischer Interessen und kommerzieller Gesichtspunkte zu einer Orientierung auf eine lediglich kostensparende Reparatur der Arbeitskraft. Dies hat jedoch mit einer menschlichen Gestaltung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen und einer humanen Gesundheitspolitik nichts zu tun.

Wir fordern deshalb mit den Gewerkschaften eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Großunternehmen und darüber hinaus eine effektive Kontrolle der chemischen und pharmazeutischen Industrie durch die Sozialversicherten und die im Gesundheitswesen Beschäftigten.

Der Kongreß bedauert, daß die nach wie vor von konservativen Kräften geführten ärztlichen Standesorganisationen der notwendigen Neuorientierung unseres Gesundheitswesens Widerstand entgegensetzen. Die Standesorganisationen versuchen, die Ärzteschaft, vor allem die niedergelassenen Ärzte, mit dem Schlagwort „Freiheit für Arzt und Patient!" gegen Fortschritte im Gesundheitswesen zu mobilisieren, obwohl mit dieser Freiheitsparole lediglich die Privilegien einer kleinen Zahl von Großverdienern unter den Ärzten verschleiert werden.

Diese Politik, seit Jahren von der Spitze der Standesorganisationen betrieben, hat dem Ansehen der Ärzte und dem Gesundheitswesen allgemein schweren Schaden zugefügt. Der Kongreß ist der Auffassung, daß ein humanes und demokratisches Gesundheitswesen sich am Wohl der breiten Bevölkerungsschichten orientieren muß. Dies erfordert eine Erweiterung der Einflußmöglichkeiten der Sozialversicherten auf die Gestaltung des Gesendheitswesens. Demokratisierung und Mitbestimmung sind eine unerläßliche Voraussetzung auch für die Verbesserung der Gesundheitssicherung.

Was die von den Standesorganisationen vielbeschworene „Freiheit für Arzt und Patient' betrifft, ist der Kongreß der Auffassung, daß die Freiheit des Patienten, seinen Arzt zu wählen, erweitert werden muß. Jeder muß die Möglichkeit haben, zwischen niedergelassenen Ärzten und vermehrt zu schaffenden öffentlichen Gesundheitseinrichtungen frei zu wählen.

Der Kongreß ist sich bewußt, daß eine Erweiterung der Gesundheitssicherung mit dem Ziel einer planmäßigen, vorbeugenden Krankheitsbekämpfung erhebliche Kosten mit sich bringt. Die hohen Ausgaben für die Rüstung haben bisher notwendige Reformen auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens stark beeinträchtigt. Wir fordern deshalb statt weiterer Aufblähung des Rüstungsetats eine konsequente Fortsetzung der Entspannungs- und Friedenspolitik.

Der Kongreß ist der Auffassung, daß die sozialen Zukunftsaufgaben der Medizin nur bewältigt werden können, wenn nicht nur die angestellten und beamteten, sondern auch die niedergelassenen Ärzte ein neues Verhältnis zur Arbeiterschaft und ihren Organisationen finden.

Die Teilnehmer des Kongresses „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt" fordern alle Berufsangehörigen des Gesundheitswesens auf, sich mit den gesundheitspolitischen Vorstellungen des DGB, der Gewerkschaft ÖTV und der IG Metall sachlich auseinanderzusetzen und an der Realisierung aller geeigneten Vorschläge zur Erweiterung und Verbesserung der Gesundheitssicherung mitzuarbeiten.

Das Initiativkomitee veröffentlicht in den nächsten Tagen die Zusammenfassung der Resolutionen und Ergebnisse, wie sie in den einzelnen Arbeitsgruppen erarbeitet worden sind.

Marburg, den 21. Januar 1973

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

GOLDSCHMIDT, Werner, geb. 1940 in Saarbrücken; Studium der Soziologie; seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa (zusammen mit Detlev Albers und Paul Oehlke), Reinbek 1971. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *HENRY, Ernst,* geb. 1900, lebt als Historiker und Publizist in Moskau. Buchveröffentlichungen u. a.: Will Hitler Europa überfallen?, Notizen zur Geschichte der Gegenwart. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BURCHARDT, Dr. Michael,* geb. 1942 in Berlin, ist Assistenzprofessor für die Fachgebiete Geldtheorie, Geld- und Währungspolitik an der FU Berlin; Zeitschriftenpublikationen. *** *KIPP, Martin, M. A.,* geb. 1945 in Mengeringhausen. Nach abgeschlossener Lehre als Maschinenbauer Abitur am Hessenkolleg Frankfurt, Studium der Pädagogik, Soziologie und Psychologie an der Technischen Hochschule Darmstadt, z. Z. Doktorand. *** *SEUBERT, Rolf, M. A.,* geb. 1941 in Frankfurt. Nach abgeschlossener Lehre als Werkzeugmacher Abitur am Abendgymnasium Frankfurt, Studium der Berufspädagogik, Politik und Arbeitswissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt, Erstes Staatsexamen für das Lehramt an beruflichen Schulen, z. Z. Doktorand. *** *BRIESE, Dr. Volker,* geb. 1944 in Ebersbach/Sachsen, ist wissenschaftlicher Angestellter im Zentrum I für Bildungsforschung an der Universität Konstanz; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MELNIKOW, Anatoli,* geb. 1930, ist Professor der Geschichtswissenschaften in Leningrad. *** *ZONOW, Sergej* (Pseudonym für Borko, Juri), geb. 1931, Kandidat der Geschichtswissenschaften, arbeitet am Institut für wissenschaftliche Information der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, leitet die Abteilung für Gesellschaftswissenschaften. *** *BOSCH, Manfred,* geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie in München; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Marxistische Blätter bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Martin Bennhold
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wiifried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Walther Maas
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

GOLDSCHMIDT, Werner, geb. 1940 in Saarbrücken; Studium der Soziologie; seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa (zusammen mit Detlev Albers und Paul Oehlke), Reinbek 1971. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *HENRY, Ernst,* geb. 1900, lebt als Historiker und Publizist in Moskau. Buchveröffentlichungen u. a.: Will Hitler Europa überfallen?, Notizen zur Geschichte der Gegenwart. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BURCHARDT, Dr. Michael,* geb. 1942 in Berlin, ist Assistenzprofessor für die Fachgebiete Geldtheorie, Geld- und Währungspolitik an der FU Berlin; Zeitschriftenpublikationen. *** *KIPP, Martin, M. A.,* geb. 1945 in Mengeringhausen. Nach abgeschlossener Lehre als Maschinenbauer Abitur am Hessenkolleg Frankfurt, Studium der Pädagogik, Soziologie und Psychologie an der Technischen Hochschule Darmstadt, z. Z. Doktorand. *** *SEUBERT, Rolf, M. A.,* geb. 1941 in Frankfurt. Nach abgeschlossener Lehre als Werkzeugmacher Abitur am Abendgymnasium Frankfurt, Studium der Berufspädagogik, Politik und Arbeitswissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt, Erstes Staatsexamen für das Lehramt an beruflichen Schulen, z. Z. Doktorand. *** *BRIESE, Dr. Volker,* geb. 1944 in Ebersbach/Sachsen, ist wissenschaftlicher Angestellter im Zentrum I für Bildungsforschung an der Universität Konstanz; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MELNIKOW, Anatoli,* geb. 1930, ist Professor der Geschichtswissenschaften in Leningrad. *** *ZONOW, Sergej* (Pseudonym für Borko, Juri), geb. 1931, Kandidat der Geschichtswissenschaften, arbeitet am Institut für wissenschaftliche Information der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, leitet die Abteilung für Gesellschaftswissenschaften. *** *BOSCH, Manfred,* geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie in München; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Marxistische Blätter bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.